

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, F. Schneider, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.  
herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

==== Heft 232 =====

---

---

## Die deutsche Publizistik von 1830

Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der  
konstitutionellen und nationalen Tendenzen

Dr. Volkmar Eichstädt

=====

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1933

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965

# Historische Studien

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1893

## Die deutsche Publizistik von 1830

Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der  
Presse in Deutschland und anderen Ländern

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Dr. Wilhelm Ebering

Verlag Dr. Emil Ebering

Berlin 1893

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1893

Printed in the United States of America

Verlag  
1893

## Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorbemerkung.

5

(Zeitliche, örtliche und sachliche Begrenzung des Themas.)

### Einleitung.

Die konstitutionelle Bewegung von 1830 und der Quellenwert der Publizistik.

7

(Der außenpolitische, soziologische und geistesgeschichtliche Gesichtspunkt der Verfassungsbewegung. S. 7. — Der problematische Wert der Publizistik als historischer Quelle. S. 10.)

### Erster Teil.

**Die norddeutsche Publizistik von 1830 bis 1832 als Spiegel der verfassungspolitischen Strömungen ihrer Zeit.**

13

(Der radikale Liberalismus: Murhard. S. 17. — Der Liberalismus des juste milieu: Pöhlitz. S. 21. — Der historische Liberalismus: Pfeiffer und Hegewisch. S. 25. — Ranke und Krause. S. 27. Der altständische Konservatismus: Jarcke und Grote. S. 29.)

### Zweiter Teil.

**Die Publizistik in den norddeutschen Einzelstaaten.**

33

Erstes Kapitel. Die verfassungspolitische Publizistik in Kurhessen.

33

(Die Entstehung der Verfassung vom 5. Jan. 1831. S. 33. — Die Verfassung vom 5. Jan. 1831. S. 41. — Das publizistische Urteil über die Verfassung. S. 45. — Das Urteil der späteren Jahre. S. 50.)

Zweites Kapitel. Die verfassungspolitische Publizistik in Sachsen.

53

Drittes Kapitel. Die verfassungspolitische Publizistik in Braunschweig.

64

	Seite
<b>Viertes Kapitel. Die verfassungspolitische Publizistik in Hannover.</b>	72
(Verfassungsversprechen und Regierungsentwurf. S. 72. — Der Kampf um das Staatsgrundgesetz. S. 81. — Das Grundgesetz vom 26. Sept. 1833. S. 88.)	
<b>Fünftes Kapitel. Schleswig-Holstein und der Federkrieg um Lornsens Aktion.</b>	90
<b>Sechstes Kapitel. Flugschriften in den nord-deutschen Kleinstaaten.</b>	97
(Die Hansestädte. S. 97. — Oldenburg. S. 99. — Mecklenburg. S. 100. — Schwarzburg-Sondershausen. S. 100. — Sachsen-Altenburg. S. 102. — Sachsen-Weimar-Eisenach. S. 103. — Nassau. S. 103.)	
<b>Siebentes Kapitel. Stimmen zur preußischen Verfassungsfrage.</b>	105
(Regierungspläne und Denkschriften. S. 105. — Die altständische und die absolutistische Richtung. S. 110 — G. Krauses Verfassungsentwurf. S. 114. — Die liberalen Stimmen. S. 116. — Die Publizistik nach den Bundesbeschlüssen von 1832: Hanse- mann. S. 121.)	
<b>Dritter Teil.</b>	
<b>Die Frage der Bundesreform und das preußisch-deutsche Problem in der Publizistik.</b>	126
(Problemkreise, treibende Kräfte und Hauptprogramme der Einheitsbewegung. S. 127. — Der preußische Hegemoniegedanke vor Pfizer: Münch und Hanse- mann. S. 130. — Pfizers „Briefwechsel“ und seine Wirkung. S. 135. — Das Verlangen nach einer deutschen Nationalvertretung: Welcker, Jordan und Schulz. S. 139. — Die zweite Auflage des „Briefwechsels“. S. 145. — Dahlmann und Ranke. S. 147. — Demokratisch-republikanische Einheitsforderungen in Straßburg und der Pfalz. S. 150. — Der Einheitsgedanke nach den Bundesbeschlüssen von 1832. S. 153.)	
<b>Anmerkungen.</b>	157
<b>Bibliographien und Darstellungen.</b>	170
<b>Quellen.</b>	173
<b>Abkürzungen.</b>	204
<b>Register.</b>	205



## Vorbemerkung.

Das Thema in seiner weiten Fassung bedarf in zeitlicher, regionaler und sachlicher Hinsicht mehrfacher Begrenzungen.

Der zeitliche Rahmen ist zwar durch die Julirevolution von 1830 und die Bundesbeschlüsse von der Mitte des Jahres 1832 abgesteckt; in diesen zwei Jahren ergießt sich ein immer breiter werdender Strom publizistischer Erzeugnisse über Deutschland, der mit der Verschärfung der Zensur durch die Beschlüsse des Bundestags plötzlich abgedämmt und eingeengt wird. In Süddeutschland ist der Einschnitt besonders scharf; hier schlägt noch eine Welle von Protestkundgebungen gegen die Dämme der Zensur an, dann ebbt die Woge ab, und nur noch unter der Oberfläche brodelte es weiter. In Norddeutschland dagegen sind die Verfassungsbewegungen teilweise schon 1831 siegreich durchgedrungen, teils zieht sich der Broschürenkampf bis in die Mitte der dreißiger Jahre hin. Nach 1832 beginnt sich allmählich die Publizistik infolge der verschärften Zensurbestimmungen in umfangreiche, über 20 Bogen lange Kommentare oder historische und juristische Untersuchungen zu flüchten.

Die vorliegende Arbeit wird sich im wesentlichen auf Norddeutschland beschränken. Diese Begrenzung ist insofern gerechtfertigt, als die norddeutsche Publizistik gegenüber der süddeutschen eine Einheit bildet, als überall die gleichen Einflüsse der Staatstheoretiker spürbar und die verfassungspolitischen Fragen trotz lokaler Differenzierung dieselben sind<sup>1</sup>. An Rhein und Main gibt es allerdings eine Reihe Knotenpunkte, an denen Berührungen zwischen Süd- und Norddeutschland stattfinden: Hanau, Frankfurt, Darmstadt, Heidelberg; die bayrische und württembergische Publizistik dagegen stehen im großen und ganzen beiseite und üben keinen Einfluß auf die Länder nördlich des Mains. Zum Vergleich und zum Kontrast müssen die süddeutschen Stimmen zur preußischen und zur deutschen Frage herangezogen werden (insbesondere aus Freiburg und der Pfalz), und schließlich bildet noch Straßburg einen ersten Sammelpunkt

politischer Flüchtlinge, aus dem radikale Pamphlete gegen Frankfurt und Berlin geschleudert werden.

Sachlich bedarf der Begriff Publizistik einer Erklärung und Begrenzung. Unter politischer Publizistik im weiteren Sinne verstehen wir alle Schriften, die eine politische Beeinflussung der öffentlichen Meinung bezwecken. Darunter wären also auch Werke der schönen Literatur, geschichtliche Darstellungen und staatsrechtliche Abhandlungen mit einzubeziehen, soweit sie eine politische Tendenz erkennen lassen — eine Erscheinung, die gerade in Epochen mit strenger Zensur so geläufig ist, daß sich die literarischen Gattungen geradezu vermengen<sup>2</sup>. Die politisch und historisch bedeutsame Publizistik im engsten Sinn dagegen umfaßt nur solche Druckschriften, die konkreten Einfluß auf das politische Geschehen und die staatlichen Organe, Regierung und Ständeversammlungen, zu nehmen suchen. Wir schlagen im folgenden einen mittleren Weg ein und beschränken uns auf die periodische und Flugschriftenliteratur, die rein verfassungspolitische Tendenzen verfolgt. Alle Spezialfragen, wie Ablösung, Steuerreform, Preßfreiheit usw., und alle zu allgemein gehaltenen Schriften ohne konkrete Forderungen werden dabei außer Acht gelassen. Ebenso müssen der größte Teil und gerade die bekanntesten Zeitungen hinwegfallen, weil sie in jener Epoche nur sachliche Berichte bringen, nicht bestimmte politische Ziele verfolgen. Die für uns bedeutsamen Zeitungen dagegen tragen meist den Charakter von Flugschriften an sich. Die politischen Zeitschriften (in erster Linie die JGSt und APA) bieten außerordentlich reiches Material. Den größten Raum werden natürlich die Broschüren einnehmen.

Bibliographisch sind die Quellen aus Kayzers Bücherlexikon, zeitgenössischen Besprechungen (z. B. in den „Blättern für literarische Unterhaltung“ und JGSt) und Landesbibliographien gewonnen, zur Kontrolle die Realkataloge der UB Göttingen, SB Berlin und UB Halle durchgesehen worden.

Meinem Lehrer, Herrn Professo: Dr. Hasenclever, sage ich für seine stete Hilfsbereitschaft in der Förderung meiner Arbeit ehrerbietigen Dank! Besten Dank schulde ich ferner Herrn Archivdirektor Dr. Wentzcke für entscheidende Anregungen bibliographischer Art wie hinsichtlich der Anlage des Ganzen.



## Einleitung.

### Die konstitutionelle Bewegung von 1830 und der Quellenwert der Publizistik.

In drei scharf voneinander geschiedenen Epochen vollzog sich in den deutschen Einzelstaaten der Uebergang von dem altständischen oder absolutistischen zum modernen, konstitutionellen Verfassungssystem. In den Jahren unmittelbar nach den napoleonischen Kriegen erhielten Süddeutschland und die Mehrzahl der kleineren norddeutschen Staaten Verfassungen, von 1831—1833 traten Kurhessen, Sachsen und Hannover in den Kreis der konstitutionellen Staaten ein, und erst nach beinahe zwei Jahrzehnten folgten, in Auswirkung der Revolution von 1848, die beiden deutschen Großmächte nach. Dieser zeitliche Abstand ist kein Zufall, sondern hat einen tieferen, im Wesen der Staaten liegenden Grund; er ist nämlich abhängig einerseits von ihrer Größe und inneren Widerstandsfähigkeit und von der Art ihrer Berührung mit den Ideen der französischen Revolution sowie ihrer Beziehung zum napoleonischen Staatensystem andererseits<sup>1</sup>.

Die süddeutschen Mächte, noch jung im Bestand ihres Gebietes, jahrelang von Napoleon politisch und ideell abhängig, mußten sofort nach Herstellung des Friedens jedes Mittel ergreifen, um der öffentlichen Meinung des Landes entgegen zu kommen, also eine Verfassung geben, die wie nichts anderes geeignet war, die Einheit des Staates zu festigen. In den Zwergstaaten Norddeutschlands war die Kraft der Regierungen nicht groß genug, den Verfassungswünschen der Untertanen auf die Dauer zu widerstehen, und ein außenpolitisches Wagnis war für sie mit einem derartigen Systemwechsel nicht verbunden.

Anders verhielt es sich in Kurhessen, Hannover und Braunschweig: hier war die Zugehörigkeit zu Napoleons Staatensystem

als Schmach empfunden worden, hier vor allem waren die nationalen Instinkte aufgewacht und hatten zunächst alle anderen Forderungen zum Schweigen gebracht. Die Abneigung gegen die Fremdherrschaft machte die wieder eingesetzten Regierungen fähig, die meisten, auch vorteilhafte und moderne Einrichtungen des Königreichs Westfalen wegzufegen und eine umfassende Restauration der Zustände vor 1806 durchzuführen. Sachsen war vollends kaum mit den französischen Ideen in Berührung gekommen, hier fehlte der aktuelle Anlaß, den Forderungen der Oeffentlichkeit soweit wie möglich nachzugeben. Lediglich die finanziellen Schwierigkeiten nötigten zur Einberufung der Stände.

Die beiden Großmächte schließlich waren in ihrem Staatsgefüge so gefestigt, daß das absolute Regime keiner Lockerung bedurfte, ja keine Lockerung ertragen zu können schien, zumal mit Rücksicht auf die Verkettung in die große europäische Politik. Metternich und Bernstorff faßten ein Zugeständnis an die liberalen Regungen eher als eine Schwächung denn als eine Stärkung ihres Staates auf. Sie empfanden instinktiv ganz richtig, was den meisten Publizisten von 1830 verborgen war, daß der Liberalismus eine außerordentlich scharfe und wirksame Waffe in der Hand der Westmächte bedeuten konnte gegen das System von 1815, das die osteuropäischen absoluten Monarchien dem Kontinent diktiert hatten.

Diesen Anblick gewährt die Verfassungsgeschichte, wenn man sie von der Außenpolitik her, dem Gesichtspunkt der Staatsmacht und -festigkeit aus betrachtet. Aber dies ist nicht die einzige Seite, von der aus die innerstaatlichen Vorgänge geschaut sein wollen. Es gilt, die treibenden Kräfte bloß zu legen, die die konstitutionelle Bewegung zur stärksten Zeittendenz machten. Es sind einerseits die ökonomischen und sozialen Umschichtungen, anderseits die ideengeschichtlichen Wandlungen, die hier ineinanderspielen und sich wechselseitig bedingen, und gerade die letzteren waren es, die die Zeitgenossen fast ausschließlich betrachteten.

Die 1815 zum äußeren Frieden gelangten Staaten sahen sich immer mehr Problemen gegenüber, an denen der Staat des achtzehnten Jahrhunderts achtlos hatte vorbeigehen können. Die Struktur der Wirtschaft und mit ihr der Gesellschaft war von



Grund auf revolutioniert worden. Nicht mehr das im agrarischen Grundbesitz verkörperte Vermögen besaß allein kapitalbildende Kraft, sondern die Städte mit ihrem Handel und Gewerbe wurden mehr und mehr zu den Mittelpunkten des Wohlstandes, und das Bürgertum entwickelte sich zur wirtschaftlich und geistig führenden Macht. Ebenso hatten sich die ländlichen Verhältnisse längst überlebt, sowohl materiell wie rechtlich; die neuen Ideen, von Aufklärung und Idealismus getragen, vertrugen eine Bevormundung des Einzelnen, wie sie etwa im Wesen der Leibeigenschaft gelegen hatte, einfach nicht mehr. Die Befreiung des Individuums hatte eingesetzt.

Diese doppelte Erscheinung, die aus den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen hervorgewachsene Befreiungsbewegung des Bürger- und Bauerntums und der Freiheitsdrang des Individuums, eine Erscheinung, die wir kurzweg als Liberalismus bezeichnen, richtete sich einerseits gegen den Staat, der sich zu einem absoluten, das heißt in seiner Machtfülle unbegrenzten Institut entwickelt und alle Untertanen in die gleiche politische Unfreiheit herabgestoßen hatte; andererseits gegen den alten Gesellschaftsbau, der vom Absolutismus nicht gestürzt, sondern im Gegenteil durch Aufrechterhaltung der Privilegien und Untertänigkeiten sorgsam gehütet worden war. Der Allmachtsdrang des absoluten Staates, verkörpert in der Bürokratie, der vom Gedanken einer korporativ-ständisch gegliederten Gesellschaft getragene Konservatismus und der auf Gleichheit und Freiheit hinstrebende, aus dem Aufklärungsdenken hervorgegangene Liberalismus, das sind die drei ideellen politischen Mächte, die sich zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts feindlich gegenüberstanden, aber auch in den verschiedensten Formen ineinander durchdrangen.

Der Generation von 1815—1848 waren die inneren Zusammenhänge von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat nicht in dem Maße klar wie uns heutzutage. Sie war vermöge des in diesem Zeitalter geistesgeschichtlich vorherrschenden Idealismus allzu leicht geneigt, die Vorgänge des Staatslebens allein von innen her, von der Seite des Vernünftigen und des Geistigen aus zu betrachten. Sie sah in den Verfassungskämpfen meist nur die Prinzipien, die miteinander im Streite lagen, nicht aber die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze. Sie mußte daher auf eine

juristische Regelung des inneren Staatslebens mehr Wert legen, als dieser eigentlich zukam; sie mußte nach ihrer ganzen Veranlagung den rechtlichen Normen größeres Gewicht beimessen als der politischen Anwendung derselben, den realen Machtfragen und außenpolitischen Erfordernissen. In dieser Auffassung, die für die damalige Zeit charakteristisch ist, liegt die Ursache der Wichtigkeit, die gerade der konstitutionellen Bewegung zukommt.

1830 trat nun der Konstitutionalismus am reinsten in die Erscheinung, weniger als 1815 und 1848 mit dem Einheitsgedanken und mit außenpolitischen Fragen vermengt. Gewiß ward auch das nationale Problem in den Jahren nach der Julirevolution mannigfach durchdacht und publizistisch erörtert — im letzten Abschnitt wird sich eine außerordentliche Fülle von Gedanken und Forderungen auftun, reicher, als man ahnen konnte —, aber meistens war der Konstitutionalismus die treibende Kraft, zum mindesten der Weg zum Ziele der deutschen Einheit. So wird unsere Darstellung mit den allgemeinen verfassungspolitischen Gedanken und Richtungen anfangen, dann deren Differenzierungen in den einzelnen norddeutschen Staaten aufzeigen und zum Schluß die Stimmen zur deutschen und zur preußisch-deutschen Frage zusammenstellen. Die Anordnung wird im allgemeinen Teil systematisch, im besonderen Teil, soweit möglich, chronologisch sein.

Vorher bedarf es noch einer grundsätzlichen Ueberlegung, wieweit sich aus der Publizistik die „Partei“gruppierung und die „öffentliche Meinung“ erkennen läßt. Parteien im eigentlichen Sinn hat es in der Restaurationszeit nicht gegeben. Von Partei kann man nur da sprechen, wo eine einheitliche Willensbildung möglich und eine noch so lose Organisation vorhanden ist, die diese Willensbildung zum Ausdruck bringt. Eine Partei ist nicht eine Summe Gleichdenkender, sondern eine Vereinigung Gleiches Wollender. Dazu finden sich in den norddeutschen Ständeversammlungen höchstens schwache Ansätze, nur in den süddeutschen Ländern erste Versuche, feste Beziehungen zwischen Wählern und Abgeordneten herzustellen und durch gemeinsames taktisches Vorgehen in den Kammern eine einheitliche Politik zu treiben. Aber im allgemeinen ist jeder Abgeordnete auf sich selbst gestellt und von Uniformität im Wollen und Handeln noch keine Rede.



Wenn trotzdem schon 1830 von Parteien gesprochen wird, dann nur in dem Sinn einer gleichen oder ähnlichen Stellung zu den allgemeinen politischen Grundfragen. Wir werden uns jedoch hüten müssen, einen Ausdruck zu gebrauchen, der Verhältnisse voraussetzt, die damals noch nicht vorhanden waren.

Noch problematischer steht es mit der Möglichkeit, aus der Publizistik auf die „öffentliche Meinung“ zu schließen<sup>2</sup>. Zunächst ist die öffentliche Meinung eine bloße Abstraktion, etwas, das nie einheitlich sein kann und das, als arithmetisches Mittel aus der Summe der vorhandenen Zeugnisse berechnet, gerade die Spannungen im politischen Leben ignorieren würde. Nur wenn eine ausreichende Menge publizistischer Stimmen zur Verfügung steht, lassen sich ihre Tendenzen erkennen. Wieviel schwieriger wird die Aufgabe, wenn die gegebenen Sprecher und Schöpfer der öffentlichen Meinung, die Zeitungen, unter dem Druck der Zensur lediglich berichtende Organe sein können und als einzige Zeugnisse im wesentlichen Broschüren vorhanden sind! Denn, müssen die Zeitungen sich meist nach dem Geschmack ihres Publikums richten, so nehmen in den Broschüren zuweilen Außenseiter das Wort, die in keiner lebendigen Fühlung mit der Öffentlichkeit oder mit ihrem geistigen Blick bereits weit über ihrer Zeit stehen. Andererseits reden im allgemeinen nur Unzufriedene, die eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse erstreben; die Zufriedenen schweigen und werden erst durch den Angriff zur Entgegnung bewogen. So kommt es, daß die liberalen Stimmen weitaus in der Uebersahl sind und die feudalistisch-aristokratischen erst verhältnismäßig spät in abwehrendem Tone laut werden. Schließlich gibt es noch das soziologische Problem der öffentlichen Meinung: nur die Gebildeten reden, während die Meinung der Masse des Volkes nur indirekt erschlossen werden kann.

Also nicht der Durchschnitt der publizistischen Stimmen ergibt die öffentliche Meinung; noch weniger zeigt etwa die mittlere Linie der aufgestellten Forderungen den richtigen, zukunftsweisenden Weg; sondern die Publizistik der Restaurationszeit ist lediglich Ausdruck der politischen Meinung von Männern, die in Verantwortungsbewußtsein gegenüber Staat und Nation und in

Situationsbewußtsein gegenüber ihrer Zeit die politischen Fragen durchdachten — aber gerade vermöge der Selbständigkeit dieser Männer von einer gedanklichen Fülle und Eigenart, die den Wert der gebundenen Presse einer parteipolitisch entwickelteren Zeit bei weitem übertrifft.



## Erster Teil.

### Die norddeutsche Publizistik als Spiegel der verfassungspolitischen Strömungen der Restaurationszeit.

Auf den ersten Blick gewährt die norddeutsche Publizistik von 1830 eine solche erstaunliche Mannigfaltigkeit an Problemen, Meinungen, führenden Köpfen und Zentren, von denen Einflüsse vom Rhein nach Schlesien und von Sachsen nach Schleswig-Holstein ausstrahlten, daß sich nur schwer eine einheitliche Linie auffinden läßt. In den Mittelstaaten herrscht der partikularistische Gesichtspunkt vor: hier handelt es sich um Ablösung der Lasten, Beschränkung der Macht des Adels, um Behebung lokaler Mißstände, konfessioneller und persönlicher Mißhelligkeiten. In Preußen dagegen kann die außenpolitische Perspektive nie ganz außer acht gelassen werden. Das Verhältnis der neuen zu den alten Provinzen, die Frage: ob straff zentralistischer oder provinzieller Aufbau des Staates, Anlehnung an Frankreich oder an Rußland, Kriegs- oder Friedenspolitik, spielen hier ineinander und beeinflussen die Publizistik. Eigentümliche Verhältnisse liegen in Schleswig-Holstein vor, wo sich die konstitutionelle und die nationale Tendenz auf das engste berühren, wo bald die eine, bald die andere in den Vordergrund gestellt wird und wo es eines Revolutionärs bedarf, der unbekümmert um historische Rechte die nationalen Forderungen mit brutaler Schärfe ausspricht. Die sozialen Voraussetzungen sind in Hannover anderer Art als etwa in Preußen und wiederum in Sachsen: gelingt es hier dem dritten Stand mit verhältnismäßig leichter Mühe, seine Ansprüche zur Geltung zu bringen, so kämpft der Adel in Hannover mit Erbitterung und, taktisch sehr geschickt, mit allen publizistischen Mitteln um die Erhaltung seiner Vorrechte; in Schleswig-Holstein

kann er außerdem das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die nationalen Traditionen gewahrt zu haben; in Preußen dagegen haben sich die altständischen Bestrebungen in eine romantisch-konservative Staatsauffassung gewandelt, die weniger klassenmäßig gebunden ist und besser mit dem absoluten Staate hat Frieden schließen können als der Feudalismus in Hannover. Innerhalb des preußischen Staates selbst stehen das Junkertum, die Bürokratie und der mächtig empor strebende Stand der Handelsherren, besonders im Rheinlande, in einem Verhältnis politischer Spannung zueinander, das in der Publizistik lebhaften Ausdruck findet.

Worin liegen trotz all dieser Verschiedenheiten die Voraussetzungen für die Einheitlichkeit der norddeutschen konstitutionellen Bewegung? Sie liegen einmal in dem deutschen Bundesrecht, das im 13. Artikel der Bundesakte landständische Verfassungen in allen Staaten des Bundes verheißen hatte. Damit war ein Versprechen gegeben, das von keiner Seite bestritten wurde, um dessen Interpretation sich jedoch der politische Kampf und der publizistische Streit entspannen. Zum andern sind es die gemeinsamen Ideen, die den Norden Deutschlands verbinden. Als deren Träger haben vorzugsweise die Staatsrechtler auf den Lehrstühlen der Universitäten und die Journalisten zu gelten, beides Berufsarten, die nicht territorial gebunden waren und deren Einfluß vermöge des geschriebenen Wortes weit über die Grenzen ihrer Heimat hinaus reichte. An das publizistische Wirken dieser Männer lehnten sich die übrigen Gelegenheitsschriften fast sämtlich an. Nur wenige, darunter die eigenwilligsten Köpfe blieben abgesondert von den breiten Straßen, auf denen die Publizistik wandelte. Murhard, Pölitx, Grote, Jarcke und andre können als Führer der Parteigruppen („Partei“ hier im ideellen Sinne verstanden) gelten, denen ein Schwarm kleiner Geister nachfolgte, und werden deshalb im Mittelpunkt der Darstellung des allgemeinen Teils stehen.

Die Führer meldeten sich allerdings erst spät zu Worte. Zuerst raubten die Ereignisse der großen Juliwoche, dann die Aufstände in Belgien und Polen der Welt den Atem. Diese Revolutionen lieferten scheinbar einen Beweis dafür, daß das Volk

sich auch aus eigener Kraft Recht verschaffen könne und daß eine Volkserhebung unüberwindlich sei. Das Prinzip der Volkssouveränität, in den Verfassungen der Revolutionszeit ausgesprochen, 1814 von dem sogenannten „monarchischen“ verdrängt, hatte vor den Augen der Welt einen neuen Triumph errungen, wenn auch in der neuen Charte ein Kompromiß geschlossen worden war und die Vollmacht Karls an Louis Philippe zur Fiktion einer Rechtskontinuität gedient hatte. Die Geschehnisse in Paris gaben wohl den Anstoß zu Unruhen in Deutschland, aber mehr als den äußeren Anlaß boten sie nicht; das Prinzip der Volkssouveränität siegte hier nicht. Von einer Ausnahme abgesehen (Braunschweig), konnte man nirgends von Revolution auf deutschem Boden sprechen; meist waren es nur lokale Mißstände und wirtschaftliche Nöte, die zur Erhebung führten. Schnell nahten Stände, Korperationen und Städte mit ehrfürchtigen Gesuchen und Adressen dem Throne; und als die nötigen wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Reformen durchgeführt waren, waren die Gemüter bald beschwichtigt. Allerdings konnten Rotteck, Schulz und andere Liberale mit einer gewissen Genugtuung darauf hinweisen, daß sich die Tumulte nur in den deutschen Staaten zu gefahrvollen Ausmaßen ausgewachsen hatten, die keine konstitutionelle Verfassung besaßen, und zwar aus dem Grunde, weil hier Organe fehlten, die die Wünsche des Landes wirksam hätten zu Gehör bringen können<sup>1</sup>.

Die erste Frage, die durch das Beispiel der Julirevolution und des Braunschweiger Aufstandes aktuell geworden war und die Publizistik beschäftigen mußte, wurde von Strombeck formuliert: „Was ist Rechtens, wenn die oberste Staatsgewalt dem Zwecke des Staatsverbandes entgegenhandelt“<sup>2</sup>? Hat das Volk in diesem Fall ein Widerstandsrecht? Strombecks Antwort lautet: Ja. Der Staat muß so betrachtet werden, als sei er durch Vertrag entstanden und der Souverän sein oberster Diener; denn seine Rechte hat er vom Volke bekommen, um sie für das Volk auszuüben<sup>3</sup>. Wenn der Monarch aber ein despotisches Regime einführt, hat das Volk ein Recht zum Widerstande. Freilich ist dies erst das letzte Mittel, wenn alle anderen Versuche einer schiedlichen Regelung fehlgeschlagen sind. Deshalb ist zu wünschen, ja geradezu notwendig, daß Institutionen und Instanzen

geschaffen werden, die die Streitigkeiten zwischen Fürst und Volk unmöglich machen, bezw. friedlich beilegen. Solche Mittel sind einmal ein oberstes Bundesgericht, zweitens die Verantwortlichkeit der Minister und schließlich ist von der wohlthuendsten und nachhaltigsten Wirkung die Einführung von Verfassungen im ganzen Bereich des deutschen Bundes<sup>4</sup>. Mit dieser Argumentation gelangte Strombeck von dem Versuch, die Vorgänge des Juli und September theoretisch zu rechtfertigen, zu der praktischen Forderung an die deutschen Fürsten: führt, wenn ihr eine Wiederholung ähnlicher Ereignisse vermeiden wollt, landständische Verfassungen ein, erfüllt die Verheißungen des Artikels 13 der Deutschen Bundesakte! Dasselbe Verlangen wurde Ende 1830 in vielen anderen Broschüren gestellt<sup>5</sup>. Der Pfarrer K. H. Jürgens schloß sich diesen Forderungen an, bezeichnete aber Strombecks Fragestellungen als verkehrt und seine Folgerungen als zu eng. Meist sind nicht ungesetzliche Akte der Regierung die Ursache der Unruhen und meist wünscht das Volk, wenn es in Tumulte ausbricht, „nicht andere Regierungen, sondern andere oder doch wesentlich abgeänderte Verfassungen“<sup>6</sup>. Revolutionen entstehen also nicht aus den von Strombeck angenommenen Gründen (aus widerrechtlichem Verhalten einer Regierung), sondern weil die bestehende Verfassung mit dem Zustand der Gesellschaft unverträglich ist<sup>7</sup>. Mittel gegen Unruhen und Bewegungen ist also einzig und allein eine Verbesserung des Verfassungszustandes. Es bedeutet dagegen eine Ausflucht zu behaupten, daß das deutsche Volk nicht reif für eine Verfassung sei und eine repräsentative Staatsform gar nicht wünsche<sup>8</sup>. Im Gegenteil, die von Strombeck aufgestellten Wünsche sind nur Minimalforderungen, deren Erfüllung nur etwas Halbes gewähren würde<sup>9</sup>; sollen die Errungenschaften in den Einzelstaaten Bestand haben, so muß aus dem deutschen Staatenbund ein Bundesstaat werden und die Nation am Bundestag eine Vertretung erhalten<sup>10</sup>. In dieser Ende 1830 verfaßten Schrift waren also bereits der Einheits- und der Freiheitsgedanke als unauflöslich miteinander verbunden dargestellt. Allerdings war die konstitutionelle Bewegung von 1830 viel umfassender und tiefgehender als die nationale und muß daher Ausgangspunkt und Mittelpunkt unserer Darstellung bilden, während die Vorschläge zur Herstellung der deutschen Einheit



erst im dritten Teil eine Beleuchtung finden werden. Von welchen Kräften wurde diese norddeutsche konstitutionelle Bewegung getragen, welche Einflüsse wirkten auf sie ein und formten sie zu den verschiedenen Parteigruppen und -richtungen, und aus welchen Lagern erstanden ihr die gemäßigten und die erbitterten Gegner?

Der Einfluß des französischen und des süddeutschen Liberalismus darf nicht zu hoch angeschlagen werden. Zwar wurden die Namen der Itzstein, Rotteck, Welcker, Paulus, Zachariä oft und mit großer Achtung genannt, aber eine lobende Erwähnung dieser Männer bedeutete noch nicht, daß sich ein norddeutscher Schriftsteller mit ihren Ansichten identifizierte. Am häufigsten zitiert wurden Aretin-Rottecks „Staatsrecht der konstitutionellen Monarchie“<sup>11</sup>, Ludwig Hoffmanns „Staatsbürgerliche Garantien“<sup>12</sup>, ein umfangreiches Werk, in dem ein originelles System der „reinen Monarchie“ entwickelt und eine Ueberwindung der Montesquieu'schen Gewaltenteilungstheorie versucht war, und das Buch des Würzburger Bürgermeisters Wilhelm Joseph Behr<sup>13</sup> „Bedürfnisse und Wünsche der Bayern“<sup>14</sup> mit dem Anhang „Versuch des Grundrisses einer Verfassung für Monarchien“, das radikal-doktrinären Geist atmete und Kautelen über Kautelen gegen die Regierung häufte.

Der einzige bedeutsame norddeutsche Staatsrechtler, der mit den süddeutschen Liberalen ganz und gar in einer Linie stand und sich in nichts von ihnen unterschied, war der Kasseler Friedrich Murhard. Unter Jérôme im westfälischen Verwaltungsdienst tätig gewesen, hatte er nach den Befreiungskriegen und später als Herausgeber der Allgemeinen politischen Annalen eine rege publizistische Tätigkeit entfaltet, war dann aber vom Kurfürsten von Hessen auf Jahre hinaus zum Schweigen verurteilt worden. Jetzt öffnete er sein Schreibpult und ließ in rascher Folge eine Reihe dickleibiger Untersuchungen über staatsrechtliche Fragen erscheinen, die zumeist einen kritischen Ueberblick über die gesamte Literatur des betreffenden Gebietes gaben und in polemischer Auseinandersetzung Murhards Standpunkt entwickelten. Der Versuchung, fremdes und eigenes Gedankengut ununterscheidbar zu vermengen, konnte er nicht immer widerstehen und wurde einmal mit Recht des Plagiats beschuldigt<sup>15</sup>.

Murhard<sup>16</sup> unterhielt Beziehungen zu Rotteck und Welcker und huldigte wie diese einem theoretisch radikalen Liberalismus. Alle wesentlichen Züge desselben vereinigte er in sich: den Protest gegen den absolutistischen Staat, die Betonung der Rechte des Individuums und Ablehnung aller Geburtsvorrechte, die ethische Grundlegung des Staates und die Bewertung der Vernunft als der einzigen Richtschnur des politischen Denkens und Handelns<sup>17</sup>. Jeder Konzession an das Historische ist er grundsätzlich abgeneigt<sup>18</sup>. So bewegen sich seine Ideen in einem luftleeren Raum, während Rottecks und Welckers Tätigkeit wenigstens in den badischen Verhältnissen einen günstigen Nährboden besaß, und bleiben bloße Theorien. Murhard unternimmt nichts, sie in die Wirklichkeit umzusetzen, und verzichtet auf jegliches „Eintreten agitatorischer Art für seine in ihren letzten Folgerungen sicherlich oft recht radikalen Meinungen“<sup>19</sup>. Einfluß auf die 1830—33 entstehenden neuen Verfassungen hat er nicht zu üben vermocht.

Was ist der Staat und was der Zweck des Staates? „Die ganze Staatslehre ist nichts anderes als eine Lehre von den Zwecken, welche durch den Staat realisiert werden sollen“<sup>20</sup>. Untersuchungen über Ursprung und Rechtfertigung des Staates sind unfruchtbar. Sein Zweck kann nicht aus der Welt der Erfahrung entnommen, sondern „kann lediglich aus dem Begriff des Staates abstrahiert werden“<sup>21</sup>. Der Staat ist nicht Selbstzweck, sondern „der Mensch und nur der Mensch kann der Zweck dieses menschlichen Instituts sein“<sup>22</sup>. Murhard unterscheidet 3 solche Zweckkomplexe: 1. „Die Erziehung und moralische Ausbildung des Menschengeschlechts zur inneren Freiheit“<sup>23</sup>, 2. die Herrschaft über die Natur<sup>24</sup>, 3. „rechtliche Sicherheit nach außen, Unabhängigkeit des Einzelnen von fremder Bestimmung“<sup>25</sup>. Es ist die Aufgabe des Staates, „auf dem einfachsten Wege und mit Ausübung möglichst geringer Mittel, mit mindester Beschränkung der natürlichen Freiheit einen Zustand der Dinge hervorzurufen, wo die Freiheitssphäre jedes einzelnen neben der aller übrigen bestehen kann und gegen Eingriffe geschützt wird“<sup>26</sup>. In der gegenwärtigen europäischen Kulturstufe, in der diese individuelle Freiheit zum obersten Erfordernis geworden ist, ist das alte absolutistische Regie-

runssystem „völlig unhaltbar“ geworden<sup>27</sup>. Die Völker haben heute ein Recht „zur Erstrebung zeitgemäßer, ihrem Kulturgrade angemessener Staatsverfassungen“<sup>28</sup>. Wenn ihnen die Staatsgewalt diese Rechte beharrlich verweigert oder sonstwie den Zwecken des Staates zuwiderhandelt, besitzt die Nation ein Widerstandsrecht<sup>29</sup>. Glücklicherweise das Land, wo „eine solche Gemütsstimmung die Majorität der Bürger beseelt“, daß sie auf jede willkürliche ungesetzliche Tat mit einer „moralischen Insurrektion“ antworten, wo daher „die Gewißheit einer Insurrektion bei einer offenbaren überhandnehmenden Ungerechtigkeit“ die einzige „wahre Garantie für die bestehende Staatsverfassung“ bedeutet<sup>30</sup>.

Worauf soll eine solche Staatsverfassung begründet sein? Murhard lehnt wie Rousseau den Subjektionsvertrag ab, will nichts „von der vernunftpostulierten Unterwerfung des als Ganzes betrachtet willenlosen Volkes unter einen gesetzgebenden Willen wissen“, sondern faßt das Volk auf „als moralisch-juristische Person, der ein besonderer Wille eigen ist“<sup>31</sup>. „Die Nation ist die Quelle der Majestät und Souveränität“<sup>32</sup>. Das bedeutet aber nicht, daß das Volk herrschen oder die im Staate aufgestellte Staatsgewalt vom Volke abhängig sein soll<sup>33</sup>. Vielmehr glaubt Murhard am monarchischen Prinzip festhalten und es mit der Volkssouveränität vereinigen zu können, weil beide, Fürst und Volksvertretung, „in ihrer Einheit die Majestät und Souveränität der Nation darstellen“<sup>34</sup>; denn gegen Rousseau hält er eine „Übertragung in der Ausübung des Gesamtwillens“ für möglich<sup>35</sup>. So ist die konstitutionelle Repräsentativverfassung theoretisch begründet. Murhard weiß, wie groß die Machtbefugnisse des Herrschers auch in einer verfassungsmäßig beschränkten Monarchie geblieben sind. In dem Fürsten ist „alle Macht der Staatsgesellschaft konzentriert“. Er steht „an der Spitze eines unbedingt seinen Befehlen unterworfenen Kriegsheeres allein bewaffnet einer unbewaffneten Menge gegenüber“, und ein zahlreiches Heer von Beamten ist von ihm abhängig<sup>36</sup>. Bei dieser Machtfülle des Monarchen kann „der Einfluß der Landesvertreter auf die öffentlichen Angelegenheiten mehr negativer als positiver Art sein“<sup>37</sup>, und es gilt, wenn auch nicht die Garantien einer Verfassung — die ein-

zige Garantie ist eine starke öffentliche Meinung, — so doch die rechtlichen Sicherungen so auszubauen, daß der Volksvertretung ein möglichst starker Einfluß auf die Regierungstätigkeit gewährt wird. Murhard hält es neben den selbstverständlichen Vorbedingungen, dem allgemeinen Gesetzgebungs- und Steuerbewilligungsrecht, den öffentlichen Ständeverhandlungen und der Preßfreiheit, für notwendig, daß die Volksrepräsentanten die volle Gesetzesinitiative erhalten<sup>38</sup>, die Minister verantwortlich werden, die ersten Kammern als überflüssige Reste mittelalterlicher Zustände verschwinden<sup>39</sup> und dem Regenten ein nur suspensives Veto eingeräumt wird<sup>40</sup>. Murhard beginnt langsam, vom echt konstitutionellen System, das er immer noch zu vertreten wähnt, zum parlamentarischen System hinüberzuwechseln, wenn ihm etwa eine nicht bloß juristische, sondern auch politische Ministerverantwortlichkeit vorschwebt und er das suspensive Veto als Bürgschaft dafür betrachtet, „daß der Monarch dem vernünftigen Gesamtwillen der Nation gemäß regiere“<sup>41</sup>. Doch blieben, wie gesagt, alle solche Ideen theoretisch. Eine parlamentarische Regierung gab es damals in Deutschland nirgends, und wie wenig ihre Ausprägung in England verstanden wurde, hat die Dissertation von Theodor Wilhelm deutlich gezeigt<sup>42</sup>.

Noch radikalere, von den französischen Ultras beeinflusste Anschauungen traten in Norddeutschland nur vereinzelt zutage<sup>43</sup>. F. C. Johannes Müller, der 1832 nach Straßburg ging, hielt die Republik für die entwickeltste Staatsform, der sich Frankreich bereits in eiligem Tempo nähert<sup>44</sup>; denn „eine autokratische Regierung ist Regierung des Zufalls, eine republikanische ist eine der Vernunft“<sup>45</sup>. Nur vorläufig erkennt er die konstitutionelle Monarchie noch an<sup>46</sup>. Das Dogma der Volkssouveränität versteht sich für ihn von selbst. In den Kreisen des Dresdener Bürgervereins herrschten zu Anfang des Jahres 1831 revolutionäre, demokratische Stimmungen, die mit Gewalt unterdrückt werden mußten. Die Schrift des Advokaten Moßdorf<sup>47</sup> und das „Politische Gespräch“ legen von den in diesen Kreisen gehegten Ideen Zeugnis ab<sup>48</sup>. Ein vereinzelt Beispiel ultraliberaler anarchistischer Gedankengänge schließlich, die Eingabe



der Stadt Marburg an die Landstände<sup>49</sup>, erregte nur Erstaunen und Befremden.

Wir wenden uns den spezifisch norddeutschen liberalen Richtungen zu. Der am häufigsten zitierte und meist mit Achtung genannte Staatsrechtler war der heute völlig vergessene Leipziger Professor Karl Heinrich Ludwig Pölitz. Zu jedem nach 1830 vorgelegten Verfassungsentwurf oder fertiggestellten Verfassungsurkunde — mit der einzigen Ausnahme der sächsischen, der seines Heimatlandes — gab er, der Herausgeber der „Europäischen Verfassungen“ und der JGSt, sein fachmännisches Gutachten ab, alle verfassungspolitischen Vorgänge verfolgte er mit regstem Interesse und beeinflusste er direkt durch seine Schriften, indirekt durch seine Anhänger. Die meisten publizistisch tätigen Professoren, z. B. Wilhelm Traugott Krug, Jordan, Thilo, bekannten sich zu seinen Theorien, und die von ihm geprägten Schlagworte des „Systems der Reformen“ und des „Systems der staatsbürgerlichen Interessen“<sup>50</sup> waren in der Publizistik gang und gäbe. Sein Buch „Das konstitutionelle Leben nach seinen Formen und Bedingungen“ kann geradezu als Katechismus der norddeutschen Liberalen in den dreißiger Jahren bezeichnet werden.

Pölitz ist der typische Vertreter des juste milieu. In allem und jedem sucht er zu vermitteln. Zwischen Reaktion und Revolution, Stabilität und Bewegung, Geschichte und Vernunft, zwischen Legitimität und Volkssouveränität, Grundbesitz und Intelligenz, ständischer und repräsentativer Vertretung vermittelnd, errichtet er ein kunstvolles „System der Reformen“, das er immer mehr zu verfeinern strebt und dadurch in unerträglicher Weise schematisiert. Alles politische Geschehen preßt er in oberflächlicher, doktrinärer Betrachtung<sup>51</sup> in nichtssagende, nur formal bestimmte Begriffe. Nach einem für alle Staaten passenden Schema bewertet er die Verfassungsentwürfe und -urkunden; wo eine, wo zwei Kammern statthaft sind, wieviel Einwohner auf einen Abgeordneten kommen, wie die Verfassungsurkunde angeordnet sein muß: über alle diese Dinge hat er feste Normen aufgestellt. Wenn er trotzdem vielfach vernünftige und einsichtige Urteile abgab, so liegt es daran,

daß er, in theoretischen Dingen doktrinär, in praktischen Fragen eine gemäßigte, opportunistische Haltung einzunehmen pflegte.

In einem Aufsatz der JGSt<sup>52</sup> versucht Pölitz die konstitutionelle Bewegung soziologisch zu begründen. Die entscheidende Tatsache der neueren Geschichte ist die Emanzipation des dritten Standes. Das Mittelalter war durch das Lehnssystem und das System der päpstlichen Hierarchie charakterisiert<sup>53</sup>. Dieses ging in der Reformation zugrunde, jenes wurde von der französischen Nationalversammlung aufgehoben<sup>54</sup>. Damit ist die Scheidewand zwischen den bevorrechteten Ständen und dem dritten Stand, der „das Uebergewicht der Intelligenz und des Geldes“ in die Wagschale zu legen vermag<sup>55</sup>, durchbrochen und die Anerkennung der individuellen Freiheitsrechte und ein angemessener Anteil an der städtischen Verwaltung und der Gesetzgebung des Staates notwendig geworden. Die Garantie dieser Rechte, die dem Bürgertum zugestanden worden sind, gewährt am besten eine „Verfassung, welche ebenso die geheiligten Rechte des Thrones wie die Rechte der einzelnen Bürger und der einzelnen Stände des Volkes gewährleistet“<sup>56</sup>. Die „Verfassungen im neueren Sinne des Wortes“ definiert Pölitz als „schriftliche Urkunden, welche die Gesamtheit der rechtlichen Bedingungen enthalten, auf denen das innere Leben eines Staates beruht“<sup>57</sup>. Bei der Entwicklung der Verfassungsformen darf „weder irgendeine staatsrechtliche und politische Theorie allein, noch die bloße und ausschließende Berücksichtigung des sogenannten historischen Rechts“ den Ausschlag geben, sondern beide müssen „in der innigsten Verbindung“ zusammenwirken<sup>58</sup>: das „System der Reformen“ muß befolgt werden<sup>59</sup>. Das bedeutet, daß ein besonnener Mittelweg zwischen den Systemen der Revolution und der Reaktion beschritten werden soll. Weder Vernunft noch Geschichte geben allein den Maßstab; die Vernunft zeigt das Ideal, das jedoch unerreichbar ist; die Geschichte bildet den Unterbau des Staatsgebäudes.

Auf diesen Voraussetzungen entwirft nun Pölitz im Hauptteil seines Werkes „Das konstitutionelle Leben nach seinen Formen und Bedingungen“ das Bild eines konstitutionellen Ver-

fassungsstaates. Weder Volkssouveränität noch Gottesgnadentum bilden die Grundlage des Staates, sondern ein Staatsgrundvertrag, der Regenten und Volk als „zwei gleichgroße, zwei gleichberechtigte und gleichverpflichtete moralische Personen“ anerkennt<sup>60</sup>. Daher verdienen paktierte, d. h. auf dem Wege des Vertrags zustande gekommene Verfassungen den Vorzug vor oktroyierten oder vom Volke sich selbst gegebenen. Die entscheidende Frage, ob ständische oder repräsentative Vertretung, löst Pölitz gleichfalls durch einen vermittelnden Vorschlag. Er definiert zunächst: ständische Abgeordnete sind die, „welche nach den herkömmlichen besonderen Ständen des Volkes entweder nach dem erblichen Rechte der Standschaft, oder wie bei dem Bürgerstande, gewöhnlich nur aus der Mitte der Magistrature ohne Mitwirkung der Bürgerschaft erwählt werden“<sup>61</sup>; sie vertreten daher nur „die besonderen Interessen ihres Standes“<sup>62</sup>. Repräsentanten jedoch sind solche, „deren Wahl aus der numerischen Gesamtheit eines ganzen Volkes ohne Rücksicht auf die einzelnen politischen Interessen in der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft erfolgt“; sie vertreten „die allgemeinen Interessen des ganzen Staates“<sup>63</sup>. Pölitz vertritt nun das in der Mitte zwischen beiden Systemen stehende „System der politischen Interessen“<sup>64</sup>. Nach diesem werden „nicht einzelne Stände, sondern die verschiedenen Hauptinteressen des Staates vertreten“<sup>65</sup>; in ihrer Gesamtheit vertreten dann alle diese Interessen das wahre Staatsinteresse. Solche Hauptinteressen sind 1. das des Grundbesitzes, 2. das der städtischen Gewerbe, und 3. das der Intelligenz im Staate<sup>66</sup>. Alle besonderen Interessen haben auch ein Recht auf besondere, gleichmäßige Vertretung<sup>67</sup>. Damit ist die Zusammensetzung der Abgeordnetenversammlung gegeben. Eine Entscheidung der Frage, ob eine oder zwei Kammern eingesetzt werden sollen, hängt von der Größe der betreffenden Staaten ab. In allen größeren Staaten spricht die Erfahrung für zwei Kammern, während sich für alle Staaten mit einer Bevölkerungszahl unter einer halben Million nur eine Ständeversammlung empfehlen dürfte<sup>68</sup>. Am zweckmäßigsten kommt auf etwa 20 000 Einwohner ein Abgeordneter<sup>69</sup>. Die direkte Wahl ist abzulehnen. Vermögen und Zensus sind für die Eigenschaft als Wahlmann

und für das passive Wahlrecht als Abgeordneter der Grundbesitzer und Städter erforderlich<sup>70</sup>. Die Wahl im Kreise der Intelligenz soll dagegen ganz frei sein<sup>71</sup>. Wie ist nun die erste Kammer zusammenzusetzen? Die Voraussetzungen zu einer Pairskammer sind in Deutschland nicht gegeben<sup>72</sup>. Pölitz schlägt eine Zusammensetzung aus verschiedenen Elementen vor. Die Prinzen und Standesherrn haben ein erbliches Recht auf Standeschaft; die Regierung schickt einige lebenslänglich von ihr ernannte Mitglieder, die Abgeordnetenversammlung entsendet aus ihrer Mitte etwa ein Drittel in die erste Kammer<sup>73</sup>, deren Mitgliederzahl jedoch nur etwa halb so groß wie die der zweiten Kammer werden darf. Auf diese Weise wird ein Widerstreit der beiden Kammern gegeneinander ausgeschaltet sein, und wenn ihre Ansichten wirklich abweichen sollten, wird ein Zusammentreten beider und eine Plenarabstimmung zweckmäßig sein<sup>74</sup>. Alle 6 Jahre finden Neuwahlen statt, noch besser dürfte alle 2 Jahre eine teilweise Erneuerung der Ständeversammlung stattfinden<sup>75</sup>.

Die Rechte des Regenten, jedes einzelnen Staatsbürgers und der Volksvertretung sollen in der Verfassungsurkunde genau festgelegt sein. Die Kammer hat das Budget-, Beschwerde- und Anklagerecht<sup>76</sup>, wirkt bei außenpolitischen Angelegenheiten, Zollverträgen u. dergl. mit und soll nicht nur Petitionen, sondern auch Anträge zu neuen Gesetzen stellen, wenn nicht überhaupt die Initiative dazu ergreifen dürfen<sup>77</sup>. Die Öffentlichkeit der Sitzungen beider Kammern ist unumgängliche Voraussetzung für eine gedeihliche Tätigkeit<sup>78</sup>.

Pölitz' Musterverfassung bot etwa den Durchschnitt dessen, was in den Konstitutionen nach 1830 praktisch erreichbar war. Dadurch, daß sie von ihrem Verfasser als Maßstab an jede neu entstandene Verfassungsurkunde gelegt wurde, gab sie gute Vergleichsmöglichkeiten. Während die kurhessische Verfassung im ganzen liberaler und in vielen Punkten radikaler als sie war, standen ihr das sächsische und das hannoversche Grundgesetz an Freisinnigkeit bei weitem nach. Das wichtigste Stück des Pölitz'schen Vorschlages, sein „System der politischen Interessen“ mit der Forderung nach einer besonderen Vertretung der Intelligenz, wurde zum Teil in der kurhessischen Verfas-



sung<sup>79</sup> und in der braunschweigischen Neuen Landschaftsordnung<sup>80</sup> verwirklicht, unter ermunternder Zustimmung seines Autors, dessen Stimme 1830 unleugbar eine politische Macht ersten Ranges darstellte.

Neben dieser vorherrschenden liberalen Richtung unterscheiden wir noch einige kleinere liberale Gruppen. Der rheinische Liberalismus fand 1830 nur einen Wortführer. David Hansemann erhob dieselben Forderungen in ebenso entschiedenem Ton wie Pölitz: eine Repräsentativverfassung im preußischen Staate mit Reichsständen, die nach freiem Wahlmodus gewählt sind und in öffentlichen Verhandlungen tagen, Freiheit der Presse. Aber Hansemanns Liberalismus ist alles andere als doktrinär-rationalistisch. Bezeichnend ist die Fragestellung, von der er ausgeht: wie kann Preußen den Mangel an natürlichen Staatskräften gegenüber den anderen Großmächten wettmachen? Er gibt dem französischen Staat den Vorzug vor dem preußischen, „nicht weil jener etwa die größere Freiheit verbürge, mehr den Menschenrechten, den Vernunftansprüchen Rechnung trage, sondern weil er die größere Macht“ zu entwickeln vermag<sup>81</sup>. Preußen wird, wenn es sich entschließt, konstitutionell zu werden, seine Staatsmacht verdoppeln; denn — und nun kommt der soziologische Gesichtspunkt bei Hansemann dazu — der kräftigste Stand, das Bürgertum, wird fortan die „Schwerkraft“ des Staates bilden<sup>82</sup>. Die Herrschaft des bürokratischen Absolutismus und des Militär- und Grundadels sind überlebt. Hansemann verwahrt sich ausdrücklich und mit vollem Recht gegen den Vorwurf, daß seine Ideen demokratisch oder der Monarchie gefährlich seien. Er bezeichnet selbst sein System als „aristokratisch und monarchisch“<sup>83</sup> und wünscht nichts sehnlicher als ein einiges Deutschlands unter Führung eines mächtigen, durch eine Konstitution gefestigten Preußen<sup>84</sup>.

Ein „historischer Liberalismus“, wie wir ihn nennen möchten, war vor allem im Nordwesten Deutschlands verbreitet. Für ihn ist charakteristisch, daß er glaubt, die konstitutionellen Forderungen der Gegenwart aus der Geschichte ableiten zu können. Am klarsten spricht der Kasseler Gerichtsrat B. W. Pfeiffer in seinem umfangreichen Werk „Geschichte der land-

ständischen Verfassung in Kurhessen“ diese Anschauung aus. Die heutigen Verfassungen haben im großen und ganzen nur das wiederhergestellt, was der Absolutismus seinerzeit an Rechten vernichtet hatte<sup>85</sup>. „Was den Landständen ehemals als unbestrittenes althistorisches Recht zukam, haben sie in der neueren Zeit, oft sogar nur teilweise, hin und wieder in eine zeitgemäße Form eingekleidet, wieder erlangt“<sup>86</sup>. Bedeutende und wesentliche neue Rechte sind im Vergleich mit der früheren Zeit nicht oder kaum hinzugekommen<sup>87</sup>. Der Gegensatz von ständischer und repräsentativer Verfassung wird von dieser Richtung nicht erkannt, ja geleugnet. Der Uebergang von den altständischen Verfassungsformen zum Konstitutionalismus wird von ihr als ein kontinuierlicher Entwicklungsprozeß angesehen. Die Verfassung, die die geringsten politischen Erschütterungen erlebt hat, die englische, gilt ihr als vorbildlich. Wie Dahlmann ein Zweikammersystem nach englischem Muster in seinen Entwurf für das hannoversche Staatsgrundgesetz aufgenommen hat, es freilich nicht verwirklichen konnte, wird unten näher zu zeigen sein<sup>88</sup>. Von „Anglomanie“ kann man geradezu bei dem Kieler Justizrat Franz Hermann Hegewisch sprechen<sup>89</sup>. Dieser bekennt sich in seinem pseudonym erschienenen Buch „Politische Freiheit“ zwar als Anhänger der historischen Schule<sup>90</sup>, huldigt aber in vielen Dingen rein theoretischen politischen Ansichten. Die englische Verfassung und die französische Charte von 1814 sind für ihn maßgebende Richtschnur. Alle diejenigen Bestimmungen, die beiden gemeinsam sind, stellt er als „allgemeine Normen“ und „für alle ähnlichen größeren Staaten“ passend dar<sup>91</sup>: eine erbliche Monarchie, Trennung der Gewalten, Ministerverantwortlichkeit, ein System von zwei Kammern, einer aus erbberechtigten und von der Krone ernannten Mitgliedern zusammengesetzten und einer Wahlkammer. Die Verherrlichung der englischen Verfassung ist hier ebenso Dogma und Doktrin geworden wie die Vergötterung französischer Verhältnisse durch den süddeutschen Liberalismus. In der Praxis gewährleistete jedoch eine Anlehnung an englische Verfassungsformen vielfach einen Fortschritt auf dem Wege gemäßigter Reformen und war für Braunschweig, Hannover und Schleswig-Holstein in mancher Beziehung passend.

Eine zum mindesten sehr vorsichtige mäßigende Kritik am Verfassungsstreben ihrer Zeit übten zwei Männer, die mit dem Werdegang und den Triebkräften der preußischen Monarchie wohl vertraut waren. Leopold Ranke hielt sich 1830 in seinem Urteil stark zurück. In der von ihm herausgegebenen HPZ<sup>92</sup>, die zum größten Teil historische und außenpolitische Themen behandelte, legte er immer wieder dar, daß es Deutschlands Aufgabe sei, nicht das Ausland nachzuahmen, sondern den Entwicklungsgesetzen der eigenen Geschichte zu folgen. Die französischen Vorgänge der Revolution und der Restauration haben sich in Deutschland nicht wiederholt<sup>93</sup>. Was Frankreich in der Revolution erreichte, erhielt Deutschland durch die Reformen der Befreiungszeit, die nicht „im Widerspruch mit den Fürsten“, sondern „unter ihrer Leitung“ vollzogen wurden; die deutsche Restauration „bestand darin, daß man die Fremden verjagte“<sup>94</sup>. So zeigen die französischen und die deutschen Verhältnisse nur bei oberflächlicher Betrachtung eine gewisse Ähnlichkeit, und es ist nicht zu billigen, daß sich „die deutsche Opposition in die Formen der französischen wirft“<sup>95</sup>. Gewiß ist auch in Deutschland manches Uebel vorhanden, das beseitigt werden muß, aber das darf nicht durch Umsturz, sondern nur „auf eine vernünftige, schonende Weise“ geschehen<sup>96</sup>. Vor allem muß sich Deutschland vor dem „Despotismus der Einheit“ nach französischer Art hüten<sup>97</sup>. Die immer wiederholte Mahnung, „auf dem Pfade der Vernunft und der Mäßigung zu verharren“<sup>98</sup> und „den echtdeutschen Staat, wie er dem Genius der Nation entspricht“<sup>99</sup>, „in neuen, eigenen Formen“ auszubilden“<sup>100</sup>, kennzeichnet auf das deutlichste Rankes gemäßigten, historisch fundierten Konservatismus, mit dem er zu seiner Zeit allein stand.

Ebenso eigenartig sind die Anschauungen des preußischen Staatsrats a. D. Georg F. Krause. In seinen „Betrachtungen über die Unruhen der Zeit und ihre Ursachen“, einer sehr eindringlichen Kritik der Gegenwart, geht er von der soziologischen Fragestellung aus: welche Personen machen Revolutionen? Es sind nicht die besitzenden Elemente; auch die Proletarier geben nicht den Anstoß, sie lassen sich bloß anstiften; die Treibenden sind Unzufriedene, Entwurzelte, im

Staatsdienst Gescheiterte u. a., die dann Journalisten werden und zum Umsturz aufreizen. Wann finden sie mit ihren revolutionären Ideen Anklang? wenn Uebervölkerung oder schlechte Konjunkturen des Welthandels wirtschaftliche Not verursachen oder Regierung und Nation ihre gegenseitigen Rechte mißachten. Geeignete Mittel zur Abhülfe der Beschwerden müssen in erster Linie wirtschaftliche sein. Gegen die Uebervölkerung hilft nur die Parzellierung der großen Güter<sup>101</sup>, zu deren Durchführung alle entgegenstehenden Hindernisse, die Feudal- und Majoratsverhältnisse und der Mangel der unteren Klassen an Kapital<sup>102</sup>, überwunden werden müssen. Repräsentativverfassungen sind dagegen als Abhilfsmittel von nur zweifelhaftem Wert; sie „tragen zumeist den Charakter der Revolution an sich, aus der sie hervorgehen“<sup>103</sup>, beruhen auf der Theorie eines förmlichen Vertrages zwischen dem Monarchen und der Nation und dem „Wahn“ einer absoluten Gleichheit, Freiheit und Souveränität des Volkes<sup>104</sup> und suchen die Macht des Regenten zu teilen. „Betrachtet man diese Verfassungen genauer, so zeigt es sich, daß in ihnen weder alle Stände und am wenigsten der Stand der Arbeiter wirklich vertreten werden können, noch auch, daß sie unbedingt zum Wohl der Nation führen müssen, mithin für dasselbe unerläßlich sind“<sup>105</sup>. „Es sind also nur die Großen und Reichsten der Nation, welche in den Kammern unmittelbare Vertreter haben“<sup>106</sup>, aber auch die Interessen dieser höheren Stände „kreuzen sich sehr mannigfach“; daher „bilden sich in den Kammern Parteien, welche in offene Opposition gegeneinander treten und . . . die Nation in ihren Kampf mit hineinziehen. Die Gesetzgebung wird dann ein Kampf der verschiedenen Interessen und Parteien, unter welchen notwendig das Ganze umsomehr leiden muß, jemehr man dem Regenten und der Regierung die Macht entzogen hat, in diesen Parteienkampf mit Kraft und Nachdruck einzugreifen“<sup>107</sup>. Nur eine starke, über den Interessengegensätzen erhabene Regierung kann aber eine zielsichere Politik zum Segen des Ganzen treiben. Alle Verfassungen, die die Regierung zur Partei erniedrigen, müssen abgelehnt werden. Zweifellos schwebt Krause hier das Vorbild des preußischen Staats vor Augen, an dessen Grundlagen er nicht gerüttelt wissen



möchte<sup>108</sup>. Die patriarchalische Fürsorge für das Wohl der unteren Klassen gibt seinen Ausführungen eine besondere, vom Denken seiner Zeitgenossen eigentümlich absteckende Note.

Der altständische Konservatismus verteidigte sich 1830 in Preußen und Hannover mit außerordentlicher Erbitterung und großem taktischen Geschick gegen die konstitutionelle Bewegung. In Karl Ernst Jarcke und Hermann Grote besaß er zwei Führer, die es an journalistischer Gewandtheit mit den Hermes, Bernhardi, Bentzel-Sternau gar wohl aufnehmen konnten. In den ersten Monaten nach der Julirevolution entwarfen sie ihre Programme, jener in der anonymen Broschüre „die französische Revolution von 1830, historisch und staatsrechtlich beleuchtet“, dieser, gleichfalls anonym, in der Schrift unter dem nichts ahnen lassenden Titel: „Die Militärverfassung des deutschen Bundes“; seit Oktober 1831 bzw. Januar 1832 verfochten sie ihre Ideen in zwei Zeitschriften, dem Berliner Politischen Wochenblatt und den Hannoverschen Landesblättern. Ihre Gönner und Anhänger hatten sie zumeist unter dem hannoverschen und preußischen Adel<sup>109</sup>, doch zählten sie auch Universitätsprofessoren zu ihren Gesinnungsgenossen: Karl Wilhelm von Lancizolle übte in seinen „Beiträgen zur Politik und zum Staatsrecht“ scharfe Kritik an den modernen Staatstheorien, und von ihm beeinflusst zeichnete 1832 der Marburger Staatsrechtler Karl Vollgraff, der 1830 noch einen gemäßigten Konstitutionalismus vertrat, die „Täuschungen des Repräsentativsystems“ auf.

Zwei Wurzeln der altständischen Restaurationsbewegung sind zu unterscheiden: einmal die soziologischen Voraussetzungen, die Opposition des Adels gegen die Emanzipationstendenzen in Bürger- und Bauerntum und gegen den straff zentralisierten, modernen absolutistischen oder repräsentativen Staat; zum andern die romantischen Ideen eines mittelalterlich-patriarchalischen Ständewesens, einer Monarchie des Gottesgnadentums und einer christlich-germanischen europäischen Völkerfamilie. Zu welchem Mystizismus solche Gedanken führen konnten, zeigt das sonderbare Werk des westfälischen Freiherrn Werner von Haxthausen „Ueber die Grundlagen unserer Verfassung“, das

nach einer Kritik der modernen Staatsanschauungen in einer an phantastischen Spekulationen reichen Kosmogonie und geradezu einer Methaphysik der Stände endet<sup>110</sup>. Jarckes und Grotes publizistische Tätigkeit bewegte sich dagegen in einer viel größeren Wirklichkeits- und Lebensnähe.

Wie die Liberalen lehnen die Konservativen den Staatsabsolutismus ab. Während jedoch jene das Individuum vor und über den Staat stellen, betrachten sie die Stände, Korporationen und Gemeinden als die ursprünglichen Einheiten des politischen Lebens. Diese erscheinen in den alten ständischen Verfassungen der christlich-germanischen Völker „kraft eigenen angeborenen Rechts“ auf den Ständeversammlungen<sup>111</sup> oder entsenden nicht Repräsentanten, sondern ihre „Bevollmächtigten“<sup>112</sup> oder „Mandatäre“<sup>113</sup>. „Durch eine Fügung der göttlichen Vorsehung hat der Regent die Macht, auf der sein Regentenrecht beruht, erhalten“; er ist legitimer Monarch von Gottes Gnaden und „kraft dieser Fügung der höchste und (juristisch) unabhängige Herr in seinem Lande“<sup>114</sup>. Dadurch, daß der Fürst und die Stände ihr eigenes Recht und ihre eigene Rechtssphäre haben, sind ihre Freiheiten gegenseitig gesichert und ein patriarchalisches Vertrauensverhältnis gewährleistet. Die alten freiheitlichen Zustände sind durch die absolute Monarchie und das Repräsentativsystem vernichtet worden. Beide sind schlimmster Despotismus. Dieses vereinigt in sich sogar einen „doppelten Absolutismus, den der Gesetzgebung und den der Administration“<sup>115</sup>. Es beruht auf der Täuschung, daß das Volk „die Quelle der öffentlichen Regierungsgewalt“, der Träger der Souveränität sei<sup>116</sup>. Was ist aber „das Volk“? Volk ist nach der Repräsentativverfassung „die Gesamtheit aller Einzelnen“<sup>117</sup>, „eine homogene gleichberechtigte im Leben nicht mehr nach Ständen, Klassen und Beschäftigungen geschiedene Bevölkerung“<sup>118</sup> oder, wie sich Jarcke noch drastischer ausdrückt, „eine unorganische Masse nackter, isolierter, abstrakter Rechtssubjekte“<sup>117</sup>. Auf dem Vertrag dieser einzelnen Individuen erhebt sich nun nach der modernen Anschauung der „Staat“. In ihm sind alle Kräfte und Interessen in einen großen „Pot“, nämlich die Repräsentativversammlung, zusammengeworfen<sup>119</sup> und die Gewalten geradezu arithmetisch berechnen-

bar verteilt<sup>120</sup>. Alles „Unabhängige und Selbständige“, Kirche, Adel, Korporationen und Gemeinden, wird beiseite geworfen<sup>121</sup>, alles wird zentralisiert und nivelliert<sup>122</sup>. Der Staat, insbesondere die gesetzgebende Gewalt, erhebt sich zum allmächtigen Herrn und maßt sich eine durch ein Staatsgrundgesetz sanktionierte „rein despotische Gewalt“ an<sup>123</sup>.

Jarcke setzt sich gleich in seiner ersten Schrift von 1830 mit den weltanschaulichen Grundlagen der modernen Staatsanschauung auseinander. Die Wurzel des herrschenden revolutionären Geistes ist „der Materialismus auf dem Gebiete der Religion und der Politik“, der eine „göttliche und den Menschen geoffenbarte, historisch fortgepflanzte, ewig wahre Lehre“ leugnet<sup>124</sup>. In der Kirche wirkt er sich als Atheismus, im Staate als Jacobinismus mit dem Dogma der Volkssouveränität aus<sup>125</sup>; auch die vermittelnden Richtungen des Deismus und des Liberalismus gehen auf ihn zurück und sind Ausflüsse desselben verderblichen Geistes<sup>126</sup>, der „nur in den Lastern des Menschen seine Wurzeln“ hat<sup>127</sup>. Dagegen müssen echte Frömmigkeit und Treue gegen den angestammten Herrscher wieder einziehen und die richtigen und wahren Begriffe der Freiheit und Gleichheit müssen wieder gelten, als Grundsatz der Gleichheit das Wort: Jedem das Seine, und als Prinzip der Freiheit eine klare Scheidung der Rechtssphären von König und Ständen. Gewiß wäre es töricht, „untergegangene faktische Zustände wieder in das Leben rufen“ zu wollen<sup>128</sup>; aber die „Elemente“ des Lebens der modernen Völker im neunzehnten Jahrhundert sind „noch dieselben wie bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts“, auch die Stände sind noch dieselben, obgleich sie nicht mehr „so scharf und schroff abgegrenzt“ sind wie früher: Adel, geistlicher Güteradel, Bürgertum und Bauernstand<sup>129</sup>. Eine langsame Dezentralisation der Staatsverwaltung und Wiederherstellung und Ausbau der Selbstverwaltungskörperschaften werden die erste segensreiche Grundlage eines ständischen Staatswesens bilden. Wenn dann noch die Befugnisse der Provinziallandschaften erhalten und verstärkt werden, sind bessere und sicherere Freiheitsgarantien gegeben, als sie das Repräsentativsystem zu verleihen vermag. Sämtliche modernen konstitutionellen Errungenschaften, wie Ein- oder Zweikammersystem, all-

gemeines Gesetzgebungsrecht, Oeffentlichkeit der Sitzungen und Preßfreiheit, sind zu verwerfen und werden auf das schärfste bekämpft.

Weder die Extreme von links und rechts, weder Murhard noch Jarcke noch Grote haben die Gestaltung der Verfassungen von 1831—33 entscheidend bestimmt. Es waren entweder die Staatstheoretiker der gemäßigten Mitte, mochten sie nun nach der theoretisch-liberalen oder historischen Seite neigen, wie Jordan und Dahlmann, die das Werk schufen, oder Beamte, denen es lediglich auf die praktische Wirksamkeit der Verfassungen ankam, Männer aus der staatlichen Verwaltung wie Rose und Lindenau oder au der tätichen wie Schomburg und Eberhardt (in Kurhessen) und Stüve (in Hannover). Aber sie hatten nicht überall leichtes Spiel, sondern mußten sich mit den mannigfachsten Kräften auseinandersetzen: mit den geschichtlichen Besonderheiten des bestehenden Staates, mit den Neigungen des Herrschers, sie mußten unter den Interessengruppen vermitteln und zwischen den althergebrachten und den modernen, teilweise fremden Anschauungen ausgleichen. Die Früchte ihrer Arbeit, die Verfassungsurkunden in zwei Königreichen, dem Kurfürstentum und zwei Herzogtümern, spiegeln alle die gleichen Zeittendenzen wider und sind doch individuell ganz verschieden.



## **Zweiter Teil.**

### **Die Publizistik in den norddeutschen Einzelstaaten.**

#### **Erstes Kapitel.**

##### **Die verfassungspolitische Publizistik in Kurhessen.**

Als Kurhessen 1814 seine Selbständigkeit wiedererrungen hatte, waren in umfassender Restauration die meisten unter Jérôme eingeführten Neuerungen beseitigt worden. Auf dem Landtage von 1815, den die Regierung aus finanziellen Gründen hatte berufen müssen und dem sie eine zeitgemäßere Zusammensetzung gegeben hatte, indem sie auch Abgeordnete des Bauernstandes hinzuzog, waren die dem Staate neu angegliederten Gebietsteile nicht vertreten gewesen. Schon damals war von einer Verfassung die Rede, und der Kurfürst war bereit nachzugeben. 1816 ließ er einen Entwurf ausarbeiten und dem Landtag vorlegen, der nur eine Kammer vorsah und von dem Pfeiffer mit Recht betont, „daß damit die von dem Landesfürsten aus eigener Bewegung den Ständen wiederholt erteilte Zusage, dem Lande eine Verfassung zu geben, die auf den liberalsten Grundsätzen beruhe, treulich gelöst worden sei“<sup>1</sup>. Dieser Entwurf, der den Ständen wichtige Rechte einräumte, wäre trotz seiner Unvollständigkeit verbesserungsfähig gewesen und hätte vielleicht schon damals eine regelrechte Verfassung im Gefolge gehabt, wenn nicht Landesherr und Stände in einer anderen Frage in grundsätzlicher Gegnerschaft beharrt hätten: die Stände verlangten nämlich, daß die Einnahmen des Staates aus den Domänen bekanntgegeben und der Bedarf des Kurfürsten und die durch Steuern zu deckenden Ausgaben genau fixiert würden. Dieser im Interesse des Landes durchaus billigen

Forderung wollte der Kurfürst unter keinen Umständen nachkommen, und so zerschlugen sich auch die Verfassungsverhandlungen<sup>2</sup>. In tragem Fluß ging das staatliche Leben von 1816 bis 1830 dahin. Es bedurfte erst der durch die Julirevolution hervorgerufenen Erregung, bis sich die Dinge von Grund auf wandelten.

Schon in den ersten Septemberpetitionen wurde der Wunsch nach Einberufung der Landstände geäußert. Die Adresse der Kasseler Bürgerschaft, die von Obergerichtsanwalt Hahn verfaßt war, gipfelte in den Worten: „Versammeln Eure Königliche Hoheit Ihre Stände, um sich als Vater mit Ihren Kindern zu beraten, wie uns in unserer Not zu helfen sei!“<sup>3</sup> Aus eigener Initiative versprach der Kurfürst in seiner Entgegnung, eine konstitutionelle Verfassung geben zu wollen. Das Versprechen löste allgemeinen Jubel in der Bevölkerung aus. Bereits nach vier Tagen, am 19. September, wurde die Berufung der Stände auf den 16. Oktober verfügt. Sofort machten sich die Kommissare von Porbeck und Eggena an die Arbeit, um einen Verfassungsentwurf fertigzustellen.

Es entsprach einem allgemeinen Bedürfnis, wenn der Marburger Rechtsgelehrte Karl Vollgraff<sup>4</sup> sogleich in den nächsten Tagen den Verfassungsentwurf vom Jahre 1816 veröffentlichte und Bemerkungen und Verbesserungsvorschläge an ihn knüpfte. Er nennt ihn „in seinen Grundlagen völlig geeignet, die Rechte des Fürsten und des Volkes zu bestimmen“, bedauert, daß er 1816 unausgeführt blieb, und möchte ihn jetzt als Grundlage des Verfassungswerkes empfehlen<sup>5</sup>. An der Art der Zusammensetzung des Landtags hat er nicht das geringste auszusetzen und fordert nur größere Klarheit der Bestimmungen und größere Rechte der Volksvertretung: allgemeines Gesetzgebungsrecht, häufigeren Zusammentritt des Landtags, Oeffentlichkeit der Verhandlungen. In einer zweiten Schrift „Eine Stimme“ suchte Vollgraff durch historische und staatsrechtliche Grundlegungen seinen Gedanken mehr Gewicht zu geben. Er fragt danach, was in Kurhessen von alters Recht gewesen sei, und glaubt als Resultat feststellen zu können, daß schon früher „die Stände auf das gesamte Gebiet der landesherrlichen und landeshoheitlichen Gesetzgebung einwirkten und tatsächlich ganz so tätig

waren wie neuerdings die Kammern mit verfassungsmäßiger Initiative“ wobei sich „die Untertanen häufig besser befanden als unter der heutigen unermüdlichen Gesetzgebung der Repräsentativkammern“<sup>6</sup>. Als Vertreter des altständischen Prinzips will er also nur historisch begründete Rechte erneuern, nicht vernunftmäßige Theorien zum Ausgangspunkt nehmen. In der zweiten Abteilung stellt er nun auf Grund der Rechtssätze, die ihm die Landtagsabschiede, der Entwurf von 1816, die Bundesakte und die Wiener Schlußakte liefern, ein „Projekt einer neuen Landschaftsordnung für Kurhessen“ auf, das den Ständen als Grundlage ihrer Beratungen dienen soll. Dieses huldigt dem üblichen Zweikammersystem. Es erweitert die Befugnisse des Landtags bedeutend, führt die allgemeinen Rechte und Pflichten auf und verheißt eine Gemeindeordnung und Ablösung der bäuerlichen Lasten. Aber nicht auf allen diesen Dingen liegt das Hauptgewicht, sondern auf den 1816 so überaus schwierigen finanzpolitischen Bestimmungen. In gemäßigt konservativer Grundhaltung richtet Vollgraff seinen Blick vor allem auf das historisch Fundierte und das Praktische, ohne sich mit prinzipiellen Fragen zu belasten.

Am 16. Oktober wurde der neue Landtag eröffnet. Ehe man in die Beratungen eintrat, beschloß man, auch Abgeordnete der neuen Landesteile, Fulda, Hanau und der Grafschaft Schaumburg, hinzuzuziehen. Dann wurde der so gebildeten einheitlichen Landesvertretung die von Eggena verfaßte landesherrliche Proposition vorgelegt mit der Bemerkung, daß die Regierung zu eventuellen Abänderungen bereit sei. Der Landtag wählte einen siebenköpfigen Verfassungsausschuß, dem der Marburger Staatsrechtler Jordan als Vorsitzender und je zwei Vertreter der Ritter-, Bürger- und Bauernschaft angehörten. Die städtischen Mitglieder waren die Bürgermeister von Kassel und Hanau, Schomburg und Eberhardt.

Die Proposition lehnte sich eng an den Entwurf von 1816 an, mit einer merkwürdigen Aenderung. Da das Einkammersystem für Kurhessen bedenklich schien, sollte sich der Landtag aus drei Kurien zusammensetzen, die zunächst unter sich beraten und abstimmen. Nur dann, wenn sich die drei Kurien „nicht zu einem Be-



schlusse über eine gemeinschaftliche Angelegenheit einigen können“, treten alle Mitglieder zusammen, stimmen in einer Plenarversammlung ab, und der Beschluß wird nach Stimmenmehrheit gefaßt<sup>8</sup>. Im übrigen waren das Steuerbewilligungs- und Antragsrecht der Stände ausdrücklich erwähnt, freilich, von deutlicherer Fassung einzelner Paragraphen abgesehen, der Entwurf von 1816 nicht in zeitgemäßem Sinne abgewandelt.

Nur eine einzige selbständige Schrift über die Proposition vom 7. Oktober steht uns zur Verfügung<sup>9</sup>. Der Kasseler Oberappellationsrat B. W. Pfeiffer sprach sich sofort nach dem 16. Okt. für grundsätzliche Annahme des Entwurfes aus<sup>10</sup>. Mochte ihn die Sorge, daß sich ähnliche Konflikte wie 1816 ergeben möchten, dazu veranlassen, nicht Einzelheiten zu kritisieren, sondern erst einmal die Vorzüge einer noch so bescheidenen, wenn nur auf festen Normen basierenden Verfassung hervorzuheben, so vertrat er doch den Standpunkt, daß dem Entwurf „ein nicht bloß relativer, sondern wirklich absoluter Wert zukomme“<sup>11</sup>; denn dieser steht auf althistorischem Boden, und eine zeitgemäße Fortbildung alten Rechts ist um so vorteilhafter, weil die modernen Verfassungen vielfach beim Ausland Anleihen machen, sich „den örtlichen Verhältnissen nicht anpassen und damit Reibungsstoff zwischen Regierung und Ständen geben“<sup>12</sup>. Außerordentlich gemäßigt, hält Pfeiffer die Einführung einer Civilliste, die Ministerverantwortlichkeit und den Verfassungseid des Regenten für entbehrlich, ja er erkennt sogar in dem vorgeschlagenen Dreikurien-system Vorteile und spricht sich nicht unbedingt für allgemeines Gesetzgebungsrecht der Stände aus<sup>13</sup>. Nur in zwei Punkten wünscht er allerdings Verbesserungen: die Wahl der städtischen Abgeordneten soll nicht durch die Stadträte allein, sondern durch die Gesamtheit der Gemeindeglieder vorgenommen werden, und ein Zusammentritt des Landtags muß mindestens alle drei Jahre stattfinden<sup>14</sup>.

Pfeiffer sagt später selbst, seine Schrift habe bei ihrem Erscheinen durchaus keinen Anklang gefunden<sup>15</sup>. Der landständische Ausschuß setzte sich über alle Stimmen kühn hinweg. Selbst den landesherrlichen Entwurf warf er schon in seiner ersten Sitzung beiseite. Die Veranlassung gab der Vorsitzende, Sylvester Jordan<sup>16</sup>. Dessen Ueberlegenheit in der Kenntnis staatsrechtlicher

Begriffe, seine Fähigkeit, schwierige Definitionen schnell zu prägen, und sein sanguinisches Temperament schafften ihm von Anfang an ein bedeutendes Uebergewicht, dem die übrigen Mitglieder, meist Praktiker und in rechtlichen Fragen unbeholfen, nicht gewachsen waren. So mußte es kommen, daß Jordan auch dann, wenn die andern ihm sachlich nicht beistimmten, durch verblüffende Formulierungen einen leichten Sieg errang.

Ueber die Verhandlungen des Ausschusses wissen wir nur sehr wenig. Das einzige, freilich sehr wertvolle Dokument, das uns erhalten ist, ist die Rede, die Jordan beim Zusammentritt des Ausschusses hielt und die er in den JGSt veröffentlichte<sup>17</sup>. Darin wird der Proposition der Regierung mit keinem Wort Erwähnung getan. Vielmehr entwickelt Jordan in abstrakt-deduktiver Methode die Grundsätze, von denen man ausgehen müsse, und die Forderungen, die man an eine gute Verfassung stellen dürfe. Er unterscheidet logisch drei Hauptelemente: erstens die Errichtung der rechtlichen Ordnung, „die der geistigen Bildungsstufe und den geschichtlichen Verhältnissen des Volkes entsprechen“ soll<sup>18</sup>, zweitens die Bürgschaften für den Bestand dieser Ordnung, drittens die Möglichkeiten des Fortschritts der Rechtsordnung. Das Wichtigste und Wesentlichste bei der Gewährung der Konstitution ist, daß einerseits den Staatsbürgern die Freiheitsrechte garantiert, andererseits im öffentlichen Leben des Staates die Rechte und Pflichten von Herrscher und Untertanen genau abgegrenzt werden. Hier lautet der oberste Grundsatz: das Volk bzw. seine Vertreter besitzen die gesamte gesetzgebende Gewalt; zu allen Regierungsakten ist die Gegenzeichnung verantwortlicher Minister notwendig; die ausübende Gewalt ruht in den Händen der Regierung, die Rechtsprechung ist völlig unabhängig. Jordan stellt also die Befugnisse von Herrscher und Volk vollkommen gleich, die Gesetzgebung ist ihm das Entscheidende. Er glaubt an die Möglichkeit, daß sich zwischen dem Landesherrn und den Ständen ein Gleichgewicht herstellen lasse, das keiner der beiden Mächte erlaubt, ihre Befugnisse zu überschreiten. Freilich kommt ihm gar nicht der Gedanke, daß auch die Stände ungesetzlich handeln und ihre Macht mißbrauchen könnten; daher bespricht er im zweiten Teil, der von den Bürgschaften handelt, nur solche Sicherungsmaßnahmen, die die Verfassung dem Volke gegenüber

dem Herrscher oder der Regierung in die Hand gibt. Bürgschaften dieser Art sieht er in einer gesetzlichen Thronfolgeordnung, einer von den Ständen kontrollierten Erziehung des Thronfolgers, einem ausgedehnten Beschwerderecht und in der Nationalbewaffnung. Sein besonderes Lieblingskind aber ist das Anklagerecht, oder wie er lieber sagen möchte und wie es auch im § 100 der späteren Verfassungsurkunde heißt, die Anklage„pflicht“ gegen solche Minister, die sich einer Verletzung der Verfassung schuldig gemacht haben<sup>19</sup>. So glaubt Jordan, durch mannigfache Kautelen die Verfassung sicherstellen zu können. Der dritte Hauptteil, die Erleichterung des Fortschritts in der Rechtsordnung, spielt den andern beiden gegenüber nur eine untergeordnete Rolle; denn wenn in der Verfassung alle wünschenswerten Reformen ausgesprochen sind, bedarf es kaum noch der Möglichkeit einer Verfassungsänderung. Im Gegenteil muß jede Verfassungsänderung möglichst erschwert, ja so gut wie unterbunden werden.

Jordan weist bereits im ersten Satz seiner Rede auf sein Werk „Versuche über allgemeines Staatsrecht“<sup>20</sup> hin, und tatsächlich erinnert der ganze Inhalt der Rede an seine wissenschaftlichen Darlegungen in diesem Buche. Gewiß war es nötig, sich über die Prinzipien der Verfassungsgestaltung klarzuwerden, aber die Bezugnahme auf die konkreten Verhältnisse war doch noch dringender. Die Frage, wie man sich zu der landesherrlichen Proposition zu stellen habe, war von Jordan ignoriert worden. Es gelang ihm, den Regierungsentwurf durch einen eigenen, völlig neuartigen zu ersetzen. Wir erfahren leider fast nichts über die Kämpfe, die innerhalb des Verfassungsausschusses durchgeföhrt wurden, doch aus gelegentlichen Andeutungen glauben wir schließen zu können, daß Jordan nicht unwidersprochen blieb. Von Schomburg z. B. wissen wir, daß er enge Anlehnung an den Entwurf verlangte und sogar das Dreikuriensystem desselben verteidigte. Jordan selbst äußert später, daß er mehrfach überstimmt worden sei und daß ihm manche Paragraphen in der Verfassung nicht behagten, weil sie „eine unnatürliche Verbindung zwischen Altem und Neuem herstellten, nicht zur Synthese führten, sondern die Gegensätze bestehen ließen“<sup>21</sup>. Aber im großen und ganzen drang er doch kraft seiner Ueberredungsgabe siegreich durch, und die Verfassung ist sein Werk. Lediglich der kurfürst-



liche Kommissar Eggena scheint ihm erfolgreich entgegengetreten zu sein. Fr. Müller<sup>22</sup> berichtet, Eggena habe sich oft, um die Verfassungsartikel dem Kurfürsten schmackhaft zu machen, nur so zu helfen gewußt, daß er den Paragraphen eine dehnbare, beiden Teilen genehme Fassung gab.

Der zweite Entwurf, den der Ausschuß am 25. November 1830 der Ständeversammlung vorlegte, erfüllte schon äußerlich, im Gegensatz zum ersten, alle Bedingungen einer modernen Konstitution: die Menschen- und Bürgerrechte waren in ihm aufgeführt und die Verhältnisse der Kirchen, der Staatsdiener, der obersten Staatsbehörden in besonderen Abschnitten geregelt. Die Arbeit an der Verfassung ging nun sehr schnell vonstatten, begünstigt durch die Teilnahmslosigkeit des Kurfürsten und damit den geringen Widerstand, den die Regierung dem Ausschuß und der Ständeversammlung zu leisten vermochte.

Auch die publizistischen Versuche, auf die Ständeversammlung Einfluß zu gewinnen, blieben von geringer Wirkung. Die „Denkschrift der Bürgerschaft Kassels“, augenscheinlich von Advokaten abgefaßt, schlägt in pathetischem Stil scharfe Töne an; sie wünscht, daß die Verfassung genügend Garantien gegen den Gewaltmißbrauch der Staatsleitung enthalte und fordert „Anstellung zum Minister auf Vorschlag des ständigen Ausschusses der Verfassungskammer“<sup>23</sup>, also geradezu parlamentarische Regierung! Sie konnte damit natürlich nicht durchdringen. Einen noch eigentümlicheren Eindruck mußte eine Eingabe der Stadt Marburg an die Stände machen, die, von dem Gerichtsanwalt Henkel verfaßt, von merkwürdigen ultraliberalen, anarchistischen Gedanken durchsetzt ist. Man muß das aufgeregte Treiben in der Stadt Marburg kennen, um zu verstehen, wie die Bürgerschaft unter ein solches Dokument ihre Unterschrift setzen konnte. Es fand auch in der Ständeversammlung nicht den geringsten Anklang, wurde vielmehr als staatsfeindlich verdammt und Verfasser und Verleger gerichtlicher Verfolgung preisgegeben. Es lohnt sich nicht zu untersuchen, woher diese seltsam verschrobenen Ideen im einzelnen stammen, sie sind ein Gemenge rousseauistischer und st. simonistischer Utopien. Als oberster Grundsatz wird der der absoluten Freiheit des Einzelnen aufgestellt. Beschränkungen der Freiheit, Monopole u. dgl. darf es unter keinen Umständen geben. Der

Staat hat den einzigen Zweck, den Besitz des einzelnen zu sichern und das Recht zu schützen. Er darf selbst keinen Besitz haben, darf sich nicht um Handel und Gewerbe, Schule und Armenfürsorge kümmern, weil dies alles nur der Rechtsphäre des einzelnen angehört. Die positiven Rechtsverhältnisse betrachtet der Verfasser mit Abscheu; er will, daß der Regierung keine Konzession gemacht werde, denn es sei besser, einen Nutzen fahren zu lassen als einen Grundsatz aufzugeben: „das Recht steht über dem Nutzen“<sup>24</sup>; „die Erfahrung aller Zeiten hat gelehrt, daß alles wahre und weitwirkende Gute von unten aus gegangen ist“<sup>25</sup>. Naturgemäß mußten solche staatsfeindlichen Aeüßerungen Empörung hervorrufen.

Der dritte Publizist, der mahnende Worte an die Stände richtete, ist der Advokat Martin aus Homberg. Er hatte schon 1824 für eine freiheitliche Verfassung mutig seine Stimme erhoben und hatte schon damals eine neuzeitliche Gemeindeverfassung, völlige Bauernbefreiung und stärkere Vertretung der Landbezirke auf dem Landtag gefordert. Aber sein Ruf war wirkungslos verhallt. Jetzt schwingt sich Martin zum Anwalt des Bauernstandes auf. In den „Desiderien“ erfahren wir, wie er die Instruktion für den Landtagsvertreter der Landgemeinden des Schwalmstroms fertiggestellt hat; er und seine Freunde sind von Ort zu Ort gereist, haben Bauernvertreter um sich versammelt und sich ihre Wünsche vortragen lassen, diese jeweils in der nächsten Gemeinde wieder vorgelesen, bis sie eine zusammenfassende Petition zusammengetellt hatten. Die „Desiderien“ betrachten als allerdringlichstes Erfordernis eine Gemeindeordnung nach preußischem Muster und, darauf aufgebaut, eine Kreisordnung. Außerdem verlangt Martin eine Verdoppelung der Bauernvertreter im Landtag. Seine sonstigen Forderungen beziehen sich auf eine Reform des Steuer- und Gerichtswesens, die bis in alle Einzelheiten hinein entwickelt wird.

Von äußeren Einflüssen wenig berührt, vollzog sich die Fertigstellung der Verfassungsurkunde mit außerordentlicher Schnelligkeit. Die landesherrlichen Kommissare gliederten sich am dritten Dezember einem Vermittlungsausschuß ein, der bloß die noch

strittigen Punkte behandeln sollte. Dem Entwurf III, den dieser Ausschuß verfertigte, stellte die Regierung noch einen Entwurf IV vom 31. Dezember entgegen, der, an den ständischen Entwurf angeglichen, dem Kurfürsten vorgelegt wurde. Obwohl der Kurprinz vor der Annahme warnte, unterzeichnete er bereits am 5. Januar 1831 und überreichte am 8. die Verfassung dem versammelten Landtage. Dieser Tag, im ganzen Lande als Freudenfest gefeiert, von dem man glaubte, daß er eine völlige Wandlung allen Mißgeschicks bringen würde, erhielt seine besondere Note noch dadurch, daß nach § 21 jeder Inländer männlichen Geschlechts einen Huldigungseid leisten mußte, in dem er Treue dem Landesherrn gegenüber und Beobachtung der Verfassung und der Gesetze gelobte<sup>26</sup>. Sofort am 8. Januar wurde in feierlicher Zeremonie mit der Ablegung dieses Eides begonnen, angefangen bei den Ständevertretern und den obersten Behörden bis hinab zum Militär und zur Bürgerschaft. Dies Geschäft, das noch einige Tage in Anspruch nahm, sollte der Bevölkerung die Wichtigkeit der neuen Verfassung eindrucksvoll vor Augen führen.

Diese Verfassung vom 5. Januar 1831<sup>27</sup> hatte äußerlich mit dem kurfürstlichen Entwurf keine Aehnlichkeit mehr. Sie ist eine durchaus neuzeitliche, ja man kann sagen die neuzeitlichste deutsche Verfassung der dreißiger Jahre. Mit Recht wurde sie von den Liberalen gepriesen. Jordan selbst sagte von ihr, sie huldige „in vielen Punkten schärfer und konsequenter dem Repräsentativsysteme als die meisten übrigen neueren Konstitutionen“<sup>28</sup>.

Nach ihr besitzt Kurhessen nur eine Kammer, während alle übrigen deutschen Länder mittlerer Größe zwei Kammern hatten. Wie oben erwähnt, hatte der landesherrliche Entwurf ein Dreikuriensystem vorgeschlagen; das war eine Mischung von Kurien- und Einkammersystem gewesen; denn wenn die Kurien unter sich beraten, bei Meinungsverschiedenheiten aber zusammentreten und nach Köpfen abstimmen sollten, so war dies eine Vermengung zweier Prinzipien, über deren Zweckmäßigkeit sich streiten läßt. Jordan drang mit seinem Entschluß, nur eine Kammer zu konstituieren, durch. Sein Motiv war ein doppeltes: fand er es schon grundsätzlich besser, bloß eine Kammer einzusetzen, so hielt er Kurhessen für zu klein und den Hochadel in Kurhessen für zu spärlich, als daß sich eine erste Kammer rechtfertigen



ließe. Es kam nun darauf an, die Abgeordnetenzahl der einzelnen Stände so zu regeln, daß die Machtverhältnisse im Landtag ausgeglichen waren. Die Ständeversammlung besteht nach § 63 aus etwa 50 Mitgliedern, von denen die Prinzen, die Standesherrn und der Senior der Familie von Riedesel einen erblichen Sitz haben. Die übrigen werden gewählt, und zwar je 16 von den Städten und den Landbezirken, 8 von den Rittersn und 1 vom Senat der Universität Marburg. So besitzen die drei Stände, Adel, Bürger- und Bauernntum, ungefähr je ein Drittel der Sitze. Die Wahlen der Ritterschaft bedürfen keiner besonderen Vorschriften, da sie sich in dem kleinen Kreis der Wahlberechtigten leicht vollziehen lassen. Desto schwieriger ist die Frage der aktiven und passiven Wahlberechtigung und der Wahlmethode in den Städten und auf dem Lande. Der Entwurf vom 7. Oktober 1830 wollte die 11 bzw. acht Abgeordneten der Städte und des Bauernstandes aus den Stadtratsmitgliedern bzw. den Ortsvorständen hervor-gehen lassen. Da die Stadt- und Gemeindeverfassung noch ganz patriarchalisch waren, hätte sich selbstverständlich die Kammer nur aus Angehörigen des städtischen Patriziats und des ländlichen Großgrundbesitzes zusammengesetzt. Repräsentanten der gesamten Bürger- und Bauernschaft konnten sie und sollten sie nicht sein. An diesem Punkte setzte die Kritik des Verfassungsausschusses mit aller Schärfe ein: entweder müßte eine freie Gemeindeordnung gegeben werden, so daß die Abgeordneten von den Gemeindevertretern bestimmt würden — die hohe Bedeutung der Gemeindeverfassung für das staatliche Leben tritt hier deutlich zu Tage —, oder das Wahlrecht müßte eine grundlegende Aenderung erfahren. Jordan schlug den zweiten Weg ein. Nur Staatsangehörige mit materiellem Besitz sind wahlberechtigt; denn die materiell begüterten und geistig führenden Kreise sollen das Staatswesen leiten. Von demokratischen Anschauungen war sein Liberalismus ebenso weit entfernt wie der altständische Konservatismus. So sind nach § 11 des Wahlgesetzes vom 16. Februar 1831 alle diejenigen vom Wahlrecht ausgeschlossen, „die zur Klasse der Gesellen und Tagelöhner gehören und in Kost und Lohn eines anderen stehen“<sup>29</sup>. Das passive Wahlrecht ist noch durch eine Sonderbestimmung kompliziert<sup>30</sup>. Damit nicht einerseits nur Magistratsmitglieder oder Ortsvorstände, andererseits

aber auch nicht bloß solche Vertreter gewählt werden, die dem betreffenden Stande nicht angehören — man hat hier vor allem an Advokaten zu denken —, ist eine Teilung der 16 Abgeordneten vollzogen worden. Die Hälfte der städtischen und ländlichen Vertreter müssen ein beträchtliches Vermögen oder Einkommen besitzen und dem Stande angehören, aus dem sie delegiert werden. Die übrigen acht dürfen von den Städten und den Landbezirken nach freiem Belieben ernannt werden. Der Wahlgang ist in den Städten ein doppelter, auf dem Lande sogar ein dreifacher. Dadurch, daß die Wahlmänner zur höchstbesteuerten Einwohner-schicht gehören<sup>31</sup>, ist weiterhin Vorsorge dagegen getroffen, daß Vertreter besitzloser Klassen in die Ständeversammlung einziehen können.

Der Landtag besitzt alle Befugnisse, die das Staatsrecht des konstitutionellen Repräsentativsystems forderte: allgemeines Gesetzgebungs-, Steuerbewilligungs- und Beschwerde- und Anklage-recht. Das Gelöbnis des Thronfolgers, die Verfassung aufrecht zu erhalten<sup>32</sup>, und der Eid des Militärs auf die Verfassung<sup>33</sup> kennzeichnen das Bestreben, alle nur möglichen Garantien einzuführen. Einen der wichtigsten Grundpfeiler des ganzen Gebäudes bildet der landständische Ausschuß, der von der Regierung herangezogen werden muß, wenn sie ausnahmsweise erforderliche Maßregeln, die unaufschiebbar sind, treffen will<sup>34</sup>. § 102 gibt dem Ausschuß die Befugnis, „über die Vollziehung der Landtagsabschiede zu wachen und auch sonst das landständische Interesse wahrzunehmen“, also gewissermaßen eine Kontrolle über die Regierung auszuüben. Mit der Errichtung dieses Ausschusses, der in solcher Machtfülle einzig dasteht, glaubte Jordan, den Landtag in Permanenz halten zu können. Es war ein offensichtlicher Akt des Mißtrauens gegen die Exekutive, die daran gehindert werden sollte, in Abwesenheit der Ständeversammlung willkürlich zu schalten und zu walten. Die Geschichte der kurhessischen Verfassung zeigt, wie verhängnisvoll sich ein solches gegenseitiges Mißtrauen auswirken mußte. Der Zweck wurde damit nicht erreicht, denn es ließ sich nicht verhindern, daß die Minister trotzdem ohne Rücksicht auf das ständische Kontrollorgan regierten.

In einem Paragraphen, den später der Bundestag zum Anlaß nahm, die kurhessische Verfassung als den Bundesgesetzen und

dem monarchischen Prinzip widersprechend aufzuheben, steht die Verfassung sogar im Gegensatz zum echten Konstitutionalismus. Der § 61 räumt den Landständen oder ihrem Ausschuß das Recht ein, jeden Beamten, der „seine Berufspflichten gröblich hintansetzt oder seine Amtsgewalt mißbraucht oder sich einer Verletzung der Landesverfassung schuldig macht“, sei es auch nur durch „Vollziehung einer nicht in der verfassungsmäßigen Form ergangenen Verfügung einer höchsten Staatsbehörde“, anzuklagen. Damit gewährt die Verfassung „der Volksvertretung ein weitgehendes Ueberwachungs- und eine Art Dienstaufsichtsrecht über die Beamten“<sup>35</sup>, das zwangsläufig zu steten Konflikten führen muß; denn hier ist tatsächlich der Grundsatz, daß alle Staatsgewalt sich im Monarchen vereinige, durchbrochen, und anstelle der obersten Dienstvorgesetzten der Beamten, der Staatsminister, treten „als bewachende Organe die Landstände ein“<sup>36</sup>.

Aber abgesehen von dem letztgenannten Paragraphen, der niemals bedeutende praktische Wirksamkeit erlangen konnte, steht die kurhessische Verfassung durchaus auf dem Boden des monarchisch-konstitutionellen Prinzips. Daher hat sie mit der kurz darauf entstandenen<sup>37</sup>, später von den Liberalen vielgerühmten belgischen Verfassung nichts gemein; denn diese spricht offen den Grundsatz der Volkssouveränität aus und huldigt dem parlamentarisch-monarchischen Regierungssystem. In Deutschland freilich ist die kurhessische Verfassung, wie schon oben gesagt, die freisinnigste Konstitution vor 1848. Aber weil damals das liberale Bürgertum noch keinen aktiven Anteil an der Regierung hatte, liegt ihre Stärke mehr im Negativen als im Positiven, nämlich in den Kautelen gegen Willkür von Regierung und Beamtenbürokratie. Das gibt der Verfassung von vornherein einen Zug des Mißtrauens, das sich, gegenseitig beobachtet und mit juristischer Rechthaberei verbunden, in unerquicklichen Streitereien auswirken mußte. Es läßt sich nicht sagen und es ist überaus zweifelhaft, ob sich das politische Leben in Kurhessen unter einer anderen, weniger liberalen Verfassung reibungsloser abgespielt hätte. Ihre Geschichte ist allerdings, soviel steht fest, eine einzige Kette von Macht- und Prinzipienkämpfen, und das politische Leben in Kurhessen erstarrte schließlich zu einer Stagnation, in der auf beiden Seiten doktrinaire Engherzigkeit vorherrschte. Die Aufnahme der



Verfassung im Lande und in der deutschen Oeffentlichkeit hätte alles andere vermuten lassen.

Im eigenen Lande wurde ihr Erscheinen mit Jubel begrüßt. Ein charakteristisches Beispiel für die unbeschreiblich hoffnungsvolle Stimmung bietet das kurz nach dem 5. Januar 1831 erschienene Schriftchen eines Hanauer Bürgergardisten. „Das Los Kurhessens ist für immer glorreich entschieden“<sup>38</sup>! „Heil dem Herrscher! Dem Vater des Vaterlandes! Heil den Ständen, denen es vergönnt ward, zu dem herrlichen Gebäude segenverkündender Zukunft die unerschütterliche Grundveste mitzubauen“<sup>39</sup>! In solchen Dithyramben ergeht sich der Redestrom des überglücklichen Hanauer Bürgers. Er erklärt die Verfassung, findet in ihr alles schön und gut und deutet den § 10 ganz verkehrt: „Sämtliche Staatsgewalten beruhen, allen Theorien und Verfassungskontroversen zum Trotz, ganz naturgemäß nur in dem Volke“<sup>40</sup>. Mit solchen Auslegungen und dem Optimismus, daß jetzt „die gerechteste, zeitgemäße, heilbringendste Verwaltung der teuersten Güter des Vaterlandes für immer verbürgt“ sei<sup>41</sup>, waren Hoffnungen erweckt, die bald schmählich zerrinnen mußten.

Auch von der Kanzel wurden ähnliche Töne angeschlagen. Der Hanauer Prediger Reuß pries die Verfassung und verstieg sich zu einem Angriff auf das historische Recht, das, „in den rohen Zeiten des Mittelalters geboren“, gebildete Völker jetzt nicht mehr regieren könne, sondern „dem Neuen nach dem Bedürfnis der Zeit Platz machen“ müsse<sup>42</sup>. Zur Besonnenheit mahnend betonte der Hofprediger Lange in seiner „Konstitutionspredigt“, daß es nun auf den rechten Gebrauch der Verfassung ankomme<sup>43</sup>, und in ähnlicher Weise machte der Advokat Martin nach einer durchaus lobenden, wenig kritischen Erklärung der einzelnen Abschnitte darauf aufmerksam, daß jetzt „Größeres und Schwierigeres noch bevorstehe“<sup>44</sup>, nämlich der Erlaß einer Gemeindeordnung und eines Ablösungsgesetzes. Die überschwänglichen Stimmen aus Hanau waren damit noch nicht zum Schweigen gebracht. In dem „kurzgefaßten Inhalt“ ward eine goldene Zukunft verheißen und ein Militärdienstgesetz in Aussicht gestellt, nach dem nur der Soldat zu werden brauche, der es will<sup>45</sup>; „und das alles müssen die nächsten Landstände schon einrichten, und

weniger als hier gesagt ist, dürfen sie nicht in das neue Gesetz aufnehmen, das ist in der Landesverfassung versprochen“<sup>46</sup>. Der Hanauer Bürgergardist griff noch einmal zur Feder und entwickelte jetzt seine eigenen radikalen Gedankengänge. Er kann nicht einsehen, warum das Wahlrecht so vielfach beschränkt sein müsse, und fordert ein allgemeines gleiches Wahlrecht vom 21. Lebensjahre an.

Alle diese Broschüren waren Äußerungen naiver, durch die Augenblicksstimmung vielleicht gerechtfertigter Freude über das Verfassungswerk. Durch die Gründung neuer periodischer Blätter sollte das öffentliche Leben in Kurhessen einen nachhaltigeren Aufschwung erleben. Bisher besaß das Land keine liberale Zeitung; denn während die ministerielle „Kasselsche Allgemeine Zeitung“ keine politische Rührigkeit entfaltete, war der Blick der liberalen „Hanauer Zeitung“ mehr nach Süddeutschland als nach Kassel hin orientiert. 1831 entstanden in rascher Folge eine Reihe konstitutioneller Organe<sup>47</sup>. Zwar blieben die „Kasselschen Blätter“, „Der Fürsten- und Volksfreund“ und das „Teutsche Volksblatt“ in Fulda politisch bedeutungslos; um so mehr entwickelten sich die „Hessischen Blätter für Stadt und Land“ (dann u. d. T. „Der Verfassungsfreund“ erschienen) zum führenden Organ in der neuen Aera der Verfassung<sup>48</sup>. Von Feldmann redigiert, öffnete „Der Verfassungsfreund“ den Führern des kurhessischen Landtags bereitwillig seine Spalten, und Carl Bernhardt, „die Seele des Blattes“<sup>49</sup>, äußerte hier seine freimütigen Gedanken über die innerpolitischen Fragen und das preußisch-deutsche Problem<sup>50</sup>.

Fast noch stärker als auf Kurhessen selbst war der Eindruck der Verfassung vom 5. Januar auf die deutschen Staatsrechtler und Publizisten. Waren sie über den „höchst dürftigen“ Entwurf vom 7. Oktober 1830 wenig befriedigt gewesen<sup>51</sup>, so fühlten sie sich umsomehr überrascht, als die neue Verfassung nach knapp drei Monaten ins Leben trat<sup>52</sup>. Graf Bentzel-Sternau fand nur Rühmliches über sie zu berichten; insbesondere die Errichtung bloß einer Kammer und ihre zahlenmäßige Zusammensetzung schienen ihm ganz vortrefflich zu sein, weil damit ein „echtes Gleichgewicht zwischen Bewegung und Widerstand“ hergestellt würde<sup>53</sup>. Sogleich griff auch Pölitz in den JGSt zur Feder und

verglich das neue Verfassungswerk mit den Forderungen, die er selbst kurz vorher an eine rechte Konstitution gestellt hatte<sup>54</sup>. Mit Freuden konstatiert er, daß die Verfassung „dem System der Reformen“ huldigt<sup>55</sup> und sich von Revolution und Reaktion gleichweit fernhält. Er stellt die Lichtseiten heraus und das, was man an ihr aussetzen könnte: das Zweikammersystem wäre ihm sympathischer gewesen, und er hätte es lieber gesehen, wenn die Gemeindeordnung zusammen mit der Verfassung erlassen worden wäre. Im großen und ganzen aber findet er nur lobende Worte über die seiner Ansicht nach „in den vielfachsten Rücksichten vorzüglichste, zeitgemäße und rein deutsche Verfassung“<sup>56</sup>.

In seiner späteren Schrift „Andeutungen über den staatsrechtlichen Charakter“ äußert er seine besondere Freude über den § 66 der Verfassungsurkunde, den er als „einen Wendepunkt des konstitutionellen Lebens in Deutschland“ bezeichnet, „weil er zuerst das Recht der Intelligenz auf Mitvertretung der allgemeinen staatsbürgerlichen Interessen anerkennt und ausspricht“<sup>57</sup>. In ähnlichem Sinne wie Pölit, lobend und gemäßigt, beurteilte der Marburger Historiker Rehm die kurhessische Verfassung, und mehr berichtend als kritisierend gab Martin in dem ANG 1832 einen Ueberblick über ihre wichtigsten Bestimmungen.

Im Maiheft der JGSt sprach sich Johannes Weitzel, Hofrat in Wiesbaden, über die kurhessische Verfassung aus. Hatte Pölit, wo er Kritik übte, diese im mäßigenden Sinne geäußert, so setzt hier der Tadel von linksliberaler Seite ein. Zwar erkennt Weitzel an, daß die kurhessische Verfassung allen anderen deutschen Konstitutionen voransteht, ja daß „selbst Frankreichs gepriesene Charte“ von 1830 „einiger Vorzüge entbehrt, deren sich die kurhessische rühmen darf“<sup>58</sup>, aber trotzdem hält er die Verfassung nur für einen „halben Sieg“<sup>59</sup>; denn Wahlrecht und Wählbarkeit sind an das Vermögen als Grundbedingung gebunden<sup>60</sup>. Vermögen gibt jedoch weder Einsicht noch Tugend, noch Unabhängigkeit, noch Anhänglichkeit an das Bestehende. Jeder Staatsbürger muß, so fordert er, das Recht haben, an der Wahl derer mit Teil zu nehmen, die über Wohl und Wehe des Staates entscheiden, und ebenso muß jeder zum Abgeordneten gewählt werden können. Weitzel wünscht das allgemeine gleiche Wahlrecht aus Prinzip. Auch sonst glaubt er an der Verfassung allerlei

„altertümliche Winkel und Schnörkel“ festzustellen, die „mit der Bestimmung des Baues oft im Widerspruche stehen“<sup>61</sup>. Wie Weitzel extremkonstitutionell hob der Heidelberger liberale Theologe Paulus die verfassungsmäßigen Garantien im kurhessischen Grundgesetz lobend hervor. Insbesondere der permanente Ausschuß gilt ihm als einer der wichtigsten Artikel darin<sup>62</sup>, und er möchte seine Befugnisse noch nach jeder Richtung hin erweitert sehen<sup>63</sup>.

Aehnliche Gedankengänge finden sich in den pseudonym erschienenen „Kritischen Bemerkungen“ Theodor Kinds, der die kurhessische Verfassung im Hinblick auf die Entstehung der sächsischen betrachtet, um jene zum Vorbild dieser zu nehmen. Sein Hauptkennzeichen ist die Adelsfeindschaft. Er lehnt jede Bevorzugung des Ritterstandes ab und sieht in dem Fürsten nur den höchsten Staatsbeamten, der keinen besonderen Grundbesitz haben darf, sondern auf seine Zivilliste beschränkt sein soll. Eine echte repräsentative Volksvertretung müßte ganz anders geartet sein als sie in der kurhessischen Verfassung vorgesehen ist. Die Einteilung in Stände ist gänzlich überholt, weil sie den Ritterstand auf Kosten der Bauernschaft übermäßig bevorzugt. „Die Volkszahl ist der alleinige richtige Maßstab zur Bestimmung der Volksvertretung“<sup>64</sup>. Man solle nicht fürchten, daß dabei besonders viele Leute der niederen Stände gewählt werden würden, vielmehr würden voraussichtlich meist gebildete und angesehene Bürger in die Kammer eintreten. Die anonyme Schrift „Der kurhessische Staat“ versuchte, von einem noch radikaleren Standpunkt aus die Legalität der kurhessischen Verfassung überhaupt zu bestreiten. Dem „auf ganz veraltete Weise zusammenberufenen Landtage“ kam überhaupt nicht das Recht zu, die Verfassung zu beraten; denn zuerst hätte ein angemessenes Wahlgesetz erlassen werden müssen, auf Grund dessen der konstituierende Landtag gewählt worden wäre<sup>65</sup>. So jedoch läßt sich die Rechtmäßigkeit der gesamten Verfassung bezweifeln<sup>66</sup>. Das Prinzip der Rechtskontinuität ist dem Verfasser dieser Schrift nicht aufgegangen. Am Schluß seiner Ausführungen richtet er mysteriöse Drohworte gegen eine „gewisse Faktion“, die „nicht das Wahre und Gute, sondern nur die Willkür vor Augen habe“<sup>67</sup>. Ob sich



seine diffusen Bemerkungen und Zitate gegen die Adelpartei oder das Ministerium wenden, wird nicht klar.

Die Kritik von altständischer Seite wagte sich erst spät offen hervor. Nur eine einzige Stimme vernehmen wir, die unmittelbar nach dem 5. Januar 1831 in vorsichtiger Form ein mäßigendes konservatives Urteil zu äußern suchte. Sie erschien in den JGSt anonym und es ist so gut wie sicher, daß sie von Vollgraf stammt, der sich im Oktober 1830 reformfreudig geäußert hatte und der später, 1832, als starrer Vertreter des monarchischen Gedankens über die „Täuschungen des Repräsentativsystems“ schrieb. Der Tadel ist noch in sehr vorsichtige Worte gekleidet. Im ganzen werden die Bestimmungen der Verfassung gelobt, aber es wird betont, daß sie „den Ideen des Tages“ mitunter mehr huldige als wünschenswert sei<sup>68</sup>. Im Vergleich mit dem Ausschußentwurf sei erfreulicher Weise in der endgültigen Fassung das zu theoretisch Ideale gestrichen, viele Paragraphen seien klarer und praktischer geworden<sup>69</sup>. Das Endergebnis des Verfassers lautet: „Die Verfassung ist in vielen Beziehungen relativ zu theoretisch, zu ideal, zu liberal“ und „knüpft zu wenig an das Geschichtliche an“<sup>70</sup>. Der Verfasser fürchtet, daß der § 61 der Ständeversammlung eine zu große Macht einräume und daß Bürokratisierung die Folge der ständischen Ueberwachung der Behörden sein werde. Das Zweikammersystem hält er für praktischer, das Glanzstück der Verfassung, die §§ 35-39, die die Souveränität der Gerichte, Gewerbe-, Preß- und Meinungsfreiheit proklamieren, erscheinen ihm entbehrlich. Schließlich hebt er hervor, daß der positive Gewinn aus der Verfassung erst später eingeerntet werden könne, wenn die Verheißungen der Verfassung erfüllt seien.

Neben der Kritik von rechts und von links erhob sich die Opposition noch von einer dritten Seite, der konfessionellen. Kurhessen war ein überwiegend protestantisches Land, nur die Fuldaer Gegend geschlossen katholisch. Von Fulda aus richtete ein Laie „Drei Worte“ über die Verfassung an das Land. Das erste und das dritte Wort, die die Bevorzugung der Städte vor den Landbezirken und die unvernünftige Erschwerung jeder Verfassungsänderung tadeln, sind wenig bedeutend. Das Hauptgewicht liegt auf der zweiten Beschwerde der anonymen Schrift, dem flammenden Protest des Katholiken gegen den § 135. Der Ver-

fasser schildert chronologisch die Verhandlungen zwischen Staat und Kirche vor 1830 und verteidigt das Verhalten des Bischofs und der katholischen Bevölkerung, die sich von den Verfassungsfeierlichkeiten ostentativ fernhielten. Während sonst alle Freiheitsgarantien in dem Grundgesetz gegeben sind, muß sich „die katholisch-kirchliche Behörde, der Bischof, bei Ausübung seiner Gerichtsbarkeit, selbst in rein geistlichen Gegenständen, der Staatskontrolle unterwerfen“<sup>71</sup>. „So dauert denn die Kränkung und Bedrückung des katholischen Religionsteiles in der Autonomie seiner Kirche gegen Konkordate und gegen offenes Recht noch immer fort“<sup>72</sup>! Dieser Protest war nicht ganz unbegründet. Tatsächlich räumte der § 135 dem Staat ein weitgehendes Aufsichtsrecht der Kirche gegenüber ein und sprach „die absolute Ueberordnung des Staates über die katholische Kirche aus“<sup>73</sup>. Doch hat der kurhessische Staat diese Machtbefugnisse nicht mißbraucht.

Dies die kritischen Äußerungen aus dem Jahre 1831. Es folgten die Verfassungskämpfe, die sich von 1832 bis 36 hinzogen, dann eine Periode der Stagnation bis 1848. In diesen Jahren mußte es allen klar werden, daß die Verfassung als solche, so liberal sie war, nicht eine liberale Staatsführung garantierte. Das Urteil über sie wandelte sich den Erfahrungen der Gegenwart entsprechend. Hören wir Jordan im „Staatslexikon“ von 1836! Resigniert mußte er zugeben, daß in der Verfassung viele Grundsätze proklamiert seien, die erst die Gesetzgebung weiter hätte ausführen und ausbilden müssen. Allein diese sei „noch nicht erfolgt, oder doch, soweit sie erfolgt sei, dem konstitutionellen System nicht völlig entsprechend, wo nicht gar ganz zuwider“<sup>74</sup>. Auch die Verfassung selbst betrachtete er nicht mehr so optimistisch. Er meinte, sie habe sich doch nicht ganz „von dem antikonstitutionellen Elemente loszuwinden vermocht“<sup>75</sup>. Unter diesen Erfahrungen hat sich bei ihm unmerklich der Inhalt des Begriffs „Repräsentativsystem“ radikalisiert. Stand er früher auf dem streng konstitutionellen Standpunkt der Gewaltenteilung zwischen Herrscher und Volk, so wünschte er jetzt einen direkten Einfluß der Stände auf die Besetzung der Regierung, eine Art parlamentarischer Regierungsweise. Unter diesem

Aspekt mußte ihn nun allerdings die Verfassung — zum größten Teil sein eigenes Werk — rückständig anmuten<sup>76</sup>. Dagegen wurde Pfeiffer nun zum Verteidiger der Verfassung. Wir wissen, daß er die Annahme der landesherrlichen Proposition lieber gesehen hätte<sup>77</sup>, und in der „Geschichte der landständischen Verfassung“ bekennt er sich noch vollkommen zu der damals geäußerten Ansicht<sup>78</sup>. Aber auch von der Verfassung vom 5. Januar 1831 glaubt er sagen zu können, daß sie auf festen historischen Boden gegründet sei, wenn auch ihre Außenseite bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein erwecken könnte, als ob sie „reines Erzeugnis der Theorie und des ultraliberalen Zeitgeistes“ sei<sup>79</sup>. Ein Vergleich der Rechte der alten Landstände mit den Befugnissen des neuen Landtags<sup>80</sup> führt ihn zu dem Ergebnis, daß mit Ausnahme der Preßfreiheit alle verfassungsmäßigen Rechte entweder eine geschichtliche Grundlage besitzen oder auf einer zeitgemäßen Deutung alter Grundsätze beruhen.

Murhard blieb, während Jordan eine Schwenkung nach links vollzog und ihm politisch näher rückte, in seinem zweibändigen Kommentar zur kurhessischen Verfassung von 1834 seinen alten Anschauungen treu. Den Errungenschaften der Bewegung von 1830 stand er stets höchst skeptisch gegenüber, und gerade dies Mißtrauen gibt ihm einen Scharfblick für die tatsächlichen Machtverhältnisse, der zu seiner Zeit erstaunlich war. „Man geht im Staatsrechte der konstitutionellen Monarchie von der Fiktion aus, daß Fürst und Volk jederzeit ein und dasselbe Interesse haben; aber was sein sollte, ist darum nicht“<sup>81</sup>! Jordan hatte eine Gleichgewichtslage zwischen Herrscherrechten und Untertanenbefugnissen herstellen zu können geglaubt und zu diesem Zweck in die Verfassung eine Unzahl Garantien eingebaut. Murhard erkennt lobend an, daß das kurhessische Grundgesetz „an Zahl der in ihm liegenden Bürgschaften alle anderen Verfassungen bei weitem übertreffe“<sup>82</sup>, aber er weiß, daß trotz alledem der Herrscher machtmäßig absolut überlegen ist. Darum gibt es für ihn im Grunde nur eine Garantie, nämlich die Verankerung „in dem politischen Sinne des Volkes und in seinem kräftigen Wollen, daß diese Verfassung bestehe“<sup>83</sup>. In seinem Kommentar interpretiert er die einzelnen Paragraphen in liberalistischer Tendenz und sucht

aus ihr an Beweisstücken für die Volkssouveränität herauszudeuten, was sich nur irgend herausdeuten läßt.

In diametralem Gegensatz zu Murhards Ausführungen steht die von Gössel, einem ehemaligen Mitarbeiter der „Kasselschen Allgemeinen Zeitung“, bearbeitete „Geschichte des konstituierenden Landtags von 1830—31“. Gössel ist von der im „Berliner Politischen Wochenblatt“ vertretenen, von Jarcke publizistisch verfochtenen konservativen Richtung beeinflusst. Er versteht es sehr geschickt, erst Jarcke gegen Pfeiffer, dann Pfeiffer gegen Jordan auszuspielen. In seiner Einleitung untersucht er die Frage, wie sich das repräsentative zum altständischen System verhalte, und kommt mit Jarcke gegen Pfeiffer zu dem Ergebnis, daß die beiden Prinzipien Gegensätze und miteinander unverträglich sind. Seine Sympathie steht offensichtlich auf Seiten des Altständischen. Dann schildert er die Entstehung der kurhessischen Verfassung, stützt sich hier auf Pfeiffers Broschüre und stellt die darin geäußerten Anschauungen Jordans Ansichten entgegen. Wer ist nun, so fragt er weiter, in der endgültigen Verfassung durchgedrungen, Pfeiffer oder Jordan? Mit leichter Mühe kann er darlegen, daß in den meisten Fällen Jordans Ansicht den Sieg davon getragen hat<sup>84</sup>. Die landesherrlichen Kommissare wußten sich nun in ihrer Verlegenheit nicht anders zu helfen, als indem sie die Verfassungsbestimmungen durch unklare Ausdrücke mäßigten<sup>85</sup>; aber das Ergebnis ist doch dies, daß die „französischen Jordanschen Repräsentativideen“ durchaus überwiegen<sup>86</sup>. Nicht klar ausgesprochen, aber im Hintergrund der Schrift steht die Tendenz darzutun, daß unter der patriarchalischen Herrschaft vor 1830 im Grunde die Freiheit der Untertanen besser geschützt war als jetzt und daß die Verfassung besser unterblieben wäre, da sie nur Kampf und Streit heraufbeschworen und das alte Vertrauensverhältnis zwischen Herrscher und Volk untergraben hat. Gössel begrüßt und ermuntert geradezu das Ministerium Hassenpflug in seinem Versuch, „die zu sehr geschwächte landesherrliche Macht wieder einigermaßen aufzurichten und zu kräftigen“<sup>87</sup>: die Restauration besaß in ihm einen beredten, journalistisch gewandten und politisch gebildeten Verteidiger.

Der Ueberblick über die Publizistik zur kurhessischen Ver-



fassung bestätigt uns, was wir oben im allgemeinen feststellen konnten. Es zeichneten sich bereits am Horizonte die Konturen von Parteigegensätzen und -kämpfen ab, die bei solchen Ereignissen wie der Verkündigung der ersten deutschen Verfassung nach der Julirevolution deutlicher als gewöhnlich sichtbar wurden. Einer ultraliberalen Richtung, die, von Frankreich und Süddeutschland her mit Ideen gespeist, beim Vernunft- und Naturrecht ihren Ausgangspunkt nahm, trat nach dem Gesetz der natürlichen Reaktion eine konservativ-altständische gegenüber, die sich in ihren Vergötzung des Bestehenden dem Fortschrittsglauben und der Reformfreudigkeit entgegenstemmte. Zwischen beiden versuchte eine vermittelnde Richtung, ein „System der Reformen“ aus der Geschichte und aus dem Naturrecht zu begründen. Aber ihr Schicksal war vielfach, zwischen den Extremen zerrieben oder von der Wirklichkeit überholt zu werden.

Kurhessen, als Durchgangsland zwischen Nord- und Süddeutschland fremden Einflüssen leicht zugänglich und ohne starkes politisches und soziales Eigenleben, hatte zu Anfang des Jahres 1831 einen Augenblick im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gestanden. In der Beurteilung seiner neuen Verfassung hatten sich die verfassungspolitischen Fronten geschieden. Bald entrückte es den Blicken der Publizisten; Sachsen, Hannover und die Pfalz, die stärkere lokale Traditionen besaßen und besondere Probleme aufwiesen, traten an seine Stelle.

## Zweites Kapitel.

### Die verfassungspolitische Publizistik in Sachsen<sup>1</sup>.

Sachsen hatte unter Napoleons gewaltiger Hand geringere territoriale Aenderungen erfahren als seine Rheinbundgenossen. Der alte König, Friedrich August „der Gerechte“, hatte streng an den alten Gewohnheiten festgehalten. So war die Rechtskontinuität dauernd gewahrt worden. Der allgemeine Landtag, dem das wichtige Recht der Steuerbewilligung zustand und der mindestens alle 6 Jahre zusammentreten sollte, setzte sich aus drei Kollegien, den Prälaten, den Rittern und Städten zusammen, wobei die Vertreter der letzteren allein von den Magistraten er-

nannt wurden. Er hätte vielleicht tüchtige Arbeit leisten können, wenn nicht durch einen Uebelstand die Landtagsverhandlungen so umständlich und der Geschäftsgang so schleppend geworden wäre, daß bei jeder Beratung unnütz viel Zeit und Kraft verschwendet wurde: die Kollegien der Ritter und Städte waren nämlich noch in je drei Kurien eingeteilt, einen engeren und weiteren Ausschuß und die Versammlung der allgemeinen Ritter bzw. Städte. Durch alle diese Instanzen, die vielfach gegeneinander stimmten, mußten die Gesetzesvorlagen hindurchgehen; der engere Ausschuß der Ritterschaft war meist rückständiger als die allgemeine Rittersversammlung. Daher hatte sich auf dem Landtage keine Reform durchsetzen lassen, und auch die Regierung stand allen Neuerungen mißtrauisch gegenüber. Noch vom Januar bis zum Juli 1830 hatte der Landtag getagt. Vielerlei Forderungen waren laut geworden. Die allgemeine Ritterschaft hatte den Antrag gestellt, eine allgemeine Städteordnung einzuführen<sup>2</sup>, aber nichts war erfolgt.

Zwei bedeutsame Mahnungen, die an den König und den Landtag gerichtet waren, brachten schon vor der Julirevolution das Verlangen eines großen Teils des sächsischen Volkes zum Ausdruck. Albert von Carlowitz veröffentlichte anonym Mitte November 1829 in der „Biene“ eine „Adresse des sächsischen Volkes“, in der er als Heilmittel gegen alle Schäden der Kommunal- und Finanzverwaltung einen „unmittelbaren Einfluß auf die wichtigsten Angelegenheiten und Beschlüsse des Staates durch echte Volksrepräsentation und eine gleichmäßige Verteilung der öffentlichen Lasten unter die privilegierten und nichtprivilegierten Klassen der Staatsgesellschaft“ forderte<sup>3</sup>. Das gleiche Ansinnen stellte das Landtagsmitglied Otto von Watzdorf in seiner Schrift „Über die Notwendigkeit einer Veränderung“, der das Imprimatur von der sächsischen Regierung verweigert wurde und die deshalb im Ausland gedruckt werden mußte. Mit klaren Worten und in gewandter Form zeichnete er nach dem Vorbild der süddeutschen Konstitutionen die Umrisse einer sächsischen Verfassung, die mit den alten Ständen vereinbart werden sollte, damit ihre rechtliche Grundlage unanfechtbar sei. Er wünschte zwei Kammern und ein freizügiges Wahlrecht für alle Bürger, „welche einen bestimmten Betrag direkter Steuern entrichten“<sup>4</sup>. Die noch vor der Juli-

revolution abgefaßten „Aphoristischen Bemerkungen“. Karl Theodor Kinds und Graf Hohenthals Broschüre „Blick auf Sachsen“<sup>5</sup> entwickelten ähnliche Gedanken wie Watzdorf; eine Wirkung auf die Regierung erzielten sie nicht.

Mannigfache lokale Mißstände führten im September 1830 in Leipzig und Dresden Unruhen herauf. Der Gegensatz zwischen dem katholischen Hof und dem überwiegend protestantischen Lande, die Rückständigkeit der städtischen Verwaltung, die in der Hand des Magistrats lag und dem Einfluß der Bürgerschaft völlig entzogen war, und die Bevorzugung des Adels bildeten den Zündstoff. Daneben machten sich bereits radikale Unterströmungen geltend, weil in Sachsen die Gewerbe größere Bedeutung gewonnen hatten und breite Industriearbeiterschichten vorhanden waren.

Die Regierung erkannte rechtzeitig das Gebot der Stunde. Zunächst gelang es ihr, durch Nachgeben die beunruhigten Städte zu befriedigen. Wahlen von Gemeindevertretern wurden angeordnet, eine Städteordnung verheißen und die Bildung von Kommunalgarden begünstigt. Dadurch, daß Prinz Johann selbst Führer der Dresdener Bürgerwehr wurde, ließ sich die Gunst des Volkes leicht gewinnen. Mit der Beseitigung dieser örtlichen Uebelstände war es aber noch nicht getan. Dies eingesehen zu haben, ist das Verdienst der geheimen Räte, die sich am 13. Sept. an den König selbst wandten und der Reform von oben den entscheidenden Anstoß gaben. Der greise König Anton entließ den Grafen Einsiedel, der bisher die Geschicke des Landes geleitet hatte, setzte Bernhard von Lindenau an seine Stelle und ernannte seinen Neffen und späteren Thronfolger Friedrich August zum Mitregenten. Jetzt kam ein frischerer Wind in die Staatsverwaltung. Ueberall wurden die nötigen Neuerungen mit kräftiger Hand eingeleitet, und unbeirrt um die Intrigen, die der österreichische Gesandte auf Antreiben Metternichs spann, unbeirrt auch durch das Treiben umstürzlerischer Elemente, die sich in Dresden breit machten, ging Lindenau seinen Weg.

Er war sich von vornherein darüber klar, daß nur durch Erteilung einer zeitgemäßen Verfassung die Gebrechen des Staatslebens zu beheben seien. Die öffentliche Meinung traf sich mit ihm in diesen Gedankengängen. Während die Leipziger in ihren

Eingaben an die Regierung einen nicht über ihre Stadtmauern hinausreichenden Blick verrieten, wurde der Ton der Dresdener Petitionen immer entschiedener und freier. Am 12. September wies ein Gesuch der Bürgerschaft auf die ungestörte Ruhe in den Staaten hin, in denen bereits eine konstitutionelle Verfassung eingeführt sei<sup>6</sup>, und am folgenden Tage stellte der Prokurator Eisenstück in der Eingabe der Bürgerschaft zu Dresden-Neustadt kühn das Ansinnen an die Regierung, eine genaue Uebersicht des Staatshaushalts vorzulegen und eine „dem Zeitgeiste angemessene Repräsentation der Staatsbürger mit Vertretung auch des achtbaren Standes der Landwirte“ einzuführen<sup>7</sup>. Die sieben Vorgesprecher der Dresdener Bürgerschaft baten am 16. September geradezu „um eine andere ständische Verfassung zu Gunsten aller Staatsbürger“<sup>8</sup>. Die Regierung erwiderte darauf, eine Erfüllung der vorgebrachten „Wünsche in Ansehung allgemeiner Landesangelegenheiten“ könne vor einer Uebereinkunft mit den Ständen nicht zugesagt werden, doch würden sie von den Behörden erörtert werden und Gegenstand ständischer Beratungen sein<sup>9</sup>. Sie hatte bereits beschlossen, den Landtag auf den 1. März 1831 einzuberufen und ihm einen Verfassungsentwurf vorzulegen. Am 21. September erhielt der Geheime Rat die königliche Weisung, eine solche „den Erfordernissen der Zeit und den Verhältnissen hiesiger Lande entsprechende“ Verfassung auszuarbeiten<sup>10</sup>.

Noch bevor das Zugeständnis der Regierung im Lande bekannt war, legte Lindenau mit überraschender Offenheit Metternich seine Pläne dar<sup>11</sup>: die landständische Verfassung Hannovers schwebte der Regierung als Muster für ihren Entwurf vor; dementsprechend werde die Volksvertretung in zwei Teile zerfallen, von denen einer den Grundbesitzern, der andere den Vertretern der Städte vorbehalten bleibe. Nicht auf dem Wege der Oktroyierung solle diese neue Verfassung erlassen, sondern auf gesetzmäßige Weise nach Beratung mit den jetzigen Landständen eingeführt werden. Durch sein gerades und entschiedenes Vorgehen brachte Lindenau alle Versuche der Großmächte, in die sächsischen Verhältnisse einzugreifen, zum Scheitern. Die Ausbildung der neuen Verfassung konnte ungehemmt durch äußere Einflüsse vor sich gehen.



Langsam und gerüchtweise wurde es in der Oeffentlichkeit bekannt, daß die Regierung dem Landtag im kommenden Jahre einen Verfassungsentwurf vorlegen wolle. Ueber die Zweckmäßigkeit dieses Planes erhob sich ein lebhafter Broschürenkampf. Der Jenaer Theologieprofessor Hase bestritt unter dem Pseudonym Karl von Steinbach den bisherigen Feudalständen das Recht, die neue Verfassung zu beraten<sup>12</sup>, und forderte, daß diesen lediglich „der Entwurf über eine neue Bildung der Stände und über die künftigen Formen ihres Zusammentretens“ vorgelegt und „erst mit den neuen Ständen das neue Grundgesetz verhandelt werde“<sup>13</sup>. Die Befürchtung, der alte Landtag möge sich gegen jedes Aufgeben seiner Vorrechte sperren, war nicht von der Hand zu weisen. Trotzdem trat Heinrich von Schwerdtner dafür ein, daß der streng legale Weg der Vereinbarung mit den gesetzmäßigen Landständen eingeschlagen werden müsse<sup>14</sup>. Nun blickte man sich nach Vorbildern für das sächsische Grundgesetz um. Eine irrige Mitteilung der Leipziger Zeitung<sup>15</sup>, die sächsische Charte werde der badischen nachgebildet werden (Lindenau hatte dagegen von dem Vorbild der hannoverschen Verfassung gesprochen), rief einen Abdruck der badischen Verfassung mit nachträglichen Bemerkungen hervor. Der anonyme Verfasser entwickelte ein radikales Programm und wünschte über die badische Verfassung hinaus Frauenwahlrecht, unmittelbare Wahl der Abgeordneten und nur beschränktes Veto des Regenten<sup>16</sup>. Von einem weitaus gemäßigteren Standpunkt aus empfahlen Salza von Lichtenau und A. L. Mothes<sup>17</sup> die württembergische, die „Rechtlichen und staatswissenschaftlichen Mitteilungen“ die badische Verfassung als Vorbild für das künftige sächsische Grundgesetz. Vom Januar 1831 an begann die neue kurhessische Verfassung ihren Einfluß zu üben. Friedrich August Rüder zog sie der badischen vor, weil sie nur eine Kammer konstituiere<sup>18</sup>, und Karl Theodor Kind sprach als radikaler Vertreter des Repräsentativsystem die Hoffnung aus, daß Sachsen wenigstens keine schlechtere Verfassung als Kurhessen erhalte<sup>19</sup>. Die Frage, ob eine oder zwei Kammern zweckmäßiger seien, wurde schon im Oktober 1830 in der Schrift „Was wünscht man im Königreich Sachsen?“ und Anfang 1831 in „Sachsens künftige Landesvertretung“ entschieden im Sinne des Einkammersystems beantwortet.

Um die Öffentlichkeit im Sinne ihres Programms eines maßvollen Fortschritts zu beeinflussen, einerseits vor allzu radikalen Erwartungen zu warnen, andererseits aber die privilegierten Stände zu hochherzigem Verzicht auf alte Vorrechte zu bewegen, ließ die Regierung im Februar 1831 die Broschüre „An die Stände des Königreichs Sachsen“ erscheinen. Ihr Verfasser, der Kabinettsrat Breuer, wies darauf hin, daß es zwecklos wäre zu untersuchen, „ob und wie die Krisis zu vermeiden gewesen sei“<sup>20</sup>, sondern, daß es jetzt darauf ankomme, tätig an der Neugestaltung des Staates mitzuwirken. Er spricht die Hoffnung aus, daß der Regierungsentwurf, der „volles Vertrauen und ein günstiges Urteil verdiene“<sup>21</sup>, unter Hintansetzung persönlicher Wünsche und unter tunlichster Beschleunigung des Geschäftsganges durchberaten werde<sup>22</sup>. Die finanziellen Fragen müssen in erster Linie geregelt werden. Eine grundlegende Aenderung soll das Wahlsystem erfahren: „das Prinzip der freien Wahl der durch Besitztum wesentlich an der Staatswohlfahrt und bei den Staatslasten Beteiligten muß an die Stelle der persönlichen Berechtigung treten“, weil nur so „die nur zu lange unterbrochene Wechselwirkung zwischen Volk und Regierung“ hergestellt werden kann<sup>23</sup>. Die Broschüre schließt mit der erwartungsvollen Mahnung: „in ihrer (der Stände) Hand liegt das Korn des Segens für künftige Geschlechter: sie werden es nicht kleinmütig vorenthalten“<sup>24</sup>! Nicht minder eindringliche Worte richtete der Oberhofprediger von Ammon in seiner „Predigt zur Eröffnung des Landtages“ an die Stände: sie sollten sich das hochherzige Verhalten des Herrscherhauses, das freiwillig auf die größten finanziellen und politischen Rechte verzichte, zum Vorbild nehmen und sich nicht scheuen, gleich schwere und persönliche Opfer zu bringen<sup>25</sup>. Solche offiziösen Aeüßerungen von hoher kirchlicher und Regierungsseite konnten nicht ohne nachhaltige Wirkung bleiben.

Am 1. März 1831 traten die im Juli des vergangenen Jahres vertagten Stände wieder zusammen. Sogleich wurde ihnen der Verfassungsentwurf der Regierung vorgelegt, der von den Ministern von Lindenau und von Carlowitz bearbeitet und im geheimen Rat fertiggestellt worden war<sup>26</sup>. Er sah ein Zweikammersystem vor. Die Rittergutsbesitzer sollten mit zehn Abgeordneten in der ersten, mit 15 von 65 in der zweiten Kammer

vertreten sein<sup>27</sup>. Die Öffentlichkeit der Landtagsverhandlungen, Gesetzesinitiative und Preßfreiheit waren nicht ausgesprochen. Auch sonst fehlten wichtige rechtliche Kautelen, wie sie etwa im kurhessischen Grundgesetz eingefügt waren. Die Ständeversammlung nahm den Entwurf trotzdem als Grundlage ihrer Arbeit an und willigte auch in eine Vereinfachung des Geschäftsganges. Um die Beratungen zu beschleunigen, ließ man die Kurien der Ritterschaft und der Städte gelegentlich zu Plenarsitzungen zusammen-treten. Die Hoffnung der Regierung, daß die Verhandlungen in vier bis sechs Wochen zu Ende geführt sein könnten, erfüllte sich freilich nicht. Erst am 19. Juli wurde die große Schrift der Stände (die Prälaten hielten sich davon fern) der Regierung über-reicht, nachdem innerhalb der drei Kurien der Ritterschaft die leidenschaftlichsten Kämpfe ausgefochten worden waren. Die Schrift erkannte das Zweikammersystem an, wollte aber in der Zusammensetzung des Landtags erhebliche Aenderungen eintreten lassen. Sie wünschte acht statt sechs Magistratspersonen in der ersten Kammer und vermehrte die Zahl der ritterschaftlichen Mitglieder der zweiten Kammer um 5 auf 20. „Ein Ausgleich für diese stärkere Heranziehung des Grundbesitzes wurde dadurch geschaffen, daß man noch 5 Repräsentanten der Handels-, Fabrik- und Manufakturinteressen zuließ, die durch Wahlmänner aus Kauf-leuten und Fabrikanten zu wählen waren“<sup>28</sup>. Gegen das Wahl-gesetz, das dem Landtag gleichzeitig mit dem Verfassungsentwurf vorgelegt worden war, erhoben die Stände sehr scharfe Einwände. Hierin war der Grundbesitz ausgesprochen bevorzugt worden. Das aktive sowohl wie das passive Wahlrecht blieb „lediglich den Angesehenen vorbehalten, während die Unangesesehenen, z. B. weite Kreise der Gebildeten, keinen Einfluß auf die Wahl hatten“<sup>29</sup>. Die Städte beantragten dagegen, daß nur das Bürger-recht verlangt werden solle und die Ansässigkeit durch einen ge-wissen Steuerbetrag ersetzt werden könne. Die Ritterschaft machte sich die Bestimmungen des Entwurfs ganz zu eigen und sperrte sich gegen jede weitere Konzession. „Die Regierung aber erfüllte zum Teil die städtischen Wünsche und ließ auch Unangesessene zur Wahl als Vertreter der Städte zu“<sup>30</sup>; das aktive Wahlrecht blieb jedoch nach wie vor an die Bedingung der Ortsansässigkeit geknüpft.

Die Schrift der Stände vom 19. Juli war nun Gegenstand der Beratungen der Regierung. Sie genehmigte fast alle ständischen Anträge. Der Zusammensetzung der beiden Kammern, der Verminderung der Zivilliste, der Öffentlichkeit der Verhandlungen und v. a. stimmte sie zu. Nur dem Wunsch auf Schaffung eines ständischen Ausschusses kam sie nicht nach, vermutlich weil sie eine dem Geist der konstitutionellen Monarchie nicht entsprechende dauernde Kontrolle der Verwaltung fürchtete<sup>31</sup>. Am 2. September nahm die Versammlung den nur wenig veränderten Entwurf an, am 4. September erfolgte die feierliche Verfassungsübergabe.

Die Publizistik unterstützte während der ständischen Verhandlungen die freisinnigen Abgeordneten der Städte auf das eifrigste, ja drängte sie zu immer weitergehenden Forderungen. Der Regierungsentwurf war zugleich mit der Eröffnung des Landtags gedruckt und der Kritik der Öffentlichkeit preisgegeben worden. Diese nahm ihn mit Mißtrauen, teilweise sogar mit heftigem Unwillen auf. Sie verglich ihn mit der kurhessischen Verfassung und sprach sich überwiegend gegen die Errichtung zweier Kammern aus, da eine erste Kammer „der Aristokratie des Eigennutzes zu viel Spielraum“ gönne<sup>32</sup> und in der sozialen Struktur Sachsens nicht mehr begründet sei<sup>33</sup>. Nur Professor Krug wagte es, die Liberalität des Entwurfes zu rühmen<sup>34</sup>, aber auch er wünschte wie alle anderen Publizisten den Hauptanstoß des Entwurfs, die Forderung der Ansässigkeit für die Stimmberechtigung, beseitigt zu sehen. Während der Landtag sofort den Entwurf als Verhandlungsgrundlage anerkannt und das Zweikammersystem und das Prinzip der Ständevertretung angenommen hatte, wurden publizistische Stimmen laut, die sich völlig über die Regierungsvorlage hinwegsetzten. Ein anonymen Schriftsteller E. W. glaubte in dem Wahlgesetz die Absicht zu erkennen, „den unteren Volksklassen keinen Einfluß auf die Wahl einzuräumen“<sup>35</sup>, und forderte eine allgemeine direkte Wahl der Kammer „aus dem Volke und von dem Volke als gleichberechtigter Masse“<sup>36</sup>, also ohne Unterscheidung von Klassen und Ständen. Die Dresdener Sachwalter gar wollten dem Landtag nur das Recht der Beratung über den Entwurf zubilligen, nicht aber das Recht, der Verfassungsurkunde endgültig zuzustimmen, weil die alten Stände nicht den Willen des Volkes verträten.



„Nur durch Konvokation von Repräsentanten, welche durch die selbständigen Staatsbürger aller Klassen gewählt sind“, lassen sich „die Ansichten und Wünsche der numerischen Majorität mit Sicherheit erkennen“<sup>37</sup>. Radikal und jedem Kompromiß an altständische Formen abgeneigt, suchten diese Advokaten also die Gültigkeit der kommenden Verfassung rechtlich zu bestreiten.

Noch viel schärfere Töne klingen in der Schrift „Konstitution, wie sie das sächsische Volk wünscht“ an, die aus Kreisen des Dresdener Bürgervereins hervorgegangen, von dem Advokaten Bernhard Moßdorf verfaßt war<sup>38</sup>. Schon das Motto: „Und wird sie nicht gewährt, so pochen wir mit Flintenkolben an“, kennzeichnet sie als ein Erzeugnis der revolutionären Stimmung, die in Dresden herrschte und nach der Verhaftung Moßdorfs blutige Unruhen heraufführte. In acht Abschnitten und 133 Paragraphen ist eine Verfassung ausgearbeitet, die auf dem Grundsatz der Volkssouveränität beruht und dem König nur die ausübende Gewalt zugesteht. Die Souveränität des Volkes ist auf eine Kammer übergegangen, die alle Jahre nach allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl neu gewählt wird<sup>39</sup>. Dabei kommt auf zehntausend Seelen ein Abgeordneter. Die Exekutive untersteht der Legislative; die Kammer „zieht die Minister zur Verantwortung und richtet sie“<sup>40</sup>. Absolute Gleichheit vor dem Gesetz ist ausgesprochen, alle Vorrechte sind abgeschafft, „das stehende Heer, wie es jetzt ist, wird nach und nach aufgelöst“, und eine Nationalgarde tritt an seine Stelle<sup>41</sup>.

In ähnlichen, noch utopischeren Gedankengängen bewegte sich eine kleine Broschüre unter dem Titel „Politisches Gespräch“, in der ein Philanthrop den legitimistischen Hofrat belehrt, daß die Könige nicht von Gott, sondern vom Volke berufen sind<sup>42</sup> und daß sich dieses also seine Gesetze selbst geben kann<sup>43</sup>. „Den König wollen wir beibehalten, um uns die Mühe der Wahl eines andern zu ersparen“<sup>44</sup>, aber er soll nur ausführendes Organ sein; die Gesetze gibt ein Ausschuß des Volkes<sup>45</sup>. Wie Moßdorf glaubt der Verfasser, das stehende Heer überhaupt abschaffen zu können<sup>46</sup>, ja er hält sogar bei freier Kommunalverfassung ein Kabinett wie die gesamte Staatsregierung für „ganz überflüssig“ und hegt die Hoffnung, daß damit auch die Abgaben fast völlig wegfallen können<sup>47</sup>. Eine Außenpolitik des Staates

hält er überhaupt für unnötig. Am Schluß droht er mit der Revolution des ganzen Volkes, wenn ihm sein Recht nicht geschaffen wird. Solche Aeüßerungen erwiesen sich, so wirklichkeitsfern sie auch waren, doch nicht als unschädlich. Sie trugen mit zu den Tumulten vom Jahre 1831 bei, die die Regierung mit Waffengewalt unterdrücken mußte. Auf die Gestaltung der neuen Verfassung übten sie allerdings keinerlei Einfluß<sup>48</sup>.

Die periodische Presse Sachsens erlebte im Jahre 1831 einen bedeutsamen Aufschwung und nahm an den Landtagsverhandlungen regen Anteil. Schon seit 1827 erschien in Zwickau die „Biene“, die, von Karl Ernst Richter herausgegeben, die öffentlichen Angelegenheiten mit Unerschrockenheit besprach<sup>49</sup>. „Das führende Blatt in Leipzig“ wurde während der Septemberunruhen die Anfang 1830 von dem Verleger Hartmann gegründete „Sachsenzeitung“<sup>50</sup>. In Dresden kamen die „Dresdener Kommunalblätter“ und als Beilage des „Merkur“ „Der sächsische Stadtverordnete und Kommunalgardist“ heraus<sup>51</sup>. „Ernster als alle anderen Blätter war das „Vaterland“ zu nehmen, das sich „Blätter für Proposition und Opposition“ nannte und dessen Inhalt meist staatsrechtlicher Natur war“<sup>52</sup>. Auch die Regierung suchte Einfluß auf die öffentliche Meinung des Landes zu gewinnen. Sie übernahm mit dem Jahre 1831 die „Leipziger Zeitung“ in eigene Hände, und Lindenau selbst steuerte bisweilen Artikel bei, die seine und des Ministeriums Meinung kundtun sollten. Trotz aller dieser Anstrengungen erreichten die sächsischen Zeitungen bei weitem nicht dieselbe Bedeutung wie die süddeutschen Blätter; den Rang führender Parteiorgane vermochten sie nicht zu erwerben.

Am 4. September 1831 wurde, wie gesagt, die neue Verfassung verkündet. Uebereinstimmend hoben der Konferenzminister und der Landtagsmarschall in ihren Reden hervor, daß sie „nicht das Werk einseitiger Willkür, sondern das Ergebnis eines freien, wohlervogenen Vertrags zwischen Fürst und Ständen“ sei<sup>53</sup>. Drei Wochen später erschien das die Verfassung ergänzende Wahlgesetz, wohl das schwächste Stück der Reformarbeit, denn es machte in allen drei Klassen die Ansässigkeit zur Voraussetzung der Stimmberechtigung<sup>54</sup> — der Protest der städtischen Kurien und der Publizistik hatte nichts gefruchtet!

Im November erfolgte die Neuorganisation der obersten Verwaltungsorgane, durch die sechs Ministerien an Stelle des Geheimen Kabinetts und des Geheimen Rates geschaffen und ein Staatsrat errichtet wurde. Den Wünschen der Städte trug die Städteordnung vom 2. Februar 1831, denen der Bauernschaft das Ablösungsgesetz vom 17. März 1832 Rechnung. So waren in Sachsen, unter tätiger Initiative der Regierung, die Grundsteine zu einem neuen, festeren Staatsgebäude gelegt. Wenn auch in den späteren Jahren die Tatkraft erlahmte, so blieben die Errungenschaften von 1830, Gemeinde- und Landesverfassung, doch dank ihrem gemäßigten Charakter erhalten.

Während die Uebergabe des Entwurfes lebhaftestes Interesse in der Oeffentlichkeit hervorgerufen hatte, fand die Verkündigung der Verfassung in der Presse nur geringen Widerhall. Die kurz vorhergegangenen Augustunruhen beschäftigten noch zu stark die Gemüter; die Landbevölkerung wartete sehnlich auf die verheißene Ablösung der Dienste und Lasten; das gebildete Bürgertum war über die Beschränkungen des Wahlrechts enttäuscht, weil es dadurch vom aktiven Anteil am Staatsleben ferngehalten wurde; die Staatsrechtler vollends betrachteten die sächsische Verfassung als einen Rückschritt gegenüber der kurhessischen, dem großen konstitutionellen Ereignis des Jahres. So war die Zahl der lobenden Stimmen ziemlich gering<sup>55</sup>. Nur der Münchener Präsident des Oberkonsistoriums von Roth würdigte in der HPZ das Verfassungswerk mit anerkennenden Worten und zeigte Verständnis für die Politik eines gemäßigten Fortschritts, die das Ministerium Lindenau betrieb. Rüder dagegen meinte, die Verfassung sei „nicht genug den Bedürfnissen der Zeit angepaßt“<sup>56</sup>. Sonst tadelten alle Kritiker zum mindesten das Wahlgesetz, dessen Abänderung nach ihrer Ansicht erste Aufgabe des kommenden Landtags sein mußte<sup>57</sup>.

War schon die Aufnahme der Verfassung recht kühl gewesen, so verlor sich das Gefühl für den Wert der neuen Staatsordnung sehr bald. Als im folgenden Jahre die Verfassungsfeier stattfinden sollte, mußten zwei Broschüren geradezu den Sinn und die Bedeutung dieser Feier erklären<sup>58</sup>. Aus beiden Schriften klingt leise die Tendenz heraus, gegen die wachsende Teilnahmslosigkeit

des Volkes an der Verfassung ankämpfen zu wollen. Eine halb-offizielle Schrift des Finanzministers von Zeschau<sup>59</sup> aus dem Jahre 1834 verfolgte ein ähnliches Ziel. Sie stellte den Umfang der gemeinsamen Wirksamkeit der Regierung und Stände dar<sup>60</sup> und glaubte, ohne dem Urteil vorgreifen zu wollen, doch als gewiß bezeichnen zu können, daß durch das Reformwerk „das Vertrauen zur Regierung gewonnen und das Interesse am öffentlichen Leben geweckt“ worden sei<sup>61</sup>. Obwohl die Oeffentlichkeit ihre Verdienste nicht würdigte, blickte die Regierung mit Stolz auf ihre Tätigkeit zurück in dem Bewußtsein, daß sie unbekümmert um den Widerstand sehr radikaler und sehr rückständiger Elemente das Staatsschiff sicher durch die politischen Strömungen hindurchgeleitet habe. So blieben Sachsen in den nächsten Jahren innere Wirren und Verfassungskämpfe erspart. Mochten in dem neuen Grundgesetz auch manche konstitutionelle Garantien fehlen, so trug es doch die Gewähr der Dauer in sich, weil es unter tätiger Mitwirkung der Regierung entstanden war und nicht der Argwohn der Stände die Feder geführt hatte.

### Drittes Kapitel.

#### Die verfassungspolitische Publizistik in Braunschweig.

Braunschweig war der einzige deutsche Staat, dessen Zustände 1830 französischen Verhältnissen ähnelten, in dem die Septemberereignisse mit den Vorgängen der Juliwoche verglichen werden konnten. Der Herzog Karl hatte sich durch seinen Versuch, alle unter der Vormundschaft des englischen Königs erlassenen Gesetze zu annullieren, durch das Patent vom 10. Mai 1827, das ihm einen langwierigen Prozeß mit den Landständen zuzog, und eine Reihe sonstiger Taktlosigkeiten so mißliebig gemacht, daß die Empörung des Volkes hell gegen ihn aufloderte. Das Militär trat nicht entschieden für ihn ein, in feiger Flucht entzog er sich dem Auflauf vor seinem Schlosse, und sein Thron war verloren. Aber, legitimistisch wie das Volk gesinnt war, rief es sofort den nächsten zum Thron berechtigten Agnaten, Karls Bruder Wilhelm, herbei. Der Rechtsgrund, auf dem dessen Gewalt ruhte, war nicht wie in Frankreich die souveräne Volks-



stimme, sondern die Vollmacht, die er von seinem Bruder erhalten hatte, der Beschluß der Bundesversammlung und die Zustimmung der Agnaten seines Hauses. Die langwierigen Verhandlungen, die sich aus dem Thronwechsel ergaben, die mannigfachen Konflikte, die sich zwischen Preußen und Oesterreich, zwischen dem Bundestag und den braunschweigischen Landständen um die Anerkennung des neuen Herrschers entwickelten<sup>1</sup>, nahmen die Kraft der Regierung monatelang voll in Anspruch. Als Herzog Wilhelm eingesetzt war, waren die Wünsche des Landes im allgemeinen befriedigt. Die Publizistik beschäftigte sich zunächst nur mit der Frage, ob der Widerstand des Volkes gegen die Staatsgewalt berechtigt gewesen sei, eine Frage, die von Strombeck im deutlichen Hinblick auf Braunschweig stellte und mit ja beantwortete<sup>2</sup>.

Es dauerte eine geraume Zeit, bis in der Oeffentlichkeit das Verlangen laut wurde, daß der Aufstand und der Thronwechsel auch eine Verfassungsänderung nach sich ziehen müßten. Auch als die Regierung, der daran lag, die neuen finanziellen Regelungen in die Landschaftsordnung aufzunehmen, diesen Wünschen stattgab, nahm die Allgemeinheit an den Verfassungsberatungen nur geringes Interesse. Desto heftiger wurde zwischen den wenigen publizistischen Vertretern des Adels und des Bürgertums um den politischen Einfluß auf dem neuen Landtage gekämpft.

Schon 1820 war eine „Erweiterte Landschaftsordnung“ (ELO)<sup>3</sup> geschaffen worden, deren Erhaltung die Stände gegen Herzog Karl erfolgreich durchgesetzt hatten. Obwohl fast gleichzeitig mit den berühmten süddeutschen Konstitutionen erschienen, war sie noch ein auf völlig altständischem Rechtsempfinden basierender Vertrag. Sie war lediglich, wie ihr Name sagte, eine Landschaftsordnung, d. h. eine Summe von Bestimmungen, die sich auf die Zusammensetzung und die Rechte und Pflichten der Landstände bezogen, nicht ein Grundgesetz, das alle wesentlichen Bedingungen innerstaatlichen Lebens umfaßt. Die Landschaft bestand aus zwei Sektionen, die gelegentlich zusammentreten konnten und von denen eine von den Rittern mit Virilstimmen, die zweite von den Städten und dem freien Bauernstande besetzt wurde. Sie besaß verhältnismäßig weitgehende Befugnisse. In dem Recht der selbständigen Konvokation wie in dem von Landesherren und Ständen gemeinschaftlich besetzten Landessteuer-

kollegium traten noch alte Einrichtungen zutage, die sich aus dem Ständestaat über den Absolutismus hinübergerettet hatten.

Der erste, der eine Verfassungsänderung forderte, war der Braunschweiger Advokat Karl Steinacker<sup>4</sup>. Er griff die bisherige Organisation der Ständeversammlungen mit außerordentlich scharfen Worten an. In der ständischen Repräsentation, so führte er aus, bestehen die grellsten Mißverhältnisse: einmal in der „absoluten Mehrzahl des Adels“, „dessen politische Bedeutung jetzt zu den Antiquitäten gehöre“, der aber immer noch „allein den Ausschlag geben könne“<sup>5</sup>; zum anderen in der allzu schwachen Vertretung der Bauernschaft, die ein Recht auf angemessene Repräsentation habe<sup>6</sup>. Hält Steinacker in der Theorie die reine, nicht nach Ständen geschiedene Volksvertretung für die beste, so will er sich doch zunächst nur auf die Punkte beschränken, in denen die landständische Vertretung in erster Linie verbesserungsbedürftig sei<sup>7</sup>. Er fordert eine Kammer<sup>8</sup>, die „die einzige große Klasse der Staatsbürger, alle Untertanen ohne Ausnahme“ repräsentiert<sup>9</sup>, daher ebenso starke Vertretung der Bauernschaft und der Städte wie des Adels und durchaus freie, unbeschränkte Wahl<sup>10</sup>, damit die Bauernschaft auch aus anderen Klassen ihre Abgeordneten bestimmen könne. Das war ein typisch liberales Programm, von Steinacker ausdrücklich nicht als absolute, sondern nur als Gegenwartsforderung gekennzeichnet. Das Verlangen, der Landschaftsordnung die Form einer modernen Konstitution zu geben, äußerte er nicht.

Für Beibehaltung der ELO als brauchbarer Grundlage sprachen sich von Bülow und von Strombeck aus, jener Kammerdirektor unter Herzog Karl, dieser als ritterschaftliches Mitglied des Landtags am Zustandekommen der ELO von 1820 maßgebend beteiligt. Beide waren in ihrer gemäßigt konservativen Stellung Konzessionen nicht abgeneigt, wollten der gesamten Bauernschaft eine Vertretung zubilligen, ja Strombeck trat sogar für freieres Wahlrecht in den Städten und für Öffentlichkeit der Landtagsverhandlungen ein<sup>11</sup>. Im grundsätzlichen waren sie sich darin einig, daß eine „fortschreitende Fortbildung“ der vorhandenen Verfassung besser als „eine plötzliche revolutionäre Umformung“ sei<sup>12</sup>. Ein „Additionalstatut“ zu der ELO, meinte Strombeck<sup>13</sup>, dürfte genügen, um die alten Mängel in zeitgemäßem

Sinne auszugleichen. Insbesondere das System der zwei Sektionen, das Strombeck sogar als einen „Vorzug von unermeßlicher Wichtigkeit“ bezeichnet<sup>14</sup>, wollten sie beide gewahrt sehen, wenn auch Bülow dafür eintrat, daß die Virilstimmen der Rittergüter aufgehoben und in Zukunft Deputierte der Ritterschaft auf den Landtag geschickt würden<sup>15</sup>. Ihr Wunsch, zwei Kammern beizubehalten, kennzeichnet sie als Führer der Adelspartei. Noch schroffer als sie verfocht von Grone die feudalaristokratischen Interessen. Er beschuldigte Steinacker einer tendenziösen Darstellung, verteidigte die Ritterschaft als den Träger und Wahrer der alten ständischen Rechte und hielt es, obwohl nicht grundsätzlich gegen eine Vertretung der Bauernschaft eingestellt, doch für das beste, wenn die Bauern nur sehr allmählich die Landschaft erlangen und bloß die Ortsvorsteher die landständischen Abgeordneten wählen<sup>16</sup>.

Die Forderung nach einer regelrechten modernen Verfassungsurkunde für Braunschweig stellten erst der Advokat de Dobbeler<sup>17</sup> und Pölitz<sup>18</sup> auf. Hinter Dobbelters trockenem, in langen Sätzen ausholendem Juristenstil verbirgt sich eine gemäßigt liberale Gesinnung, die Geschichte und Vernunft in Einklang zu bringen suchte und den „häufig aufgestellten Gegensatz zwischen ständischer und repräsentativer Verfassung“ als „geschichtswidrig“ erweisen wollte<sup>19</sup>. Er forderte nur eine Kammer von 41 Mitgliedern, in der die drei Hauptinteressengruppen, Rittergutsbesitzer, Städte und Bauern, gleichmäßig mit je 11 Abgeordneten vertreten sein sollten, außerdem je 4 weltliche und geistliche Prälaten<sup>20</sup>. Die Stände sollten mindestens alle zwei Jahre zusammentreten und das allgemeine Steuerbewilligungs- und Gesetzgebungsrecht erhalten<sup>21</sup>.

De Dobbeler muß entweder über die Pläne der Regierung gut orientiert gewesen sein oder, was wahrscheinlicher sein dürfte, mit seinen Vorschlägen Einfluß auf den Regierungsentwurf geübt, wenn nicht gar an ihm mitgewirkt haben; denn der „Entwurf einer revidierten Landschaftsordnung“, der dem am 30. September 1831 zusammentretenden Landtag vorgelegt wurde<sup>22</sup>, sieht eine ganz ähnliche Zusammensetzung der Stände vor: eine Kammer von 45 Abgeordneten, aus 6 Prälaten und je 13 Ritter-, Städte-

und Bauernvertretern zusammengesetzt<sup>23</sup>, § 5 fügt noch eine Sonderbestimmung über die Wahlart hinzu. Von den 13 Abgeordneten jedes Standes müssen 10 in dem sie wählenden Wahlkreis ansässig sein und dem betreffenden Stande angehören. „Die übrigen drei Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte, der Freisassen und Bauern können unter den wissenschaftlich gebildeten Männern des Herzogtums gewählt werden, welche überhaupt wählbar sind“<sup>24</sup>. Damit war eine besondere Vertretung der Intelligenz, wie die Pölitz in seinem „Konstitutionellen Leben“ gefordert hatte<sup>25</sup>, geschaffen, vermutlich sogar unter dem Einfluß Pölitzscher Gedankengänge, die 1831 in ganz Norddeutschland verbreitet waren. Ein Ausschuß von 5 Mitgliedern sollte die Kammer während einer Vertagung vertreten, und das Steuerkollegium und das Recht der selbständigen Konvokation sollten in Kraft bleiben<sup>26</sup>.

Aber die Forderung, aus der Landschaftsordnung eine moderne Konstitution zu machen, war nicht erfüllt. Der Entwurf trug noch die alte Form einer bloßen Zusammenstellung der Rechte und Pflichten der Landstände; alle übrigen Bestandteile einer Staatsverfassung fehlten.

Gleichzeitig erließ die Regierung zur Begründung ihrer Vorschläge „eine Entwicklung der hauptsächlichsten Motive des Entwurfs“<sup>27</sup>. Dies Schriftstück ist ein wichtiges verfassungsgeschichtliches Dokument; denn es ist ein Beispiel dafür, wie man sich damals bemühte, neue Anschauungen in alte Gesetze hineinzuinterpretieren, um an der Fiktion der Rechtskontinuität festhalten zu können. Wenn die Regierung erklärte, schon die ELO von 1820 sei „keine eigentlich ständische Verfassung“ mehr gewesen, da die Bedingung der Landtagsfähigkeit „nicht ein gewisser Stand, sondern ein gewisses staatsbürgerliches Interesse“ gewesen sei<sup>28</sup>, wenn sie damit der Landschaftsordnung den Rang einer Repräsentativverfassung geben wollte, so glaubte sie, historisch zweifellos mit Unrecht, daß bereits in alten Einrichtungen die neuen Auffassungen verkörpert seien.

Ein ausführliches „Votum über den Entwurf“ gab Pölitz schon wenige Wochen nach Eröffnung des Landtags heraus. Er beurteilte ihn überraschend günstig. Der größte Teil der Bestimmungen erscheine, so sagte er, „so zeitgemäß, so politisch



gemäßigt und so auf die örtlichen Verhältnisse des Herzogtums berechnet, daß die aus dem Entwurf hervorgehende Verfassung zu den vorzüglichsten im deutschen Staatenvereine gehören“ werde<sup>29</sup>; denn der Entwurf beruhe — und das war der höchste Ehrentitel, den Pölitz verleihen konnte — auf dem System der Reformen<sup>30</sup>, während viele andere deutsche Verfassungen „zu sehr dem Prinzip der Stabilität und dem der Reaktion sich hinneigen“<sup>31</sup>. Er erklärte, das, was in dem Entwurf stehe, fast nur loben zu können: das Einkammersystem, die Abgeordnetenverteilung, die Wahlart<sup>32</sup> und die Befugnisse des Landtags. Nur die Vertretung der Bauernschaft dürfte zu groß sein; vielleicht hätte „für den Augenblick eine verhältnismäßig kleine Zahl von Abgeordneten aus dem Bauernstande hingereicht, bis es nach einem Vierteljahrhunderte gewagt werden könnte, eine größere Zahl zur Vertretung zu berufen“<sup>33</sup>. Ueberhaupt scheint ihm das Grundeigentum zu stark bedacht zu sein und die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß der große und kleine Grundbesitz gemeinsam ihre Interessen gegen die Minderheit der städtischen Vertreter durchsetzen werden<sup>34</sup>. Aber was Pölitz tadelnswert findet, sind nicht die vorhandenen Bestimmungen, sondern die Lücken und Weglassungen, die ergänzt werden müssen<sup>35</sup>. Er wünscht ein vollkommenes Staatsgrundgesetz und, von ihm getrennt, ein besonderes Wahlgesetz, das nur das Staatsbürgerrecht, nicht die Ortsansässigkeit (wie in Sachsen!) zur Bedingung des Wahlrechts macht<sup>36</sup>.

Kritisierte Pölitz den Entwurf mit absichtlicher schonender Milde, so wurden bald entschiedenere Urteile laut. Der anonyme Verfasser einer Besprechung des Pölitzschen Buches in der „Deutschen Nationalzeitung“<sup>37</sup>, der offenbar publizistisches Talent mit gründlicher Lokalkenntnis verband<sup>38</sup>, war weniger zu Kompromissen geneigt als der Leipziger Staatsrechtslehrer. Er verlangte über Pölitz hinaus, daß der Landtag jährlich einberufen werden müsse, der Kreis der Wahlmänner durch den Zensus nicht zu eng gezogen und das passive Wahlrecht der Vertreter der Intelligenz überhaupt nicht behindert sein dürfe<sup>39</sup>. Dieselben Forderungen äußerte in schärferer Form K. G. Jürgens, dessen häufige Berufung auf Aretin, Rotteck und Behr zeigt, in welcher Richtung er politisch beeinflußt war. Er betonte, der Entwurf

solle keine vollständige Verfassung sein, sondern zunächst nur eine Regelung der Zusammensetzung der Kammer, damit erst einmal eine wahrhaft repräsentative Ständeversammlung geschaffen werde<sup>40</sup>. Er schien zu hoffen, daß die neue Kammer dann eine regelrechte Konstitution ausarbeite, die den Vergleich mit den übrigen neuen Verfassungsurkunden nicht zu scheuen braucht.

Dieselben Gedankengänge äußerte Zöpfl in seiner Zeitschrift „Microcosmus“. Er übt scharfe Kritik an Pölitz, dessen „Votum“ den Charakter einer Lobrede auf die positiven Bestimmungen des Entwurfs trage<sup>41</sup>, während es doch gerade Aufgabe eines staatsrechtlichen Urteils sein sollte, „streng zu tadeln, was auch nur im entferntesten Rüge verdiene“<sup>42</sup>. Gerade der einzige Vorwurf, den Pölitz dem Entwurf macht, der der Unvollständigkeit, ist der härteste Tadel, den man sich denken kann. Wie kann er dann ein solches Werk „einen Fortschritt auf der Bahn der Entwicklung des konstitutionellen Lebens“ nennen<sup>43</sup>? Aber Pölitz hat den Zweck des Entwurfs überhaupt mißverstanden. Durch ihn soll vorerst nur die Zusammensetzung des Landtags neu geregelt werden, während die Grundlagen der bisherigen Verfassung zunächst gewahrt bleiben. Erst wenn diese Aufgabe erfüllt ist, wird es an der Zeit sein, an den Ausbau des Verfassungswerkes selbst heranzugehen<sup>44</sup>. So beschränkt sich Zöpfl darauf, seine Ansichten über die Organisation des Landtags zum Ausdruck zu bringen. Er hält eine einzige Kammer nicht nur aus Zweckmäßigkeitsgründen, sondern auch grundsätzlich, „ohne Rücksicht auf die Volkszahl“, für notwendig, weil sie allein mit der Idee einer Repräsentativverfassung vereinbar ist<sup>45</sup>. Die Zulassung von 6 Prälaten und ihre Ernennung durch die Regierung erscheint ihm nicht, wie Pölitz, wertvoll, sondern gefährlich und dem Begriff einer Nationalrepräsentation widersprechend<sup>46</sup>. Auch mit der Beschränkung des passiven Wahlrechts ist er nicht einverstanden, er fordert vielmehr „volle Freiheit für die Wahl aller Abgeordneten ohne Rücksicht auf die Staatsbürgerklasse, zu welcher der zu Wählende gehört“<sup>47</sup>. Als doktrinär-liberaler Anhänger des Repräsentativsystems ging Zöpfl in der Beurteilung des Entwurfs weit über alle anderen Kritiker hinaus. Wenn er der Regierung die Absicht unterlegte, erst einmal die Zusammensetzung des Landtags neuordnen zu wollen, ehe eine Konstitution gegeben

würde, so lag dies daran, weil er der alten Ständeversammlung nicht die Hochherzigkeit zutraute, freisinnige Reformen durchzuführen. Diese Aufgabe sollte einem konstituierenden, auf echt repräsentative Weise zusammengesetzten Landtag überlassen bleiben. Die Absicht der Regierung hatte er damit freilich mißverstanden. Diese stellte das Geschick der Landschaftsordnung dem Landtag nahezu völlig anheim.

Der am 30. September 1831 zusammentretende Landtag setzte eine Kommission von 5 Mitgliedern aus jeder der beiden Sektionen ein, die auch zusammenblieb, als der Landtag selbst wegen der drohenden Choleraepidemie aufgelöst wurde. Sie erkannte sehr bald die Notwendigkeit, aus der Landschaftsordnung ein Staatsgrundgesetz zu machen. Die Regierung sah diese Bestrebungen freilich nicht gern, und der Geheimrat von Schleinitz äußerte, daß „die schönen allgemeinen Phrasen, die zu einer solchen Verfassung gehören und die eigentlich keinen praktischen Wert haben, doch gerade ihrer Allgemeinheit wegen eines großen Mißbrauchs fähig seien“<sup>48</sup>. Aber bald gab sie nach und genehmigte im großen und ganzen den Kommissionsentwurf, der im Juli 1832 als „Neue Redaktion der Landschafts-Ordnung“ veröffentlicht wurde. Erst dieser Entwurf stellte nach Form und Inhalt eine systematische Verfassungsurkunde dar. Seine wichtigste Neuerung, als deren geistiger Urheber wohl Pölitz angesehen werden darf, war eine noch weitergehende Umbildung der Kammer zu Gunsten des Bürgertums und der Intelligenz: die Zahl der Vertreter der Ritter- und Bauernschaft sollte um drei, der Städte um ein Mitglied vermindert werden, die Prälaten ganz verschwinden. Dafür verlangte man, daß „16 Männer von höherer Geistesbildung“ von allen Ständen zusammen gewählt würden<sup>49</sup>. Die Regierung schloß sich den ständischen Vorschlägen an und ließ am 27. August 1832 einen dritten Entwurf an die Ständemitglieder ergehen, der diese Aenderung aufgenommen hatte<sup>50</sup>. Am 6. Oktober wurden die drei Hauptgesetze, auf denen das künftige Verfassungsleben des Staates ruhen sollte, die Neue Landschaftsordnung (NLO), das Wahlgesetz und der „Finanznebenvertrag“, einstimmig angenommen, am 12. Oktober 1832 zusammen mit dem Landtagsabschied die Verfassung verkündet<sup>51</sup>.

Die Öffentlichkeit nahm an der NLO kaum noch Anteil.

Als einziges Blatt verfolgte die „Deutsche Nationalzeitung“ die Landtagsverhandlungen mit regem Interesse. Im August 1831 vom Verlag Vieweg gegründet und von Dr. Hermes redigiert, trieb sie anfangs eine „entschieden liberale“ Politik<sup>52</sup>, glitt aber später in das reaktionäre Fahrwasser hinüber.

Rhamm hat Recht, wenn er die Braunschweigische NLO hinsichtlich der Befugnisse der Stände „eine der liberalsten der damaligen und mancher späteren Verfassungsurkunden“ nennt und hinsichtlich der Finanzen betont, daß „die Gebundenheit der Regierung in Beziehung auf die Verwaltung des Staatsgrundvermögens“ „jedes vernünftige Maß eigentlich überschreite“<sup>53</sup>. Doch sonst waren die konstitutionellen Gewalten vernünftig und zeitgemäß voneinander abgegrenzt, und die lange Lebensdauer der NLO bewies die Haltbarkeit des von 1831—1832 aufgeführten Werkes.

## Viertes Kapitel.

### Die verfassungspolitische Publizistik in Hannover.

4 Monate später als in Sachsen und Braunschweig brachen auch im Königreich Hannover Unruhen aus<sup>1</sup>. Den Anstoß dazu gab das Pamphlet des Osteroder Advokaten König „Anklage des Ministeriums Münster“, eine Schmähschrift, die in maßlos übertreibenden Worten und in überheblicher Tonart gegen den Grafen Münster die Vorwürfe erhob, das Land in die Leibeigenschaft zurückgeworfen und die alten Feudalstände unter der Form des Zweikammersystems wiederhergestellt zu haben, „in keiner anderen Absicht, als um die Völker zu täuschen“<sup>2</sup>. König brandmarkte die Steuer- und Wirtschaftspolitik der letzten 15 Jahre, tadelte die Bevorzugung des Adels auf das schärfste und verstieg sich dazu, das willkürliche und barbarische Verhalten der Regierung mit dem eines Attila und Nero, seinen eigenen Kampf um die Wahrheit mit dem Märtyrertum Jesu und Hussens zu vergleichen<sup>3</sup>. Trotz solcher Blasphemien und offener Unwahrheiten steigerte die Schrift die Erbitterung über das gegenwärtige Regime so, daß Anfang Januar 1831 in Osterode und Göttingen Tumulte ausbrachen. Die Regierung wurde der Lage bald wieder Herr, aber mit bloßer Unterdrückung des Aufstandes und einer



offiziellen, von Kabinettsrat Rose verfaßten Widerlegung des Pamphlets, die die Anklage in allem und jedem als unrichtig zurückwies, war es nicht getan. Mit Grund konnte ein anonymer Schriftsteller auf die Tatsache hinweisen, daß die „Anklage“, mochte sie auch noch so viele Uebertreibungen und Lügen enthalten haben, doch das Vertrauen zu der Regierung Münster wirklich erschüttert habe<sup>4</sup>. Also müßten dennoch der Anklage wahre Beschwerden zugrundeliegen, die es zu erforschen und zu beheben gälte. Die „Aktenmäßige Würdigung“ dagegen sei in das andere Extrem verfallen und habe alles zu verschönern, zu bemänteln und zu rechtfertigen gesucht und geradezu denen zu Gefallen geredet, „die ein großes Interesse haben zu wünschen, daß alles beim Alten bleibe“<sup>5</sup>. Redliches und ehrliches Wollen sind der Regierung unbedingt zuzubilligen, aber Geist und Richtung ihrer Politik sind zweifellos verkehrt gewesen<sup>6</sup>. Ohne auf die Ideen und Wünsche der Zeit einzugehen, hat sie möglichst beim Althergebrachten verharret<sup>7</sup>, und die strenge Zensur wie die mangelnde Oeffentlichkeit des Staatslebens haben bewirkt, daß sich die Beschwerden nicht auf legale Weise äußern konnten. So fordert der Verfasser zum Schluß, daß „die Regierung nicht auf halbem Wege stehen bleibe und vor allen Dingen eine echte Volksvertretung durch lebenskräftige Stände erstehen lasse, damit es fortan nicht an einem reinen und wahren Organ der Volksbedürfnisse und Wünsche fehle“<sup>8</sup>.

Der bisherige Landtag des Königreichs Hannover konnte nicht als echte Volksvertretung angesprochen werden. Nach dem Patent von 1819 bestand er aus zwei Kammern; in der ersten waren die Standesherrn, die Majoratsherren und die Ritterschaft, in der zweiten die Städte und sollten auch die freien, nicht ritterschaftlichen Grundbesitzer vertreten sein<sup>9</sup>. Die Wahlbestimmungen schlossen eine unmittelbare Teilnahme des Volkes aus, die Befugnisse beschränkten sich auf das Steuerbewilligungsrecht, und die allgemeine Ständerversammlung war nur insofern bedeutsam, als sie über den alten Provinziallandtagen, dem natürlichen Hort der adligen Reaktion, ein Organ bildete, das das Wohl und Wehe des ganzen Landes vor Augen haben sollte. Ein öffentliches Leben entwickelte sich in Hannover nicht. Der Einfluß des Adels auf den Provinziallandtagen und im höheren Beamtentum hatte unter

dem Grafen Münster wieder zugenommen und ein Ausmaß erreicht, das der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Landes durchaus nicht entsprach. Diese ungesunden Verhältnisse und außerdem die Abhängigkeit der hannoverschen Regierung von König und Ministerium in London verlangten gebieterisch nach Abhilfe.

Bereits im Januar 1831 unternahm der Generalgouverneur, der Herzog von Cambridge, eine Reise durch die aufsässigen Gebiete und erkannte hier mit Schrecken die schweren Uebelstände in Wirtschaft und Verwaltung. Die Frucht seiner Reise und der Nachforschungen der Regierung zu Hannover bildete der denkwürdige Ministerialbericht, der am 3. Februar 1831 nach London abging<sup>10</sup>. Mit ungewöhnlichem Freimut wurden darin alle Fehler offen zugegeben und zweckmäßige Besserungsvorschläge unterbreitet. Der Bericht zeigt die Wünsche auf, die in den Petitionen zum Ausdruck kommen: „eine freie Konstitution, eine wahre Volksvertretung in der allgemeinen Ständeversammlung“<sup>11</sup>. Er enthält sich eines Urteils darüber, ob diese Wünsche gerechtfertigt sind, sondern sucht den tieferen Ursachen der entstandenen Gärung nachzugehen<sup>12</sup>. Er sieht sie in dem verhängnisvollen Beispiel Frankreichs und Belgiens, Braunschweigs und Kurhessens, in dem „Mangel jeder angemessenen Publizität der ständischen Verhandlungen“<sup>13</sup> und neben vielen wirtschaftlichen Mißständen vor allem in der Einbildung der Bevölkerung, daß der Adel in der Gesetzgebung und bei Aemterbesetzungen bevorzugt werde. Diese Ansicht mag richtig sein oder nicht — vorsichtigerweise wird die Berechtigung dieser Frage nicht untersucht! — aber sie ist doch beinahe allgemeine Ansicht des Mittelstandes geworden, und tatsächlich ist die Haltung der ersten Kammer auch nicht immer geeignet gewesen, dies Vorurteil zu entkräften.

Es folgen die Vorschläge, wie man der Erregung begegnen könnte. Der König soll der Behauptung von einer Bevorzugung des Adels auf das schärfste widersprechen, aber zugleich durch Aemterbesetzung mit Nichtadligen die Möglichkeit weiterer Vorwürfe beseitigen. Ein Ablösungsgesetz und eine Gemeindeordnung sollen vorgelegt und andere geeignete Maßnahmen getroffen werden. Zu den konstitutionellen Wünschen verhält sich der Be-

richt zunächst ablehnend. Eine „förmliche sogenannte moderne Konstitution“, ja sogar eine „Veränderung in der jetzigen Verfassung der allgemeinen Ständeversammlung“ wird für gefährlich gehalten, weil sie einem charakterschwachen Nachgeben ähneln würde<sup>14</sup>. Aber es wird empfohlen, die Stände so bald wie möglich zu berufen und ihnen in Form einer landesherrlichen Proposition Reformvorschläge zu unterbreiten: einen freieren Wahlmodus für die Abgeordneten der Städte, ein gewisses Eingehen auf das Verlangen nach Öffentlichkeit der Verhandlungen. So soll allmählich, ohne daß eine neue Verfassung gewährt würde, den Wünschen des Volkes Rechnung getragen werden. Am Schluß des Berichts entschuldigen sich die Kabinettsräte für die Ausführlichkeit und den Freimut, mit dem sie gesprochen haben, und bitten um die Ermächtigung, überraschend schnell notwendige Maßnahmen selbständig ergreifen zu dürfen.

Der Ministerialbericht führte den Umschwung in der Haltung der Regierung herbei. Geschickt die Mitte haltend zwischen den Interessen des Königs und des Landes, in der Form vorsichtig, fast zaghaft, in der Sache bestimmt und fest, verfehlte er seine Wirkung nicht. Dadurch, daß der Graf Münster abgesetzt und der Generalgouverneur zum Vizekönig ernannt wurde, wurde der Schwerpunkt der Regierung von London nach Hannover verlegt, zum Vorteil des Landes, und den Kabinettsräten in Hannover freie Hand zur Durchführung ihrer Pläne gegeben.

Als am 7. März die alte Ständeversammlung zusammentrat, wurde ihr die, wie die „Aktenmäßige Würdigung“ und der Ministerialbericht von Rose verfaßte Thronrede verlesen. Sie zeugte von einer gewissen Unsicherheit der Regierung und fand daher ungünstige Aufnahme; denn in ihr war von der Kassenvereinigung überhaupt nicht die Rede, „die Verfassungsfrage war in einer, nicht viel Hoffnung erweckenden Weise kaum leicht gestreift“<sup>15</sup>, und das einzige Versprechen, Vertreter der Bauernschaft zu berufen, befriedigte nicht die Wünsche der Städte. Nur mit Mühe kam eine gemeinsame Dankadresse beider Kammern zu Stande. Da die Regierung nicht die Initiative ergriff, mußte die zweite Kammer einspringen. Am 29. März fand in ihr der Antrag Stüves auf Gewährung eines Staatsgrundgesetzes Annahme. Nach langem Widerstand der ersten Kammer wurde am 14. April der Beschluß

durchgesetzt, daß die Regierung der Ständeversammlung den Entwurf einer neuen Verfassung vorlegen solle.

Die Regierung war mit diesem Verlangen einverstanden und hatte schon am 11. April an Prof. Dahlmann, zu dem der Vizekönig Vertrauen gewonnen hatte, die Aufforderung ergehen lassen, nach Hannover zu kommen und an den Beratungen des Ministeriums teilzunehmen. Bereits am 12. Mai reichte Dahlmann seinen Verfassungsentwurf ein. Nach vier Tagen erklärte die Regierung den Ständen, daß sie zur Gewährung eines Grundgesetzes bereit sei, und eine Kommission, bestehend aus 7 landesherrlichen Kommissaren, darunter Rose und Dahlmann, und je 7 Vertretern der ersten und zweiten Kammer, wurde gewählt, die am 15. November zusammentreten sollte.

Inzwischen war es Sache des Ministeriums, das seine frühere Passivität verloren hatte, die Vorarbeiten zu leisten; die Umbesetzung einiger Ministerien erleichterte das Werk. Im August begannen die Beratungen, und es war ein völliges Novum, das der Vizekönig erst nach schweren Kämpfen durchsetzte, daß Dahlmann auch zu diesen geheimen Verhandlungen hinzugezogen wurde. Sein Entwurf wurde zugrundegelegt. Er befand sich erst seit 2 Jahren in Hannover und hatte demgemäß immer noch die holsteinischen Verhältnisse, wie er sie in Kiel kennengelernt hatte, im Auge. Vor allem überschätzte er die wirtschaftliche Machtstellung des adligen Großgrundbesitzes und glaubte diesem eine besonders zahlreiche Vertretung zubilligen zu müssen. Seine Bewunderung für die englische Verfassung führte ihn dazu, in seinem Entwurf, der durchaus konservativ gehalten war und mit den süddeutschen Verfassungen wenig gemein hatte, ein Zweikammersystem nach Vorbild des englischen Ober- und Unterhauses vorzuschlagen. In der ersten Kammer sollten die Erbberechtigten, die Majoratsherren und die vom Könige ernannten Mitglieder, in der zweiten Kammer die Vertreter der Ritterschaft, der Städte und des Bauerntums sitzen<sup>16</sup>. Dahlmann begegnete im Kabinettsrat heftigen Widerständen, aber in diesem Hauptpunkte focht er seine Anschauung siegreich durch. Der auf seinem Vorschlag aufgebaute Entwurf des Kabinettsrats Ubbelohde fand die endgültige Zustimmung des Ministeriums<sup>17</sup>. Als auch die schwierige Frage der Kassenvereinigung geklärt war, reiste der Kabinettsrat Falcke



nach London, wo der König den Entwurf am 29. Oktober genehmigte.

Am 15. November sollte die Kommission zusammentreten. Wie würde sie sich voraussichtlich zum Regierungsentwurf stellen? Wir besitzen eine Antwort darauf zusammen mit einer umfassenden Kritik der Regierungstätigkeit in der lichtvollen, im September 1831 verfaßten Schrift von Carl Stüve „Die gegenwärtige Lage des Königreichs Hannover“. Stüve saß als städtischer Abgeordneter von Osnabrück in der zweiten Kammer, später in der Kommission, wo er wichtigen Anteil an der Gestaltung des Grundgesetzes nahm, und wurde daraufhin zum Entsetzen der Feudalpartei als Assessor in den Geheimen Rat berufen.

Er stellt dreierlei Ursachen der Unzufriedenheit fest: die Verschüttung des alten Rechtszustandes, die „Vielregiererei“, d. h. die mangelhafte Trennung von Staats- und Selbstverwaltung, und das „Mißverhältnis der Stände“, das heißt die ungerechte Bevorzugung des Adels<sup>18</sup>. An dieser Wurzel muß das Uebel angepackt werden, wenn es beseitigt werden soll. Aber bis 1830 ist dies nicht geschehen, Münster war im Gegenteil von dem Grundsatz ausgegangen, daß der Adel eine Sonderstellung beanspruchen dürfe. Nach dem Patent von 1819 war die zweite Kammer eine Vertretung des ganzen Volkes, die erste aber nur der Adelsinteressen. Es sicherte der Regierung einen unüberwindlichen Einfluß und hatte das Wohl des Ganzen nicht im Auge. So mußte 1831 die Schmähschrift Königs, „voll Lügen, schlecht geschrieben, aber an wahre Beschwerden streifend“<sup>19</sup>, einen Aufruhr hervorrufen, der zwar mit Recht schnell und scharf unterdrückt wurde, aber der Regierung die Augen öffnete. Freilich ließ sie sich nur langsam vorwärts treiben. Die Thronrede vom 7. März brachte keine positiven Verheißungen, die Regierung schien auf die Initiative der Stände zu warten, obwohl es ihre Pflicht gewesen wäre, selbst die Zügel zu ergreifen. Erst aus der zweiten Kammer mußten die entscheidenden Anträge kommen. Stüve schildert nun die Parteiverhältnisse in der zweiten Kammer, die Reibungen mit der ersten und die Haltung gegenüber der unschlüssig zögernden Regierung und stellt die Sachlage bei der

Vertagung der Ständeversammlung als durchaus ungeklärt und unbefriedigend dar.

Welches sind jetzt die dringendsten Bedürfnisse und Forderungen? Zweifellos steht an erster Stelle das Staatsgrundgesetz, das im wesentlichen die Grundsätze bietet, die erst dann lebendig werden, wenn sie den Geist der gesamten Verwaltung durchdringen. „Seitdem die Umformung der Staaten nach reiner Theorie wirksam geworden ist, hat man ein ungemeines Gewicht auf gewisse allgemeine Prinzipien gelegt“<sup>20</sup>. Doch solche Regeln bilden an sich keine Gesetze, sondern müssen erst durch spezielle Bestimmungen gesichert sein; deshalb sollte man nur solche Normen in die Verfassung aufnehmen, die wirklich Neues bringen, wie die Freiheit der Person und des Eigentums, die Preßfreiheit, die Oeffentlichkeit der Stände- und Gerichtsverhandlungen. Das schwierigste Problem eines hannoverschen Grundgesetzes ist das des Zweikammersystems. Anderswo hat die erste Kammer eine im Wesen des Staates begründete Bedeutung, sie ist entweder eine Ratsbehörde wie in Norwegen oder ein Oberhaus wie in England oder beides zusammen wie in Frankreich, aber nirgends das, was sie in Hannover sein soll, nämlich eine Vertretung der privilegierten Großgrundbesitzer. Ueber die Notwendigkeit einer ersten Kammer läßt sich überhaupt streiten; aber wenn einmal zwei Kammern bestehen sollen, dann ist es ganz widersinnig, „eine Aristokratie wiederum aus dem Adel herauszuheben und den übrigen Teil des Adels in die zweite Kammer zu verweisen“<sup>21</sup>. Das würde dem Ritterstande eine Machtfülle geben, die er nicht verdient, und andererseits in der zweiten Kammer ein Uebergewicht des Landes über die Stadt herbeiführen, das nur durch eine mäßige Vertretung der Bauernschaft oder völlige Freiheit des passiven Wahlrechts ausgeglichen werden kann. Wenn man beim Zweikammersystem beharren will, dann muß die Regelung stattfinden, daß der Adel lediglich in der ersten Kammer sitzt und in der zweiten nicht vertreten ist. Stüve nähert sich hier wieder, im Gegensatz zu Dahlmanns Entwurf, den Bestimmungen im Patent von 1819. Allerdings müssen die von der Zeit überholten Eigentümlichkeiten verschwinden; die Vertretung der Stifter, die ganz bedeutungslos geworden und meist von Staatsdienern besetzt sind, muß aufhören, die geistlichen

Deputierten sollen nicht von den Konsistorien, sondern von der ganzen Geistlichkeit abgeordnet werden.

Die Verfassung ruht auf zwei Grundpfeilern, die, stark und fest gebaut, das ganze Werk stützen werden, die aber, wenn sie morsch bleiben wie bisher, ein unsicheres Fundament bilden: die Gemeindeordnung und die Provinzialstände. Hier ist sofortige Reform nötig, hier müssen Bürgerschaft und Bauernstand den allerstärksten Einfluß gewinnen und dürfen die Magistrate und der Grundadel nicht mehr tonangebend sein; sonst wäre es besser, die Provinziallandtage gänzlich abzuschaffen und die allgemeine Ständeversammlung allein die Arbeit leisten zu lassen.

Stüve müssen die Grundzüge des Dahlmannschen Entwurfes bekannt gewesen sein<sup>22</sup>. Seine Bemerkungen über das Zweikammersystem waren also direkt an die Adresse des Ministeriums gerichtet. Er fand die vorgeschlagene Zusammensetzung beider Kammern überaus bedenklich und glaubte, die Regelung nach dem Patent von 1819 sei dem Plane Dahlmanns vorzuziehen: lieber den Adel wie bisher allein in der ersten Kammer, als einen Einfluß des Adels auch in der zweiten Kammer und ein Uebergewicht des ländlichen Grundbesitzes über die städtischen Vertreter! Fern von aller Doktrin und ohne grundsätzlich die Vorzüge und Nachteile des Zweikammersystems zu erörtern, hatte er nur die Hauptgebote der staatlichen Reform im Auge, Zurückdämmung der Adelsübermacht und angemessenen Anteil des Bürgertums am politischen Geschehen. Beides sah er in dem Entwurf Dahlmanns nicht verwirklicht.

Ohne Genaueres über die Absichten der Regierung zu wissen, beschäftigte sich die Publizistik im Laufe des Jahres 1831 eifrig mit den Problemen einer Verfassung für Hannover. Während der Hauptmann Böse, der sich in Bederkesa als Landwirt niedergelassen hatte<sup>23</sup>, eine gerechte Vertretung der Bauernschaft in der Ständeversammlung forderte<sup>24</sup> und in ähnlichem Sinn Bentzel-Sternau die Hoffnung aussprach, daß Bürger aller Klassen herangezogen werden möchten<sup>25</sup>, setzten sich die übrigen Publizisten bereits mit der Hauptfrage des Staatsgrundgesetzes auseinander: ob eine oder zwei Kammern errichtet werden und in welcher die Ritterschaft vertreten sein solle? Das seit 1819 be-

stehende Zweikammersystem begegnete einem heftigen Widerstand, der sich seit dem Erlaß der kurhessischen Verfassung verstärkte. V. d. Horst glaubte, daß diese Verfassung geradezu, ohne daß viel mehr als Zahlen und Namen zu ändern wären, für Hannover übernommen werden könnte<sup>26</sup>. Unbedingt für nur eine Kammer traten der Soltauer Stadtsyndikus Weinlig<sup>27</sup> und der Verfassungspolitiker in S. P. Gans' Zeitschrift „Verhandlungen über die öffentlichen Angelegenheiten des Königreichs Hannover“ ein, der zwei Kammern weder historisch begründet noch für Hannover sachlich gerechtfertigt und zweckmäßig fand<sup>28</sup>. Diese Zeitschrift war im Juni 1831 entstanden und verfocht in entschieden liberalem Sinn die Tendenz, die Wünsche und Ansichten des hannoverschen Volkes zur Kenntnis der Regierung und der Landstände zu bringen<sup>29</sup>. Dagegen enthielten sich die schon seit April d. J. von Wedemeyer, Hüpeden und Ubbelohde herausgegebenen „Hannoverschen Landesblätter“ jeder politischen Beeinflussung und lenkten das Augenmerk mehr auf Gegenstände der Verwaltung. Ein Landtagsblatt „Nachrichten von den Verhandlungen der allgemeinen Ständerversammlung“ war wegen mangelnden Interesses der Öffentlichkeit eingegangen.

Andere Publizisten sahen ein, daß es zwecklos sei, ein Einkammersystem zu propagieren, das doch keine Aussicht habe durchzudringen. Es galt für sie, sich mit zwei Kammern abzufinden und diese so vorteilhaft wie möglich zusammenzusetzen. Die „Vorschläge zu einer Verfassungsurkunde“ empfahlen eine Zusammensetzung ähnlich der des alten Landtags: dreißig ritterschaftliche Deputierte in der ersten und je dreißig städtische und bäuerliche Abgeordnete zusammen mit 7 Prälaten in der zweiten Kammer<sup>30</sup>. Damit war freilich die erste Kammer dem Einfluß des Adels überlassen. Um dies zu verhindern, redete Nolte, von Pölitz' Werk „Das konstitutionelle Leben“ beeinflusst, einer Vertretung der allgemeinen Intelligenz das Wort<sup>31</sup> und schlug vor, dem Adel in der ersten Kammer lebenslanglich ernannte, aus den Kreisen der Intelligenz ausgewählte Mitglieder zur Seite zu stellen<sup>32</sup>. Pölitz selbst äußerte in seinen „Andeutungen“ vom Juli 1831 gleiche Gedanken<sup>33</sup>, ohne aber eine bestimmte zahlenmäßige Festsetzung des Landtags zu geben. Er lenkte den Blick auf eine Reihe anderer Fragen und gab der Hoffnung Ausdruck,



daß der kommende Regierungsentwurf nicht wesentliche Lücken aufweisen, sondern die Gesamtheit der konstitutionellen Rechte, Oeffentlichkeit der Sitzungen und Errichtung eines ständischen Ausschusses aussprechen möge<sup>34</sup>.

Am 15. November 1831 wurde der am 16. Mai gewählten Verfassungskommission der Regierungsentwurf vorgelegt. Dieser trug die Form eines vollständigen Staatsgrundgesetzes. Er sah im 6. Kapitel<sup>35</sup> die Beibehaltung der Provinzialstände für die acht alten Fürstentümer und Grafschaften vor, die wenigstens alle drei Jahre zusammentreten und über die inneren Verhältnisse jeder Provinz beraten sollen; doch dürfen „die Anträge und Beschlüsse der Provinziallandschaften niemals den für das ganze Königreich bestehenden Gesetzen widersprechen oder deren Ausführungen verhindern“<sup>36</sup>. Die allgemeine Ständeversammlung<sup>37</sup> besteht aus zwei Kammern, die sich in ihren Rechten und Befugnissen völlig gleich sind<sup>38</sup>. In der ersten Kammer sitzen neben den Prinzen, Standesherrn und Aebten „die von der Landesherrschaft mit einem persönlichen erblichen Stimmrechte versehenen Majoratsherren“ und Mitglieder, die vom König auf Lebenszeit ernannt werden und deren Anzahl den dritten Teil der Mitglieder der ersten Kammer nicht übersteigen soll<sup>39</sup>. Die zweite Kammer besteht aus 9 Abgeordneten der Stifter, Kirchen und der Universität, 14 Deputierten der Ritterschaft, 35 der Städte und 37 des Bauernstandes<sup>40</sup>. Die Wahl der städtischen Vertreter ist besonders kompliziert. Sie geschieht durch ein Kollegium, das sich zu je einem Drittel aus Magistratsmitgliedern, Bürgervorstehern und Wahlmännern zusammensetzt<sup>41</sup>. Eine allgemeine Ständeversammlung findet alljährlich, Neuwahlen nach 6 Jahren statt<sup>42</sup>. Steuergesetze bedürfen der Zustimmung des Landtags, bei allen anderen Gesetzen muß die Ständeversammlung mit ihrem Rate gehört werden, ein allgemeines Gesetzgebungsrecht hat sie nicht<sup>43</sup>. Gemeinsam dürfen beide Kammern auf Erlaß neuer oder abzuändernder Gesetze antragen<sup>44</sup>.

Der Regierungsentwurf fand in der Oeffentlichkeit eine überaus ungünstige Aufnahme. Der Widerstand richtete sich, wie vorauszusehen war, gegen die Beibehaltung der Provinziallandschaften, den wenig freien Wahlmodus und vor allen Dingen gegen die Zusammensetzung der beiden Kammern, die bei

keinem einzigen Kritiker volle Zustimmung fand. Am anerkennendsten äußerte sich Pölitz in der umfangreichen „Beleuchtung des Entwurfes“. Er erkannte die große Bedeutung einer hannoverschen Verfassung für die deutsche Geschichte, die darin liegt, daß nunmehr das konstitutionelle System auf deutschem Boden von den Alpen bis an die Nordsee reicht, 12 Millionen Menschen umfaßt und einen Keil zwischen die getrennten Teile des absolut regierten norddeutschen Großstaates treibt<sup>45</sup>. Diese sehr richtige und bedeutsame historisch-politische Erwägung mochte ihn veranlassen, die Mängel des Entwurfs nur mit schonenden Worten zu erwähnen. Außerdem berührten sich seine Doktrinen mit den Anschauungen Dahlmanns in wesentlichen Punkten. Auch er hielt ein Zweikammersystem für einen Staat von der Größe Hannovers für notwendig<sup>46</sup>, auch er glaubte, daß die zweite Kammer Ritter, Städte und Bauern umfassen müsse und die erste nur aus geborenen, erblichen und lebenslänglich ernannten Mitgliedern zusammengesetzt sein dürfe<sup>47</sup>. Nur die Schaffung neuer Majorate dünkte ihn bedenklich<sup>48</sup>. Außerdem vermißte er das allgemeine Gesetzgebungsrecht<sup>49</sup> und fürchtete, daß die Öffentlichkeit der Sitzungen illusorisch sein werde, wenn sie von einem Mitglied verhindert werden könnte<sup>50</sup>. Im ganzen aber lobte er die Zeitgemäßheit und Freisinnigkeit des Entwurfs<sup>51</sup> und meinte, daß er nicht nur den meisten deutschen Verfassungen ebenbürtig zur Seite stehe, sondern sogar viele an „Umsicht, Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit“ übertreffe<sup>52</sup>.

Eine gleichfalls sehr „maßvolle und verständige Kritik“ des Entwurfs<sup>53</sup> stammt aus der Feder des Amtsassessors Bening in Bentheim. Er hielt die Grundzüge für trefflich, wünschte aber wesentliche Aenderungen an dem sechsten Kapitel „Von den Landständen“. Eine Reform der Ständeversammlung glaubte er so herbeiführen zu können, daß lebenslängliche Mitglieder aller drei Stände in die erste Kammer aufgenommen und auf diese Weise ein echtes Oberhaus geschaffen würde. Die Provinziallandschaften dürfen nach seiner Ansicht nicht nach modernen Verwaltungsbezirken eingeteilt sein, damit Staats- und Provinzialverwaltung einträchtig nebeneinander hergehen können. Nicht grundsätzlich für das beste, sondern lediglich im Augenblick für ratsam hielt der Mündener Bürgermeister von Bodungen die Beibehaltung der

Provinzialstände und das Zweikammersystem, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Majoratsherren aus der ersten Kammer verschwinden und dafür Bürgermeister von sechs Städten einziehen, daß außerdem in der zweiten Kammer sämtliche Grundbesitzer, Ritterschaft und Bauern zusammen, vertreten werden und besondere Deputationen der Abteien und Stifter aufhören<sup>54</sup>. Durchaus nicht mehr radikalrevolutionär, wenn auch noch mit doktrinen Anflügen, schrieb G. F. König<sup>55</sup> im Gefängnis seine Meinung über den Entwurf nieder. Er verlangte unbedingt Abschaffung der Provinzialstände, die jeder historischen Grundlage und jedes Bedürfnisses entbehren<sup>56</sup>, und wünschte wie Bening eine Zusammensetzung der ersten Kammer aus Gliedern der ganzen Nation, die vom König ernannt werden sollten<sup>57</sup>.

Eine schroff ablehnende Haltung gegenüber dem Entwurf nahmen der obenerwähnte Kritiker in Gans' „Verhandlungen“ und von Struve<sup>58</sup> in seinem ausführlichen „Kommentar“ ein. Vermißte jener in dem Entwurf fast alle Erfordernisse einer konstitutionellen Verfassung, sowohl was das Wahlrecht, wie auch die Zusammensetzung und die Befugnisse des Landtags angeht — die Berechtigung der Provinzialstände als völlig „abgestorbener Institute“ verneinte er von vornherein<sup>59</sup> —, so verdamnte dieser den Entwurf in Grund und Boden. Theoretisch doktrinär und radikal, lehnt er sogar die übliche Formel einer jeden Verfassung, daß der König alle Rechte der Staatsgewalt in sich vereinige<sup>60</sup>, ab<sup>61</sup>. Im siebenten Heft stellt er einen eigenen Entwurf eines Staatsgrundgesetzes in 231 Paragraphen auf, nach dem die Kammer als Kontrollorgan über die Regierung gedacht ist und neben den Prinzen und Standesherrn 90 Mitglieder umfaßt, die von allen Staatsbürgern mit einem gewissen Zensus gewählt werden<sup>62</sup>. Merkwürdigerweise tritt dieser so radikale Publizist für ein plutokratisches Wahlrecht ein. Nach § 78 seines Entwurfs soll das Dreifache des festgesetzten Zensus 2, das Neunfache 3 usw. Wahlstimmen geben. Seine Vorschläge waren jedoch nur Erzeugnisse bloßer Theorie und übten keinen Einfluß aus.

Mit dem Beginn des Jahres 1832 wurde der Pressekampf durch die Gründung der „Hannoverschen Zeitung“ und die politische Aktivierung der „Hannoverschen Landesblätter“ um ein Bedeutendes verschärft. Die Landesblätter wechselten die Redak-

tion. Wedemeyer und Hüpeden legten die Schriftleitung nieder, und an ihrer Stelle wurde Hermann Grote von Januar bis Juli zusammen mit Ubbelohde, von Juli an alleiniger Herausgeber der Zeitschrift. Er hatte schon Anfang 1831 in seiner Aufsehen erregenden Broschüre „Die Militärverfassung des deutschen Bundes“ seine Ansicht über ein modernes Grundgesetz geäußert: die repräsentative Staatsverfassung zerstöre alle Unabhängigkeiten und Selbständigkeiten zugunsten eines zentralisierten und nivellierten Gebildes, das sich Staat nenne<sup>63</sup>. Um diesen verhängnisvollen Folgen vorzubeugen, müssen die alten Rechte der Gemeinden, Korporationen und Zünfte wiederhergestellt, die Befugnisse der Provinziallandschaften erhalten und verstärkt werden und durch einen feierlichen Vertrag eine Wiederauflösung jener „fingierten Kommunion, Staat genannt“, stattfinden<sup>64</sup>. Die Rechte von König und Ständen müssen wieder geschieden werden, ebenso wie sie früher in den landständischen Verfassungen getrennt waren, damit der Absolutismus des Königtums sowie der Revolution überwunden wird<sup>65</sup>. Getreu diesem Programm verfocht nun Grote seine feudalistisch-konservativen Ideen in den „Landesblättern“ mit außerordentlicher journalistischer Gewandtheit und Schlagkraft. Am 11. Mai 1832 nahm er grundsätzlich zur Verfassungsfrage Stellung. Er hält es nicht für nötig, dem Staat „auf einmal ganz neue Grundlagen zu geben“<sup>66</sup>. Gewiß mag die Verfassung in vielen Dingen verbesserungsbedürftig sein, aber auch früher hat man nicht sofort ein vollständiges Staatsgrundgesetz angefertigt, sondern nur Einzelheiten gebessert, die Grundlagen belassen. Die Notwendigkeit eines Wahlgesetzes wird überhaupt geleugnet, weil die Deputierten aus den Kommunen hervorgehen sollen und die Wahlgesetze mit den Gemeindeordnungen identisch sein müssen. Sowohl Ein- wie Zweikammersystem sind zu verwerfen; vielmehr soll das alte Kurienwesen und das Recht der *itio in partes* wiederhergestellt werden<sup>67</sup>. Das Regierungsprojekt einer hannoverschen Pairskammer lehnen die Landesblätter ebenso schroff ab wie die radikalen Liberalen; denn sie befürchten, daß der Adel seine beherrschende Stellung in der ersten Kammer zugunsten der Regierung verlieren könnte. Die Regierung wird ein natürliches Interesse daran haben, einen Teil der Ständeversammlungen selbst zu ernennen, und durch verzögerte Erteilung der Majorats-



rechte diesen Einfluß so lange als möglich zu wahren suchen. Unter den 26 Sitzen der ersten Kammer muß mit einer ministeriellen Mehrheit von 20 Stimmen gerechnet werden, und es ist deshalb zu erwarten, daß weder die Provinziallandschaften noch die allgemeine Ständeversammlung ihre Einwilligung zu der Bildung einer solchen Pairskammer geben werden<sup>68</sup>. So war also auch von aristokratischer Seite der Stab über Dahlmanns Vorschlag gebrochen; seine Verwirklichung mußte nunmehr als unmöglich gelten.

Noch viel schärferes Geschütz fuhren die Landesblätter gegen die neue Verfassung auf. Schon kurz nach der Uebernahme der Redaktion durch Grote, am 7. Januar 1832 erschien ein Artikel „Ueber die Rechte der Provinziallandschaften des Königreiches Hannover“, in dem folgendermaßen argumentiert wurde: die ganze landständische Verfassung Hannovers beruht von altersher und einzig und allein auf den Provinzialständen. Also kann auch die Organisation der allgemeinen Ständeversammlung oder eine Aenderung derselben „verfassungsmäßig auf keinem anderen Wege als durch ausschließliche Konkurrenz der Provinzialstände vorgenommen werden“. Dagegen ist die Tätigkeit der allgemeinen Ständeversammlung bei der Festsetzung neuen Rechts „nur als eine konsultative zu betrachten“<sup>69</sup>. Auf dieser Rechtsbasis weiterschreitend machten die Landesblätter die ganze künftige Verfassung von der Zustimmung der Provinziallandschaften abhängig und damit überhaupt illusorisch; denn es war klar, daß der reaktionäre Adel auf den Provinziallandtagen nie und nimmer in eine freisinnige Konstitution einwilligen würde. Bereitwillig veröffentlichte die Zeitschrift die Adressen der verschiedenen Landschaften an den König, die ihre Zuziehung bei der Schaffung des Staatsgrundgesetzes forderten<sup>70</sup>, und bestärkte sie in ihrem hartnäckigen Widerstand gegen Regierung und allgemeine Ständeversammlung. Um dieselben Fragen ließ sie sich in heftige Polemiken mit der Hannoverschen Zeitung und der Deutschen Nationalzeitung in Braunschweig ein<sup>71</sup>, die den gemäßigt liberalen Standpunkt vertraten, daß die Provinzialstände wohl erhalten bleiben, aber nicht am Zustandekommen der neuen Verfassung beteiligt werden sollten<sup>72</sup>.

Zur gleichen Zeit, als Grote die Leitung der Landesblätter übernahm, wurde die Hannoversche Zeitung gegründet. Die Regierung selbst war an der Gründung maßgebend beteiligt, ernannte die Redakteure und bestellte zum Herausgeber den Archivrat Georg Heinrich Pertz, in dessen eigene Hand die Zensur gelegt wurde. Mit Freimut trat sie für das Programm der Regierung, für besonnenen Fortschritt auf konservativer Grundlage, ein, und die Namen der Männer, die in ihr schrieben: Stüve, Rehberg und Dahlmann, zeigen schon, welche Richtung sie einzuschlagen beabsichtigte. Im Gegensatz zu der feudal-aristokratischen Reaktion wie zu den Theorien eines radikalen Liberalismus, der in den Ständeversammlungen von 1831 und 32 viele Anhänger zählte, waren hier die Ideen Möser und Steins lebendig. Sie erstrebte eine starke Staatsgewalt, aufgebaut auf weitgehender Selbstverwaltung, Wahrung begründeter Rechte, doch ohne die unerhörte und ungerechtfertigte Bevorzugung des Adels im wirtschaftlichen und sozialen Leben<sup>73</sup>. Sie unterstützte die Regierung in ihren politischen Zielen, ohne ministeriell zu sein. Immerhin, eine selbständige Zeitung war sie nicht, und auf eigenen Füßen hätte sie sich wohl nicht halten können. 1837 mußte sie eingehen.

Der Pressekampf um den Regierungsentwurf hatte schon gezeigt, welche Fragen in den Beratungen der Verfassungskommission und des künftigen Landtags im Vordergrund stehen würden. Die Organisation zweier Kammern und die Beibehaltung der Provinzialstände war entschieden und wurde nicht mehr diskutiert. Aber die vorgesehene Zusammensetzung der ersten Kammer wurde wie in der Publizistik einstimmig abgelehnt. Sie mußte zudem schon daran scheitern, daß es im Lande einfach keine 24 Majorate gab, aus denen Majoratsherren in die erste Kammer hätten berufen werden können. Eine Trennung des Adels in Majoratsherren und Ritterschaft war nicht möglich; entweder wurde er nur in der ersten oder nur in der zweiten Kammer vertreten. Die adligen und die städtischen Mitglieder der Kommission sahen es lieber, wenn es so blieb wie bisher, daß der Adel in der ersten, das Bürger- und Bauerntum in der zweiten Kammer seinen Sitz hatte. Dahlmann mußte schweren Herzens auf eine Verwirklichung seiner Lieblingsidee, ein von

materiellen Klasseninteressen relativ freies Oberhaus zu konstituieren, verzichten.

Am 13. Januar 1832 löste die Regierung die alte Ständeversammlung auf und dekretierte auf dem Verordnungswege ein neues Wahlgesetz. Der Schritt war sehr gewagt und verfassungsrechtlich anfechtbar, aber er ließ sich damit rechtfertigen, daß nur ein nach freierem Wahlmodus zusammengesetzter Landtag befugt sein konnte, über die neue Verfassung zu befinden. Nach diesem Wahlgesetz wurden die städtischen Abgeordneten von Magistrat und Bürgerschaft gemeinsam gewählt. Die Wahlen zu dem neuen, am 30. Mai zusammentretenden Landtage zeitigten ein der Regierung unangenehmes Ergebnis, es herrschte „in der zweiten Kammer eine regierungsfeindliche, fast revolutionäre Gesinnung“<sup>74</sup>, die durch das lange Hinzögern der Reformen und das scheinbare Bestreben der Regierung, das Verfassungsversprechen nicht einzulösen, hervorgerufen worden war. Erst am 30. Juni wendete sich der Landtag den Verfassungsberatungen zu. Naturgemäß gab es um die finanziellen Dinge, Steuerbewilligungsrecht und Steuerbewilligungspflicht, die heißesten Kämpfe. Die Enttäuschung der Radikalen über den geringen Nutzen, den der König aus dem Domänialvermögen gezogen hatte, schlug sich in demagogischen Anträgen zum Steuerverweigerungsrecht nieder, so daß einmal bei Stimmengleichheit nur die Stimme des Präsidenten für die gemäßigte Ansicht den Ausschlag gab. Die Zusammensetzung der Ständeversammlung fand bei den extremen Flügeln beider Kammern heftigen Tadel. Die Feudalen, von von Schele geführt, sträubten sich gegen jede repräsentative Vertretung und wollten das geburtsständische Prinzip gewahrt wissen. Die Liberalen, voran der Lüneburger Advokat Christiani, verwarfen das Zweikammersystem überhaupt. Nur der mühevollen Vermittlungstätigkeit von Wallmodens in der ersten und Stüves in der zweiten Kammer gelang es, beide Kammern zur Zustimmung zu bewegen<sup>75</sup>. So blieb im Grunde, abgesehen von dem freieren Wahlrecht, die Zusammensetzung der Ständeversammlung dieselbe wie seit 1819. Dahlmanns Eintreten für das englische System war nur eine Episode gewesen. Auch sonst wurde vieles an dem Entwurf abgeändert und den Wünschen der liberalen Mehrheit gemäß umgestaltet. Der ursprüng-

liche Entwurf, den der König genehmigt hatte, ließ sich kaum mehr erkennen. Trotzdem, und obwohl der König in Frankfurt eine Politik zu treiben begonnen hatte, die der in Hannover notwendigen direkt entgegengesetzt war, entschloß er sich nach langem Widerstand, die Verfassung zu unterzeichnen. Nachdem er noch 14 Punkte untergeordneter Art abgeändert hatte, verkündete er am 26. September 1833 das Grundgesetz<sup>76</sup>. „Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung nahm es mit auffallender Lauheit auf“<sup>77</sup> — zweieinhalb Jahre hatte seine Entstehung in Anspruch genommen!

Das hannoversche Grundgesetz ist am wenigsten fortschrittlich unter den neuen Verfassungen nach 1830<sup>78</sup>. Die tatsächlichen Errungenschaften der Reformbewegung, die Verlegung des Schwerpunktes der Regierung aus London nach Hannover und die teilweise Beseitigung des Uebergewichts des Adels, stehen nicht in ihm verzeichnet, und die Bestimmungen sind an Modernität und an juristischer Prägnanz mit denen der kurhessischen Verfassung nicht zu vergleichen. Alles ist hier eigenständiger, bis in die Formulierung hinein ist die Verfassung weniger von fremden Vorbildern abhängig. Namentlich das dritte Kapitel, das die Rechte und Pflichten der Untertanen zusammenfaßt und als traditioneller Bestandteil einer modernen Konstitution auch hier nicht fehlen darf, hält sich von auswärtigen Einflüssen und theoretischen Bestimmungen erstaunlich frei und bildet gewissermaßen den Gegenpol zu den *droits publics* von 1793, indem es versucht, lediglich praktische Verpflichtungen und Befugnisse aufzuzählen, natürlich auf Kosten der Schärfe des Ausdrucks. Die Verheißungen, die, ehrlicher als anderswo, nicht mit einem in die Zukunft weisenden „soll“ oder „wird“ ausgesprochen sind, erleiden mancherlei Einschränkungen.

Das sechste Kapitel „Von den Landständen“ ist in zwei Abschnitte geteilt, die die Provinziallandtage und die allgemeine Ständeversammlung behandeln. Beide sind in ähnlicher Weise zusammengesetzt, jene aus zwei Kurien, diese aus zwei Kammern. In der ersten Kurie bzw. Kammer sind die Prälaten bzw. die erblich oder persönlich Berechtigten und die Ritterschaft vertreten, in der zweiten die Städte und die ländlichen Grundbesitzer.



Die Provinziallandschaften sind die eigentlichen Hüter altständischer Tradition. Nach den einzelnen Fürstentümern und Grafschaften des Königreichs begrenzt, haben sie im wesentlichen die Aufgabe, am Abgabe- und Finanzgebaren mitzuwirken. Reste alter ständischer Selbstverwaltung zeigen sich darin, daß sie befugt sind, die Verwendung und Rechnungsführung der Steuern zu regeln. Ihre Zustimmung muß bei der Verkündigung von Provinzialgesetzen erwähnt werden. Aber ihre sonstigen Rechte haben sie an die allgemeine Ständeversammlung abgetreten.

Das Zweikammersystem war für die innerpolitische Machtverteilung sehr bedeutungsvoll. Können nach der kurhessischen Verfassung die etwa 18 Prinzen, Standesherrn und Ritter von den 32 Städte- und Bauernabgeordneten überstimmt werden, so war dagegen dem Adel in Hannover bei der Gleichberechtigung beider Kammern die Möglichkeit gegeben, jeden Beschluß unwirksam zu machen. Statt des dualistischen Verhältnisses zwischen Kurfürsten und Landtag besteht hier ein dreiseitiges: alle drei Faktoren, König, erste und zweite Kammer, müssen ihr Einverständnis erklären, bis ein Gesetz zustande kommt. Das bedeutet für den Herrscher und die Regierung zweifellos eine Entlastung von einem politischen Druck, der sonst allein auf ihr lastet. Dem Adel wird auf diese Weise eine höhere Machtstellung gewährt.

Der Landtag besitzt das volle Gesetzgebungsrecht. Nur was die innere Organisation des Heerwesens angeht, ist der König völlig unabhängig. Die Regierung legt die Gesetzentwürfe den Ständen vor; „jedoch haben auch diese das Recht, auf Erlassung neuer Gesetze anzutragen und Gesetzentwürfe vorzulegen“<sup>79</sup>. Die Gesetze werden vom König veröffentlicht; obwohl sie selbstverständlich vom Landtag genehmigt sein müssen, wird diese Genehmigung nicht ausdrücklich erwähnt<sup>80</sup>. Wir vergleichen unwillkürlich mit alledem die kurhessische Verfassung, die von viel stärkerem Mißtrauen gegen die Regierung erfüllt ist und die den Beamten geradezu verbietet, Gesetze auszuführen, bei denen der landständischen Zustimmung nicht Erwähnung getan ist. Ebenso stehen sich die §§ 90 des Hannoverschen Grundgesetzes und 61 der kurhessischen Verfassung gegenüber: „Die allgemeine Ständeversammlung hat das Recht, in Beziehung auf alle

Landesangelegenheiten, insbesondere auf etwaige Mängel oder Mißbräuche in der Verwaltung oder Rechtspflege ihre Wünsche, Vorstellungen und Beschwerden dem Könige oder dem Ministerium vorzutragen. Ein weiteres Eingreifen in die Verwaltung steht derselben nicht zu“. Dagegen: „Derjenige Staatsdiener, welcher sich einer Verletzung der Landesverfassung schuldig macht oder seine Amtsgewalt mißbraucht, kann von den Landständen oder deren Ausschuß bei der zuständigen Gerichtsbehörde angeklagt werden“<sup>81</sup>. Dort ist eine scharfe Trennung von Verwaltung und gesetzgebendem Organ vollzogen, hier ist die Legislative befugt, sich überwachend und anklagend in die Staatsverwaltung einzumischen.

Schon an diesen wenigen wichtigsten Punkten ließ sich deutlich erkennen, daß die hannoversche Verfassung überaus gemäßigt war und sich zu weitgehender Konzessionen an die Landstände sorgsam enthielt. Wenn sie trotzdem die wenigsten Jahre in Wirksamkeit stand und schon 1837 aufgehoben wurde, so hatte dies nicht in mangelnder Lebensfähigkeit seinen Grund, sondern in dem persönlichen Unwillen des Herrschers über die Regelung der Domänenfrage und dem hinterhältigen Treiben der Adelsfaktion, die den König zur Aufhebung des Grundgesetzes ermutigte. In den entscheidenden verfassungsrechtlichen Fragen, der Proklamierung der allgemeinen Rechte und Pflichten, der Zusammensetzung des Landtages und in den Gesetzgebungsbefugnissen, unterschied sich die Verfassung von 1840<sup>82</sup> kaum von ihrer Vorgängerin. Insofern hat sich doch das Werk, das als Folge der Unruhen nach der Julirevolution in langsamer Arbeit aufgeführt wurde, als lebenskräftig und entwicklungsfähig erwiesen.

## Fünftes Kapitel.

### Schleswig-Holstein und der Federkrieg um Lornsens Aktion.<sup>1</sup>

Die konstitutionelle Bewegung in Schleswig-Holstein trug ein anderes Gesicht als in den übrigen norddeutschen Staaten. Die nationale und die Verfassungsfrage waren hier naturnotwendig auf das innigste miteinander verbunden. Ob nun ein dänischer zentralistischer Absolutismus herrschte oder eine Gesamtstaatsverfassung eingeführt wurde, ob eine gemeinsame oder

eine getrennte Selbstverwaltung der Herzogtümer ins Leben trat, auf jeden Fall war das Schicksal des Deutschthums von der Regelung der innerpolitischen Verhältnisse abhängig.

Nach den Befreiungskriegen hatte die Ritterschaft unter der geistigen und publizistischen Führung Dahlmanns den Kampf um die verbrieften Gerechtsame und die deutschen Belange geführt. Sie war in ihren politischen Tendenzen durchaus konservativ gewesen, nur um die Erhaltung und Wahrung der ständischen Privilegien war es ihr gegangen. Mochten in ihrem Kampf um das gute, alte Recht, wie in Württemberg, auch moderne konstitutionelle Bestrebungen mit verflochten sein, so war doch die Verbindung mit den liberalen Ideen und den bürgerlichen Elementen unnatürlich und auf die Dauer unmöglich<sup>2</sup>. Schon 1830 gingen die beiden nationalen Strömungen, die liberal-konstitutionelle und die feudalistisch-konservative, getrennt ihren Lauf. Nur die erste besaß jetzt politische Stoßkraft, während die andere mit Dänentum und Absolutismus gefährliche Kompromisse schloß.

Anfang September 1830 unternahm Franz Hermann Hegewisch einen Vorstoß, der ihm von der Zensurbehörde vereitelt wurde. In einem offenen Brief an den König „Wahrheit aus dem Herzen eines Holsteiners“, der im Kieler Korrespondenzblatt veröffentlicht werden sollte<sup>3</sup>, wollte er seinen Zweifel darüber aussprechen, ob wirklich die volle Wahrheit an den königlichen Thron gelange, und als Mittel, die Wünsche des Volkes zu erfahren, „eine Versammlung von gewählten Notabeln des Landes, welche von ihrem Könige aufgefordert werden frei zu sprechen“, empfehlen<sup>4</sup>. Aber dies Unternehmen schlug wie gesagt fehl, und Hegewisch war nicht von so hartem Holz, eine Sache um jeden Preis durchzusetzen.

Es bedurfte einer ganz anderen Persönlichkeit, die mit dem vollen Einsatz ihrer Stellung, Gesundheit und Lebenskraft das gefährliche Spiel wagte. Uwe Lornsen war ein Revolutionär<sup>5</sup>. An die Politik der schleswig-holsteinischen Ritterschaft knüpfte er nicht an. Die historischen Rechte waren für ihn nur Mittel dazu, seine Forderungen an die Gegenwart zu begründen und zu verfechten, zu Konzessionen war er um ihretwillen nicht geneigt. Betont bürgerlich, verlangte er, daß der Mittelstand (d. h. Städter

und Bauern), bei dem „die physische und intellektuelle Macht wohne“<sup>6</sup>, Träger des Staates werde. Von Beibehaltung adliger Privilegien wollte er nichts wissen. Als neuernannter Landvogt der Insel Sylt kam er am 17. Oktober 1830 nach Kiel, beriet sich mit Olshausen und Milchelsen und legte am 1. November einer Versammlung von Vertrauensmännern seine Schrift „Ueber das Verfassungswerk in Schleswig Holstein“ vor, die von diesen gebilligt und, in Tausenden von Exemplaren gedruckt, im ganzen Lande verbreitet wurde. Mit stahlharten Worten stellte er darin die Forderung nach einer gemeinschaftlichen Repräsentativverfassung für beide Herzogtümer auf: eine Versammlung von 40 Männern, zu je einem Viertel aus Adligen und Städtern und zur Hälfte aus Bauernvertretern bestehend, soll zur Beratung über das Verfassungswerk einberufen werden; sie besitzt das Steuerbewilligungs-, Gesetzgebungs- und Initiativrecht. „Zur Sicherung der Stabilität der Verhältnisse und zur Vorbeugung übereilter Beschlüsse wird von den Abgeordneten aus ihrer Mitte entweder nach dem Prinzip des Grundbesitzes oder des Alters der Abgeordneten oder nach beiden Rücksichten ein Ausschuß als erste Kammer formiert“<sup>7</sup>. Diese erste Kammer darf Vorschläge des allgemeinen Landtags in zwei Sitzungsperioden verwerfen. Die Herzogtümer erhalten eine von Kopenhagen völlig getrennte Verwaltung. Sämtliche Landeskollegien werden in das Land verlegt und ein oberster Justizhof und ein oberster Staatsrat in Kiel eingesetzt. „Nur der König und der Feind“ werden den Herzogtümern und Dänemark gemeinsam sein<sup>8</sup>, es wird also ein reines Verhältnis der Personalunion bestehen.

Auf dem Wege der Petitionen, das war die Absicht Lornsens, sollten die einhelligen Wünsche des Landes dem König zu Gehör gebracht werden. Dieser Plan scheiterte. Selbst die Stadt Kiel, von wo die Bewegung ausgegangen war, lehnte einen solchen gefährlichen Schritt als im Augenblick ungeeignet ab<sup>9</sup>. Die Ritterschaft distanzierte sich sofort von der Aktion Lornsens und sprach in einer Adresse an den König die Versicherung aus, „daß die Umtriebe einzelner Uebelwollender keineswegs mit der öffentlichen Meinung übereinstimmen“<sup>10</sup>. Bereits am 23. 11. wurde Lornsen verhaftet, Mitte 1831 zu einem Jahr Festung verurteilt, so daß er nicht mehr anders als brieflich Anteil an dem weiteren



politischen Geschehen nehmen konnte. Seiner erschütterten Gesundheit wegen trat er 1833 eine Reise nach Brasilien an, wo er mehrere Jahre zubrachte, und endete 1838 durch Selbstmord im Genfer See.

Trotz des augenblicklichen Mißerfolgs war der Kraftaufwand nicht nutzlos verthan. Zunächst rief die Schrift Lornsens einen wüsten publizistischen Streit hervor. In rascher Folge erschienen über 30 Broschüren, in denen die verschiedensten Ansichten geäußert wurden. Keine einzige vertrat Lornsens Forderungen mit derselben Klarheit und Schärfe; aber kaum eine ernsthafte Flugschrift wagte auch, grundsätzlich die Notwendigkeit einer Aenderung der politischen Verhältnisse zu bestreiten. Die meisten erklärten den gewählten Augenblick für unpassend oder lehnten die Person Lornsens als eines unlegitimierten Anwalts legitimer Ansprüche ab<sup>11</sup>. Als Vertreter der schleswig-holsteinischen Ritterschaft griff Freiherr von Brockdorff zweimal zur Feder. Er erhob gegen Lornsen die Vorwürfe der Undankbarkeit, der Revolutionierung und des Treubruchs gegen seinen Beamteneid<sup>12</sup>, zieht seine Schrift der Oberflächlichkeit und Unwahrheit und erkannte sehr wohl, wie gefährlich der vorgeschlagene Verfassungsentwurf für die Adelspartei sein würde: das Korps der Ritterschaft würde darin „stillschweigend beseitigt“<sup>13</sup> und alle alten Rechte vernichtet. Er befürwortete einen langsamen und nicht übereilten Reformweg, der mit der Zusammenberufung der alten Landstände, zu denen noch Vertreter der Landbewohner hinzuzuziehen wären, beginnen müßte<sup>14</sup>. Verteidiger erstanden Lornsen in Beseler, der als erster offen für ihn Partei ergriff<sup>15</sup>, dem einen sehr gemäßigten Konstitutionalismus vertretenden, von Pölitz beeinflussten Syndikus Klenze, dem Flensburger Advokaten Jürgen Bremer und in Michelsen. Offenbar von seinem Freund Lornsen selbst zur Abfassung der Broschüre angeregt und ihm am meisten an Klarheit und Schärfe des Tones nahekommend, beschritt der Sylter Landschaftsarzt Wulfke „den geschichtlichen Weg zur Rechtfertigung der Lornsenschen Forderung“<sup>16</sup> und holte damit nach, was Lornsen aus Unkenntnis und mangelndem Interesse bisher vernachlässigt hatte. Aus einer guten Quelle, d. h. gewiß von seinem Freunde selbst, behauptete er zu wissen, daß der Entwurf nicht als unumstößliche Bedingung, sondern

nur als ein Vorschlag gedacht gewesen sei, der dem König anheimgestellt werden sollte<sup>17</sup>. Wie Lornsen forderte er dazu auf, die Regierung mit Bittschriften und Gesuchen zu bestürmen<sup>18</sup>.

Wir wissen nicht, ob der dänische König unmittelbar durch die Schriften Lornsens und seiner Anhänger oder nur indirekt durch die Aufregung des Jahres 1830 zu seinem erfolgreichen Schritt vom 11. Januar 1831 veranlaßt wurde. In einem Königlichen Reskript, dessen Inhalt die Zeitungen 4 Wochen später der Oeffentlichkeit bekannt gaben, wies er die Regierung an, die Einführung getrennter Provinzialstände für jedes Herzogtum nach dem Vorbild der preußischen Provinziallandtage vorzubereiten. Die Fragen, die dem Kritiker damit gestellt waren, mußten lauten: haben solche Stände mit nur beratender Funktion überhaupt Wert? Soll die Vertretung von Adel, Bürger- und Bauernthum so zugunsten des ersteren eingerichtet sein wie in Preußen? Bedeuten getrennte Stände für Schleswig-Holstein nicht eine völlige Trennung beider Herzogtümer, eine Verletzung der alten Rechtsätze von 1460? In zwei Schriften lehnte Michelsen diese Pläne auf das entschiedenste ab. Stände mit beratender Funktion, führte er aus, seien gänzlich wertlos, Provinziallandtage könnten nur als provisorische Maßnahmen betrachtet werden, und eine Zusammensetzung der Provinzialstände nach preußischem Muster bedeute eine bloße Standes-, keine wirkliche Landesvertretung<sup>19</sup>. Nach dieser Stimme mußte man annehmen, daß die bürgerlichen Vertreter dem Plan des Königs den heftigsten Widerstand entgegensetzen würden. Auch die Ritterschaft übte an dem Vorschlag der Regierung scharfe Kritik. Mochte sie auch mit der Zusammensetzung des künftigen Landtags und dem Maß seiner Befugnisse einverstanden sein, so protestierte sie in ihrer Adresse vom 7. April gegen die Einführung getrennter Stände, betonte „das Recht auf einen gemeinschaftlichen Landtag beider Herzogtümer“<sup>20</sup> und bat um eine Erklärung des Monarchen, daß es sich nur um eine provisorische Maßregel handele, durch die „die alte gemeinschaftliche Verfassung beider Herzogtümer keineswegs aufgehoben werde“<sup>21</sup>.

Aber bald erlahmte der Widerstand gegen die Pläne der Regierung. Der Kieler Jurist Falck billigte ihren Schritt als „eine große Wohltat“<sup>22</sup>, wünschte wohl im Grunde eine einheit-

liche konstitutionelle Verfassung, war aber im Augenblick zur Annahme des königlichen Entwurfs durchaus bereit. Die preussische Provinzialverfassung als Vorbild der dänischen fand bei ihm wie auch bei den dänischen Liberalen David und Tscherning ein außerordentlich günstiges Urteil<sup>23</sup>. Als vollends am 28. Mai durch königliches Dekret<sup>24</sup> die Provinzialstände eingeführt und Trennung der Justiz von der Administration und ein gemeinschaftliches Oberappellationsgericht versprochen wurden, wagten sich nur noch schüchterne Abänderungswünsche, kein entschiedener Widerstand mehr offen hervor<sup>25</sup>. Zur Beratung über dieses Dekret wurden 1832 aus den Herzogtümern 28, aus Dänemark 35 „erfahrene Männer“ nach Kopenhagen berufen. Als Ergebnis ihrer Verhandlungen erschien am 15. Mai 1834 die „Verordnung wegen näherer Regulierung der ständischen Verhältnisse in dem Herzogtum Holstein (bezw. Schleswig)“<sup>26</sup>. Sie beruhte auf den, schon im Reskript vom Januar 1831 ausgesprochenen Grundlagen. Jedes Herzogtum erhielt seine eigene Ständeversammlung, die ungefähr zu gleichen Teilen aus ritterschaftlichen, städtischen und bäuerlichen Mitgliedern zusammengesetzt und auf das Recht der Beratung über die Landesgesetze beschränkt war. Die Öffentlichkeit nahm keinen großen Anteil mehr an diesem Gesetz, das die konstitutionellen Wünsche und die nationalen Forderungen nicht im entferntesten befriedigen konnte. Graf M. von Moltke sprach die Hoffnung aus, daß diese Reformen nur provisorisch sein möchten, und verlangte für späterhin uneingeschränktes Gesetzgebungs- und Steuerbewilligungsrecht, öffentliche Verhandlungen und eine freiere aktive wie passive Wahlfähigkeit<sup>27</sup>. Aber eine Aussicht auf baldige Erfüllung solcher Forderungen war längst nicht mehr vorhanden. Der Aktivismus der Bewegung von 1830 war längst dahin. Fack und die übrigen Notabeln, die 1832 in Kopenhagen zu Rate gesessen hatten, hatten sich mit der Neuregelung schon abgefunden und verkannnten die schweren Gefahren, die in ihr lagen. Die Vereinzelung der beiden Herzogtümer durch getrennte Ständeversammlungen drohte ihren Zusammenhang zu lockern und Schleswig allmählich dem Deutschtum zu entfremden.

Aus der Fremde beobachtete Lornsen diese Vorgänge mit sorgendem Blick. Eine holsteinische Bewegung war entstanden,

die Schleswig den Dänen ausliefern und nur Holstein eine selbständige Verfassung erkämpfen wollte. Zwischen den bürgerlichen Liberalen und der Ritterschaft herrschte mannigfache Mißstimmung, während andererseits über die nationalen Schranken hinaus zwischen den deutschen und den dänischen Liberalen rege Beziehungen bestanden. Auch von einer Broschürenfehde, die 1835 durch Hegewisch's Schrift „Für Holstein, nicht gegen Dänemark“ eingeleitet wurde, war Lornsen „wenig erbaut“<sup>28</sup>; denn während Hegewisch, der als konstitutioneller Reformers keine revolutionäre Lösung wünschte, „eine gedeihliche Gesamtstaatspolitik immer noch für möglich hielt“<sup>29</sup>, erstrebte Lornsen schon längst eine radikale Trennung der Herzogtümer von Dänemark in Gesetzgebung und Verwaltung. In seinem posthumen Werk „Die Unionsverfassung Dänemarks und Schleswig-Holsteins“ waren die Ergebnisse seiner historischen Studien niedergelegt und nach dem Vorbild der skandinavischen Unionsverfassung drei Verfassungspläne entworfen<sup>30</sup>: 1. eine Bundesverfassung, 2. eine Unionsverfassung, 3. die „modifizierte Unionsverfassung“. Danach bilden Schleswig und Holstein zusammen ein Großherzogtum namens Nordelbingen<sup>31</sup> und haben eine gemeinsame, nach freiem Wahlrecht gewählte Ständeversammlung. Nur die Person des Königs und die auswärtige Politik haben Dänemark und das Großherzogtum gemeinschaftlich. Daher sind die Befugnisse des „Unionsthings“, das von Dänemark und Schleswig-Holstein mit einer gleichen Anzahl von Mitgliedern beschickt wird, sehr eng bemessen. Sie beschränken sich auf Feststellung der Zivilliste, des Heeresetats und Abschluß von Handelsverträgen. Diese Entwürfe waren nähere Ausführungen der Pläne, die Lornsen 1830 in seiner ersten Broschüre umrissen hatte. Von ihrer Bestimmtheit hatten sie nichts verloren<sup>32</sup>.

Die positiven Errungenschaften der Lornsenbewegung waren nicht sehr erheblich. Ob eine getrennte Provinzialverfassung der beiden Herzogtümer für die deutschen Belange vorteilhaft oder nachteilig war, konnte fraglich sein. Jedenfalls war weder den nationalen noch den konstitutionellen Wünschen Genüge getan. Lornsens unbestreitbare Ruhmestat bestand darin, daß er die neuen liberalen Ideen in den Dienst der deutschen Sache stellte



und ohne Vorbehalte und Kompromisse die volle Selbständigkeit der Elbherzogtümer in Verfassung und Verwaltung forderte. Ihm ist es ganz wesentlich zu verdanken, wenn die nationale Tradition von den Befreiungskriegen bis zur Revolution von 1848 dauernd wachgehalten wurde und sich die alten, beharrenden in junge, revolutionäre Kräfte umsetzten.

## Sechstes Kapitel.

### Flugschriften in den norddeutschen Kleinstaaten.

Die politische Erregung von 1830 blieb nicht auf die größeren norddeutschen Staaten beschränkt. In den kleineren Herzogtümern und den freien Städten spielten sich vielfach ähnliche Vorgänge ab, wie sie sich in Kurhessen, Sachsen und Hannover ereigneten: Unruhen brachen aus, Bittgesuche der Bürgerschaft wurden vorgebracht, und es folgte ein Verfassungsversprechen und Beratungen über ein neues Grundgesetz. Kaum ein Staat, der noch keine zeitgemäße Konstitution besaß, blieb vor solchen Erschütterungen bewahrt. Wenn auch die Publizistik nicht sehr zahlreich und ergiebig ist — die Staatsrechtler mit der einzigen Ausnahme des Leipzigers Pölitz lenkten ihr Augenmerk nicht auf die Geschehnisse in den Kleinstaaten —, so gibt sie doch ein Bild von der Breite der Verfassungsbewegung nach der Juli-revolution.

In den freien Städten stand noch die alte Verfassung in Kraft, nach der sich der Rat unabhängig von der Bürgerschaft selbst ergänzte und ein bedeutendes Uebergewicht über die Bürgerversammlung besaß. Alle Reformwünsche mußten hier schließlich in der Forderung gipfeln, daß die Bürgerschaft die eigentliche Trägerin der Staatsgewalt und der Rat das von ihr abhängige ausführende Organ werden müsse. In Hamburg wurde ein solches Ansinnen nicht direkt gestellt. Die Flugschrift „Die Rechte und Forderungen der freien Hamburger“ verlangte lediglich Oeffentlichkeit des Staatshaushaltes<sup>1</sup>, allgemeine Herabsetzung der Steuern und Freiheit der Presse<sup>2</sup>. Ein Eingesandt in der Neuen Zeitung<sup>3</sup> zeigte, daß sich weite Kreise mit der Frage beschäftigten, „ob nicht ein Repräsentativsystem der Theorie nach

angemessener sein dürfte als jenes System direkter Mitregentschaft aller Aktivbürger“<sup>4</sup>, das zur Folge hatte, daß die Bürgerschaft niemals als eine geschlossene Korporation auftreten konnte und der Besuch ihrer Versammlungen stets zu wünschen übrig ließ. Der Bürgermeister Bartels wandte sich auf das schärfste gegen die Uebertragung repräsentativer Verfassungsformen auf die hamburgische Verfassung, weil er „das Repräsentativsystem für herabwürdigend für Hamburgs Bürger und für unverträglich mit der Freiheit und Gleichheit aller Bürger“ hielt<sup>5</sup>. Er widerrieth in seiner Abhandlung „Ueber Repräsentation in der hamburgischen Verfassung“<sup>6</sup> jeden Reformversuch und sah gerade einen großen Vorzug der Verfassung darin, daß nach ihr die Vollbürger „keine Repräsentanten, sondern wirklich Mittheilhaber der höchsten Gewalt, Mitregenten“ sind<sup>7</sup>. Diese mehr theoretische Diskussion hatte keine praktischen Folgen. Der alte Zustand blieb in Hamburg erhalten. Erst der große Brand von 1842 brach einem innerpolitischen Systemwechsel Bahn<sup>8</sup>.

Ein energischer Vorstoß wurde in Bremen unternommen und schien zuerst verheißungsvolle Erfolge zu zeitigen. Im Oktober 1830 nahm die Bürgerschaft einen Antrag auf zeitgemäße Ausbildung der Verfassung an, dem der Senat stattgab. Am 8. Febr. 1831 wurde eine vierzehnköpfige Verfassungsdeputation gewählt, die aus fünf Mitgliedern des Rates und 9 der Bürgerschaft zusammengesetzt war und unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Smidt einen Entwurf ausarbeiten sollte. Doktor Friedrich Voget, Sachführer bei den Bremischen Gerichten, suchte im März in einer sehr klar und vernünftig abgefaßten Schrift den Ausschuß zur Abfassung einer modernen Konstitution zu veranlassen<sup>9</sup>. Eine schriftliche Verfassungsurkunde soll folgendes feststellen: „das Eigentum der Staatsgewalt“, die Souveränität, steht einzig und allein der Bürgerschaft zu<sup>10</sup>. Die Regierungsverwaltung dagegen liegt in den Händen des Rates, der zwar von der Bürgerschaft gewählt ist, aber von ihr unabhängig und selbständig die ausübende Gewalt besitzt<sup>11</sup>. Neben der allgemeinen Versammlung der Bürgerschaft und aus ihr hervorgehend steht ein Kollegium der Aeltermänner, das die Rats- und Bürgerbeschlüsse vorbereitet<sup>12</sup>. So glaubt Voget, gesetzgebende und ausübende Gewalt wie im konstitutionellen Staate vernünftig getrennt zu haben.

Er bekennt sich als Gegner aller Revolution, hofft auf friedliche Durchführung der Reform und mahnt zum freiwilligen Verzicht der Herrschenden auf ihre alten Vorrechte<sup>13</sup>. Die Verhandlungen der Deputation blieben geheim, Bürgermeister Smidt zögerte die Beratungen hinaus, und trotz mehrfachen Drängens der Bürgerschaft geschah nur wenig zur Beschleunigung der Arbeit. Im Mai 1834 versuchte Johannes Rösing die Dinge vorwärts zu treiben, indem er mit deutlicher Tendenz gegen Smidt Schriftstücke aus dem Aktenwechsel zwischen Bürgerschaft und Senat herausgab; aber auch er erreichte nichts. Erst im Mai 1837 legte die Deputation einen Entwurf vor<sup>14</sup>, den die Bürgerschaft jedoch ablehnte. So blieb die Verfassungsangelegenheit bis 1848 ungeregelt<sup>15</sup>.

Der Oldenburger Großherzog August versprach am 5. Okt. 1830, daß er die Verheißungen der Bundesakte gewissenhaft erfüllen werde<sup>16</sup>. Im Sommer 1831 wurde den Eutinern, die um die Einführung einer Repräsentativverfassung baten, der Bescheid zuteil, daß allerdings die Regierung entschlossen sei, eine landständische Verfassung im Fürstentum Lübeck wie in Oldenburg einzuführen. Die „Verordnung über die Verfassung und Verwaltung der Landgemeinden“ vom 28. Dez. 1831 war, wie es in der großherzoglichen Bekanntmachung hieß, als Grundlage einer künftigen Gemeindeordnung und einer auf dieser aufgebauten landständischen Verfassung gedacht<sup>17</sup>. Alle diese Verlautbarungen ließen hoffen, daß Oldenburg binnen kurzem in die Reihe der konstitutionellen Staaten eintreten werde. In den JGSt äußerte sich der alle Verfassungsvorgänge mit wachem Auge beobachtende Pölitz über den freiwilligen Entschluß des Großherzogs folgendermaßen: „Es gibt ein wohlthuendes Gefühl, wenn ein souveräner Fürst auf eine solche offene und freisinnige Weise über die höchsten Angelegenheiten des inneren Staatslebens zu seinen Staatsbürgern spricht“<sup>18</sup>. Lobend, schmeichelnd und zugleich zu rascher Tat drängend urteilte er über die Landgemeindeordnung: „Auf eine so feste Unterlage wird sich der sichere Bau einer allgemeinen Ständerversammlung mit glücklichem Erfolge aufführen lassen; ein Werk, dem, von der gerechten freisinnigen und milden oldenburgischen Regierung ausgehend, gewiß ganz Deutschland

erwartungs- und vertrauensvoll in der nächsten Zukunft entgegen sieht“<sup>19</sup>. Freilich erwies sich diese Hoffnung als trügerisch; die Beratungen über eine Verfassung im oldenburgischen Kabinett verliefen im Sande<sup>20</sup>, und bis zur Märzrevolution gediehen die Reformen nicht weiter.

Das Verlangen nach einer Verfassungsurkunde für Mecklenburg-Schwerin sprach nur eine einzige Druckschrift, diese aber umso gebieterischer aus: „Mecklenburgs Landesnoth“ von dem Wismarer Advokaten Düberg. Schwere Mißverhältnisse, so erklärte er, herrschen in Mecklenburg. Sie haben ihren Grund in dem Uebergewicht eines Standes, der alle Lasten von sich abzuwälzen und das ganze Staatsgetriebe in Abhängigkeit von sich zu bringen verstanden hat, des ritterschaftlichen Grundbesitzes. Einzelne Maßnahmen gegen dieses Uebel helfen nichts, wenn nicht der Staat von Grund auf reformiert wird. Das einzige Heilmittel besteht in einer wahren Volksvertretung, in der Bürger- und Bauernstand gleichberechtigt neben dem Adel sitzen. Zur Garantie dieser neuen Rechte bedarf es einer öffentlichen Urkunde<sup>21</sup>. Als Weg, auf dem das erstrebte Ziel am besten zu erreichen ist, dürften sich Bittgesuche von Seiten der größeren Städte an den Landesherrn empfehlen. Dieser wird sich solchen Wünschen gewiß nicht entziehen, und auch der Adel wird auf die Dauer nicht widerstreiten können<sup>22</sup>. Neben dem Staatsumbau muß notwendig eine Reform der Gemeinde- und Städteordnung einhergehen, die am zweckmäßigsten erst vom neuen Landtag beraten wird<sup>23</sup>. Es waren die üblichen, durchaus gemäßigten und keineswegs umstürzlerischen Forderungen, die von Düberg aufgestellt wurden. Aber weil der nordostdeutsche Kleinstaat noch wenig von der konstitutionellen Bewegung erfaßt war, verhallte diese einzelne Stimme ungehört<sup>24</sup>. Neue, heftigere publizistische Angriffe gegen das alte System erfolgten erst 1844.

In zwei thüringischen Staaten, in Schwarzburg-Sondershausen und in Sachsen-Altenburg, wurde 1830 die Gewährung einer landständischen Verfassung zugesichert, nur in dem letzteren trat eine solche in Kraft. Fürst Günther von Schwarzburg-Sondershausen erfüllte sein Versprechen vom 25. Sept., „noch im Jahre



1830 Landstände zu ernennen und zusammen zu berufen“<sup>25</sup>, nicht, sondern gab im Februar 1831 eine „Landständische Verfassungs-urkunde vom 28. Dez. 1830“<sup>26</sup> bekannt, ohne vorher Volksver-treter befragt zu haben. Diese Verfassung konnte den Erwar-tungen des Landes „in keiner Weise“ entsprechen<sup>27</sup>, da sie wesent-liche Lücken enthielt und die Rechte der Landstände auf ein Minimum beschränkte. Das Petitions- und Beschwerderecht fehlten völlig, Ministerverantwortlichkeit war nicht ausgesprochen, ja nicht einmal die Gegenzeichnung des Ministers als Erfordernis bezeichnet, und ein Zusammentritt des Landtags sollte nur alle sechs Jahre stattfinden. Gegen die Verfassung protestierte das ganze Land mit einer Stimme<sup>28</sup>. Die Stadtverordneten Arnstadts richteten am 29. März eine Vorstellung an den Fürsten mit einer ausführlichen Kritik der Verfassungsurkunde und sprachen die Bitte aus, daß die Urkunde vorerst nur als Entwurf betrachtet werden möge und „eine vom Fürsten und aus der Mitte des Landes auf eine gleichmäßige Weise gewählte gemeinschaftliche Kommission“ eingesetzt werde, um „eine den Bedürfnissen des Landes und der Zeit angemessene Verfassung“ zu bearbeiten<sup>29</sup>. Eine Antwort wurde der Stadt Arnstadt monatelang nicht zuteil, so daß Graf Bentzel-Sternau bitteren Spott über „Schwarzburg-Son-dershausens parva charta und magna miseria“ ausgießen konnte<sup>30</sup>. Nachdem die Arnstadter Verordneten am 29. Juli ihre Bitte um Bearbeitung einer Verfassung auf vertragsmäßigem Wege wieder-holt hatten<sup>31</sup>, wurde ihnen drei Wochen später beschieden, ihre kritischen Einwände gegen die Verfassung seien nicht stichhaltig, vielmehr sei mit der Urkunde vom 28. Dez. 1830 „dem Artikel 13 der Bundesakte Genüge geleistet“<sup>32</sup>. Die Wünsche und Bitten der Bevölkerung könnten nicht berücksichtigt werden, weil sie den angestammten Rechten des Fürsten zuwiderliefen, außerdem seien sie in „unziemlicher und respektwideriger Weise“ vorge-tragen worden<sup>33</sup>. Weil eine große Masse der Untertanen die Annahme der Verfassung verweigert und Wahlen zum ersten Landtag abgelehnt habe, sei die Urkunde nicht in Kraft getreten. So müsse die bisherige Ordnung bestehen bleiben<sup>34</sup>. Das war des Fürsten letztes Wort. Eine neue Wiederholung und Be-gründung der Bitte in einer Vorstellung der Oberherrschaft vom 8. Okt. 1831 hatte keinen Erfolg<sup>35</sup>. Erst mit der „unblutigen Revo-

lution“ und dem Thronwechsel von 1835<sup>36</sup> wurden Reformen eingeleitet und 1841 ein Landesgrundgesetz okroyiert.

Im Gegensatz zu diesen unerquicklichen Vorgängen vollzog sich die Verfassungsentwicklung im Herzogtum Sachsen-Altenburg in einträchtiger Zusammenarbeit. In der Proklamation vom 14. September 1830 sagte der Herzog Erfüllung der von der Bürgerschaftsdeputation mitgeteilten Wünsche zu<sup>37</sup>. Die Stände wurden einberufen, ihnen der Entwurf zu einer neuen Verfassung vorgelegt, und schon am 29. April 1831 konnte das Staatsgrundgesetz zusammen mit der Wahlordnung erlassen werden<sup>38</sup>. An ihrem Zustandekommen war Bernhard von Lindenau, der sächsische Kabinettsminister, als Landschaftspräsident maßgebend beteiligt. In einer Rede vor den Ständen<sup>39</sup> begründete er seine Zustimmung zu der Verfassung damit, daß sie „das freie und kräftige Wirken der monarchischen Regierung aufrecht erhalte, alle einzelnen Bevorzugungen dagegen aufhebe und jedem Staatsbürger gleiches Recht zusichere“. Das Grundgesetz errichtete eine, aus der gleichen Zahl von Rittergutsbesitzern, Stadtbewohnern und Bauern zusammengesetzte Kammer, die sich mindestens alle vier Jahre versammeln sollte<sup>40</sup>. Es erfuhr von Pölitz eine im wesentlichen positive Kritik. Dies Grundgesetz, urteilte er, „gehört zu den vorzüglichsten neuen Verfassungsurkunden, welche seit der letzten Zeit innerhalb des deutschen Staatenbundes erschienen sind“<sup>41</sup>. Freilich ist der Anteil der Stände an der Gesetzgebung „weit beschränkter als in den meisten anderen Verfassungen“<sup>42</sup>. Es fehlen das Antrags- und das allgemeine Gesetzgebungsrecht; ferner vermißt er die Öffentlichkeit der Landtagsverhandlungen<sup>43</sup> und gibt gegenüber den Wahlbestimmungen in §§ 169—197<sup>44</sup> der kurhessischen Verfassung den Vorzug, die die Hälfte der städtischen und bäuerlichen Abgeordneten ganz frei aus allen überhaupt wählbaren Staatsbürgern wählen läßt<sup>45</sup>. Vor allem tadelt Pölitz, daß der Landesherr den Landschaftspräsidenten selbst ernennt<sup>46</sup> und daß diesem Rechte gegeben sind, die keinem anderen Präsidenten einer deutschen Ständeversammlung zustehen und leicht mißbraucht werden können<sup>47</sup>. Die Person Lindenaus hätte allerdings dem Leipziger Staatsrechts-

lehrer die beste Gewähr für treue Verwaltung dieses Amtes geben sollen.

Sachsen—Weimar—Eisenach besaß schon seit 1816 eine Landständische Verfassung. Gegen ihren offensichtlichsten Mangel, die Geheimhaltung der Landtagssitzungen, reichten 1831 mehrere Staatsbürger eine Petition ein<sup>48</sup>. In einer Broschüre „Die Oeffentlichkeit der Verhandlungen“ wurde zugegeben, daß die Oeffentlichkeit der Verhandlungen wohl „eine unentbehrliche Einrichtung zum Gedeihen der ständischen Wirksamkeit“ sei, jedoch bestritten, daß Oeffentlichkeit der Sitzungen erforderlich sei<sup>49</sup>. Vielmehr dürfte „authentische Bekanntmachung der Verhandlungen durch den Druck“ genügen<sup>50</sup>. Zwei Flugschriften verteidigten dagegen die Petition, und das „offene Sendschreiben“ forderte sogar darüber hinaus, daß die Errungenschaften der neuen Verfassung auch für Sachsen—Weimar fruchtbar gemacht würden. Durch die Wahlrechtsbeschränkungen sei in dem Grundgesetz von 1816 „gerade die reichste, tätigste und gebildetste Klasse (nämlich die städtische Intelligenz) zur Passivität verdammt“<sup>51</sup>, und die Verteilung der Volksvertreter stelle wegen der Bevorzugung des Adels ein schreiendes Mißverhältnis dar<sup>52</sup>. Alle Mängel solcher Art sollen etwa nach dem Vorbild der kurhessischen Verfassung beseitigt werden. An eine Erfüllung solcher Forderungen war freilich nicht zu denken.

Aehnliche Wünsche nach einer Verfassungsänderung wurden auch im Herzogtum Nassau laut. Graf Bentzel-Sternau meinte, 1814 möchte das Patent wohl billigen Ansprüchen in zeitgemäßer Weise genügt haben, jetzt sei es aber nötig, daß die nassauische Konstitution vervollkommnet und verjüngt und dem gegenwärtigen Stand der Verfassungen angepaßt werde<sup>53</sup>. In der Zeitschrift „Rheinbayern“ verlangte ein Briefschreiber aus Weilburg, daß die Befugnisse der Volksvertretung erweitert werden müßten<sup>54</sup>, und Johannes Weitzel<sup>55</sup>, der ein verhältnismäßig mildes Urteil über die nassauischen Zustände fällte<sup>56</sup>, forderte eine wahre Vertretung des Volkes durch ein besseres Wahlgesetz<sup>57</sup>. In Bentzels-Sternaus VF. legte ein anonymen Nassauer den Finger auf die wundeste Stelle in der nassauischen Verfassung.

Die Vereinigung der beiden Aemter des Haus- und Staatsministers in einer Hand, legte er dar, ist unerträglich und die Quelle aller Konflikte<sup>58</sup>, weil stets das Staatsministerium zugunsten des Hausministeriums unterdrückt wird. Gesunde Verhältnisse können erst dann in Nassau wiederkehren, wenn eine Trennung beider Ministerien vollzogen und wahre Verantwortlichkeit des Staatsministers ausgesprochen wird<sup>59</sup>. Daß die Entlassung Marschalls die *conditio sine qua non* eines wiederkehrenden Vertrauensverhältnisses zwischen Fürst und Volk sei, wurde bereits mehrfach betont<sup>60</sup>. Um die Domänenfrage und die Vermehrung der Herrenbank<sup>61</sup> erhob sich ein hitziger Broschürenstreit. Die Regierung warf in einer offiziellen Schrift „Nachricht an die Einwohner“<sup>62</sup> den Landesdeputierten verfassungswidriges Verhalten und Unversöhnlichkeit vor<sup>63</sup>. Angeblich auf eigenen Antrieb und ohne von der Regierung veranlaßt zu sein<sup>64</sup>, unternahm es Moritz Lieber im August 1832 nachzuweisen, daß der Landesexigenzetat vom 2. Juni 1832 verfassungsmäßig erlassen worden und die Weigerung der 15 Deputierten, ihre landständische Tätigkeit weiter auszuüben, ein gröblicher Verstoß gegen die Steuerbewilligungspflicht gewesen sei<sup>65</sup>. Gegen die Regierung suchten die Hanauer Zeitung, der Vf. und Siebenpfeiffers „Rheinbayern“ der Kammer der Landesdeputierten mit allen publizistischen Mitteln den Rücken zu steifen. Wenn der Brief aus Weilburg von den Abgeordneten erwartete, daß sie nicht eher Steuern bewilligen würden, bis ihnen die Einsicht in die Einnahmen der Staatsgüter gewährt, also die Domänenfrage in ihrem Sinn gelöst sei<sup>66</sup>, so sprach er damit die allgemeine Ueberzeugung der beiden Zeitschriften aus<sup>67</sup>. Der Einfluß des süddeutschen radikalen Liberalismus auf Nassau von Hanau und der Pfalz aus machte sich in diesen Stimmen bemerkbar.

Im Großherzogtum Hessen und der freien Stadt Frankfurt waren die Beziehungen zur süddeutschen Publizistik noch viel reger als in Nassau. Die Wirksamkeit des hessischen Landtagsabgeordneten Ernst Emil Hoffmann<sup>68</sup>, der seit April 1832 den liberalen „Beobachter in Hessen bei Rhein“ herausgab, und der Frankfurter Literaten Funck, Freieysen und Sauerwein<sup>69</sup> steht im engsten Zusammenhang mit der Tätigkeit der badischen, pfäl-



zischen und straßburger Journalisten und der politischen Feuilletonisten, deren größter Vertreter, Ludwig Börne, zur gleichen Zeit seine vielgelesenen, bissig-satirischen „Briefe aus Paris“ über die deutsche Grenze schickte. Ihre Berührungen mit der allgemeinen norddeutschen Verfassungsbewegung dagegen waren nur gering, so daß eine Behandlung ihrer politischen Anschauungen nicht in den Rahmen dieser Arbeit gehört.

## Siebentes Kapitel.

### Stimmen zur preußischen Verfassungsfrage.

Preußen gewährt bei nur oberflächlicher Betrachtung den Anblick, als ob es von der Bewegung von 1830 völlig verschont geblieben sei. Der Sturm rüttelte nicht an den Grundfesten des Staatsgefüges, eine Aenderung der inneren Politik trat nicht ein, und die Verfassungsentwicklung machte von der Einführung der Provinziallandtage 1823 bis zum Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. keine wesentlichen Fortschritte. Aber nur scheinbar berührte die konstitutionelle Bewegung den preußischen Staat nicht. Wenn wir alle Quellenzeugnisse, Erinnerungen, Denkschriften und die verhältnismäßig reiche Broschürenliteratur zusammentragen, können wir feststellen, daß von 1830—31 sowohl unter den führenden Staatsmännern mannigfache Pläne im Umlauf waren wie auch daß die Publizistik das Für und Wider einer preußischen Konstitution in reger Diskussion erörterte und schon damals die entscheidenden Probleme besprach, um deren Lösung später die Revolution von 1848 zu ringen hatte.

Von Plänen der Regierung drang schon damals einiges gerüchtweise und verfälscht in die Oeffentlichkeit. Venturini wußte in seiner Chronik des Jahres 1831 zu berichten, daß um die Mitte des Jahres in Berlin ein Verfassungsentwurf Humboldts von 1819 zirkulierte<sup>1</sup> und daß sich das ganze Jahr hindurch mit Hartnäckigkeit das Gerücht erhielt, „die konstitutionelle Staatsentwicklung mache im Stillen bedeutende Fortschritte, und es sei bereits im Werke, den Provinzialständen eine Art von Oeffentlichkeit zu gewähren. Auch hieß es, als Vorbereitung zur Vollendung des intrikaten Geschäfts, solle der Staatsrat durch Berufung neuer Mitglieder aus deningesessenen der Provinzen verstärkt und

erweitert werden“<sup>2</sup>. Wieviel davon beruhte auf Wahrheit? Aus den Tagebüchern Leopold von Gerlachs und Radowitz’ erfahren wir, daß Ende 1830 im Kreise des Kronprinzen die Frage einer Einberufung von Generalständen eifrig ventiliert wurde. Leopold von Gerlach schlug vor, die versammelten Landtage engere Ausschüsse wählen zu lassen, und sollte der bedenkliche Fall einer Anleihe vorkommen, diese Ausschüsse unter dem Namen von allgemeinen Ständen zu versammeln<sup>3</sup>. Im Gespräch mit ihm entwickelte der Kronprinz einen noch weitergehenden Plan: „ein völlig ausgebildetes System von zwei Kammern“ müsse eingeführt werden, „die erste aus allen Standesherrn, die zweite aus den übrigen Ständen bestehend, und diese alle gleich repräsentiert“<sup>3</sup>. Gerlach wendete dagegen ein, daß es gefährlich sei, Adel und Städte zusammen in eine Kammer zu bringen. Radowitz vollends hielt alle solche Experimente für „bedenklich, weil eine allgemeine Ständeversammlung, welche Form der Zusammensetzung ihr auch verliehen werden möge, ihr Werk unfehlbar mit dem Verlangen nach einer Repräsentativverfassung beginnen würde“<sup>4</sup>. Um die Jahreswende 1830 auf 31 hörte man „von mehreren Seiten, man erwarte zum 18. Januar eine Konstitution“<sup>5</sup>, ein Gerücht, das jeden Wahrheitsgehaltes entbehrte.

Einige Monate später trat der Leiter der Seehandlung Rother mit einem Plan hervor. Sein Vorschlag ging dahin, „Deputierte aus den Provinzialständen mit dem Staatsrate oder einer Abteilung desselben zu einer landständischen Versammlung zu vereinigen und dieser die Befugnisse aus dem Gesetz vom 22. Mai 1815 beizulegen“<sup>6</sup>; dies waren also zweifellos die Gedankengänge, von denen Venturini in seiner Chronik berichtet. Der Minister Graf Lottum, dem sie Rother am 2. August 1831 vortrug, fand sie „nicht ganz verwerflich“, meinte aber, man könne im Augenblick „auf eine reichs- oder landständische Verfassung nicht eingehen“<sup>7</sup>. Um nachzuweisen, daß eine Einberufung der Stände bei neuen finanziellen Bedürfnissen des Staates rechtlich nicht notwendig und politisch nicht empfehlenswert sei, verfaßte Stägemann, der Redaktor des Edikts vom 22. Mai 1815, zur gleichen Zeit ein Promemoria<sup>8</sup>. Darin folgerte er aus Artikel 2 des Staatsschuldengesetzes vom 17. Januar 1820, eine finanzielle Garantie der Stände brauche nur dann eingeholt zu werden, wenn ein neues Darlehn

aufgenommen wird, das die Kräfte der Untertanen in Anspruch nimmt. Dagegen sei es möglich, durch Verpfändung der Ersparnisse ohne ständische Mitwirkung ein Darlehn aufzunehmen. Die Einführung einer schriftlich niedergelegten Verfassung sei aus politischen Gründen noch bedenklicher, da sie „zu großen Verwirrungen und zu schwer auszugleichenden Mißverständnissen zwischen dem Regenten und den Untertanen führt“ und gerade „dasjenige Land, in welchem eine Verfassung solcher Art bisher am längsten gedauert hat, Frankreich, von Unruhe in Unruhe versetzt und auch gegenwärtig im Kampfe mit einer Revolution begriffen ist, deren Ende noch erwartet werden muß“<sup>9</sup>.

Dieser Standpunkt Stägemanns, den Staat um jeden Preis im Ruhezustand zu bewahren und keine vielleicht gefährlichen Reformversuche zu unternehmen, war die einhellige Anschauung der hohen Bürokratie. Zwei Vorstöße aus den westlichen Provinzen wurden vom Kabinett abgewiesen, der dritte vom Prinzen Wilhelm vereitelt. Am 20. Dezember 1830 wurde im westfälischen Provinziallandtag ein Antrag auf Zusammenberufung von Reichsständen eingebracht und am 20. Januar des folgenden Jahres beschlossen, daß der Landtagsmarschall Freiherr vom Stein dem Generalgouverneur Prinzen Wilhelm die Ansicht der Stände mitteilen solle. Stein trat daraufhin mit dem Prinzen in Briefwechsel, aber als dieser sich weigerte, die Vermittlung an den König zu übernehmen, wurde die Aktion nicht weiter verfolgt; sie war gescheitert<sup>10</sup>.

Zu Silvester 1830 reichte der Aachener Handelsherr David Hansemann der Regierung eine Denkschrift über „Preußens Lage und Politik am Ende des Jahres 1830“ ein<sup>11</sup>. Unverhohlen gibt darin Hansemann seiner Meinung Ausdruck, daß die Beamtenherrschaft und das Lehnssystem, auf die sich der preußische Staat gegenwärtig noch stützt, ihn in seinem Bestand gefährden; denn die Preußen drohenden Gefahren, Pöbelherrschaft, politische Unruhen, Krieg und Abnahme der Staatsmacht<sup>12</sup>, werden durch sie nur verstärkt. Preußen hat die Aufgabe, die „neuen Lebensprinzipien des Staates“ anzuerkennen<sup>13</sup>, d. h. neben dem Königtum die „eigentliche Kraft der Nation“, den Mittelstand<sup>14</sup>, zum tragenden Grund des Staatsgebäudes zu machen. In einer starken öffentlichen Meinung und einer „zahlreichen Klasse vermögender

und unterrichteter Leute“<sup>15</sup> beruht die wahre Kraft des Volkes. Dagegen sind die Zensur und die Erhaltung der Lehnformen dem Bestand des Staates außerordentlich schädlich und müssen fallen<sup>16</sup>. Die Einwendungen gegen die Anerkennung der neuen Staatskräfte sind sämtlich nichtig<sup>17</sup>. Der Versuch, ohne eine formelle Anerkennung der neuen Lebensprinzipien alle nötigen Reformen seitens der Regierung allein vorzunehmen, ist innerlich unmöglich geworden<sup>18</sup>; die Behauptung, eine solche formelle Anerkennung sei dem Throne gefährlich, muß als irrig zurückgewiesen werden<sup>19</sup>; denn „gerade der Mittelstand bietet dem Throne mehr Elemente der Stabilität und Ordnung dar als der eigentliche Stand der Grundbesitzer“<sup>20</sup>. Soll er an der Staatsführung mitbeteiligt werden, so müsse Preußen statt des aufgeklärten Absolutismus einem „aufrichtig konstitutionellen System“<sup>21</sup> huldigen. Die Provinzialstände bieten dazu wegen ihres Mangels an Oeffentlichkeit und der „Mißverhältnisse der Repräsentation“ keine geeignete Grundlage<sup>22</sup>. Der von der Regierung beabsichtigte Weg, aus ihnen die Reichstände hervorgehen zu lassen, wäre sogar im höchsten Grade gefährlich<sup>23</sup>. Vielmehr muß Preußen eine wahrhaft konstitutionelle Verfassung erhalten. Diese „Verfassungs-urkunde ist einer durch Wahl hervorgegangenen, die wahre Kraft der Nation repräsentierenden Versammlung vorzulegen und auf diese Weise vertragsmäßig abzuschließen“<sup>24</sup>. Hansemann denkt sich die künftigen Reichsstände aus zwei Kammern bestehend. In der ersten sitzen die Prinzen, Mediatisierten und die vom König ernannten Mitglieder<sup>25</sup>, in der zweiten etwa 250 gewählte Volksvertreter<sup>26</sup>. Das aktive Wahlrecht ist an Vermögen und Zensus gebunden, das passive völlig unbeschränkt<sup>27</sup>. Dem Reichstag stehen das Gesetzgebungs- und Steuerbewilligungsrecht zu, Preßfreiheit und Oeffentlichkeit der Verhandlungen sind unerläßliche Vorbedingungen eines gedeihlichen Wirkens der Volksvertretung<sup>28</sup>. Hansemann hebt des öfteren hervor, daß sein System, „unparteiisch geprüft, wesentlich aristokratisch-monarchisch“ erscheinen müsse<sup>29</sup> und mit „überspannten demokratischen Ideen“ nichts gemein habe<sup>30</sup>. Er verspricht sich von ihm eine beträchtliche Stärkung der preußischen Staatsmacht sowohl dem übrigen Deutschland<sup>31</sup> wie besonders Frankreich gegenüber, das allen



gegenteiligen Behauptungen zum Trotz durch die jüngsten Ereignisse an „moralischer Kraft“ außerordentlich zugenommen habe<sup>32</sup>.

Hansemann erhielt auf seine ungemein gedankenreiche, weitblickende Denkschrift nur einen ungnädigen Bescheid<sup>33</sup> und wurde fortan von den Regierungsbehörden sorgsam überwacht. Nicht besser erging es einem adligen Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags, dem Fürsten Joseph zu Salm-Dyck, der am 28 Jan 1831 dem Prinzen Wilhelm seine „Denkschrift über die Verfassungsfrage“<sup>34</sup> überreichte. Darin wollte er die Ueberzeugung von 9/10 der Mitglieder des rheinischen Provinziallandtags zum Ausdruck bringen, daß die Bildung von Reichsständen das beste Mittel zur Herstellung der Einheit des preußischen Staates und gegen die Gefahr einer Isolierung der westlichen Provinzen sei und daß dadurch der Macht und dem Einfluß Frankreichs, der in seinen liberalen Institutionen bestehe, am wirksamsten begegnet werden könne<sup>35</sup>. Die Ereignisse der letzten Monate seien nicht dazu angetan, das Reformwerk zu verzögern, sondern machten im Gegenteil eine Beschleunigung dringend notwendig<sup>36</sup>. Obwohl der Fürst seine Meinung in vorsichtig mahnenden Worten aussprach, wurde ihm durch die Kabinettsordre vom 19. Februar 1831 eine Warnung vor jeglicher Agitation für allgemeine Reichsstände zugestellt<sup>37</sup>. Die Regierung mochte trotz seiner andersgearteten Versicherungen befürchten, daß er mit partikularistischen Bestrebungen im Rheinland sympathisierte. Es wurde nämlich bekannt, daß er Anfang Januar bei dem Landtagsdeputierten der Stadt Köln, H. Merkens, gewesen war, der „ein besonderes Grundgesetz, eine eigene Legislatur, Verwaltung und Landesverfassung“ für die westlichen und insonderheit die Rheinprovinzen wegen ihrer eigentümlichen Verhältnisse innerhalb des preußischen Staates wünschte<sup>38</sup>. Wie der Regierungspräsident Delius jedoch ermittelte, hatte Fürst Salm eine solche Idee als mit den Interessen der Monarchie unverträglich schroff von sich gewiesen<sup>39</sup>, diese „verkehrte Isolierungs-idee“ — so fügte der Regierungspräsident im Bericht an seinen Vorgesetzten beschwichtigend hinzu —, die „allerdings in Umlauf gewesen“ sei, aber jetzt „nur noch sehr wenige Anhänger zähle“<sup>40</sup>. Fürst Salm hatte zweifellos, nach dem Inhalt seiner Denkschrift zu urteilen, zu partikularistischen, geschweige denn separatistischen Tendenzen gar keine Beziehung.

Er erstrebte im Gegenteil nichts sehnlicher als eine festere Einheit des preußischen Staates.

Wir wenden uns jetzt nach dem kurzen Ueberblick über die 1830—31 von verschiedenen Seiten aufgestellten Verfassungspläne zu den publizistischen Stimmen über die preußische Verfassungsfrage. Zwei Richtungen, die konservativ-altständische und die bürokratisch-absolutistische, lehnten die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung, zumal im gegenwärtigen Augenblick, da sich ganz Europa in Zuckungen befand, strikt ab. Namentlich die zweite Gruppe zählte eine beträchtliche Zahl von Anhängern, nicht nur in den alten Provinzen, sondern auch im Rheinlande, wo die Ruhe und Ordnung des preußischen Staatswesens gegenüber dem Wogen und Toben im belgischen Nachbarlande besonders wohlthuend empfunden wurde<sup>41</sup>. Viel Beachtung und Verbreitung fand das Wort von der Marwitz, das er als Landtagsmarschall bei der Eröffnung des vierten brandenburgischen Provinziallandtags am 16. Januar 1831 sagte: „Mögen andere Völker nach Phantomen jagen, die sie nie erreichen können; wir haben unsere Verfassung. Auf dem festen Grund der richtigen Würdigung der Bedürfnisse des Landes ruhend, und fester noch auf der langbewährten Gerechtigkeit und Milde unseres Regentenhauses, erzeugt sie Vertrauen und Frieden, während jene Spekulationen fort und fort Unzufriedenheit und Zwiespalt erregen“<sup>42</sup>. Auf von der Marwitz bezugnehmend, gab die Flugschrift „Einige Fragen an die Staatsverbesserer“ eine Erklärung des Wortes: „Wir haben eine Verfassung“. Verfassung braucht nicht eine geschriebene Urkunde zu sein, „der die staatsrechtliche Fiktion der Volkssouveränität zum Grunde liegt“, die Preßfreiheit, Menschenrechte und ein Zweikammersystem gewährt: eine solche Verfassung hat „gottlob“ Preußen nicht<sup>43</sup>! Aber es hat eine wahre Verfassung, es hat alle Bürgschaften der Freiheit<sup>44</sup>, nämlich eine Provinzialverfassung, Unabhängigkeit der Rechtspflege, Gleichheit vor dem Gesetz, Städte- und Gemeindeordnung usw.<sup>45</sup>. Es würde deshalb nicht wohl daran tun, das „Idol der Zeit“ anzubeten und „die fremde Torheit der Sehnsucht nach einer konstitutionellen Monarchie“ nachzuahmen<sup>46</sup>, vielmehr wird es ruhig auf dem Wege der Ordnung weiterschreiten. Eine mit warmen

Worten „Preußens Regiment lobpreisende Stimme“ zitiert Venturini in seiner Chronik des Jahres 1830<sup>47</sup>; sie sei hier, da Venturini keine Quellenangabe macht und sie sich in den Broschüren nicht hat auffinden lassen, auszugsweise wiedergegeben: „Ist jenseits unserer südlichen und westlichen Grenzen von Preußen die Rede, so bemitleidet man uns gewöhnlich, daß wir unter einer absoluten Regierung, ohne Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit, ohne Mitregentschaft des Volkes, ohne Konstitution leben . . . . Wir entgegnen, daß wir, unter einem milden und gerechten Regenten, uns sicherer und glücklicher fühlen als die meisten Völker, von deren Freiheit soviel Aufhebens gemacht wird. Die Persönlichkeit unseres Königs kann man nun freilich nicht antasten, aber indem man seine lobenswerten Eigenschaften zugesteht, bedauert man uns umsomehr ob der Möglichkeit eines Gewaltsystems, gegen dessen zerstörende Willkür wir keine Bürgschaft, kein schützendes Grundgesetz hätten . . . . Woher kommt es denn aber, daß seit der Reformation Preußen eine Reihe von Fürsten besitzt, welche nie das Wohl ihrer Völker abgetrennt von ihrem eigenen Wohle betrachteten? . . . Und was den Mangel an Bürgschaft betrifft, so fragen wir: was gibt Bürgschaft? etwa eine geschriebene Charte, ein Pergament? . . . Es beruht auf Unkenntnis unseres Staates, wenn man glaubt, es gebe darin keine bewegenden, zum Besseren fortstoßenden Kräfte! Wir besitzen solche allerdings, jedoch in anderen Formen, als die in konstitutionellen Staaten geltenden. Sind nicht im absoluten Preußen die Minister des Kabinetts Opponenten; sind nicht wiederum die Ministerialräte Opponenten jeder ministeriellen Willkür? . . . Die allgemeine Gesittung des Landes bildet unsere Charte, und eben weil jene Gesittung einen Höhepunkt erreicht hat, auf welchem kein Rückschritt möglich ist, so wird sie uns zu einer Bürgschaft, die wir gegen kein neugeschriebenes Pergament vertauschen möchten. Man lasse uns also nur friedlich und still nach unserer Art uns fortbilden. Denn wir halten fest den Glauben an den Ausbau des Reiches, zu welchem der große Kurfürst den Grund legte und den Friedrich und seine Nachfolger fortführten und fortführen werden. Dieses Palladium unseres Staates soll uns kein Neider, kein fremder und kein einheimischer Finsterling rauben, so

gewiß wir ehemals in der streitbaren Zeit der lichten Reformation das bereits erstritten haben, was andere Völker noch erkämpfen müssen!“

Aus allen diesen Zeugnissen sprach eine Anschauung, die sich mit dem später von König Friedrich Wilhelm IV. vertretenen patriarchalisch-legitimistischen Glauben, daß es verhängnisvoll sei, wenn sich „ein geschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung“ „zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land“ eindrange<sup>48</sup>, auf das engste berührte. Daneben tat der Stolz auf die große preußische Geschichte und die großen Herrscherpersönlichkeiten, auf die mustergültige Verwaltung und die Reformen nach dem Zusammenbruch von 1806 ein Uebrigcs, um ein Eingehen auf die Verfassungswünsche als eine törichte Nachahmung fremder Vorbilder erscheinen zu lassen. So stimmte Regierungsrat Janke einen Lobeshymus auf die Fortschritte Preußens seit 1807 an und gab der Zuversicht Ausdruck, daß Preußen „auf der Bahn zu immer höherer und freierer Entwicklung“ auf geordnetem und ruhigem Wege rastlos vorwärts schreiten werde, ohne sich in „wilden Sprüngen“ zu bewegen<sup>49</sup>. Der Wittenberger Gerichtsamtmann Benedikt stellte in einer an die preußischen Provinzialstände gerichteten Schrift „Königtum und Freiheit“ die konstitutionellen Forderungen nach einer Repräsentativverfassung mit Ministerverantwortlichkeit und Steuerverweigerungsrecht als „hochklingende Worte“ und bloße „Phantome“ dar; einziges Erfordernis der Volksfreiheit war nach seiner Ansicht wirtschaftliche Freiheit und ein gerechtes Steuersystem<sup>50</sup>. Gegen jede Notwendigkeit einer Neuerung und für unbedingte Treue und Gehorsam gegen den König traten das „Glaubensbekenntnis der preußischen Landwehr“ und zwei Schriften desselben Verfassers ein<sup>51</sup>. Zwei Aachener lobten und rühmten Preußen in jeder Beziehung, dessen Regierung eine echt liberale Politik treibe<sup>52</sup>, und warnten vor den Franzosen, die heute noch das linke Rheinufer erstrebten und ihre alte Eroberungssucht seit der Julirevolution keineswegs aufgegeben hätten<sup>53</sup>. Die Erteilung einer konstitutionellen Verfassung dürfe nicht übereilt werden, weil die Provinzialinteressen noch zu verschieden seien<sup>54</sup>; Preußen entbehre deshalb nicht der Garantien seines



Glückes, denn die „allerschönste Garantie“ liege in der Person des Königs begründet<sup>55</sup>. Zwei weitere Schriften verglichen die französischen mit den preußischen Verhältnissen. Die eine polemisiert gegen französische Pressestimmen, die verlangten, daß Preußen eine Konstitution und Preßfreiheit erhält und ein Bündnis mit Frankreich schließt<sup>56</sup>. Beide Forderungen werden zurückgewiesen. Außenpolitisch wird Preußen seinen eigenen Weg nach den inneren Lebensgesetzen des Staates gehen, und innerpolitisch braucht sich Preußen, das eine stetige Verfassungsentwicklung genommen hat, von der westlichen Macht keine Vorschriften machen zu lassen, in der bereits die achte Konstitution seit der Revolution besteht. Um zu illustrieren, wie vergänglich die modernen Verfassungsurkunden sind, fügt der Verfasser eine „chronologisch-tabellarische Uebersicht“ der 151 Verfassungen seit 1791 bei und kommt zu dem Ergebnis: 11 sind gar nicht eingeführt worden, 73 sind erloschen und nur 67 heute noch in Geltung<sup>57</sup>. Noch größerer Stolz auf das preußische Vaterland spricht aus der Broschüre, die den bezeichnenden Titel trägt: „Wo ist man liberal, in Preußen oder in Frankreich?“ Der Verfasser kennt Frankreich aus eigener Anschauung und stellt fest, daß Preußen in seiner Fürsorge für die Bildungsanstalten und in seiner gesunden Gemeinde- und Stadtverfassung dem westlichen Nachbarn weit voransteht. Das Institut der Provinzialstände vollends, die eine geeignete Grundlage für die künftigen allgemeinen Landstände bieten werden, kennt Frankreich überhaupt nicht. Hier gibt allein das Geld das Wahlrecht zur Volksvertretung, so daß Frankreich nichts anderes als eine „Geldaristokratie“ geworden ist<sup>58</sup>. Dagegen ist das preußische Prinzip, das Wahlrecht auf dem Grundeigentum zu basieren, viel besser und gesünder, da nur Grund und Boden Gewähr für konservative Gesinnung und für Dauer der Geschlechter geben, aber nicht das Geld<sup>59</sup>.

In den zuletzt betrachteten Schriften war das Gefühl, daß eine blinde Nachahmung französischer Verfassungsformen mit dem Wesen des preußischen Staats unverträglich sei, durchaus lebendig. Keiner besaß das Bewußtsein von der preußischen Eigenart und der Notwendigkeit einer selbständigen Entwicklung

so klar wie Leopold Ranke<sup>60</sup>. Der französische Zentralismus, legt er dar, ist dem preußischen Staate wesensfremd. Hier müssen sich erst die Gemeindeordnungen und die Provinziallandtage eingespielt haben, ehe an eine Gesamtstaatsverfassung gedacht werden kann. Wenn deshalb die Regierung die Stände des Reiches noch nicht berufen hat, dann liegt der Grund nicht in dem Widerwillen des Monarchen, etwas von seiner absoluten Gewalt zu verlieren, sondern in zwei anderen Tatsachen. Einmal sind in Preußen die Stände „nicht so dringend notwendig als vielleicht wo anders“, weil die entscheidenden Reformen bereits von obenher durchgeführt sind, und zum andern liegt „das Bedenkliche allgemeiner Reichsstände in jener so oft mit schonungsloser Gewalt von ihnen vollzogenen Gleichmachung des Verschiedenartigen“<sup>61</sup>. Weiter spricht sich Ranke in der HPZ über die preußische Verfassungsfrage nicht aus, doch schon diese wenigen Worte dürften genügen, um zu zeigen, daß er mit historischem Verständnis für die Handlungsweise der Regierung die Ansicht verbindet, Preußen dürfe sich nicht durch äußere Einflüsse von dem Wege ruhiger gesetzlicher Entwicklung abbringen lassen.

Von ähnlichen gemäßigt konservativen Gedankengängen ausgehend, unternahm es der schon oben erwähnte preußische Staatsrat a. D. Georg Krause, einen sehr beachtenswerten Entwurf „einer ständischen Verfassung für ein aus vielen Provinzen zusammengesetztes Reich“, also zweifellos für Preußen, zur Diskussion zu stellen. Wie kam er, dem in den „Betrachtungen“ eine starke, tatkräftige, unabhängige Regierung am wichtigsten erschien<sup>63</sup>, zu dieser scheinbar widerspruchsvollen Haltung? Er gibt selbst im Vorwort zu seinem „Versuch“ die Erklärung: der Zeitgeist ist nun einmal „gewohnt, in Verfassungsformen zu suchen, was bei einer nach vorschreitender Zivilisation strebenden Regierung nur in weisen Gesetzen begründet sein kann“<sup>64</sup>. „Auch der bessere Teil der Nationen findet sich zur Zeit zur repräsentativen Monarchie hingezogen, weil er in derselben Garantien sucht“, welche bei den großen Opfern der Völker erwünscht sind<sup>65</sup>. „Aus diesem Grunde haben die souveränen Monarchen Deutschlands, im richtigen Erkenntnis ihres eigenen Interesses, sich nach und nach bereit gezeigt, dem

Wünsche ihrer Völker gemäß, ihnen in einer ständischen Repräsentation die gewünschte Garantie zu geben, und wenn Preußen hierin noch zurückgeblieben ist, so geschah es nur, weil es in volkstümlichen Einrichtungen der neuen Verfassung erst einen festen Grund geben wollte; seine Zögerungen werden dem Staate nur zum Vorteil gereichen, und es wird die endliche Verfassung der Schlußstein in einem um so festeren Gebäude sein“<sup>66</sup>. Nachdem er die vier Gefahren, die die Monarchie zu umgehen hat, die Herrschaft der Bürokratie, Klerisei, Aristokratie und Demagogie, aufgezeichnet hat, gibt er auf S. 16—102 in dem „Versuch einer ständischen Verfassung“ einen breitausgeführten, mit erklärenden Bemerkungen versehenen Verfassungsentwurf. Als ehemaliger höherer preußischer Staatsbeamter scheint er mit den Plänen der Regierung gut vertraut zu sein, und seine Vorschläge sehen in vielen Punkten so aus, als ob sie aus den Akten der höchsten preußischen Behörden stammten. Daher bedarf sein Entwurf einer besonders eingehenden Würdigung. Er stellt drei Grundsätze für die Beteiligung der Stände am Staatsleben auf: sie können eine „wahre Garantie nur gewähren, wenn sie im richtigen Verhältnis aus allen Ständen der Nation zusammengesetzt sind“<sup>67</sup>; sie finden „ihre natürliche Wirksamkeit in den Provinzen, weil sie die Anwendung der Gesetze und ihre Erfolge übersehen und kontrollieren können“<sup>68</sup>; aber auch „von der höheren Gesetzgebung im Staatsrat dürfen sie nicht ausgeschlossen werden“<sup>69</sup>. Aus der Kommunalverfassung werden am zweckmäßigsten die ständischen Deputierten einer Provinz hervorgehen<sup>70</sup>. Das wird „für die ständische Verfassung ein großer Vorteil sein, denn die aus den Städten und Kreiskommunen gewählten Provinzialrepräsentanten werden nur das wirkliche Interesse ihrer Provinzen im Auge haben“<sup>71</sup>. Die Provinzialstände werden aus Adel, Bürgertum und Bauernstand „in gerechtem Verhältnis so gewählt, daß nach Möglichkeit nicht das Vermögen allein, sondern auch die geistige Intelligenz an der ständischen Vertretung teilnehmen kann“<sup>72</sup>. Bedingung der Wahlfähigkeit ist die Ansässigkeit, denn „eine ständische Deputiertenkammer, zu der jeder Staatsbürger, ohne Rücksicht auf seinen Wohnort, wählbar ist, kann die natürliche Garantie nicht gewähren, weil in der Regel solchen Deputierten

die Interessen fremd sind, welche sie vertreten sollen“<sup>73</sup>. Die Gesetzgebung geht folgendermaßen vor sich: die Initiative liegt beim Monarchen; die Vorschläge zu allgemeinen Gesetzen gehen erst an die Provinzialstände, von denen sie durchberaten werden, dann versammeln sich die Deputierten aller Provinzialstände in der Residenz und treten mit dem Staatsrat zusammen; dieser „vereinte Staatsrat“<sup>74</sup> endlich beschließt die Gesetze. So sind in einer obersten Behörde die Vertreter des Volkes und die höchsten Beamten aller Ministerien vereinigt. Die Legislation ist den höchsten Verwaltungsstellen nicht ganz entrissen, sondern „die Erfahrung der Administration kann die Theorie der Gesetzgebung berichtigen“<sup>75</sup>. Andererseits geben aber die Verwaltungsbehörden nicht mehr allein die Gesetze.

Krauses Vorschlag ist eigenartig und für die damalige Haltung der preußischen Regierung höchst beachtlich. Daß er nicht allein Plan eines Privatmannes war, sondern mit offiziellen Plänen in Beziehung stand, geht aus seinen Anklagen an die Bemerkung Venturinis, der Staatsrat solle einem Gerücht zufolge „durch Berufung neuer Mitglieder aus den Eingesessenen der Provinzen verstärkt und erweitert werden“<sup>76</sup>, und an das Projekt Rothers, „Deputierte aus den Provinzialständen mit dem Staatsrate oder einer Abteilung desselben zu einer landständischen Versammlung zu vereinigen“<sup>77</sup>, hervor. Der Vorschlag nahm weitgehend Rücksicht auf die Sonderart des preußischen Staates, mußte, obwohl er nicht eigentlich Reichsstände in Aussicht nahm, für den Augenblick weitherzig erscheinen und deutete in etwa bereits den Weg an, den Friedrich Wilhelm IV. später mit der Einberufung der Vereinigten Ausschüsse und des Vereinigten Landtags tatsächlich beschrift. Gab Hanseemann in klassischer Formulierung die Ansicht des rheinischen Liberalen über die Frage eines preußischen Konstitutionalismus wieder, so stellt Staatsrat Krauses Schrift ein leuchtendes Beispiel für die Reformfreudigkeit eines großen Teils des preußischen Beamten-tums in jenen Jahren dar<sup>78</sup>.

Wir wenden uns den Broschüren zu, die eine regelrechte Konstitution für Preußen forderten. Die meisten lehnten eine Beibehaltung der Provinzialstände neben dem allgemeinen Land-



tag kategorisch ab. Nur einer erkannte sie ausdrücklich als „eine die Staatsverwaltung fördernde und heilbringend wirkende Institution“ an, der Herausgeber des ANG, Alexander Müller<sup>79</sup>. Aber auch er wollte sie nur als eine „Vorschule“, nicht etwa als einen „Ersatz“ der erwarteten wahrhaften Volksvertretung betrachtet wissen<sup>80</sup> und meinte, es werde vom speziell preußischen wie vom allgemein deutschen Gesichtspunkt für den Staat ein großer Nachteil sein, wenn er nicht bald eine einheitliche Verfassung erhielte. Der Gedankengang, daß es nationale Aufgabe Preußens sei, konstitutionell zu werden, um damit an Popularität zu gewinnen, zur ideellen Einheit Deutschlands beizutragen und eine weitergehende politische Einigung zu ermöglichen, beherrschte die gesamte liberale Publizistik, die zur preußischen Verfassungsfrage Stellung nahm. Ernst Münch in „Deutschlands Vergangenheit und Zukunft“<sup>81</sup> und Wilhelm Schulz in dem Aufsatz „Das eine, was Deutschland Not tut“<sup>82</sup> zweifelten nicht daran, daß Preußen bald gezwungen sein werde, „in die Reihe der konstitutionellen Staaten einzutreten“<sup>82</sup>; denn, legte Schulz dar, seine Stellung zum Ausland ebenso wie seine innere Lage machen es zur „Pflicht der Selbsterhaltung“, eine konstitutionelle Verfassung zu geben, weil es überall an Staaten mit Repräsentativverfassungen angrenzt<sup>84</sup> und weil erst dann das preußische und das deutsche Volk bereit sein werden, das Rheinland gegen Frankreich zu schützen<sup>85</sup>. Gewiß hat es die preußische Regierung in ihrer Weisheit „nicht versäumt, die Grundlagen zu befestigen, welche die Sicherheit und Dauer des zu errichtenden konstitutionellen Staatsgebäudes verbürgen“<sup>86</sup> — gemeint sind mit den „Grundlagen“ die Aufhebung der Grundherrlichkeit, die freisinnige Städteordnung, die Heeresverfassung und die ausgezeichnete Organisation des Schulwesens, nicht aber die Einrichtung der Provinzialstände! — und wohl mag man mit Recht behaupten, daß das Staatswesen bis jetzt von unten auf nach einem folgerichtigen Plan aufgebaut worden ist, aber alle diese großartigen Einrichtungen machen es gerade „um so dringender, das einigende Band der Nationalrepräsentation recht bald ins Leben treten zu lassen“<sup>87</sup>. Wie er sich im einzelnen eine preußische Volksvertretung zusammengesetzt denkt, führt Schulz nicht aus. Daß Pfizer im Gegensatz zu

allen seinen Gesinnungsgenossen in einem preußischen Reichstag eine Gefahr für die deutsche Einheit erblickte und deshalb zunächst bloß echte Volksvertretung unter den Provinzialständen wünschte, wird im Zusammenhang mit der Entwicklung seiner Ideen darzustellen sein<sup>88</sup>. Die übrigen Liberalen erkannten eine solche Problematik nicht. Sie dachten sich eine preußische Konstitution ähnlich der irgendeines deutschen Mittelstandes mit einer oder zwei Kammern, Gewaltenteilung, allgemeinem Gesetzgebungsrecht der Reichsstände und einer verhältnismäßig straffen Zentralisierung. So stellte ein Mitglied eines preußischen Oberlandesgerichts unter 112 in kategorischem Ton gehaltenen „Aphorismen mit Bezug auf die Revision der preußischen Gesetzgebung“ die Forderungen auf: um der Einheitlichkeit des Rechtes willen muß die Provinzialgesetzgebung aufgehoben, die Provinzialstände entlassen werden<sup>89</sup>. Schöpfer des Rechts und Gesetzgeber darf nicht mehr unbeschränkt der Monarch sein, sondern „ein Staatsgrundgesetz muß feststellen, daß er nur mit Zuziehung der Stände, der Repräsentanten des Volkes ein neues Gesetz geben darf“<sup>90</sup>. Während das aktive Wahlrecht an ein nicht zu hohes Vermögen gebunden sein kann, soll das passive Wahlrecht jedem Staatsbürger zustehen<sup>91</sup>. Zwei weitere, miteinander sehr verwandte Schriften<sup>92</sup> beurteilten die innere Lage Preußens wenig günstig. Zwar kann es, so gibt Theodor Frey zu, im „Technischen des Regierens“, im Regierungsmechanismus“ als ein Muster gelten<sup>93</sup>, aber der Geist seiner Politik hat die Erwartungen des Volkes schmerzlich enttäuscht. Es hat nicht den ihm gemäßen Gang der freiesten Entwicklung angeschlagen, sondern sich dem Stabilitätssystem seiner beiden Nachbargroßmächte angeschlossen<sup>94</sup>. Unter Preßzwang, Bücherverboten, Polizeiregime und Beamten-Despotismus litt das Volk, wogegen die Aristokratie wieder keck ihr Haupt erhob und Romantik und Hegelsche Philosophie jeden freiheitlichen Geist erstickten<sup>95</sup>. Denselben Ausgangspunkt wie Frey nimmt die Flugschrift „Preußen oder Andeutungen über die politische Richtung, welche Preußen notwendig nehmen muß“, auch sie ein Kampfruf gegen die überhand nehmende aristokratische und romantische Reaktion in Preußen. Sie scheint schon ihr Augenmerk auf den Thronfolger zu richten, wenn sie nach der Ver-

sicherung, unter dem jetzigen König sei zwar eine Konstitution nicht nötig, die bange Frage aufwirft: „Aber wer bürgt für die Zukunft?“<sup>96</sup> und eindringlich vor den „Pietisten, Aristokraten und Stabilitätsmännern“ warnt, die sich immer bedrohlicher zwischen den König und sein Volk eindrängen<sup>97</sup>. Solche Stimmen entbehrten nicht eines gewissen Wahrheitsgehaltes und hatten Recht, wenn sie darlegten, daß mit der Entwicklung der Verfassungsformen eine Wandlung des Geistes der gesamten Staatspolitik verbunden sein müßte.

Zwei Norddeutsche, die nach der Julirevolution im Süden eine bessere Heimat zu finden hofften, schlugen über Preußen viel radikalere Töne an. Karl Gutzkow war Berliner Kind und hielt sich in seiner Heimatstadt auf, bis die Bewegung von 1830 den Kandidaten der Theologie unwiderstehlich dazu trieb, nach Süddeutschland zu gehen und sich ganz der Politik und der Literatur zu ergeben. In den APA äußerte er sich 1832 „über die historischen Bedingungen einer preußischen Verfassung“. Er griff damit eine viel gebrauchte Wendung der preußischen Regierung auf, daß bei einer künftigen Gesamtstaatsverfassung die „historischen Interessen“ berücksichtigt werden müßten<sup>98</sup>; denn der preußische Staat sei ein „Naturprodukt“, nicht ein „Mechanismus“, und dürfe nicht nach abstrakten Doktrinen umgeformt werden<sup>99</sup>. Welcher Staat ist, fragt Gutzkow dagegen, weniger Naturprodukt, mehr Produkt des Zufalls als Preußen? Von England mag man mit einem gewissen Recht eine solche Behauptung aufstellen; Preußens Geschichte aber ist die eines Landes, das sich allen natürlichen und geschichtlichen Voraussetzungen zum Trotz nur durch die künstlichsten Mittel und die seltsamsten Glücksfälle zur Großmacht emporgeschwungen hat. Wie soll eine Konstitution, die unter Berufung auf die „historischen Bedingungen“ erteilt wird, lebenskräftig und zeitgemäß sein? Wenn Preußen die Verfassung erhalten sollte, die ihm längst versprochen ist, dann werden nicht alle Wünsche befriedigt sein, sondern erst die Kämpfe beginnen, und wahrscheinlich wird sich der heftigste Widerspruch gegen den Geist dieser Verfassung erheben<sup>100</sup>; denn der Thronfolger, der zweifellos das Verfassungsversprechen erfüllen wird, wird allgemeine Reichsstände berufen<sup>101</sup>. Die Provinzialstände werden weiterhin

Grundlage der Verfassung bleiben, und das Recht einer Vertretung wird weiterhin auf längst verjährten Rechten und Privilegien beruhen — alles unter Berufung auf die historischen Bedingungen! Ist eine solche Verfassung überhaupt wert, ins Leben zu treten? Nein, besser gar keine Verfassung als eine solche! Das Uebergewicht der Aristokratie ist in nichts mehr berechtigt, eine selbständige Vertretung der Prälaten ist ein lebensunwürdiger Ueberrest vergangener Zeiten, und so zusammengesetzte allgemeine Reichsstände werden nur die Reaktion verstärken, statt sie zu vernichten<sup>102</sup>. Aber vielleicht hat man die historischen Bedingungen auch anders verstanden: vielleicht schafft man nach englischem Vorbild ein Parlament mit zwei Kammern, in deren erster „die Aristokratie der Geburt“, in der zweiten „die Aristokratie des Geldes“ sitzt<sup>103</sup>? Auch diese Einrichtung ist abzulehnen, weil sie nicht wahrhaft demokratisch dem Volk die Bestimmung über sein Schicksal in die eigenen Hände legt. Gutzkow wendete sich also gegen das Verlangen nach einer Verfassung um jeden Preis und betonte demgegenüber, daß nur eine wirklich liberale Verfassung annehmbar sein könne, daß sonst der Mangel einer jeden Konstitution besser als eine Vorherrschaft der feudal-aristokratischen Elemente unter den Reichsständen sei. Gedankenreich und konsequent in seinen Ideen, betrachtete er doch Preußen von seinem jugendlichen, radikal-doktrinären Standpunkt aus ohne einen Blick für die Sonderart seines Heimatstaates.

Als fanatischer Radikaler, Franzosenfreund und Republikaner entpuppt sich F. C. Johannes Müller in seinem Pamphlet „Die Politik Preußens seit Friedrichs des Großen Tode“. Ueber sein Leben wissen wir nicht viel mehr als daß er, von Herkunft Norddeutscher<sup>104</sup>, 1832 in Straßburg auftauchte, wo er der Publizierung seiner Ideen freien Lauf lassen konnte. Er fordert ganz entschieden „Umwandlung der Preußischen Politik nach innen und nach außen“. „Preußen muß sich an die Sache der Zivilisation anschließen“, d. h. im Bunde mit Frankreich, Polen, Italien und Süddeutschland gegen Rußland und Oesterreich Front nehmen<sup>105</sup>. Hält sich Preußen abseits von den Liberalen europäischen Mächten, dann ist Deutschland an Rußland, d. h. aber an Asien und die asiatische Barbarei verloren; schließt



es sich jedoch mit diesen Staaten zusammen, dann wird eine „präponderierende Macht“ geschaffen, die Europa ihre Gesetze diktieren kann. Freilich war Preußens Politik bisher immer verfehlt: 1792 durfte es nicht an dem Koalitionskrieg, 1793 an der Teilung Polens teilnehmen, 1806 nicht gegen Napoleon, 1831 nicht gegen die Polen Partei ergreifen<sup>106</sup>. Wird Preußen jetzt den richtigen Weg einschlagen? Es muß sich fest an Frankreich anschließen<sup>107</sup>, und es muß eine konstitutionelle Monarchie werden. Zwar ist Johannes Müller grundsätzlich Anhänger der Republik, auf die die europäische Staatenentwicklung zielsicher hinsteuert, allein, meint er, „solange die Dynastien nicht ausgestorben oder durch äußere Gewalt entthront sind, müssen wir uns noch mit den konstitutionellen Monarchien begnügen“<sup>108</sup>. Konstitutionelle Gewaltenteilung, das bedeutet aber, daß „alle legislative Gewalt, also auch die Frage über Krieg und Frieden in die Hand der Reichsstände, i. e. des Volkes übergeht“<sup>109</sup>. Wird diese Mindestforderung nicht gewährt, dann wird die Angelegenheit „auf eine andere — gesetzannullierende — Weise entschieden“, „der gordische Knoten zerhauen“ werden<sup>110</sup>. Müller scheut sich also nicht, Revolution anzudrohen, ja geradezu zum Fürstenmord aufzureizen. Sein Fanatismus, der ihn in Frankreich die Vormacht der Zivilisation, in Rußland den Hort der Barbarei erblicken läßt, macht ihn für alle realpolitischen Erwägungen blind. Sein Gedanke eines engen Zusammenschlusses der liberalen europäischen Mächte besaß zwar eine gewisse Großartigkeit, mußte aber im Hinblick auf Preußen völlig utopisch erscheinen: wie sollte Preußen im Stande sein, das Steuer seiner gesamten Innen- wie Außenpolitik herumzureißen, wie sollte das preußische Königtum freiwillig auf die Grundlagen seiner Macht verzichten? Johannes Müller besaß darauf nur die Antwort, daß es nötigenfalls durch die Revolution von unten gezwungen werden müsse. Innerhalb der norddeutschen Publizistik steht seine Broschüre einzig da, und es ist nur folgerichtig, daß er in Straßburg Gesinnungsgenossen suchte, die er in Preußen nicht finden konnte.

Die Bundesbeschlüsse von 1832 bereiteten der publizistischen Erörterung verfassungspolitischer Fragen ein jähes

Ende. Aussicht auf eine Verwirklichung der konstitutionellen Wünsche in Preußen war unter Friedrich Wilhelm III. jetzt nicht mehr vorhanden. Die Bewegung von 1830 war an dem preußischen Staate äußerlich spurlos vorübergegangen. Weder die Pläne der führenden Staatsmänner noch die Denkschriften aus dem Rheinland noch die publizistischen Vorschläge hatten irgendwelchen Erfolg gehabt. Die Broschüren, die nach 1832 erschienen, befaßten sich meist nur mit finanzpolitischen und verwaltungstechnischen Fragen.

David Hansemanns umfangreiches Werk von 1833 „Preußen und Frankreich“ entfesselte noch einmal eine lebhaftete Diskussion. Es beschäftigte sich in der Hauptsache mit staatswirtschaftlichen Dingen und suchte den Nachweis zu führen, daß die westlichen Provinzen in der Grundsteuer bedeutend stärker als die östlichen belastet seien. Nur in der sechsten und letzten Abteilung waren im 25. bis 27. Kapitel politische Bemerkungen angefügt, in denen Hansemann die Gedankengänge seiner Denkschrift vom 31. Dezember 1830, aber in viel schonenderer und vorsichtigerer Form wiederholt. Er führt aus: Preußen steht Frankreich hinsichtlich seiner natürlichen Staatskräfte bei weitem nach<sup>111</sup>. Es ist an Umfang kleiner, hat eine geringere Bevölkerungszahl und ein geringeres Nationalvermögen, muß also den Mangel an materiellen Kräften durch moralische Kräfte auszugleichen suchen<sup>112</sup>. Solche Mittel sind 1. ein zweckmäßiger Staatsorganismus, 2. Besetzung der höchsten Staatsstellen mit den fähigsten Männern, 3. „Nationalgefühl, Anhänglichkeit der Nation an die Dynastie und an die Staatsinstitutionen, Einheit und Gleichartigkeit der Nationalgesinnung und -interessen in den verschiedenen Teilen des Staates“<sup>113</sup>. Diese Einheit und Gleichartigkeit besteht dann, wenn der Staat eine breite soziale Basis hat: „jede Staatsgewalt muß eine Schwerkraft haben, wenn sie fest und wohlbegründet sein soll“<sup>114</sup>. England hat eine solche Schwerkraft in seiner Aristokratie. Die Revolution bildete in Frankreich den Mittelstand zu jener Kraft heran, dessen Macht die Julirevolution nur noch verstärkt hat. Auch in Deutschland, zunächst in den kleineren deutschen Staaten, ist der Mittelstand „zu der Fähigkeit herangewachsen, Schwerkraft der Staatsgewalt sein zu können“<sup>115</sup>.

Für Preußen besteht dieselbe Notwendigkeit, sich auf eine Schwerkraft zu stützen. Die Aristokratie hat „keine politische Kraft mehr“<sup>116</sup>, ihr Einfluß wird immer mehr und mehr untergraben. Die Beamtenschaft hat zwar in Preußen außerordentlich viel geleistet und leistet heute noch viel, aber sie kann nicht allein Träger des Staates sein. Preußen muß sich wie Frankreich und die anderen deutschen Staaten auf den Mittelstand stützen, der der Monarchie durchaus zugetan ist, Ruhe und Stabilität liebt und nur dann, wenn ihm die Zugeständnisse, die er fordern kann, beharrlich verweigert werden, der Monarchie gefährlich werden und eine feindselige Stellung zu ihr einnehmen wird<sup>117</sup>. Will Preußen sich auf diese neuen Kräfte stützen, dann bedarf es nicht, wie die „Liberalen“ meinen, einer nach Doktrinen aufgebauten Konstitution, sondern einfach nur „der gesetzlichen Anerkennung der in den politischen und bürgerlichen Verhältnissen eines Staates vorgegangenen Veränderungen“<sup>118</sup>. Hansemann spricht nicht klar aus, ob er eine Verfassung für Preußen wünscht oder nicht. Er war zu klug, etwas zu fordern, was sich zu einem viel günstigeren Zeitpunkt zwei Jahre vorher nicht hatte durchsetzen lassen, und zu vorsichtig, der Öffentlichkeit so freimütig seine Anschauungen zu offenbaren, wie er es dem Kabinett gegenüber getan hatte.

Hansemanns Buch erregte großes Aufsehen<sup>119</sup>. Die meisten polemischen und apologetischen Schriften setzten sich nur mit den finanzpolitischen Fragen auseinander. Einen „übermäßig scharfen und absprechenden Angriff gegen Hansemann“<sup>120</sup> richtete der Bonner Staatswissenschaftler Peter Kaufmann. Er bezeichnet die Schrift als „ein kindisches, des denkenden Mannes unwürdiges Werk“<sup>121</sup> und wendet sich überhaupt gegen die Möglichkeit, mit statistischen Hilfsmitteln die Verhältnisse der westlichen und östlichen Provinzen miteinander zu vergleichen. Hansemanns politische Ansichten hält er für „wenig hinlänglich gestützt“<sup>122</sup>, ja für gefährlicher und schädlicher als die jedes anderen Werkes der letzten Zeit; denn es schwächt die innere Kraft des preußischen Staates, indem es die Treue und Anhänglichkeit der Bürger an das Regentenhaus untergräbt und einen „Zwiespalt der Provinzialinteressen“ hervorruft<sup>123</sup>. Eine sachliche Widerlegung der politischen Meinungen seines Gegners

bot Kaufmann nicht. Auch der hochmütige Ton seiner Schrift war nicht sonderlich geeignet, Vertrauen in seine Argumente zu erwecken. Wie sehr aber die Regierung mit ihm einverstanden war, dokumentierte sie damit, daß sie ihm eine goldene Medaille für seine Schrift verlieh<sup>124</sup>; ein Zeichen dafür, daß sie den rheinischen Liberalismus für staatsfeindlich und -gefährlich hielt, ihn, der an Treue gegen Preußen und an Mäßigung seiner politischen Ansichten seines gleichen suchte.

1835 gab es noch ein leises Aufflackern des Verfassungsbegehrens. Auf eine anonyme Broschüre „Preußen den konstitutionellen Staaten Deutschlands gegenüber“, die zu dem Ergebnis kam, Preußen könne „einer Konstitution des heutigen Tages sehr wohl entraten“<sup>125</sup>, weil „eine plötzliche Unterbrechung des bisherigen Staatslebens und die völlige Umgestaltung desselben“ damit verbunden sei<sup>126</sup>, entgegnete der Breslauer Professor Ludewig Thilo in scharfer Form. Die Verfassung, so erklärte er, ist nicht ein „Mittel zum Zweck“, sondern „das Ziel und der Endzweck aller vernünftigen Staatsentwicklung“<sup>127</sup>. Eine wahre Konstitution bedeutet Regelung des „öffentlichen Rechtsverhältnisses zweier Staatsmächte, des Volkes und der Obrigkeit“<sup>128</sup>. Wer daher, wie der Verfasser der Schrift „Bedarf Preußen einer Konstitution?“ verlangt, daß das Volk seine Ansprüche auf Feststellung dieser Rechtsverhältnisse aufgibt, verlangt etwas Unmögliches, verlangt, daß das Volk seine eigene Entwicklung hemmt und auf seine natürlichen Rechte verzichtet. Als gemäßigter Liberaler<sup>129</sup> verfocht so Thilo mit Entschiedenheit den Rechtsanspruch des Volkes auf eine Verfassung.

Wie feindselig damals die Stimmung des Adels gegen die Erteilung einer Konstitution eingestellt war<sup>130</sup>, möge zum Schluß noch an der Schrift von Schliebens „Preußenworte zur Verständigung“ gezeigt werden. Sie gibt den Entwurf einer Rede wieder, die auf dem 4. Brandenburgischen Provinziallandtag gehalten werden sollte, demselben, bei dessen Eröffnung von den Marwitz die oben zitierten denkwürdigen Worte sprach<sup>131</sup>. Von Schlieben steht auf dem gleichen Standpunkt. Preußen hat eine segensreiche Verfassung, die alle notwendigen Freiheiten gewährt. „Ueberall tut sich eine steigende Entwicklung, eine



fortschreitende Ausbildung, eine wachsende Verbesserung kund: nirgends ist Stockung, nirgends Verknöcherung, nirgends Erstarrung“<sup>132</sup>. In Preußen „glänzt die Sonne der Zufriedenheit“<sup>133</sup>. Seine Stellung ist „im Innern veredelt, entwickelt, vollkräftig, großartig; nach außen würdevoll, ehrfurchtgebietend“<sup>134</sup>. Es besteht daher nicht der geringste Anlaß, den bisherigen Weg zu verlassen und konstitutionelle Bahnen zu betreten. Vor den „sinnberückenden Phrasen“ des Liberalismus, dieses „Götzen des Tages“, ist vielmehr auf das nachdrücklichste zu warnen<sup>135</sup>. Die modernen Verfassungen und Staatsformen sind „in ihrem Ursprung unsittlich; denn Selbstsucht hat sie erzeugt, Argwohn sie geboren, Haß sie gepflegt“<sup>136</sup>; sie sind unrechtlich, denn sie erniedrigen die Regierung zu einer Partei, stürzen den Fürsten von der Höhe der Majestät herab und machen ihn zu einem „besoldeten Diener des Staates“<sup>137</sup>; und schließlich tragen sie „den Keim des notwendigen Untergangs des Staatsgebäudes in sich“, wie die dauernden Umtriebe, Aufregungen, Ministerwechsel usw. in Frankreich deutlich zeigen<sup>138</sup>. Der Stolz auf die achtungheischende Stellung Preußens inmitten des tobenden Wogens der Julistürme tritt in diesen Worten stark hervor, aber ebenso stark auch die völlige Unfähigkeit der Aristokratenpartei, die innere Kraft der Bewegung abzuschätzen, die 1830 an den Grenzen der norddeutschen Großmacht wohl noch Halt machte, 18 Jahre später jedoch die Dämme überflutete und die Grundfesten wegzuschwemmen drohte. Weder die feudalaristokratische Reaktion noch der liberale Doktrinarismus konnten das rechte Verständnis für die preußischen Staatsnotwendigkeiten aufbringen. Dies konnten allein der historische Konservatismus, das reformfreundige Beamtentum und der rheinische Liberalismus. Zukunftsweisend erklangen ihre Worte 1830; die wenigsten von ihnen wurden vernommen; wo sie vernommen wurden, wurden sie zurückgewiesen.

### Dritter Teil.

## Die Frage der Bundesreform und das preußisch-deutsche Problem in der Publizistik.

Durch die Karlsbader Beschlüsse war die öffentliche Meinungsäußerung über die Probleme der deutschen Einheit gewaltsam unterbunden worden. In den elf Jahren bis zur Julirevolution befaßten sich nur wenige Schriften, und diese gleichsam nur in theoretischer Erörterung, mit den entscheidenden Fragen<sup>1</sup>. Von 1830 bis 32 setzte wieder, allmählich beginnend und sich bis zu dramatischen Höhepunkten steigend, eine lebhafte Diskussion ein, deren Wortführer zumeist Süddeutsche waren, die aber auch in Preußen und den norddeutschen Mittel- und Kleinstaaten Widerhall fand. Die Fragestellungen hatten sich gegenüber der Zeit von 1815—19 wesentlich verschoben. War damals der außenpolitische Gesichtspunkt der Sicherung gegen den französischen Angreifer maßgebend gewesen, so herrschten jetzt die innerpolitischen, konstitutionellen Tendenzen durchaus vor. Die letzten fünfzehn Jahre hatten politische Fakta geschaffen, die in keiner ernsthaften Erwägung unberücksichtigt bleiben konnten, und die Erfahrungen dieses eineinhalben Jahrzehnts hatten den Blick für die Mängel und Fehlerquellen des bestehenden Zustandes geschärft. Folgende Momente der Entwicklung sind hervorzuheben: die Einzelstaaten hatten sich in ihrem Gefüge durch Verfassungs- und Verwaltungsreformen so gefestigt, daß sie jedem Aufgeben ihrer Souveränitätsrechte widerstrebten. Andererseits hatte der Deutsche Bund, schon 1815 als Verlegenheitslösung betrachtet, die in ihn gesetzten Erwartungen enttäuscht. Weder eine einheitliche Heeresverfassung war eingeführt noch die Verheißungen der deutschen Bundesakte allenthalben erfüllt worden (Artikel 13!); an eine

einheitliche Vertretung Deutschlands dem Ausland gegenüber war nicht mehr zu denken; die Handelsgesetzgebung hatte der deutsche Bund der Initiative der großen Einzelstaaten überlassen. So war seine Tätigkeit mehr negativer als positiver Art gewesen. Mit den Beschränkungen der Preßfreiheit und den Demagogenverfolgungen hatte er sich vollends alle Sympathien in liberalen Kreisen verscherzt. Die grundsätzliche Frage mußte jetzt auftauchen, ob er in seiner gegenwärtigen Gestalt überhaupt beibehalten werden könne, ob es möglich sei, ihn durch Hinzufügung volkstümlicher Institutionen lebenskräftig zu machen, oder ob die Einheit Deutschlands ohne und gegen ihn auf dem Wege der Revolution oder Diktatur hergestellt werden müsse.

Mit drei großen Problemkreisen in der deutschen Frage beschäftigte sich die Publizistik von 1830:

1. Wie soll das Verhältnis von Bund bzw. Reich zum Einzelstaat begründet werden? Alle möglichen Schattierungen von nahezu völliger Souveränität der Einzelstaaten über einen föderalistischen Reichtsaufbau bis zu weitgehender Beschränkung der Souveränitätsrechte und einem straffen Zentralismus waren denkbar. Es war von entscheidender Wichtigkeit, ob man die Deutsche Bundesakte und die Wiener Schlußakte als Grundlagen anerkannte oder ob man die schweizerische oder nordamerikanische Verfassung zum Vorbild nahm, ob ein Schriftsteller als Preuße die Schwierigkeiten einer freiwilligen Entäußerung von Hoheitsrechten erwog oder vom kleinstaatlichen Gesichtspunkte aus eine unitarische Reichsverfassung für möglich hielt. Als vollends der Bundestag 1832 eine aktive Politik im reaktionären Sinne einzuschlagen begann, gerieten die Einheitswünsche in einen bedenklichen Konflikt mit den konstitutionellen Bestrebungen. Plötzlich verschoben sich die Fronten: die liberalen Tendenzen gingen mit den partikularen ein Bündnis ein, weil ein Souveränitätsverlust der Einzelstaaten als gleichbedeutend mit einer Niederlage des Konstitutionalismus erachtet wurde.

2. Wie war es möglich, Freiheits- und Einheitsbestrebungen zu verbünden? Man konnte entweder versuchen, den Deutschen Bund durch Anteilnahme der Nation an seiner Politik volkstümlich zu machen und, wie in jedem Einzelstaat, so im

Bund bezw. Reich eine echt konstitutionelle Gewaltenteilung durchzuführen, oder — dieser Weg war theoretisch einfacher — vom Grundsatz der Volkssouveränität aus gleichmäßige demokratische oder gar republikanische Verfassungen in den Ländern und im ganzen Reiche herzustellen. Beide Möglichkeiten wurden erörtert, der erstere Vorschlag war fast Allgemeingut der Liberalen, der zweite besaß nur wenige, aber fanatische Anhänger.

3. Wie sollte die Exekutive in dem deutschen Gesamtstaate bestellt und wie ihre Wirksamkeit gesichert werden? Man dachte an einen Turnus unter den deutschen Souveränen, an die Wahl eines Fürsten auf beschränkte Zeit und an ein dualistisches oder Triasverhältnis zwischen den kleineren Staaten und den beiden Großmächten. Die Frage wurde noch kompliziert durch die Tatsache, daß Preußen und Oesterreich als einzige Staaten nach 1830 ihr absolutes Regime beibehielten, während alle anderen eine wenn auch noch so altständische Gesamtkonstitution besaßen. Sollten und konnten Preußen und gar Oesterreich in ein auf konstitutionellen Grundlagen beruhendes deutsches Reich überhaupt aufgenommen werden? Und dahinter tauchte bei einigen wenigen Publizisten die Erkenntnis auf, daß es sich hier außerdem um eine Machtfrage, nicht bloß um einen Prinzipienstreit handele, daß nicht beide Mächte in einem gefestigten deutschen Reichsverbände nebeneinander stehen können, sondern nur eine von beiden, und daß diese eine Macht notwendig die Hegemonie beanspruchen muß. Aber die Einsicht in diese Machtfrage verband sich noch vielfach mit liberalen Doktrinen. Die Erkenntnis der inneren Lebensgesetze des preußischen Staates blieb nur wenigen auserlesenen Geistern vorbehalten.

Von welchen Kräften, fragen wir weiter, wurden die Einheitsforderungen getragen? Es muß betont werden, daß es ausschließlich liberale Gruppen waren, die 1830—32 Programme zur Herstellung eines festeren Deutschen Bundes entwarfen. Aber ebenso auffallend wirkt die Erscheinung, daß die Namen der Führer der doktrinären Richtungen unter den Vorkämpfern der Einheit fehlen. Murhard und Pölitx ließen nicht ein Wort über dieses Problem verlauten; es schien ihnen zu genügen, wenn in jedem einzelnen Staate eine konstitutionelle Verfassung ein-



geführt wurde. Auch Rotteck betrachtete vermutlich, obwohl er sich mit Welckers Antrag solidarisch erklärte, die Bestrebungen seiner Gesinnungsgenossen sehr skeptisch und betonte mit nicht zu überbietender Schärfe, daß ihm zunächst die Herstellung der Freiheit wichtiger sei als die der Einheit<sup>2</sup>. Die Konservativen verhielten sich gegen alle Reformwünsche ablehnend, teils weil sie einer Minderung der fürstlichen Macht widerstrebten, teils weil sie ein Abgleiten auf revolutionäre Wege befürchteten. So bleiben als Träger der nationalen Tendenzen die gemäßigten Liberalen in Baden, Württemberg, Mitteldeutschland und im Rheinland und die radikalen Demokraten in Frankfurt, der Pfalz und Straßburg mit ihren an Zahl sehr geringen Anhängern in Norddeutschland. Wir unterscheiden drei Programme, die mit den Namen Schulz und Welcker, Pfizer und Münch und Wirth charakterisiert und in ihren Hauptpunkten kurz gezeichnet sein mögen:

1. Der Vorschlag Welckers, der sich der weitesten Zustimmung erfreute, sieht lediglich eine deutsche Nationalvertretung am Bundestag, also eine Art Zweikammersystem vor. Ob dies Kollegium aus Mitgliedern der Landtage der Einzelstaaten zusammengesetzt oder unmittelbar vom Volk gewählt wird, ist eine Frage sekundärer Bedeutung. Wesentlich ist, daß die Konstitutionalisierung Erfordernis für den Eintritt in den engeren deutschen Staatsverband gemacht wird. Die Organisation der Exekutive wird als Frage zweiten Ranges betrachtet und vorerst bewußt ausgeschaltet in der Hoffnung, daß sich eine Lösung dieses Problems später von selbst ergeben werde.

2. Im Gegensatz dazu gehen Münch und Pfizer sofort von der Frage aus, welche Macht die Führung des deutschen Reiches übernehmen soll. Sie vertreten eine Hegemonie Preußens, allerdings auch unter der Voraussetzung, daß es konstitutionell wird, was sie in absehbarer Zeit erwarten. Eine Annäherung an die Gedankengänge Welckers ergibt sich bei ihnen insofern, als sie beim Scheitern dieser Hoffnung auch eine engere Vereinigung der konstitutionellen Staaten durch Einberufung einer Volkskammer am Bundestag befürworten. Aber dadurch, daß sie das Problem des preußisch-österreichischen Dualismus aufrollen und den Anspruch Preußens auf die Hegemonie anerkennen, zeigen sie eine viel tiefere Einsicht in die realpolitischen Verhältnisse als Welcker, Jordan und die Mehrzahl der Liberalen.

3. Die Anschauungen Wirths entwickelten sich erst spät, aber innerlich folgerichtig zu jenen Ideen einer demokratischen Republik, die er auf und nach dem Hambacher Fest vortrug. Seine Gedanken übertreffen die Welckers an Geschlossenheit, weil sie eine parlamentarische Regierung vorsehen, so daß die Exekutive von den Volksabgeordneten abhängig ist; aber ihre Verwirklichung war nur auf gewaltsamem Wege möglich, und die energischen Maßnahmen des Bundestages gegen die pfälzische und die straßburgische Presse waren eine staatspolitische Notwendigkeit.

Alle drei Programme, sahen wir, gingen von liberalen Gruppen aus. Alle drei suchten die beiden großen Tendenzen des Jahrhunderts, das Einheits- und das Freiheitsverlangen, in verschiedenen Modifikationen zu verbünden. Keinem war nach der Julirevolution auch nur der geringste Erfolg beschieden. Indem der Bundestag, durch die Ereignisse in der Pfalz erschreckt, die Presse von neuem drosselte, machte er unterschiedslos den radikalen und den gemäßigten nationalen Bestrebungen ein Ende. Die Anträge und die Forderungen, die nach Mitte 1832 gestellt und vorgetragen wurden, waren von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt, ebenso wie die Masse der Proteste gegen die Bundesbeschlüsse ohne Wirkung blieb. Bis zum Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. mußten alle Erwartungen zurückgestellt werden.

Die Diskussion über die Bundesreform kam nur langsam in Fluß. Oben war bereits davon die Rede<sup>3</sup>, wie sich kurz nach den revolutionären Zuckungen vom August und September 1830 die Publizistik mit der Frage beschäftigte, mit welchen Mitteln eine Wiederholung solcher bedenklichen Vorgänge vermieden werden könnte. Von Strombeck faßte seine Wünsche in den Ausruf zusammen: Gebt „ein Bundesgericht, verantwortliche Minister und Landstände! Krönt dann das Ganze ein einziges Zollsystem für ganz Deutschland, so steht das herrliche Land fest, ein Felsen in den Stürmen der Zeit, trotzend den Wogen, die von Westen seine Dämme zu durchbrechen drohen“<sup>4</sup>! Die Broschüre „Blicke auf Deutschlands Lage seit dem Wiener Kongreß“, zur gleichen Zeit wie Strombecks vielbeachtetes Schriftchen verfaßt, erinnerte

die Fürsten an ihre Verheißungen von 1815 und mahnte zur Erfüllung von Artikel 13 und 19 der Bundesakte<sup>5</sup>. Beide Schriften stellten sich auf den Rechtsboden der Bundesverfassung und glaubten, daß den Forderungen des deutschen Volkes Genüge getan sei, wenn ein Bundesgericht geschaffen und in jedem einzelnen Staat eine landständische Verfassung eingeführt wäre. Aber selbst eine Erfüllung dieser Wünsche mußte bei eingehenderer Betrachtung nur als eine unzulängliche Sicherung der nationalen wie der konstitutionellen Rechte des deutschen Volkes anmuten. Ebenso fraglich mochte der Wert der Anregung erscheinen, die der anonyme Verfasser der Schrift „Was haben die deutschen Bundesstaaten gegenwärtig zu tun?“ gab. Er wollte die Initiative den deutschen Fürsten überlassen und hoffte so auf eine schnelle direkte Abstellung der Mängel der Bundesverfassung. Er schlug eine „schleunige außerordentliche Versammlung aller Mitglieder des deutschen Bundes durch eigenes Erscheinen der Fürsten“<sup>6</sup> vor, am besten in Nürnberg. Dabei soll der ewige Bund zwischen Fürsten und Völkern neu bekräftigt, Mittel zur Befestigung der Ruhe im Innern beraten und ein Ausschuß von 6 bis 7 verständigen Männern erwählt werden, der alle sechs Monate neu zu bestätigen ist und die Maßregeln zur Wahrung der Sicherheit ergreift. Die Einzelstaaten mit Ausnahme Preußens und Oesterreichs verzichten zugunsten des Deutschen Bundes darauf, sich durch eigene Gesandte im Ausland vertreten zu lassen, ein Bundesoberster erhält die Leitung des Heeres. So wird Deutschland nach innen gesichert dastehen und nach außen hin einheitlich auftreten. Ein Manifest an die Deutschen schließlich soll der Nation Sinn und Wert der neuen Regelung vor Augen führen<sup>7</sup>. Der Vorschlag wollte die Reformwünsche des deutschen Volkes berücksichtigt sehen, aber dem Volk selbst keinen Anteil am politischen Geschehen gewähren. Ein solcher unmittelbarer Anteil wurde aber bald und immer stürmischer gefordert.

In seiner kritischen Auseinandersetzung mit Strombeck stellt Jürgens, ohne sie näher zu begründen, präzise die Forderung auf: Deutschland muß aus einem Staatenbund ein Bundesstaat werden, und die Nation muß am Bundestage eine Vertretung erhalten<sup>8</sup>. Damit waren die Stichworte gegeben, die nun fast überall wieder-

begegnen. Schon zwei Monate vor Jürgens, im Oktober 1830, also fast ein halbes Jahr vor Pfizer und ein ganzes vor Welcker, entwickelte Ernst Münch, ein bekannter Historiker und Publizist, damals Oberbibliothekar im Haag, seine Gedanken über „Deutschlands Vergangenheit und Zukunft“<sup>9</sup>. Als glühenden deutschen Nationalisten ergriff ihn die belgische Erhebung, die er aus nächster Nähe miterlebte, mit tiefster Empörung, und er faßte die Idee einer großgermanischen Union oder Konföderation zur Abwehr von Welschtum und Slaventum. Den Kern dieser Vereinigung wird der deutsche Bund mit Preußen an der Spitze bilden, Oesterreich wird in dem Verhältnis einer Art weiteren Bundes dazu stehen, und die übrigen germanischen Staaten können beitreten: die Niederlande, Dänemark und die Schweiz<sup>10</sup>. Der engere Bund, dem Oesterreich, vielleicht auch Bayern(!) nicht angehören wird<sup>11</sup>, bedarf eines kräftigen Protektors an der Spitze, eines Präsidiums mit Diktaturbefugnissen im Notfalle. Dieser mit ausgedehnten Vollmachten versehene „Direktor“ oder „Protektor“ des Bundes kann nach Maßgabe seiner moralischen und politischen Kräfte nur Preußen sein<sup>12</sup>. Neben dem Protektor stehen ein Ephorat, ein Nationalsenat und ein Tribunat, jene aus Bevollmächtigten der übrigen Staaten, dieses aus Vertretern der Landstände der Einzelstaaten zusammengesetzt<sup>13</sup>. Unerläßliche Voraussetzung ist allerdings, daß in jedem Staat eine landständische Verfassung besteht, also auch in Preußen das Verfassungswerk energisch in Angriff genommen wird<sup>14</sup>.

Münchs bedeutsamen und, wie die Auflagen zeigen, vielbeachteten Ideen beruhen auf streng nationalkonstitutionellen Anschauungen. Er unterscheidet zwei liberale Parteien, eine französisch-liberale, für die die Freiheit wichtiger ist als die Einheit, und eine „national-germanisch-liberale“<sup>15</sup>, der er sich selbst zurechnet. Seine politischen Grundsätze hat er in einem späteren Aufsatz<sup>16</sup> ausgesprochen: das monarchische Prinzip muß in Deutschland aufrecht erhalten bleiben, die konstitutionellen Errungenschaften müssen in ihrem vollen Umfang verteidigt und die Nationalunabhängigkeit und Gebietsintegrität um jeden Preis gewahrt werden<sup>17</sup>. Daß er Preußen zum Schirmherrn Deutschlands ausersehen und sich über



das Verhältnis der Reichsexekutive zu der von Volksrepräsentanten mitbestimmten Legislative Gedanken gemacht hat, erhöht die Bedeutung seiner Schrift. Auch die mannigfachen Sonderbarkeiten unterstreichen nur die Originalität seines Denkens. Mit seinen pangermanischen Ideen steht er nicht allein, sondern hat manche anderen Publizisten zu Gesinnungsgenossen<sup>18</sup>. Leider hielt er seine Anschauungen nicht lange aufrecht. Anfang 1832 verteidigte er sich in den „Denkwürdigkeiten“ gegen Vorwürfe der Liberalen, die ihn als Abtrünnigen betrachten, weil er die belgische Revolution verurteilt hatte. Darin erläuterte er „Deutschlands Vergangenheit und Zukunft“ dahin, er habe nicht die Hegemonie Preußens in Form einer Herrschaft errichten, sondern nur die Notwendigkeit dartun wollen, daß sich eine der Großmächte im Ernstfalle an die Spitze Deutschlands stelle. Als Voraussetzung habe er aber angenommen, daß Preußen eine allgemeine Konstitution erhalte. Da dies jedoch nicht eingetreten und in Preußen vielmehr eine reaktionäre Partei ans Ruder gekommen sei, habe er sich und werde er sich weiterhin jeder Meinungsäußerung über die deutsche Einheitsfrage enthalten<sup>19</sup>. So nahm er mancherlei aus seinen früheren Schriften wieder zurück, was an Bedingungen geknüpft war, die sich nicht hatten erfüllen lassen.

Um die Jahreswende 1830 auf 31 befaßten sich mehrere Schriften mit der deutschen Einheitsfrage. Ein Aufsatz in der „Neuen Zeit“ betonte, daß in Deutschland wohl alle Elemente „eines Förderativstaates, der die Ruhe im Innern sicherte und Achtung nach Außen geböte“, vorhanden seien, es aber noch an dem entscheidenden Impuls fehle. „Nur ein großer Staat kann den Impuls zu einer so großen Maßregel geben“. Diese Macht kann nicht Oesterreich sein, sondern allein „jener Staat, der mit der wechselnden Aufklärung in Deutschland groß geworden ist, der Erinnerungen an große Männer und Epochen in sich bewahrt, den die Stämme deutscher Zunge stets als den Schützer der religiösen Freiheit und der Zivilisation betrachtet haben und der sich nur für einen Augenblick auf die Irrwege einer falschen und ränkevollen Politik hat verleiten lassen“<sup>20</sup>. Es ist erstaunlich, daß solche Ansichten in einer Zeitschrift geäußert wurden, die radikal-liberalen Tendenzen huldigte und zumeist Artikel aus

„Rheinbayern“ und den übrigen pfälzischen Blättern abdruckte. Wie preußenfreundlich Anfang 1831 selbst in der Pfalz noch die Stimmung war, zeigt die eigenartige, den Königen Preußens und Bayerns gewidmete Schrift „Deutschland, was es ist und was es werden muß“. Ihr Verfasser erklärt im Eingang, er wolle keine Theorien entwickeln, sondern unmittelbar praktische Vorschläge machen. Streng konstitutionell erkennt er das Eigenrecht von fürstlicher und Volksgewalt an und wünscht „Eintracht zwischen Fürst und Volk“<sup>21</sup>. Streng national, geißelt er alle Bestrebungen, „die vaterländische Obrigkeit mit französischer Scheinfreiheit vertauschen“ zu wollen<sup>22</sup>. Er fordert für Deutschland Einheit im Innern, d. h. „gemeinsame Gesetzgebung, Verfassung, Verwaltung aller deutschen Staaten“<sup>23</sup> und Einheit nach außen, nämlich ein Bundesheer, einen Zollverband und einheitliche Außenpolitik. Zu diesem Zweck müssen die einzelnen Staaten mit Ausnahme Oesterreichs, das Deutschland immer mehr entwachsen ist und nichts Gemeinsames mehr mit ihm hat<sup>24</sup>, „ein Schutz- und Trutzbündnis für den Frieden“<sup>25</sup> schließen. Durch einen Nationalkongreß neben der Vereinigung der Fürsten wird das deutsche Volk an den Segnungen der neugewonnenen Einheit teilhaben, und die Garantie für den Frieden wird von den beiden größten Mächten des Nordens und Südens, Preußen und Bayern, übernommen werden<sup>26</sup>. Weit davon entfernt, Preußen eine Vormachtstellung einzuräumen, erkennt doch die Flugschrift die Machtfragen, die die Herstellung einer engeren deutschen Einheit aufwerfen wird; wenn sie eine preußisch-bayrische Führung empfiehlt, beschwört sie freilich damit einen neuen Dualismus herauf. Lempfrid<sup>27</sup> hebt die Einzigartigkeit dieser gemäßigten Anschauungen in der Pfalz hervor, berücksichtigt aber nicht die Tatsache, daß der unitarische, franzosenfreundliche Radikalismus erst ein Jahr später im linksrheinischen Bayern das Feld beherrschte.

Als letztes Beispiel für die Verbreitung preußischer Hegemoniegedanken vor dem Erscheinen des Pfizerschen Werkes ziehen wir Hansemanns große Denkschrift vom 28. Dezember 1830 heran, in der der Aachener Kaufherr die Notwendigkeit einer Repräsentativverfassung für Preußen aus sozialen und politischen Gründen darlegt<sup>28</sup>. Am Schluß kommt er darauf zu sprechen,

daß nur ein konstitutionelles Preußen seinen deutschen Beruf erfüllen kann; denn „es ist Preußens erhabener Beruf, zur Befestigung seiner eigenen und Deutschlands Macht und Wohlfahrt des letzteren Führer zu sein und dasselbe in einem gemeinsamen festgeknüpften Bunde zu vereinigen, dessen Haupt Preußen ist“<sup>29</sup>. Oesterreich, das jener Aufgabe völlig entfremdet ist, muß aus Deutschland ausgeschlossen werden. Preußen soll den Impuls zur Herstellung eines „einigen Föderativstaates“ geben<sup>30</sup>, der auf folgender Basis beruhen wird: die einzelnen Staaten genießen im Innern volle Souveränität, die nur beschränkt ist „durch die Prinzipien, durch welche der Bund Einheit und Kraft erlangt“. Dem Bundestag zur Seite steht „eine nach dem Verhältnisse der Seelenzahl der Bundesstaaten durch die Stände dieser letzteren zu ernennende Bundesversammlung“<sup>31</sup>, von ihm ernannt führt ein Exekutivrat die Regierungsgeschäfte. Preußen ist stets erstes Mitglied dieses Rates, „mit einer seiner Macht angemessenen Präponderanz“<sup>32</sup>. Wie weitgehend Hansemann sich die Vorherrschaft Preußens denkt, wird nicht ganz klar und erscheint widerspruchsvoll. Wenn er einerseits die Organisation des Bundes mit Preußen als „Haupt und Seele“<sup>33</sup> beibehalten will, andererseits aber sogar die Möglichkeit erwägt, daß Preußen „untergeht, um als Deutschland zu erstehen“<sup>34</sup>, so zeigt er damit höchstens Verhältnisse, die Anfang und Ziel einer langen Entwicklung sein, jedoch nicht zeitlich zusammengehören können. Eine seltsame Verkennung der Wesensart des preußischen Staates durch den rheinischen Liberalen verrät die Behauptung, daß Preußen kein Militärstaat, sondern lediglich auf moralische Eroberungen angewiesen sei und nur defensive politische Aufgaben habe<sup>35</sup>.

Im Frühjahr 1831 erschien Paul Pfizers „Briefwechsel zweier Deutschen“. Das Werk des Tübinger Assessors ist das an Gedanken über die deutsche Einheit reichste Buch der dreißiger Jahre. Sein Verdienst beruht nicht etwa darauf, daß es die Hegemonie Preußens zuerst und am entschiedensten gefordert und die künftige Entwicklung Deutschlands am klarsten vorausgesehen habe; schon vor ihm hatte die Führerstellung Preußens beredte Anwälte gefunden, mochten sie nun bloß von dem Impuls,

den Preußen geben, der Garantie, die es übernehmen müsse, sprechen oder die Begriffe Präsidialgewalt, Protektorat, Präponderanz oder Hegemonie für die ihm zukommende künftige Stellung prägen — Begriffe, die mannigfache Schattierungen hoheitlicher Befugnisse in sich schlossen. Pfizers Größe besteht vielmehr darin, daß er nicht mit leichter Mühe wichtige Fragen zu lösen und Programme zu entwickeln suchte, sondern die Probleme des Einheits- und Freiheitsgedankens, des preußisch-oesterreichischen Dualismus und des preußisch-deutschen Verhältnisses bis zum Letzten durchreflektierte<sup>36</sup>, daß er das Ineinander von Machtfragen und Prinzipienkämpfen durchschaute und daß er Dilemmata entdeckte, die seinen liberalen Zeitgenossen verborgen blieben. Der Eindruck seiner Schrift war deshalb so groß, weil hier ein Süddeutscher den preußischen Staat als Machtfaktor positiv bewertete und dem Norden auch für die Zukunft ein entscheidendes politisches Übergewicht zubilligte. Die Gedankengänge des Buches brauchen hier nicht im einzelnen wiederholt zu werden, sie sind von Meinecke<sup>37</sup> analysiert und von Brie, Treitschke und Kaufmann<sup>38</sup> unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet worden. Das „Dilemma des preußisch-deutschen Einheitsgedankens“<sup>39</sup> wurde erst in der zweiten Auflage klar ausgesprochen und scharf umrissen<sup>40</sup>.

Pfizers Werk fand starke Beachtung, wurde in vielen Zeitschriften abgedruckt oder exzerpiert<sup>41</sup>, aber im ganzen mehr kritisiert als gelobt. In Norddeutschland begegnete es seltener, samerweise eher einem gewissen Mißtrauen als freudiger Zustimmung. Eine scharf polemische Entgegnung „Einige Bemerkungen über eine neue Schrift aus Württemberg“ lobte wohl die sehr richtige, vorteilhafte Einschätzung Preußens durch Pfizer, meinte aber, Preußen werde sich für das ihm angetragene Protektorat über Deutschland schönstens bedanken, selbst wenn das Anerbieten von Millionen Deutschen geschähe<sup>42</sup>. Mehr Verständnis für Pfizers bedeutende Gedanken zeigte der in seinem Preußenstolz und seiner Königstreue sympathische Karl Immermann<sup>43</sup>, der, in Magdeburg geboren, als Landgerichtsrat in Düsseldorf tätig war und durch Herkunft und Beruf



mit den politischen Aufgaben seines Vaterstaates wohl vertraut war. Er freute sich, in Pfizers Anschauungen über Preußen „unverhofft eine Bestätigung seiner Ketzereien gefunden“ zu haben<sup>44</sup>. Die Anerkennung Preußens als Machtstaates und das Eingeständnis, daß die kleinen Länder eines Schutzherrn bedürfen, berührten ihn angenehm. Aber alle Pläne einer Einigung Deutschlands unter Beseitigung historischer Gewalten waren für ihn „Metaphysik“<sup>45</sup>. Er, der konservative preußische Beamte, wünscht innigere Anlehnung an die geschichtlichen Gegebenheiten und lehnt jedes Antasten der monarchischen Gewalt auf das entschiedenste ab. Ein weiterer Norddeutscher, Alexander Müller, will nicht eine preußische Hegemonie, wohl aber ein „nur sicherndes, nicht willkürlich inspizierendes oder gar eine überwältigende Stellung einnehmendes Protektorat“ Preußens anerkennen<sup>46</sup>. Darin, daß Oesterreich aus Deutschland ausscheiden muß, ist er sich mit Pfizer einig, ebenso wie ein anonymen Bayer, der Preußen „an die Spitze der durch eine Reichskammer repräsentierten deutschen Nation“ treten lassen will<sup>47</sup>, in der Weise, daß der preußische König zum „bevollmächtigten präsidierenden, konstitutionellen Haupt“ erwählt wird<sup>48</sup>. Ein offener Brief an Pfizer in den APA erklärt, vom Standpunkt eines philosophischen Idealismus und kosmopolitischen Nationalismus aus, zwar einer Hegemonie Preußens nicht widersprechen zu wollen, aber Preußen nicht so vorteilhaft ansehen zu können wie Pfizer, weder in seiner Geschichte noch in seiner gegenwärtigen Politik<sup>49</sup>. Er sieht das wichtigste Erfordernis des Augenblicks nicht in einer Aenderung der Verfassungsformen, sondern in einer Reform des Geistes, einem Kampf gegen den krassen Materialismus und den „Indifferentismus in Sachen der Kirche und des Staates“<sup>50</sup>. Der in der Zweiteilung von Pfizers Buch<sup>51</sup> symbolisch zum Ausdruck gebrachte Parallelismus philosophischer und politischer Tendenzen wird in dieser Besprechung zugunsten der ersteren verschoben<sup>52</sup>.

Noch über Pfizer hinausgehend schlug der Straßburger Schnitzler in seiner französisch geschriebenen Broschüre „De l'unité Germanique“ ein erbliches deutsches Königtum der

Hohenzollern vor<sup>53</sup>. In dem nach französischem Vorbild straffer unitarisch gezeichneten Zukunftsreich werden die Fürsten der Einzelstaaten in ihren Machtbefugnissen ziemlich eingeschränkt sein und nur noch provinzielle Verwaltungsrechte, nicht mehr staatliche Hoheitsrechte besitzen. Diese Schrift lehnte sich am engsten an den „Briefwechsel zweier Deutschen“ an, erkannte aber die Problematik einer preußischen Reichsverfassung nicht: in dieser Erkenntnis steht Pfizer zu seiner Zeit ganz allein.

Originelle nationale Ideen wurden in den „Beiträgen zur Erörterung vaterländischer Angelegenheiten“ des hessischen Advokaten Heinrich Karl Hofmann vorgetragen. Dieser verlangt eine konstitutionelle Verfassung in jedem einzelnen Staat und im ganzen Deutschen Bunde, eine Nationalversammlung als die beste Bürgschaft für das deutsche Volk<sup>54</sup>. Der Artikel 7 der Deutschen Bundesakte muß dahin abgeändert werden, daß nicht jeder einzelne Staat mehr ein Veto gegen einen Bundesbeschluß einlegen kann. Preußen wird „der natürliche Vertreter Deutschlands und seiner Interessen“ sein unter der Bedingung, daß es eine freie Verfassung, freisinnige Verwaltung und gesicherte Rechtspflege erhält und die Aristokratenpartei ihren Einfluß verliert<sup>55</sup>. Preußen bedarf einer besonders liebevollen Duldung, sein Königshaus der Achtung des ganzen deutschen Volkes, und es ist ein nationales Verbrechen, gegen Preußen und seine Regierung zu hetzen, Abkehr vom Norden und Anschluß an Frankreich zu predigen. Hofmann gehört neben Arndt, Münch und Schulz zu den begeistertsten Nationalisten dieser Jahre. „Weg mit dem weltbürgerlichen Streben“, ruft er aus, „wenn es nur Larve, weg damit, wenn es ernstlich gemeint ist, es liefert uns jedenfalls an Frankreich aus“<sup>56</sup>. „Nicht im Bunde mit Frankreich, sondern nur in der Belebung und Rechtfertigung des Deutschen Bundes kann das freie Deutschland eine Gewähr seiner Verfassung suchen“<sup>57</sup>. Ohne die Führerstellung der preußischen Großmacht im Deutschen Bunde verfassungspolitisch klar zu umreißen, zeigen die Aufsätze dieses Liberalen und ehemaligen Burschenschafters erfreuliches Verständnis für die schwierigen Aufgaben der preußischen Regierung. Noch weitherziger entwirft ein Anonymus B. W. in

den „Beiträgen“ die Grundzüge einer Verfassung des künftigen deutschen Bundesstaates. Gegner alles Franzosentums und Anhänger großgermanischer Ideen, denkt er sich wie Münch<sup>58</sup> die übrigen germanischen Staaten um den deutschen Kernstaat herumgelagert. Oesterreich darf höchstens „die Protektion des Bundes“ erhalten<sup>59</sup>, nämlich gemeinsame Handelseinrichtungen und ein militärisches Bündnis mit dem Bunde. Die eigentliche „Oberleitung“ soll Preußen zufallen, das zuvor konstitutionell werden muß<sup>60</sup>. Die Befugnisse der oberleitenden Gewalt sind ziemlich umfassend. Sie schließen ein die Vertretung gegenüber dem Ausland, das Präsidium auf dem Bundestag, Inspektion und Führung der Heeresmacht, Vollziehung der Bundesbeschlüsse und Verwaltung der Bundeseinrichtung: Flotte, Festungen, Straßen, Kanäle und Zölle<sup>61</sup>. Die Exekutive des Bundesstaates liegt also völlig in der Hand Preußens. Sonst wird die Souveränität der einzelnen Länder nicht angetastet. Der Bund stellt nur allgemeine Prinzipien für die innere Verfassung der Einzelstaaten auf; in jedem Staat müssen Repräsentativverfassungen eingeführt und Garantien für persönliche und bürgerliche Freiheit gegeben sein<sup>62</sup>. Die Abgrenzung bundesstaatlicher und einzelstaatlicher Rechte ist in diesem Programm durchaus vernünftig und deutet bereits vorausschauend auf die Lösungsversuche des Frankfurter Parlaments hin. Sein anonymen Verfasser gehört jedenfalls in den Kreis der hessischen nationalen Liberalen um Hoffmann und Wilhelm Schulz, aber freimütiger und großzügiger als diese beiden erkennt er die Hegemonie Preußens an und erteilt der leitenden Macht scharf umrissene, volle Machtbefugnisse.

Münch, Hansemann, Pfizer und der mit B. W. zeichnende Anonymus mühten sich um eine gleichzeitige Erfüllung der Einheits- und der Freiheitsbestrebungen. Preußen muß an die Spitze Deutschlands treten; zu diesem Zweck muß es sich entschließen, konstitutionell zu werden; gleichzeitig muß die deutsche Nation am Bundestag eine Vertretung erhalten. Alle drei Vorgänge sollen unauflöslich miteinander verbunden sein. Die Legislative soll vom deutschen Volke entscheidend mit bestimmt werden, eine starke Exekutive, die durch die Macht-

mittel des kraftvollen norddeutschen Staates gestützt wird, wahrt die Einheit und Sicherheit nach innen und außen; der gefährliche Dualismus, der den deutschen Bundestag zur Wirkungslosigkeit verurteilt hatte, ist durch das mehr oder minder vollständige Ausscheiden Oesterreichs beseitigt. Wo war aber eine Aussicht dafür gegeben, daß die Vorbedingungen der deutschen Einheit wirklich erfüllt werden würden? daß zusammen mit der Freiheit die Einheit, mit der Einheit die Freiheit errungen werden würde? Würde Preußen in absehbarer Zeit konstitutionell werden? Empfohl es sich nicht für den Fall, daß sich diese Voraussetzungen vorerst als irrig erwiesen, vorläufige Wege einzuschlagen, wenn der nationale Sehnsuchtstraum nicht Wirklichkeit werden konnte, wenigstens die konstitutionellen Wünsche durchzusetzen? Der Dualismus von Einheits- und Freiheitsverlangen wurde damit wieder aufgerissen, und da eine Gewährung der liberalen Forderungen als notwendige und eher erreichbare Vorstufe galt, setzte sich eine immer breiter werdende Strömung dafür ein, daß zuerst eine Nationalrepräsentation am Bundestag geschaffen werden solle. Dieser Lösungsversuch mußte unbefriedigend und auf die Dauer unhaltbar sein; denn wenn Abgeordnete der Landtage der Einzelstaaten am Sitz des Bundestags zusammentreten sollten, dann konnten sich nur Vertreter der konstitutionellen Staaten einfinden. Wie sollten und würden sich die absoluten Staaten zu dieser Bundesversammlung verhalten? Die Verfechter der Idee einer Nationalrepräsentation glaubten an die Möglichkeit, einen engeren Bund der konstitutionellen Staaten zu errichten. Durch diese Gründung, hofften sie, werde auf Oesterreich und Preußen, mindestens aber auf das letztere, ein moralischer Druck ausgeübt werden, auch seinerseits eine konstitutionelle Verfassung zu geben, um die verlorene Popularität und den politischen Einfluß in Deutschland wiederzugewinnen<sup>63</sup>. Das wichtige Erfordernis einer einheitlichen, schlagkräftigen Bundesexekutive war freilich mit diesem Vorschlag nicht erkannt, es wurde als im Augenblick nicht entscheidend zurückgestellt. Die Frage, ob die Großmächte jemals die Durchführung eines solchen Planes dulden könnten und würden, wurde dabei geflissentlich übersehen. Das ganze Projekt, wenn auch nur als vorläufige Maßnahme gedacht,



entsprang der liberalen Theorie und konnte niemals verwirklicht werden, weil es die entscheidenden Probleme der deutschen Einheit, den preußisch-österreichischen Dualismus und das Verhältnis Preußens zum konstitutionellen Deutschland, unberücksichtigt ließ. Praktischen Wert konnte es bloß als politisches Druckmittel auf Preußen besitzen. Dazu war aber 1830 noch nicht die Zeit.

Schon vor dem Antrag Welckers vom 16. Oktober 1831 war in der Publizistik mehrfach der Wunsch nach einer deutschen Nationalvertretung laut geworden. Ein viel Aufsehen erregendes Wort Rottecks im Januarheft der APA 1831 stellte ein „populäres Verbindungsmittel der deutschen Bundesvölker“, „einen großen Rat von Volksbeauftragten neben jenem der fürstlichen Gesandten“ als allgemeine Forderung der Nation hin<sup>64</sup>. Was den Südwesten Deutschlands, Baden, Württemberg und die Pfalz betrifft, hatte Rotteck gewiß Recht<sup>65</sup>. In Norddeutschland erhoben dieselbe Forderung neben Münch und Hansemann Jürgens<sup>66</sup> und v. d. Horst<sup>67</sup>, C. F. Wurm<sup>68</sup> und Karl Bernhardt<sup>69</sup>. Am 16. Oktober 1831 brachte in der badischen zweiten Kammer Karl Theodor Welcker seinen Antrag auf „Vervollkommnung der organischen Entwicklung des deutschen Bundes zur bestmöglichen Förderung deutscher Nationaleinheit und staatsbürgerlicher Freiheit“ ein. Die Bitte an den Großherzog, auf eine Ausbildung der Bundesverfassung hinzuwirken, schloß zwei Wünsche in sich: erstens daß die „heiligen Zusagungen des Bundesvertrags für die Verfassungs- und Freiheitsrechte des deutschen Volkes und vor allem die des Artikels 13 und 18 ... mit den bei Begründung des Bundes anerkannten wesentlichen deutschen ständischen Rechten, der Steuerbewilligung und der wahren Preßfreiheit“, erfüllt werden möchten, daß andererseits „nicht bloß jede die Verfassung verletzende Bestimmung ohne ständische Zustimmung ungültig bleibe, sondern auch der Bundestagsgesandte der Verantwortlichkeit anheim falle; zweitens „daß eine wahre Nationalrepräsentation, ein Nationalrat oder eine zweite Kammer am Bundestage möge gebildet werden“<sup>70</sup>. Diese Kammer soll das Zustimmungsrecht in allen Angelegenheiten, die die Verfassungsrechte der einzelnen Staaten und Bürger betreffen, und ein Steuerbewilligungsrecht

erhalten und in öffentlichen Verhandlungen tagen. Ihre Abgeordneten werden am zweckmäßigsten von den Landständen gewählt und ihre Anzahl nach der Stimmenzahl ihrer Regierung am Bundestag bestimmt werden. Welckers Motion wurde von der berühmten badischen Kammer, die bereits Rottecks Ablösungsantrag und Welckers Antrag auf Preßfreiheit durchgesetzt hatte, stürmisch begrüßt und angenommen, von der Regierung aber als die Befugnisse einer Ständeversammlung überschreitend, zurückgewiesen. Fast gleichzeitig mit Welcker, am 30. Oktober 1831, und wohl im Einvernehmen mit ihm beantragte Sylvester Jordan im kurhessischen Landtag „Veröffentlichung der Bundesprotokolle und engere Verbündung der konstitutionellen Staaten am Bundestage“<sup>71</sup>. Auch ihm war kein Erfolg beschieden.

Aber der publizistische Widerhall auf das mutige Vorgehen der beiden Professoren war bedeutend. Aus allen Gegenden Norddeutschlands kamen zustimmende Äußerungen: aus Hamburg und Braunschweig<sup>72</sup>, aus Thüringen und Sachsen<sup>73</sup>, vom Rhein und aus Hessen<sup>74</sup>. Der gesamte süddeutsche Liberalismus, soweit er nicht radikaldemokratisch war, feierte Welcker und bekannte sich rückhaltlos zu seinen Anschauungen<sup>75</sup>. Wo über ihn hinaus Gedanken über die Einsetzung einer Bundesexekutivgewalt geäußert wurden, traten nur unklare Vorstellungen zutage: Welckers Bruder Friedrich Gottlieb befürwortete die Wahl eines Kaisers durch die Stände der Nation<sup>76</sup>, und Karl August Seeger schlug die Wahl eines aus der Zahl der regierenden Fürsten, jeweils auf eine Reihe von Jahren, vor<sup>77</sup>. Im allgemeinen, kann man sagen, wurde die Errichtung einer Nationalvertretung am Bundestag als zureichende Erfüllung der Einheitswünsche betrachtet.

Der beredteste publizistische Anwalt erstand Welcker in dem ehemaligen Burschenschafter und hessischen Offizier Wilhelm Schulz. Bereits im Juliheft der APA 1831 legte er die Notwendigkeit einer deutschen Volksvertretung dar in einem klar und lichtvoll verfaßten Aufsatz „Eins ist Not“, der Welcker zweifellos stark beeinflußt hat. Er geht von außenpolitischen Erwägungen aus. Nur mit Spott und Hohn sprechen die Franzosen und Engländer von Deutschland. „Die Worte deutsche Macht und deutsche Kraft sind dem stolzen Fremden ein leerer Schall geworden“<sup>78</sup>. In der

französischen Kammer kann man es wagen, von der Erwerbung der Rheingrenze zu sprechen, ohne der deutschen Nationalität der Rheinländer und der Macht Preußens mit einem Worte zu gedenken; man weiß, daß der Frankfurter Bundestag „nur ein Gedankending ist, dessen die Wirklichkeit spottet“<sup>79</sup>. Was haben wir dagegen einzusetzen? Man sagt: die gemeinsame Sprache; aber die Presse, das mächtigste Bindemittel der Nation, wird auf jede Weise unterdrückt<sup>80</sup>. Man sagt: gemeinsame äußere Gefahr wird die Deutschen zusammenschließen; aber es ist ein gefährlicher Wahn, von der äußeren Not die Vereinigung zu erwarten, und es ist fraglich, ob sich das deutsche Volk gegen Belgien und gegen Polen wird in den Krieg führen lassen, ob es mit Begeisterung zur Verteidigung des Rheinlands für das absolute Preußen die Waffen tragen wird; von außen kann Deutschland sein Heil nicht erwarten; wenn es nicht im Innern anfängt zu reformieren, solange es noch Zeit ist<sup>81</sup>. Man führt die handelspolitische Einigung, die von Preußen unternommen wird, als positives Moment an; aber diese ist noch durchaus unvollkommen und beruht nur auf zeitweiligen Verträgen, nicht auf unauflöslichen Banden<sup>82</sup>. Man führt die gemeinsamen inneren Institutionen, die konstitutionellen Verfassungen der einzelnen Staaten an; aber auch wenn diese Bewegung nach Norddeutschland übergreift und alle Staaten umfaßt, nützt sie allein nichts, „solange mit der einen Hand (d. h. vom Bundestag) kann genommen werden, was mit der anderen gereicht worden ist“<sup>83</sup>. Nur eins kann dauernd Hilfe bringen, „Eins ist Not“: das ist „die gemeinsame Vertretung der deutschen Völkerstämme, hervorgegangen aus der Mitte der einzelnen stellvertretenden Versammlungen, und gebildet nach dem Maße der Bevölkerung der einzelnen Staaten“<sup>84</sup>. Die Hindernisse, die einem solchen Unternehmen entgegenstehen, sind nur scheinbare. Hannover wird bald eine Verfassung erhalten, auch Preußen wird in absehbarer Zeit konstitutionell werden, und wenn Oesterreich die notwendigen Voraussetzungen nicht erfüllt, muß es aus Deutschland ausscheiden; denn es kann vom Deutschen Bunde nicht verlangt werden, daß er seine Kräfte für absolutistische Zwecke oder außerdeutsche Belange (Italien!) aufopfert. In den Schlußfolgerungen seines Aufsatzes faßt Schulz zusammen: „Die

Gründung einer deutschen Reichsvertretung ist ausführbar, zeitgemäß und dringend“<sup>85</sup>.

Was er in den APA in kurzen, von glühendem Patriotismus diktierten Worten ausgerufen hat, legt Wilhelm Schulz ein Jahr später nach der historischen, staatsrechtlichen und praktisch-politischen Seite hin umfassend dar. Das Werk „Deutschlands Einheit durch Nationalrepräsentation“ ist Rotteck und Welcker gewidmet. Es gibt im letzten Abschnitt<sup>86</sup> „die Mittel zur Gründung einer deutschen Nationalrepräsentation“ an, will also den Weg zeigen, auf dem unter Beibehaltung der deutschen Bundesverfassung ein konstitutioneller Föderativstaat geschaffen, der Antrag Welckers somit verwirklicht werden kann. Die Entwicklung soll in folgender Weise vor sich gehen: jede Ständeversammlung eines konstitutionellen Bundesstaates ernennt einen landständischen Ausschuß, von solcher Anzahl, daß jeweils auf 50 000 Einwohner ein Mitglied kommt. Dieser Ausschuß darf in gemeinsamen vaterländischen Angelegenheiten Anträge an die Regierung stellen, Veto gegen die Vollziehung von Bundesbeschlüssen einlegen, alle Gesetzentwürfe begutachten, bevor sie an die Ständeversammlungen gehen, und mit den ständischen Ausschüssen der übrigen Staaten in Verkehr treten, damit eine gleichzeitige Beratung der gleichen Gegenstände gewährleistet wird<sup>87</sup>. Wenn nun die Zahl der konstitutionellen Staaten, die einen solchen Ausschuß besitzen, so groß geworden ist, daß ihre Vertretung am Bundestag ein Drittel aller Stimmen beträgt, vereinigen sie sich zu einem „konstitutionellen Föderativstaate“<sup>88</sup>. Die Regierungen dieser Staaten bilden eine Gesamtregierung, die in der Hauptstadt des größten unter ihnen zusammentritt. Am gleichen Ort versammeln sich die Ausschüsse und konstituieren sich zu einer Volkskammer. Der Föderativstaat erhält eine auf dem Prinzip der Gewaltenteilung beruhende konstitutionelle Verfassung<sup>89</sup>. Das Verhältnis zum Deutschen Bunde erhält nur in sofern eine Veränderung, als die Gesandten der föderierten Staaten ihr Stimmrecht stets „als eine kollektive Einheit ausüben“<sup>90</sup>. Jeder deutsche Bundesstaat kann dem Föderativstaate beitreten, wenn er eine konstitutionelle Verfassung, Preßfreiheit und Petitionsfreiheit erhalten hat, Bürgergarden eingerichtet sind und der erwähnte landständische Ausschuß ernannt ist. Preußen und Oesterreich wird bald nichts anderes übrig



bleiben, als dem auf sie ausgeübten Druck nachzugeben und gleichfalls konstitutionell zu werden<sup>91</sup>. So wird auf dem Wege über die Freiheit die deutsche Einheit errungen sein. Es sind Welckers Ideen zu Ende gedacht, die Schulz in seinem umfassenden Werk vorlegt. Die oben hervorgehobenen Mängel dieser Auffassung werden hier besonders deutlich: weder ist das Problem des preußisch-österreichischen Dualismus einer befriedigenden Lösung nähergeführt noch eine starke, die Beschlüsse der Legislative sichernde ausübende Gewalt eingesetzt<sup>92</sup>. Was Schulz über diese letzte Frage dachte, wird unten noch einmal zu beleuchten sein.

Im Jahre 1831 waren zwei großzügige Pläne einer deutschen Einigung der Oeffentlichkeit unterbreitet worden. Der eine sah eine preußische Führerstellung vor unter der Voraussetzung, daß Preußen konstitutionell wurde, und wollte Oesterreich aus dem Deutschen Bunde ausgeschlossen wissen. Der andere sah die Einrichtung einer Nationalrepräsentation am Bundestag als augenblicklich dringendstes Erfordernis an. Es konnten nicht ausbleiben, daß sich zwischen den Anhängern der beiden Richtungen eine heftige Polemik entspann. Anfang 1832 ging Rotteck zum Angriff vor und erteilte den Ideen Pfizers eine schroffe Absage. Die Freunde der beiden großen Tendenzen der Einheit und der Freiheit, führte er aus, teilen sich in zwei von einander weitabstehende Parteien. „Die einen wollen vor allem die Einheit des deutschen Vaterlandes und erst nach und mittelst derselben die Freiheit; ja sie würden selbst eine Verkümmern der Freiheit völlig verschmerzen, wenn nur vorerst die Einheit errungen würde“. Rotteck bekennt sich zu den Anhängern der zweiten Gruppe, die den Primat der Freiheit aussprechen: „Laßt zuvörderst die Freiheit in den Gliedstaaten sich befestigen; alsdann wird, wenn der Staatenbund später eine kräftigere Zentralgewalt erhält, der Geist auch der engeren Vereinigung ein freierlicher sein“. Wenn dagegen die Einheit ohne die Freiheit erreicht wird — auch Rußland und China besitzen ja die Einheit —, „wenn jetzo unter der Aegide Preußens die Einheit Deutschlands erwirkt würde“, dann würde über ganz Deutschland „das System des monarchischen Absolutismus“ seine Herrschaft

befestigen, und die konstitutionelle Freiheit wäre vernichtet<sup>93</sup>. Noch klarer sprach sich Rotteck auf dem Volksfest zu Badenweiler gegen jede Hegemonie, sei es Preußens, sei es Oesterreichs, aus und prägte dabei das denkwürdige Wort: „Ich will die Einheit nicht anders als mit Freiheit und will lieber Freiheit ohne Einheit als Einheit ohne Freiheit“<sup>94</sup>. Die Furcht des Süddeutschen vor dem preußischen Großstaat tritt in dieser Äußerung ebenso deutlich zutage wie die Unfähigkeit des doktrinären Liberalen neben der Prinzipienfrage das Machtproblem zu erkennen.

Eine deutliche Spitze gegen Pfizer bedeutete es auch, wenn Wilhelm Schulz alle Fragen nach der Gestaltung einer Exekutive des künftigen festeren deutschen Bundes für übereilt erklärte. Alle diese Dinge werden sich von selbst im Laufe einer natürlichen Entwicklung ergeben, und die Entscheidung darüber, ob ein Kaiser oder ein König gewählt, ein Staat die Hegemonie erhält, eine erbliche oder eine lebenslängliche Würde erteilt wird, wird von den Umständen abhängen. Es ist geradezu ein Vorzug der Welckerschen Motion, daß sie sich mit solchen müßigen Fragen noch nicht beschäftigt hat<sup>95</sup>.

Pfizer gab, ohne den Namen Welckers je zu erwähnen, eine Entgegnung auf die Ideen der badischen Liberalen in der zweiten Auflage des „Briefwechsels zweier Deutschen“. Er läßt jetzt Friedrich die Einwände vortragen, die Welcker und seine Gesinnungsgenossen gegen Pfizers Anschauungen erhoben, und von Wilhelm widerlegen. In zwei Punkten ist er zu größerer Klarheit gekommen als in der ersten Auflage. Einmal ist jetzt „das Dilemma des preußisch-deutschen Einheitsgedankens“ scharf ausgesprochen<sup>96</sup>: wenn die preußische Monarchie „durch die Einführung von Reichsständen völlig zentralisiert“ würde, „so könnte Deutschland leicht statt einer präponderierenden Dynastie einen Oberherrn in dem alsdann in Deutschland übermächtigen preußischen Volk bekommen, wovor uns Gott in Gnaden behüte!“ Es ist daher besser, ein preußischer König herrscht über Deutschland als das preußische Volk, das durch eine einheitliche Verfassung „ein ungebührliches und schädliches Uebergewicht“ über die übrigen deutschen Staaten erhalten würde“<sup>97</sup>. Zum ändern hat jetzt Pfizer das

Verhältnis von Einheit und Freiheit bis zur Paradoxie durchgedacht. Die Welckersche Idee einer Föderativverfassung der konstitutionellen Bundesstaaten lehnt Wilhelm mit unübertrefflicher Klarheit und Schärfe ab; denn die Vereinigung der konstitutionellen Staaten allein „erhebt Deutschland noch zu keiner selbständigen Macht“; sie löst den Dualismus nicht, der gelöst werden muß, weil Preußen und Oesterreich unmöglich auf die Dauer zusammen im Bunde stehen können; sie verstärkt zwar den Bundestag um eine Volkskammer, erhöht aber nicht die Schlagkraft des deutschen Bundes, weil sie keine mächtige Exekutive schafft<sup>98</sup>. Das außenpolitische Erfordernis der Einheit ist aber für Deutschlands Schicksal entscheidender als das innerpolitische der Freiheit; dieses wird mit immanenter Notwendigkeit erfüllt, jenes kann gar wohl hinausgezögert, ja völlig verhindert werden. So prägt Pfizer den zugespitzten Satz: „Lieber wollte ich den gewalttätigsten Despoten zum Beherrscher Deutschlands als die trefflichsten und vollkommensten Verfassungen ohne nationalen Zusammenhang den einzelnen kleinen Staaten“<sup>99</sup>, einen Satz, der zwar nicht den Primat<sup>100</sup>, wohl aber die Priorität der Einheits- vor der Freiheitsforderung ausspricht. Die plumpen Fragestellungen Rottecks sind damit bedeutend verfeinert. Wenn Pfizer einige Monate später in seiner eindringlichen Mahnung an den deutschen Liberalismus diesen vor einer Geringschätzung der Macht gegenüber dem Recht warnt und betont, daß auch die Macht ein Recht habe und das Recht des Stärkeren auch ein Recht sei<sup>101</sup>, legt er den Finger auf die wundeste Stelle der Staatsanschauung seiner doktrinär-liberalen Zeitgenossen. In wörtlichen Anspielungen an Aussprüche Rottecks warnt er den Liberalismus davor, sich gegen jeden Gedanken an ein Protektorat oder eine Hegemonie zu sperren<sup>102</sup>. In seinen beiden letzten Schriften vor den Bundesbeschlüssen von 1832, der zweiten Auflage des „Briefwechsels“ und der Broschüre „Ueber das Ziel und die Aufgabe des deutschen Liberalismus“, zeigt Pfizer eine von ihm nie und vom nationalen Liberalismus erst Jahrzehnte später wieder erreichte politische Reife.

Ehe wir auf das dritte, das demokratisch-unitarische Einheitsprogramm zu sprechen kommen, wollen wir die Anschau-

ungen der beiden norddeutschen Historiker Dahlmann und Ranke über die preußisch-deutsche Frage betrachten. Dahlmanns „Rede eines Fürchtenden“ in der Hannoverschen Zeitung<sup>102</sup> veranlaßte trotz ihres sehr vorsichtigen und gemäßigten Tones eine diplomatische Einsprache Preußens<sup>104</sup>, weil sie klüger als die süddeutschen, für Preußen im Grunde ungefährlichen, weil utopischen Schriften das Augenmerk auf den entscheidenden Punkt richtete. Es kommt nicht so sehr auf eine Reform des Bundes an, meint Dahlmann, sonder viel wichtiger ist, daß Preußens deutsche Politik einen anderen Geist erhält. Vorläufig stehen aber die Bundespolitik und die Konstitutionen vieler einzelner Staaten im grellsten Widerspruch zueinander. Die Folge dieses Gegensatzes ist Radikalismus, Leidenschaft, Verwirrungen. Es gibt nur einen Staat in Deutschland, der die Fähigkeit hat, diesen Zwiespalt zu beseitigen. „Oesterreich kann fortan nicht schöpferisch für Deutschland wirken. Preußen kann das, und es folgt nur seiner Bestimmung, wenn es auch will. An dem Tage, da der König von Preußen in seinem Staate die Reichsstandschaft begründet, wird der gesetzliche Deutsche wieder aufatmen; er hat die Versicherung, . . . daß fortan die Bundesversammlung in ihre Beratungen die leitenden Ideen aufnehmen und allmählich dem Grundgesetze einverleiben werde, welche das gute heimische Recht sicherstellen vor jeder verderblichen Einwirkung, sei es von Osten oder von Westen“. Dahlmann fragt am Schluß nach der ehrlichen Meinung der „redlichen und einsichtigen Männer Preußens“: „Wagen sie die Fragen: wird Preußen, wie die Zeit steht, ohne eine Reichsstandschaft in genügender Selbständigkeit als Staat unter den Staaten des Weltteils dastehen können und Deutschland schützen können in der Stunde der Gefahr und Deutschlands sicher sein und Deutschland seiner? mit Ja zu beantworten?“ Dahlmann selbst erwartet jedenfalls als Antwort ein Nein. In der zweiten Rede „Gegen den Fürchtenden“<sup>105</sup> drückt er sich noch vorsichtiger aus, nimmt zwar vieles aus der Rede des Fürchtenden zurück, hält aber die Grundtendenz aufrecht. Es ist auch nicht schlechthin entscheidend, ob Preußen Stände besitzt oder nicht, aber es



kommt darauf an, „wie man in Preußen in Rücksicht auf die unsrigen gesonnen ist“. Schon viel wird gewonnen sein, ja ein völliger Umschwung wird eintreten, „wenn Preußen der freiheitlichen Entwicklung der einzelnen Bundesstaaten, der für die Öffentlichkeit der landständischen Verhandlungen unentbehrlichen Freiheit der Presse kein Hindernis in den Weg legt“, wenn es also keine antikonstitutionelle Politik mehr am Bundestag treibt. So zaghaft diese Forderung lautet, so bedeutet sie doch eine überaus scharfe Kritik an der preußischen Regierung und noch mehr an den in Preußen herrschenden Gruppen, die, wie Dahlmann sagt, „mit dem historischen Prinzip oder gar mit ihrem Christentum klimpern“<sup>106</sup>. Daß das Schicksal der deutschen Einheit ausschließlich an der Entwicklung Preußens hängt, ist hier mit überraschender Klarheit ausgesprochen.

Dagegen nimmt Ranke eine sehr positive Stellung sowohl zu Politik der preußischen Regierung wie zu den bisher zurückgelegten Phasen der Einheitsbewegung ein. Nachdem er die Wünsche nach einem Erbkaiser, einer Nationalvertretung und dgl. als „schwärmerische Erwartungen“ abgetan hat, „Erwartungen, die, wenn man sie erfüllte, diejenigen am wenigsten befriedigen würden, welche sie äußern“<sup>107</sup>, hebt er zunächst die trennenden Momente hervor, die eine gleichförmige Einheit Deutschlands unmöglich machen: es sind die Stammesverschiedenheiten, die Religionstrennung, die Gegensätze in der sozialen Struktur von Westen und Osten und die verschiedenen Entwicklungsprinzipien der Staaten nach 1792<sup>108</sup>. Bezeichnenderweise wird der Wunsch in den mediatisierten und säkularisierten Gebieten des alten Reiches, den Reichsteilen, die seit 1792 die größte politische Veränderung erlitten haben, am stürmischsten geäußert<sup>109</sup>. Aber nicht der Weg der Revolution, wie man es dort vielfach erhofft, darf beschritten werden, sondern in „gesetzlicher, ruhiger Entwicklung“ muß die Einheit gefördert werden<sup>110</sup>. Es hilft weder, auf das Ausland zu sehen, in dem ganz andere Zustände herrschen, noch nützt es, „die Fahne einer eingebildeten Deutschheit aufzustecken“<sup>111</sup>. Ein aufmerksamer Beobachter wird entdecken, daß bereits eine Reihe sehr positiver Momente der Einheit vorhanden sind,

„an welche sich alle unsere Aussicht auf engere Vereinigung knüpft“<sup>112</sup>; in erster Linie ist der Zollverein als ein solcher Fortschritt zu begrüßen. Der Weg von der Zerfallenheit zur Einheit dürfte in einer „allmählichen Ausgleichung“ der Unterschiede vor sich gehen, „welche die verschiedenen Bestandteile gewähren lasse, keines anfeinde, keines willkürlich emporzubringen suche, aber alle zu dem Ganzen benutze“<sup>113</sup>. Daß Preußen auf dieser Bahn die Initiative, die es mit der Errichtung des Zollvereins ergriffen hat, behalten soll, versteht sich für Ranke von selbst.

Zu Anfang des Jahres 1831 waren in der Pfalz noch gemäßig liberaler, preußenfreundliche Töne erklingen<sup>114</sup>. Im folgenden Jahre bis zum Hambacher Fest wurde unter dem Einfluß der Savoye, Schüler, Siebenpfeiffer und Wirth die Tonart immer radikaler. Auch in der deutschen Einheitsfrage wandelten sich die Anschauungen merklich. Wurde zuerst ein konstitutioneller Föderativstaat erstrebt, so predigten Wirth und seine Genossen schließlich das Ideal eines demokratisch-parlamentarisch regierten Einheitsstaates. Schon Mitte 1831 bezeichnete Siebenpfeiffer als sein Wunschbild einen Bundesstaat, der aus Provinzen entsprechend den Stammesverschiedenheiten bestehen<sup>115</sup>, also wesentlich zentralistischer organisiert sein sollte als der Bundestaat Pfizers oder Welckers. Das französische Vorbild ist offenbar. Eine gewisse Preußenfeindschaft macht sich auch bereits bemerkbar, wenn Siebenpfeiffer die Notwendigkeit für die deutschen konstitutionellen Staaten hervorhebt, „sich von der Vormundschaft der nordöstlichen Barbarei und dem Absolutismus loszuwinden“. Nur durch „Frankreichs geistigen Einfluß“ — einen anderen als geistigen Einfluß Frankreichs behauptet Siebenpfeiffer nicht zu wollen — kann Deutschland vom Absolutismus frei werden; denn Frankreich ist nun einmal „die Wiege und der Herd der Zivilisation oder Freiheit, was nur nationale Blindheit verkennen kann“<sup>116</sup>. Er erklärt eine Lösung der deutschen Frage durch Frankreich oder eine Revolution nicht für unmöglich<sup>117</sup>. Ein noch schärferer Gegner Preußens tritt in Franz Strohmeyer<sup>118</sup> hervor, der dringend vor dem Anschluß an den preußischen Zollverein warnt. Wenn alle deutschen Provinzen unter dem preußischen Adler erst wirt-

schaftlich, dann politisch vereinigt würden, dann könnte die Einheit Deutschlands „zur traurigen Wirklichkeit werden“<sup>119</sup>. Aber, was ist dann aus dieser „schönen Idee“ geworden!

Wirth trug im Herbst 1831 noch ein föderalistisches, konstitutionelles Einheitsprogramm vor<sup>120</sup>: ein Zweikammersystem, die erste Kammer aus den deutschen Reichsfürsten, die zweite aus Volksvertretern zusammengesetzt, an der Spitze ein Fürst als deutscher Kaiser, der auf Lebenszeit von der ersten Kammer gewählt wird und mit verantwortlichen Ministern regiert. Schon im „Aufruf an die Volksfreunde“ vom 21. April 1832<sup>121</sup> entwirft Wirth dagegen eine demokratisch-republikanische Reichsverfassung, die auf der Volkssouveränität basiert. Eine einzige Nationalkammer, aus Volksdeputierten bestehend, die in allgemeiner, gleicher Wahl gewählt sind, vereinigt alle Souveränitätsrechte in sich. Sowohl der Ministerrat wie der Reichspräsident werden von ihr bestimmt, letzterer auf einen Zeitraum von zwei Jahren, und sind ihr „verantwortlich und unbedingt unterworfen“. Von den Einzelstaaten, die Republiken oder Monarchien sein dürfen, ist schon kaum mehr die Rede; die Zentralgewalt ist im Besitz aller wesentlichen Rechte. In seinen späteren Schriften werden Wirths Anschauungen immer radikaler, unitarischer. Die einzelnen Staaten werden zu Provinzen herabgedrückt, deren Landstände nur noch Aufgaben sekundärer Bedeutung behalten. Alle politische Gewalt ist im Reichstag vereinigt. Wenn er in der Schrift „Die Rechte des deutschen Volkes“ die Begriffe Kaiser und Kurfürsten wieder einführt<sup>122</sup>, handelt es sich bloß um leere Namen. Ausdrücklich erklärt er, daß sein Entwurf auf die „unumschränkte Volkssouveränität gebaut sei“<sup>123</sup>.

Das Hambacher Fest vom 28. Mai 1832 vereinigte die pfälzischen Radikalen mit ihren westdeutschen, polnischen und französischen Freunden zu einer großen Demonstration<sup>124</sup>. Die auf ihm vorgetragenen Anschauungen waren nichts weniger als einheitlich. Während Siebenpfeiffer „noch auf dem Boden des Volkskönigtums“ stand, erstrebte Wirth das Ziel der deutschen Einheit auf ganz demokratisch-republikanischem Wege<sup>125</sup>; sein Hoch galt „den vereinigten Freistaaten Deutschlands“, „den konföderierten republikanischen Europa“<sup>126</sup>. Seltsam stach da-

von eine Adresse aus Marburg ab, die ein konstitutionelles Deutschland auf streng gesetzlichem Wege erreicht sehen wollte<sup>127</sup>. Während sich die Versammlung in fast unwürdiger Polen- und Franzosenschwärmerei erging, schlug Wirth in seiner großen, zweifellos der bedeutendsten Rede des Tages entschiedenen nationale Töne an: wir haben „von Frankreich in dem Kampfe um unser Vaterland wenig oder gar keine Hilfe zu erwarten“; dieser Kampf muß daher „ohne fremde Einmischung durch unsere eigene Kraft von innen heraus geführt werden“<sup>128</sup>. Um den Preis der Abtretung des linken Rheinufers darf auf keinen Fall die Freiheit erkauft werden. Diese Worte hatten diplomatischen Einspruch der anwesenden Franzosen zur Folge, und der Redaktionsausschuß mußte sich ins Zeug legen und Wirths Aeüßerungen für mißverstanden erklären. Wie war, wenn schon die Führer in den fundamentalen Fragen so uneins waren, ein zielbewußtes politisches Wollen der Massen zu erwarten? Wohl nur wenige waren sich über das Ausmaß der vorgetragenen radikalen Anschauungen im klaren.

Mindestens ebenso bedenklich und gefährlich mußte dem Bundestag die dauernde politische Beeinflussung erscheinen, die ein Kreis von Flüchtlingen von Straßburg aus auf die deutsche Oeffentlichkeit übte. Die seit Dezember 1830 erscheinende Beilage des Niederrheinischen Kuriers trug ihren Namen „Das konstitutionelle Deutschland“ bald zu unrecht. Sie stand entschieden auf dem Boden der Volkssouveränität und erging sich in wüsten Schmähungen gegen Preußen und Oesterreich, die nach ihrer Meinung getrost aus Deutschland ausscheiden mochten<sup>129</sup>. Als das „Konstitutionelle Deutschland“ durch Bundesbeschluß vom 19. November 1831 verboten wurde, gab Harro Harring als Ersatz die Zeitung „Deutschland“ heraus, die wesentlich radikaler als ihre Vorgängerin mit der Beseitigung der 34 Fürstenthone drohte<sup>130</sup>. Mit der gleichen Tendenz erschienen schon 1831 zwei revolutionäre Aufrufe, Georg Herolds „Widerhall deutscher Volksstimme“, „ein Libell voll wütender Anklage“<sup>131</sup>, dem „die republikanische Staatsform höher als der nationale Zusammenhang der deutschen Staaten“ stand<sup>132</sup>, und „Der erste Mai“, eine Brandschrift, die zum Losschlagen am 1. Mai 1831 aufforderte<sup>133</sup>. 1832 bot



Harro Harring „die Grundzüge einer rein demokratischen Verfassung“<sup>134</sup> in radikalutopischen Formen nach altgriechischem Vorbild<sup>135</sup>. Sein Zukunftsstaat ist in Kreise, diese wiederum in Gaue eingeteilt. Jeder Gau ernennt seinen Gaumann, diese zusammen wählen den Kreisvorsteher. „Der Präsident oder Richter des Volkes wird durch das Los aus den Kreisvorstehern auf 5 Jahre gewählt“, kann aber zu Anfang jedes Jahres zur Rechenschaft gezogen werden. Jede Beamtenernennung „geschieht durch Wahl und Vorschlag des Volkes“<sup>136</sup>. Der Verfassungsentwurf des uns schon als fanatischen Frankophilen bekannten F. C. Johannes Müller<sup>137</sup> zeigt deutlich den radikalisierenden Einfluß des Hambacher Festes. Hat er vor dem 28. Mai 1832 noch an der Monarchie festgehalten, so bekennt er sich in der Nachschrift vom 20. Juli plötzlich als Republikaner<sup>138</sup>. In seinen „Ideen“ entwirft er einen parlamentarisch regierten deutschen Bundesstaat, der „mit dem französischen Reiche auf ewige Zeiten ein Schutz- und Trutzbündnis zur Abwehr des Absolutismus schließen soll“<sup>139</sup>. Auch die Straßburger Pamphletisten waren sich eigentlich nur im Negativen einig, vor allem in einem oft von geheimer Sympathie genährten Gegensatz gegen den preußischen Staat, aus dem manche von ihnen stammten<sup>140</sup>; ihre positiven Forderungen waren durchaus uneinheitlich; als Vorbild schwebte ihnen bald die altathenische, bald die schweizerische, bald die nordamerikanische Unionsverfassung oder eine der französischen Revolutionsverfassungen vor.

Durch das Hambacher Fest und die übrigen Volksversammlungen in der Pfalz und in Baden sowie durch den immer radikaler werdenden Ton der südwestdeutschen Presse sah sich Mitte 1832 der Bundestag zu energischem Einschreiten veranlaßt. Bereits im Oktober 1831 hatte er die Einrichtung gemeinschaftlicher Adressen „in Beziehung auf öffentliche Angelegenheiten des Deutschen Bundes“ als unstatthaft zurückgewiesen<sup>141</sup>, seit November 1831 Verbote einzelner Zeitungen und Zeitschriften, angefangen mit dem Konstitutionellen Deutschland, ausgesprochen<sup>142</sup>. Am 28. Juni 1832 wurden die berühmten Sechs Artikel zum Beschluß erhoben<sup>143</sup>, die die volle monarchische

Autorität wiederherstellen sollten, und am 5. Juni die „einzelnen Maßregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im deutschen Bunde“ erlassen<sup>144</sup>. Der Schlag, der sich ursprünglich nur gegen die radikale Bewegung richten sollte, traf die gesamte politische Publizistik tödlich, weil jetzt die Zensurbestimmungen wieder auf das strengste beachtet wurden. Sie brachte noch eine Menge gegen die Bundesbeschlüsse protestierender Stimmen hervor, dann brach sie plötzlich in einer grellen Disharmonie ab. Nur noch einige wenige, Karl Theodor Kind, Wilhelm Schulz und Paul Pfizer, behielten, wenn auch in völlig veränderter Frontenstellung, das alte Ziel der deutschen Einheit unverwandt im Auge und wagten wenigstens noch, vorläufige Wege zum letzten Endziel aufzuzeigen. Im übrigen zog sich das politische Leben, wo es überhaupt noch möglich war, in die Landtage der Einzelstaaten zurück; denn durch Ausbildung der inneren Freiheit glaubte man am besten der Sache der Einheit zu dienen. Die Rottecksche These vom Primat der Freiheit errang das entschiedene Uebergewicht; ja, die Politik des Deutschen Bundes zwang den nationalen Liberalismus geradezu, sich in die partikularistischen Schanzen zurückzuziehen und das Heil Deutschlands nicht mehr in einer Machtstärkung des Bundes, sondern in der möglichst unverminderten Souveränität der Einzelstaaten zu sehen. An die Ständeversammlungen erging daher der Appell aller liberalen Patrioten, durch Proteste, Vorstellungen, Anträge jegliches Eingreifen des Deutschen Bundes in die innerstaatlichen Angelegenheiten zu verhindern und andererseits zu versuchen, auf die Entschließungen der instruierenden Minister und der Gesandten am Bundestag Einfluß zu gewinnen. Es lag in der Linie dieser von nun an eingeschlagenen, mehr defensiven Politik, wenn Pfizer am 27. Juli 1833 in der Württembergischen Abgeordnetenversammlung den Antrag auf Entwurf eines Gesetzes stellte, das aussprechen sollte: „1. die Verantwortlichkeit des instruierenden und des vollziehenden Ministers, wenn durch Bundesbeschlüsse irgendeiner Art die Verfassung verletzt . . . oder die verfassungsmäßige Mitwirkung der Stände umgangen wird; 2. die Verpflichtung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, zu Evidenthaltung seiner Tätigkeit in Förderung der ge-

meinsamen deutschen Angelegenheiten . . . auf jedem Landtag von den betreffenden Verhandlungen der Bundesversammlung und ihren Ergebnissen die Ständeversammlung in Kenntnis zu setzen“<sup>145</sup>. Pfizer selbst war sich wohl darüber klar, daß er mit dieser Forderung nur ein sehr vorläufiges Mittel, sozusagen eine „Etappe“<sup>146</sup> auf dem Wege zur deutschen Einheit zeigte; schon 1832 hatte er in der Broschüre „Das Ziel und die Aufgabe des deutschen Liberalismus“ auf eine solche „Uebergangsstufe“, wie er sagte<sup>147</sup>, hingewiesen, indem er eine „Art von Gleichgewichtsverfassung zwischen Preußen auf der einen und dem gesamten übrigen konstitutionellen Deutschland auf der anderen Seite“ vorschlug<sup>148</sup>. Jetzt blieb sogar sein Versuch, den ersten winzigen Schritt durchzusetzen, erfolglos. Die deutsche Einheit war durch die Bewegung von 1830 nur indirekt, durch die fortschreitende Konstitutionalisierung auch der nord-deutschen Staaten, gefördert worden. Irgendwelche unmittelbaren praktischen Ergebnisse brachte die lebhafte und überaus geistvolle und gedankenreiche Diskussion über die nationale Frage in diesen Jahren nicht; daß sie jedoch für die Entwicklung des deutschen Einheitsstrebens außerordentlich fruchtbar gewesen ist, wird jede Geschichtsbetrachtung, mag sie nun mehr idealistisch oder positivistisch gerichtet sein, anerkennen müssen<sup>149</sup>.





## Anmerkungen.

### Vorbemerkung.

1. Zudem hat die süddeutsche Publizistik schon mehrere, z. T. erschöpfende Bearbeitungen gefunden. Wir nennen hier: B. Bauer, Geschichte der constitutionellen und revolutionären Bewegungen im südlichen Deutschland in den Jahren 1831—1834 (3 Bde., Charlottenburg 1845); W. Lempfrid, Die Anfänge des parteipolitischen Lebens und der politischen Presse in Bayern 1825—31 (Straßb. 1912); E. Franz, Bayerische Verfassungskämpfe. Von der Ständekammer zum Landtag (München 1926); E. Imm, Die nationale und freiheitliche Bewegung in Baden während der Jahre 1830—35 (Diss. Heidelb. 1909); O. H. Müller, J. G. A. Wirth und die Entwicklung des radikalen Liberalismus von 1830 bis 1848 (Diss. Frankf. 1925); O. Wiltberger, Deutsche politische Flüchtlinge in Straßburg 1830—49 (Freiburg 1910); vgl. ferner die zahlreichen biographischen und parteigeschichtlichen Beiträge zur Geschichte des politischen Lebens in Süddeutschland. — 2. s. W. Bauer, Die öffentliche Meinung, S. 260.

### Einleitung.

1. Vgl. mit dem Folgenden Ranke, Ueber die Trennung und Einheit von Deutschland. HPZ I, S. 340—388. 1. „Von der Trennung“. — 2. Vgl. W. Bauer, a. a. O. S. 263 f.

### Erster Teil.

1. Rotteck in APA, NF 4, S. 78; W. Schulz, ebd. S. 241. — 2. In seiner Schrift gleichen Namens, die im Laufe eines Jahres 4 Auflagen erlebte; s. über sie Treitschke 4, S. 114 f. — 3. Strombeck, Was ist Rechtsens, 1. Aufl., S. 9, 14 f. — 4. S. 33, 41, 56. — 5. z. B. Blicke auf Deutschlands Lage, S. 197, 384—86; Jürgens, Ueber die Notwendigkeit, S. 156. — 6. Jürgens, ebd. S. 42. — 7. S. 28. — 8. S. 80, 93. — 9. S. 162. — 10. S. 165; s. u. S. 132. — 11. 1. Aufl. Altenburg 1824. — 12. Zwei Bände, 1. Aufl. 1825, 2. Aufl. Leipzig 1831; Hoffmann war Appellationsgerichtsrat in Zweibrücken. — 13. s. ADB 2, S. 286. — 14. Stuttgart 1830 (vor der Julirevolution veröffentlicht). — 15. von Thilo, Ist Friedrich Murhard ein Kompilator? Anhang zu: Die Volkssouveränität in ihrer wahren Gestalt, S. 284. — 16. über seine politischen Anschauungen vgl. W. Weidemann, Fr. Murhard, ZVHG,

- Bd. 55, S. 258—273. — 17. Weidemann, S. 272 f. — 18. S. 258. — 19. S. 273. — 20. Murhard, der Zweck des Staats, S. 9. — 21. S. 40. — 22. S. 320. — 23. S. 143. — 24. S. 163. — 25. S. 144. — 26. S. 276. — 27. Murhard, Die unbeschränkte Fürstenschaft, S. X. — 28. s. den Titel des Buches „Das Recht der Nationen“. — 29. Vgl. Strombeck, Was ist Rechtens; s. o. S. 15. — 30. Murhard, Ueber Widerstand, S. 67. — 31. Weidemann, a. a. O., S. 265. — 32. Murhard, Die Volkssouveränität, S. 150. — 33. S. 53. — 34. S. 150. — 35. Weidemann, ebd. S. 265. — 36. Murhard, Die kurhessische Verfassungsurkunde, 1, S. 78. — 37. S. 89. — 38. Murhard, Die Initiative, S. 19 u. 100. — 39. Murhard, Das königliche Veto, S. 314. — 40. JGSt. 1832, 1, S. 152 u. ö. — 41. APA, NF 9, S. 227. — 42. Th. Wilhelm, Die englische Verfassung und der vormärzliche deutsche Liberalismus. Diss. Tüb. 1928. — 43. Die Wirksamkeit der Frankfurter Literaten (vgl. bes. Freyisen, Die Republik, 1832) steht nicht im Zusammenhang mit der norddeutschen Publizistik: s. u. S. 104. — 44. F. C. J. Müller, Preußens Politik, S. 83. — 45. S. 35. — 46. S. 64; s. u. S. 121. — 47. Constitution, wie sie das sächsische Volk wünscht. — 48. s. u. S. 61 f. — 49. s. u. S. 39 f. — 50. s. u. S. 23. — 51. s. a. ADB 26, S. 391. — 52. Die Emanzipation des dritten Standes, JGSt 1830, 2, S. 518 ff. — 53. S. 518. — 54. S. 519 ff., 526. — 55. S. 523. — 56. S. 534. — 57. Pölit, das konstitutionelle Leben, S. 1. — 58. S. 46. — 59. S. 51. — 60. S. 53. — 61. S. 74. — 62. S. 78. — 63. S. 75. — 64. S. 80. — 65. S. 81. — 66. S. 85. — 67. S. 90. — 68. S. 109—111. — 69. S. 99, 125. — 70. S. 101. — 71. S. 103. — 72. S. 124 f. — 73. S. 126—28. — 74. S. 129. — 75. S. 100 f. — 76. S. 137, 157 ff. — 77. S. 139, 155. — 78. S. 161. — 79. s. u. S. 47. — 80. s. u. S. 71, A. 49; S. 68, A. 24. — 81. K. Buchheim, Die Stellung der Kölnischen Zeitung im vormärzl. rhein. Lib. (Diss. Leipzig 1913), S. 53. — 82. s. u. S. 107 u. 122 f. — 83. J. Hansen, Rheinische Briefe und Akten, Bd. 1, S. 59, 37. — 84. s. u. S. 134 f. — 85. B. W. Pfeiffer, Geschichte der landständischen Verfassung, S. 326. — 86. S. 55. — 87. S. 326; s. a. unten S. 51. — 88. s. u. S. 86 ff. — 89. s. Klüver, F. H. Hegewisch, Nordelbingen 4, S. 412 ff. — 90. Hegewisch, Politische Freiheit, S. 113. — 91. S. 126. — 92. über ihre Gründung s. C. Varrentrapp, HZ Bd. 99; über Ranke vgl. Treitschke 4, S. 200 f., G. Kaufmann, Geschichte Deutschlands, S. 211 ff. — 93. HPZ 1, S. 39. — 94. S. 82 f. — 95. S. 87. — 96. S. 88. — 97. S. 89. — 98. S. 174. — 99. ebd. S. 90. — 100. S. 92. — 101. G. F. Krause, Betrachtungen über die Unruhen, S. 24. — 102. S. 32. — 103. S. 14. — 104. S. 15. — 105. ebd. — 106. S. 16. — 107. S. 16 f. — 108. seine Gedanken über Preußen s. u. S. 114 ff. — 109. über die Gründung des Berliner Politischen Wochenblatts s. Varrentrapp, HZ, Bd. 99; Treitschke 4, S. 199; P. Hassel, J. M. von Radowitz, S. 43 f.; vgl. auch G. Kaufmann, a. a. O. S. 214 ff. — 110. s. ADB 11, S. 122; s. auch Treitschke 4, S. 544 f. — 111. Jarcke, Die französische Revolution, S. 51. — 112. ebd. — 113. Grote, die Militärverfassung, S. 62. —

114. Jarcke, ebd. S. 46. — 115. Jarcke, Vermischte Schriften 3, S. 164. — 116. Vollgraff, Die Täuschungen, S. 30. — 117. Jarcke, die französische Rev., S. 48. — 118. Vollgraff, ebd. S. 35. — 119. Grote, a. a. O. S. 69. — 120. S. 79. — 121. S. 72. — 122. S. 81. — 123. S. 85. — 124. Jarcke, Die französische Revolution, S. 321. — 125. S. 322. — 126. S. 323 f. — 127. Jarcke, Vermischte Schriften 3, S. 135. — 128. ebd. S. 541. — 129. Vollgraff, ebd. S. 66.

## Zweiter Teil.

### Erstes Kapitel.

1. B. W. Pfeiffer, Geschichte der landständischen Verfassung, S. 258. —
2. Vgl. Treitschke 3, S. 513. — 3. Vollgraff, Eine Stimme, 1. Abt., S. 44. —
4. Seine Autorschaft steht außer Zweifel; vgl. die Eingangsworte der beiden Broschüren „Der Verfassungsentwurf“ und „Eine Stimme“, die fast gleich lauten, und ihre inhaltliche und stilistische Uebereinstimmung. —
5. Vollgraff, Der Verfassungsentwurf, S. 3 u. 43. — 6. Vollgraff, Eine Stimme, 1. Abt., S. 40. — 7. ebd. II. Abt., S. 8—30. — 8. § 22; Pölitz 1, S. 610 f. — 9. Die liberale Presse übte scharfe Kritik, insbesondere am Wahlgesetz; vgl. Allg. Anzeiger Nr. 297, 1. Nov. 1830. — 10. Pfeiffer, Einige Worte, S. 7 u. ö. — 11. S. 8. — 12. S. 14 f. — 13. S. 29, 37, 41. —
14. S. 21 ff. — 15. B. W. Pfeiffer, Geschichte der landständischen Verf., S. 282. — 16. Ueber Jordan vgl. die beißend scharfe Kritik Treitschkes 4, S. 128—130, die zu günstige G. Kaufmanns, S. 205 f. — 17. JGSt 1832, erster Band, S. 196 ff. — 18. ebd. S. 200. — 19. Altmann, S. 102. —
20. Marburg 1828. — 21. Staatslexikon, 1. Aufl., Bd. 3, S. 295. — 22. Fr. Müller, Kassel seit 70 Jahren, 1. Bd. (1876), S. 236. — 23. Denkschrift der Bürgerschaft Kassels, S. 11 f. — 24. Henkel, Die Stadt Marburg, S. 6; über sie s. ADB 11, S. 757; Iseler, S. 62. — 25. Henkel, S. 18. — 26. Altmann, S. 89. — 27. abgedr. b. Altmann, S. 86—112. — 28. Staatslexikon, 1. Aufl., Bd. 3, S. 295. — 29. Pölitz 1, S. 637. — 30. § 64 u. 65. —
31. § 14 u. 50 des Wahlgesetzes. — 32. § 6 der Verfassung. — 33. § 60. — 34. § 99. — 35. R. Bovensiepen, Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 34 (1915), S. 119. — 36. ebd. — 37. am 7. Februar 1831. —
38. Kurhessens freudige Zukunft, S. 20. — 39. S. 3. — 40. S. 8. — 41. S. 5. — 42. Reuß, Die würdigsten Empfindungen, S. 4. — 43. Lange, 6 Predigten. Konstitutionspredigt, S. 8 u. ö. — 44. Martin, Ueber die Verfassungsurkunde, S. 28. — 45. Kurzgefaßter Inhalt, S. 12. — 46. S. 13. —
47. Vgl. Iseler, S. 69 f. — 48. S. 67. — 49. ebd. — 50. Vgl. über Bernhardis Anteil an dem Blatt und seine politischen Anschauungen J. Petmecky, Karl Bernhardi (Diss. Frankfurt 1930), S. 24 ff.; s. u. S. 142. —
51. Pölitz, Andeutungen über den staatsrechtlichen Charakter, S. 131. — 52. S. 132. — 53. Vf, 1. Bd., S. 69. — 54. in seinem Buch „Das konstitutionelle Leben“. — 55. JGSt 1831, 1, S. 261. — 56. ebd. — 57. Pölitz, Andeutungen über den staatsrechtlichen Charakter, S. 139; vgl. o. S. 23 f.

— 58. JGSt 1831, 1, S. 386. — 59. S. 399. — 60. S. 394. — 61. S. 387. — 62. Sophronizon, 13. Jhrg., 2. Heft, S. 44 A. — 63. S. 45 A., S. 53 A., S. 59 A., S. 61 A. — 64. Th. Kind, Kritische Bemerkungen, S. 58. — 65. Der kurhessische Staat, S. 116. — 66. S. 4, S. 6, S. 116. — 67. S. 121. — 68. JGSt 1831, 1, S. 327. — 69. S. 338. — 70. S. 339. — 71. Drei Worte, S. 33. — 72. S. 40. — 73. Bovensiepen, a. a. O., S. 134. — 74. Staatslexikon, 1. Aufl., Bd. 3, S. 307. — 75. ebd. — 76. Die Radikalisierung der Anschauungen Jordans ist in der systematischen Darstellung von W. Wieber (Die politischen Ideen von Sylvester Jordan) nicht genügend berücksichtigt. — 77. s. o. S. 36. — 78. Pfeiffer, Geschichte der landständischen Verfassung, S. 283. — 79. S. 285. — 80. S. 299—326. — 81. Murhard, Die kurhessische Verfassungsurkunde, 1. Bd., S. 79. — 82. S. 77. — 83. S. 79; s. auch o. S. 19 f. — 84. Gössel, Geschichte des konstituierenden Landtags, S. 201—271. — 85. S. 257. — 86. ebd. — 87. ebd.

## Zweites Kapitel.

1. Vgl. bes. Reinhardt, S. 242—281 u. ö.; Reinhardt hat die Genesis der sächsischen Verfassung so ausführlich dargestellt, daß sich im folgenden eine eingehende Behandlung der sächsischen Publizistik erübrigt. — 2. S. 67. — 3. s. Treitschke 3, S. 504; Reinhardt, S. 58 ff. — 4. von Watzdorf, Ueber die Notwendigkeit einer Veränderung der im Königreich Sachsen dermalen bestehenden ständischen Verfassung (Dresden 1830), S. 12. — 5. s. Reinhardt, S. 60. — 6. Sammlung mehrerer Schriften, S. 3. — 7. Hase, Sachsen und seine Hoffnungen, S. 114. — 8. Sammlung, S. 15; noch entschiedener die Adresse der Advokaten zur Dresden vom 20. Sept., s. Sachsenzeitung Nr. 276, 2. Okt. 1830. — 9. Sammlung, S. 20. — 10. Reinhardt, S. 165. — 11. Ber. öster. Ges. 2. Okt. 1830; s. Reinhardt, S. 175 f. — 12. Hase, Sachsen und seine Hoffnungen, S. 98. — 13. S. 101; ähnlich die Biene Nr. 21, 22. Mai 1831. — 14. von Schwerdtner, Freimütige Betrachtungen, S. 85 f. — 15. Nr. 297, 13. Dez. 1830; s. Reinhardt, S. 243. — 16. Die Staatsverfassung des Großherzogtums Baden, S. 29—31. — 17. Das Vaterland Nr. 3—5, 8.—15. Jan. 1831. — 18. Rüder, Drang nach einer besseren Verfassung, S. 40 f. — 19. Kind, Kritische Bemerkungen, S. 72; s. o. S. 48. — 20. Breuer, An die Stände, S. V. — 21. S. 20. — 22. S. 17. — 23. S. 29. — 24. S. 44. — 25. von Ammon, Predigt zur Eröffnung, S. 21. — 26. s. Reinhardt, S. 246—49; abgedr. bei Pölit, 1, S. 205—20. — 27. §§ 60 u. 65. — 28. Reinhardt, S. 267. — 29. S. 269. — 30. ebd. — 31. S. 273. — 32. Rüder, Einige Worte, S. 12. — 33. Vgl. auch Betrachtungen eines unbefangenen Patrioten, S. 8; Kind, Kritische Bemerkungen, S. 65; Die Biene Nr. 12, 20. März 1831. — 34. Krug, Ueber die Wiedergeburt, 1. Gabe, S. 7. — 35. E. W., Prüfende Blicke, S. 25. — 36. S. 19. — 37. Bemerkungen Dresdner Sachwalter, S. 9 f. — 38. s. Reinhardt, S. 222. — 39. Konstitution, wie sie das sächsische Volk wünscht, S. 6. — 40. S. 10. — 41. S. 15. — 42. Politisches Ge-



spräch, S. 2. — 43. S. 7 f. — 44. S. 9. — 45. S. 10. — 46. S. 5. — 47. S. 11. — 48. Vgl. Die Stadt Marburg; s. o. S. 39 f. — 49. s. Reinhardt, S. 74. — 50. S. 75. — 51. S. 293. — 52. ebd.; über die Stellung dieser Zeitung zu den Verfassungsfragen vgl. Das Vaterland 1831, Nr. 38, 53, 63, 65, 72. — 53. Espe, Feierlichkeiten, S. 15. — 54. § 5; Pölitz 1, S. 247 f. — 55. Espe, Feierlichkeiten; Faßliche Darstellung des Wahlgesetzes; Krug, Ueber die Wiedergeburt, 4. Gabe. — 56. ANG 1, S. 147. — 57. Ueber die Verhandlungen, S. 27 ff.; Geschichte der neusten Staatsumwälzung, S. 112; Kind, Die erste konstitutionelle Ständeversammlung, S. 32—34. — 58. Weshalb feiern wir das Fest? u. Just, Geschichte der sächsischen Verfassung. — 59. Zeschau, Das Wirken der Staatsregierung. — 60. S. VIII. — 61. S. 174.

### Drittes Kapitel.

1. s. Treitschke 4, S. 102—122. — 2. von Strombeck, Was ist Rechts, s. o. S. 15 f.; vgl. auch Betrachtungen über den Aufstand, eine populäre Darstellung Strombeck'scher Gedanken. — 3. abgedr. bei Pölitz 1, S. 914—27. — 4. Steinacker, Wünsche der Braunschweiger, Heft 1. — 5. S. 15 u. 26. — 6. S. 16—18. — 7. S. 5. — 8. S. 26—30. — 9. S. 26. — 10. S. 28. — 11. von Strombeck, Staatswissenschaftliche Mitteilungen, S. 186, 131, 190. — 12. von Bülow, Zur Erläuterung, S. III. — 13. von Strombeck, a. a. O. S. 95. — 14. S. 92. — 15. von Bülow, a. a. O. S. 9. — 16. von Grone, Widerlegung, S. 39. — 17. de Dobbeler, Ueber geschichtliche Entstehung, S. 98 f. — 18. Pölitz, Andeutungen über den staatsrechtlichen Charakter, S. 169. — 19. de Dobbeler, a. a. O. S. 46. — 20. S. 50—60, bes. S. 60 A. — 21. S. 62, 69, 78. — 22. abgedr. bei Pölitz 1, S. 927—951. — 23. § 4; ebd. S. 928. — 24. § 5 ebd. — 25. Pölitz, Das konstitutionelle Leben, S. 85 ff. — 26. §§ 17, 107, 140. — 27. Pölitz 1, S. 951—963. — 28. S. 951. — 29. Pölitz, Votum über den Entwurf, S. 10. — 30. S. 12. — 31. S. 13. — 32. § 5 des Entwurfs; s. o. A. 24. — 33. Pölitz, S. 61 f. — 34. S. 39. — 35. S. 16. — 36. S. 48. — 37. Deutsche Nationalzeitung 1831, Nr. 70—85. — 38. Zöpfl, Microcosmus, S. 57. — 39. Deutsche Nationalzeitung 1831, Nr. 83, 79, 73. — 40. Jürgens, Bemerkungen, S. 4. — 41. Zöpfl, Microcosmus, S. 4. — 42. S. 5. — 43. S. 8. — 44. S. 10 f. — 45. S. 19. — 46. S. 32. — 47. S. 40. — 48. Rhamm, Die Verfassungsgesetze des Herzogtums Braunschweig, (2. Aufl. Braunschweig 1907), S. 50 A. — 49. Entwurf vom 27. August 1832, §§ 60 u. 79; Pölitz 1, S. 970—973. — 50. abgedr. ebd. 1, S. 963—995. — 51. S. 1192—1226. — 52. s. die Ankündigung in Nr. 1, Deutsche Nationalzeitung 23. August 1831. — 53. Rhamm, a. a. O. S. 54.

### Viertes Kapitel.

1. Vgl. zu dem Folgenden W. v. Hassell, Geschichte des Königreichs Hannover, 1. Teil, S. 290 ff. — 2. König, Anklage des Ministeriums Münster,

S. 4. — 3. S. 3 u. 11. — 4. Einige Bemerkungen, S. 4. — 5. S. 10 f. — 6. S. 15 f. — 7. S. 14. — 8. S. 37; ähnlich die Schlußfolgerungen der vielbeachteten Schrift von S. P. Gans, Ueber die Verarmung, S. 67. — 9. § 3; s. Pölitz 1, S. 263 f.; F. Hartung, Deutsche Verfassungsgeschichte, S. 132. — 10. abgedr. bei E. v. Meier, Hannoverische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, II. Bd., S. 619—636. — 11. ebd. S. 620. — 12. S. 622. — 13. S. 624. — 14. ebd. S. 628. — 15. W. v. Hassell, a. a. O., I. Teil, S. 315. — 16. s. 6. Kap., §§ 18 u. 22 des Entwurfes; Pölitz 1, S. 325—27. — 17. abgedr. ebd. S. 317—334. — 18. Stüve, Die gegenwärtige Lage, S. 10, 12, 16. — 19. S. 111. — 20. ebd. S. 143. — 21. ebd. S. 151. — 22. Am 12. Mai hatte Dahlmann seinen Entwurf eingeschickt, am 16. August die Beratungen des Ministeriums begonnen; Stüves Schrift entstand im September, der Regierungsentwurf wurde erst im November veröffentlicht. — 23. ADB 3, S. 187. — 24. Böse, Gedanken eines Hannoveraners, S. 10. — 25. VF. 1, S. 302. — 26. V. d. Horst, Deutschland, S. 11 u. 25. — 27. Weinlig, Was drückt, S. 84 u. 97. — 28. Verhandlungen über die öffentlichen Angelegenheiten, I, S. 92, 2, S. 41. Er zeichnete mit Ziffer 48; Advokat Gans selbst war nicht Verfasser dieser Artikel. — 29. s. die Ankündigung in Bd. 1, S. 1 f. — 30. Vorschläge zu einer Verfassungsurkunde, S. 16—32 Entwurf d. Verf. Urk.; s. § 38. — 31. Nolte, Bemerkungen, S. 42. — 32. ebd. S. 44 f. — 33. Pölitz, Andeutungen über den staatsrechtlichen Charakter, S. 163. — 34. S. 163 f. — 35. §§ 1—7; Pölitz 1, S. 324 f. — 36. § 4. — 37. 6. Kap. § 8—42; ebd. S. 325—29. — 38. § 17. — 39. § 18. — 40. § 22. — 41. § 25. — 42. § 38 u. 36. — 43. § 10. — 44. § 11. — 45. Beleuchtung des Entwurfs, S. 4. — 46. S. 54 u. ö. — 47. S. 74 u. 70. — 48. S. 71 f. — 49. S. 60—62. — 50. S. 79. — 51. S. 20. — 52. S. 54; ähnlich maßvoll kritisierend der Pölitz nahestehende Friedrich Bülow in Das Vaterland, Nr. 98, 7. Dez. 1831. — 53. ADB 46, S. 359. — 54. von Bodungen, Untersuchungen, S. 55 f. — 55. Der Verfasser der „Anklage des Ministeriums Münster“. — 56. König, Ueber die politischen Reformen, S. 164. — 57. S. 205 f. — 58. Der bekannte Führer in den badischen Volksaufständen von 1848 u. 1849. — 59. Verhandlungen I, S. 151. — 60. Entwurf, 2. Kap., § 1; Pölitz 1, S. 317. — 61. von Struve, Kommentar, 2. Heft, S. 4 f. — 62. ebd. 7. Heft, §§ 56, 72, 74, 75. — 63. s. o. S. 30. — 64. Grote, Die Militärverfassung, S. 66 u. 104. — 65. ebd. S. 105. — 66. Landesblätter, 2. Bd., S. 49. — 67. S. 50. — 68. ebd. 1. Bd., S. 185. — 69. ebd. S. 174. — 70. Adresse der Provinzialstände der Grafschaft Hoya vom 18. April 1832, in Landesblätter, Bd. 2, S. 43 f.; Adresse der ostfriesischen Landschaft vom 16. Mai 1832, ebd. S. 87 f.; Antwort der Hoyaischen Landschaft vom 7. Dezember 1832 auf das Königliche Reskript vom 13. Oktober, ebd. S. 309 f. — 71. ebd. I. Bd. S. 195 f., S. 222; II. Bd. S. 44 ff., S. 136 ff. — 72. s. Hann. Ztg. Nr. 29, 3. Febr. 1832; Nr. 74, 27. März 1832; Nr. 83, 6. April 1832; Deutsche Nationalzeitung Nr. 162, 10. Juli 1832. — 73. Vgl. das Urteil Treitschkes 4, S. 160. — 74. Hassell, a. a. O. I. Teil, S. 327. —

75. s. Treitschke 4, S. 155. — 76. abgedr. bei Altmann, S. 141—175. — 77. Hassell, a. a. O. 1. Teil, S. 341. — 78. Vgl. Treitschke 4, S. 158 f. — 79. Grundgesetz § 88. — 80. § 89; s. kurhessische Verfassung § 95; Altmann, S. 101. — 81. ebd. S. 95. — 82. abgedr. bei Altmann, S. 195—235.

### Fünftes Kapitel.

1. Da C. Jansen in seiner Biographie Lornsens (Kiel 1872) eine ausführliche Darstellung gegeben hat, wird im folgenden nur eine knappe Charakteristik der schleswig-holsteinischen Publizistik gezeichnet. — 2. Vgl. Treitschke, S. 581 f. — 3. abgedr. bei Klüver, F. H. Hegewisch, Nord-Treitschke 3, S. 581 f. — 3. abgedr. bei Klüver, F. H. Hegewisch, Nord-seine politische Gedankenwelt gewähren Lornsens Briefe an F. H. Hegewisch (Schleswig 1925); s. auch seine Briefe an seinen Vater (Breslau 1930), S. 172 ff. — 6. Lornsen, Ueber das Verfassungswerk, S. 13. — 7. ebd. S. 7. — 8. S. 11. — 9. s. Wiese u. Dreyer, Vorträge, S. 13, 15, 17. — 10. Adresse vom 22. Nov.; s. Sammlung der wichtigsten Aktenstücke, S. 3. — 11. z. B. Rumohr, Einige Worte, S. 5; Noch einige Worte, S. 3. — 12. von Brockdorff, Betrachtungen, S. 36—39. — 13. S. 23 und S. 26. — 14. von Brockdorff, Beleuchtung, S. 56. — 15. s. Jansen, a. a. O. S. 255. — 16. Jansen, S. 267. — 17. Wülfke, Zur Würdigung, S. 25. — 18. S. 30. — 19. Michelsen, Ueber die vormalige Landesvertretung, S. 61. — 20. Adresse an den König, S. 3. — 21. S. 10. — 22. David und Tscherning, Ueber das Wesen, S. XII. — 23. s. auch Klenze, Versuch, S. 263. — 24. abgedr. bei Pölitz 1, S. 729—31. — 25. s. Die künftige Verfassung; Ansprache an die erfahrenen Männer; am entschiedensten die Artikelserie im Kieler Korrespondenzblatt, Nr. 56—60, 13.—27. Juli 1831. — 26. abgedr. bei Pölitz 4, S. 243—261. — 27. M. von Moltke, Das Wahlgesetz. — 28. Jansen, a. a. O. S. 423; vgl. Briefe an Hegewisch, S. 258 ff.; scharfe Verurteilung der Politik Falcks: Briefe an seinen Vater, S. 163; Briefe an Hegewisch, S. 218 f., 234, 252. — 30. Lornsen, Die Unionsverfassung, Beilage XIII bis XV, S. 412 ff. — 31. ebd. Beilage XIV, Art. 1, S. 415. — 32. Ueber die Entwicklung seiner großen Schrift unterrichten fortlaufend Lornsens Briefe an Hegewisch, S. 20 ff. u. ö.

### Sechstes Kapitel.

1. Schöne, Die Rechte und Forderungen, S. 10. — 2. S. 19. — 3. Neue Zeitung Nr. 86, 10. April 1833; abg. bei Bartels, Beleuchtung, S. 4—12. — 4. ebd. S. 5. — 5. S. 15. — 6. Bartels, Einige Abhandlungen, S. 95—132. — 7. S. 132. — 8. E. Baasch, Geschichte Hamburgs, 1. Bd., S. 80; über die Presse in Hamburg vgl. ebd. S. 56 ff.; H. Gerstenberg, Die hamburgische Zensur in den Jahren 1819—1848 (Progr. Hamb. 1908); E. Baasch, Geschichte des Hamburgischen Zeitungswesens (1930). — 9. Voget, Ueber staatsbürgerliche Anforderungen, S. 52. — 10. S. 53 f., 57. — 11. S. 59. — 12. S. 62. — 13. ebd. S. 3 u. 75; eine gemäßigt kon-

servative Kritik der Schrift erfolgte durch Donandt, *Bremisches Magazin*, S. 185 ff., eine hochkonservative Ablehnung aller Verfassungswünsche durch ein Eingesandt im *Politischen Wochenblatt für Bremen* Nr. 53, 30. Dez. 1832; außerhalb Bremens befaßte sich mit den Verfassungswünschen, wenn auch nur oberflächlich, *Der Verfassungsrath* 1832, S. 190 ff. — **14.** mit der Schrift „Bericht über die Resultate der Verhandlungen ...“ (*Bremen* 1837). — **15.** In Lübeck, wo die Verhältnisse ganz ähnlich lagen, bedeutete das Jahr 1830 keinen Einschnitt in der Verfassungsentwicklung. Die dortigen liberalen Führer, Heinrich Kunhardt und Joh. Fr. Hach, beschränkten sich auf theoretische Erörterungen; s. S. Horstmann, *Der lübeckische Liberalismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. *Zeitschr. d. Ver. f. lüb. Gesch.*, Bd. 26 (1932), S. 37 ff. — **16.** s. Pölit 1, S. 1023 f. — **17.** ebd. S. 1025. — **18.** JGSt 1832, 1, S. 292. — **19.** S. 320. — **20.** s. G. Rühning, *Oldenburgische Geschichte*, 2. Bd. (1911), S. 520 ff. — **21.** Düberg, *Mecklenburgs Landesnoth*, S. 9 ff. — **22.** S. 24 ff. — **23.** S. 27 f., 33. — **24.** O. Vitense, *Geschichte von Mecklenburg* (1924), S. 417 f., erwähnt die Schrift Dübergs nicht; ähnliche Forderungen wie dieser erhob übrigens auch *Der Verfassungsrath* 1832, S. 157 f. — **25.** *Allg. Anzeiger* Nr. 271, 6. Okt. 1830. — **26.** abg. Pölit 1, S. 1067—71. — **27.** *Allg. Anzeiger* Nr. 59, 1. März 1831; vgl. Pölit, *Andeutungen über den staatsrechtlichen Charakter*, S. 122; Bentzel-Sternau, Vf 2, S. 132; Fr. Lammert, *Verfassungsgeschichte von Schwarzburg-Sondershausen*, S. 75. — **28.** Vf 2, S. 132. — **29.** Vf 2, S. 171. — **30.** Ueberschrift des Artikels Vf 2, S. 124 ff. — **31.** ebd. S. 315. — **32.** S. 317. — **33.** S. 319. — **34.** S. 318. — **35.** Bis 1833 wurden sieben Bittschriften eingereicht; Lammert a. a. O. S. 77. — **36.** s. Lammert, S. 238. — **37.** s. Pölit 1, S. 855 f. — **38.** abgedr. ebd. S. 856—900, 900—907. — **39.** *Leipziger Zeitung* Nr. 21, 25. Jan. 1831; s. auch Reinhardt, S. 245 A. — **40.** §§ 164, 167, 219; Pölit 1, S. 886 u. 894. — **41.** Pölit, *Andeutungen über den staatsrechtlichen Charakter*, S. 12. — **42.** ebd. S. 101. — **43.** S. 110 f. — **44.** Pölit 1, S. 887—891. — **45.** § 66; Altmann, S. 97. — **46.** § 224; Pölit 1, S. 894. — **47.** Pölit, *Andeutungen*, S. 106 f. — **48.** abgedr. von Hase, *Für die Petition*, S. 13—15. — **49.** *Die Oeffentlichkeit der Verhandlungen*, S. 31. — **50.** S. 32. — **51.** *Offenes Sendschreiben*, S. 39. — **52.** S. 40, 42 f.; ein ganzes Bündel von Reformforderungen stellte *Der Verfassungsrath* 1832, S. 273 ff., zusammen; hier wurde auch für Sachsen-Meiningen eine veränderte Zusammensetzung des Landtags gefordert: S. 236 ff. — **53.** VF. 1, S. 191. — **54.** *Rheinbayern* 5, S. 65. — **55.** APA, NF. 8, S. 158 ff.; daß er der Verfasser des Aufsatzes ist, ergibt sich aus der Aehnlichkeit des Stils und aus wörtlichen Anklängen an seine „Briefe vom Rhein“ von 1834. — **56.** Vgl. dagegen sein Urteil über die kurhessische Verfassung, s. o. S. 47. — **57.** APA, NF. 8, S. 199. — **58.** Am 2. Mai war die Ständeversammlung vertagt worden, weil sie Angriffe gegen die Domänenregelung gerichtet hatte. — **59.** Vf. 2, S. 14; ebenso Siebenpfeiffer, „Deutschland“, 1. Bd., S. 77 f.; *Der Domänenstreit*, S. 127 A. — **60.** *Rheinbayern* 4, S. 256; Weitzel in APA, NF. 8, S. 165 u. 199. —



61. durch das herzogliche Edikt vom 29. Oktober 1831; Pölit 1, S. 1017 f. — 62. Verfasser Ministerialrat Magdeburg; s. „Vortrag des Ausschusses“, S. 50. — 63. Nachricht an die Einwohner, S. 20. — 64. Lieber, Blick, S. IV f. — 65. S. 63 f.; am 18. April hatten 15 Deputierte erklärt, daß sie an den Verhandlungen nicht weiter teilnehmen wollten, weil die Zusammensetzung der ersten Kammer verfassungswidrig sei. — 66. Rheinbayern 5, S. 66. — 67. Aehnliche Gedankengänge auch in der Schrift „Ueber die Vermehrung“, in der die Pflicht der Untertanen, nach der Vermehrung der Herrenbank Steuern zu entrichten, bestritten wurde. — 68. über ihn s. Frh. du Thil, Denkwürdigkeiten. Deutsche Geschichtsquellen, Bd. 3 (1921), S. 613, Anm. 87. — 69. Vgl. über sie R. Schwemer, Geschichte der freien Stadt Frankfurt, 2. Bd. (1912), S. 246 ff.; eine Zusammenstellung ihrer Schriften bei O. H. Müller, J. G. A. Wirth; einen knappen Ueberblick über das Zeitungswesen in Frankfurt gibt H. Jacobi, Die Entwicklung des Frankfurter Zeitungswesens (Diss. Frankfurt 1930), S. 80 f.

### Siebentes Kapitel.

1. C. Venturini, Chronik des 19. Jahrhunderts, Bd. 6, S. 156. — 2. ebd. S. 157. — 3. Leopold von Gerlach, Denkwürdigkeiten, 1. Bd., S. 60. — 4. P. Hassel, Radowitz, S. 219. — 5. Gerlach, a. a. O. S. 60. — 6. Brief Rothers an Stägemann vom 3. August 1831 bei Fr. Rühl, Briefe und Aktenstücke zur Geschichte Preußens, 3. Bd. (Leipzig 1902), S. 489. — 7. ebd. — 8. abgedr. bei Rühl, a. a. O. S. 490—93. — 9. ebd. S. 491. — 10. Vgl. J. Hansen, Rheinische Briefe und Akten, 1. Bd., S. 10, A. 2 u. S. 84 A. 1. — 11. abgedr. ebd. S. 11—81; als Manuskript gedruckt 1845; auszugsweise gedruckt in D. Hansemann, Das preußisch-deutsche Verfassungswerk, 1850; über die Denkschrift vgl. auch Treitschke 4, S. 183 f., Hansen in Das Rheinland 1815—1915 (Bonn (1917), S. 675 ff. — 12. Hansen a. a. O. S. 12—15. — 13. S. 19 u. ö. — 14. S. 17. — 15. S. 22. — 16. S. 22—27. — 17. S. 34. — 18. ebd. S. 39. — 19. S. 49. — 20. S. 51. — 21. S. 15 u. 78. — 22. S. 29 f. — 23. S. 34. — 24. S. 78. — 25. S. 58 f. — 26. S. 55 f. — 27. S. 57. — 28. S. 59. — 29. ebd. s. a. S. 57. — 30. S. 75; s. a. o. S. 25. — 31. Ueber seine Stellung zur preußisch-deutschen Frage s. u. S. 134 f. — 32. S. 67. — 33. durch Kabinettsordre vom 8. Februar 1831. — 34. Hansen a. a. O. S. 81—87. — 35. ebd. S. 86. — 36. S. 85. — 37. s. Hansen, S. 30 f. — 38. S. 90. — 39. Bericht des Regierungspräsidenten Delius an den Oberpräsidenten von Ingersleben vom 4. bis 5. März 1831 in Hansen a. a. O., S. 90—93; s. a. Hansen, S. 31\*. — 40. ebd. S. 91. — 41. s. z. B. Aldefeld, Preußen und die Revolutionen; Frh. von Fürth, Worte zur Beherzigung. — 42. Preußische Staatszeitung Nr. 40, 9. Febr. 1831. — 43. Einige Fragen, S. 18 f. — 44. ähnlich die Rede des Hofpredigers Eylert vom 22. Jan. 1832; s. Hannoversche Zeitung Nr. 29, 3. Febr. 1832; M. Seebeck, Gesinnung eines Preußischen Landwehrmannes; Der Preußen Hort. — 45. Einige Fragen, S. 22. — 46. ebd. S. 23. — 47. Venturini, a. a. O., 5. Bd., S. 367—69. —

48. Wort aus der Thronrede bei Eröffnung des Vereinigten Landtags; Treitschke 5, S. 607. — 49. Janke, Preußen 1807 und jetzt, S. 76 f. — 50. Benedikt, Königthum und Freiheit, S. 3 u. 43. — 51. Vaterlandskatechismus; Wie ist es?; ähnlich Der treue preußische Unterthan; J. Süß, Preußen in der Vorzeit; Fr. Schoene, Preußens Stellung. — 52. Aldefeld, Preußen, S. 12. — 53. von Fürth, Worte, S. 99. — 54. S. 49. — 55. S. 88; vgl. auch W. Mannstädt, Freiheit und Gleichheit, S. 16; Wehnert, Ueber den Geist, S. 15. — 56. von Miltitz, Einiges und Mehreres. — 57. ebd., Anhang, S. I—CXXXV. — 58. Wo ist man liberal? S. 15. — 59. S. 18 f. — 60. Ueber die Trennung und Einheit von Deutschland, HPZ 1, S. 358 f. — 61. S. 359. — 62. s. o. S. 27 f. — 63. s. o. S. 28. — 64. Krause, Versuch einer Verfassung, S. 6. — 65. ebd. — 66. S. 7. — 67. S. 67. — 68. S. 69. — 69. S. 70. — 70. S. 210. — 71. S. 211. — 72. S. 83. — 73. S. 98. — 74. S. 86. — 75. S. 56. — 76. s. o. S. 105. — 77. s. o. S. 106. — 78. Es ist erstaunlich, daß diese Broschüre, wie so viele andere in der vorliegenden Arbeit besprochenen (z. B. Pölitz' und Ernst Münchs Schriften), bisher von der modernen Forschung mit keinem Wort gewürdigt worden ist. — 79. in ANG 1, S. 254. — 80. S. 254 f. — 81. s. u. S. 132. — 82. s. u. S. 143. — 83. Schulz, APA, NF 7, S. 37; vgl. auch Bernhardi in Der Verfassungsfreund Nr. 49, 19. Okt. 1831. — 84. S. 35. — 85. S. 36. — 86. S. 32. — 87. S. 33. — 88. s. u. S. 146. — 89. Aphorismen S. 7. — 90. S. 8. — 91. S. 38; ähnlich E. Gans, Ueber Provinzialgesetze; Allgemeiner Anzeiger Nr. 240, 4. Sept. 1831; Auch eine Stimme aus Preußen. — 92. Frey, Preußen in seiner gegenwärtigen Stellung; Preußen oder Andeutungen über die politische Richtung; von dem gleichen Verfasser scheinen beide Schriften jedoch nicht zu stammen. — 93. Frey, a. a. O. S. 9. — 94. ebd. S. 6 f. — 95. S. 8 f., 10 ff. — 96. Preußen oder Andeutungen, S. 17. — 97. S. 14. — 98. APA, NF 10, S. 60. — 99. S. 59. — 100. S. 56 f. — 101. S. 58 f. — 102. S. 62. — 103. S. 65. — 104. er soll aus Berlin stammen: s. o. H. Müller, J. G. A. Wirth, S. 133; Wiltberger a. a. O. S. 152; das Vorwort seiner Schrift ist aus Altenburg datiert. — 105. F. C. J. Müller, Die Politik Preußens, S. VI. — 106. S. 24 ff., 39 ff., 54 ff., 86 ff. — 107. s. u. S. 153. — 108. ebd. S. 64. — 109. S. 42. — 110. S. 82. — 111. Hanseemann, Preußen und Frankreich, II. Aufl., S. 196. — 112. S. 197; s. auch o. S. 25. — 113. ebd. — 114. S. 199. — 115. S. 207. — 116. S. 221. — 117. ebd. S. 234. — 118. S. 208. — 119. über sein Buch und die Gegenschriften s. A. Bergengrün, David Hanseemann, S. 122 ff.; s. auch Treitschke 4, S. 543 f., Hansen in Das Rheinland 1, S. 679 f. — 120. ADB 15, S. 478. — 121. Kaufmann, Würdigung, 1. Aufl., S. 2. — 122. S. 45. — 123. S. 54 f. — 124. s. Bergengrün a. a. O., S. 150. — 125. Preußen den konstitutionellen Staaten gegenüber, S. 18. — 126. S. 8. — 127. Thilo, Was ist Verfassung?, S. VI. — 128. S. 79. — 129. s. o. S. 21. — 130. über die sonderbare Schrift des Freiherrn Werner von Haxthausen „Ueber die Grundlagen unserer Verfassung“, die in denselben Zusammenhang gehört, s. o. S. 29. — 131.

s. o. S. 110. — 132. von Schlieben, Preußenworte, S. 38. — 133. ebd. — 134. S. 33. — 135. S. 8. — 136. S. 27. — 137. S. 28 f. — 138. S. 31.

### Dritter Teil.

1. z. B. Die Diskussion über das „Manuscript aus Süddeutschland“ 1820. — 2. s. u. S. 146. — 3. s. o. S. 15 f. — 4. von Strombeck, Was ist Rechtsens, 1. Aufl., S. 61. — 5. s. o. S. 16, A. 5. — 6. Was haben die deutschen Bundesstaaten, S. 11. — 7. S. 11—15. — 8. Jürgens, Ueber die Notwendigkeit, S. 165; s. o. S. 16. — 9. zuerst erschienen in der Aletheia; gesondert gedruckt im Okt. 1830, 2. Aufl. im Febr. 1831. — 10. Münch, Deutschlands Vergangenheit, 2. Aufl. S. 69. — 11. S. 63 f. — 12. S. 61—68. — 13. S. 73. — 14. S. 71 f. — 15. S. 48. — 16. Ueber das Verständnis der Parteien in gegenwärtiger Krise in: Historische Rückblicke, S. 9—39. — 17. ebd. S. 26. — 18. z. B. Frey, Deutschlands Einheit, S. 40 f.; B. W., Deutschlands Interesse; Hansemann bei Hansen, a. a. O. S. 75 f. — 19. Münch, Denkwürdigkeiten, S. 123—38. — 20. Die Neue Zeit, Band 2, S. 77 f.; ähnlich in Voraussetzungen und Folgerungen Rosen, Deutschlands Zukunft. — 21. Deutschland, was es ist, S. 11. — 22. S. 33. — 23. S. 83. — 24. S. 60 u. 63. — 25. S. 121. — 26. S. 120 u. 123. — 27. Lempfrid, a. a. O. S. 238 f. — 28. s. o. S. 107 ff. — 29. Hansen, a. a. O. S. 71. — 30. S. 79. — 31. S. 78. — 32. S. 79. — 33. S. 72. — 34. S. 81 — 35. S. 73 f. — 36. Das ist wohl der Grund für die von Pfizer gewählte Form des Briefwechsels, die die beste Möglichkeit gibt, Anschauungen von verschiedenen Seiten zu beleuchten. — 37. Fr. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, S. 339 ff. — 38. S. Brie, Der Bundesstaat, 1. Abt., S. 53, 57 f.; Treitschke 4, S. 252 ff.; G. Kaufmann, a. a. O. S. 225 ff.; noch heute vermissen wir schmerzlich die einst von Küntzel angekündigte Monographie über Pfizer. — 39. Meinecke, a. a. O. S. 339. — 40. s. u. S. 146. — 41. z. B. in Die Neue Zeit, Blätter für literarische Unterhaltung, Kritische Blätter der Börsenhalle Nr. 58, 8. Aug. 1831. — 42. Einige Bemerkungen über eine neue Schrift, S. 20. — 43. In seinem Reisejournal (1833), S. 185—200; abgedr. in Werke, herausgeg. von Boxberger (1883), 10. Teil, S. 95—100. — 44. Boxberger, ebd. S. 98. — 45. ebd. S. 95. — 46. ANG 1, S. 257. — 47. Aufruf an die Deutsche Nation, S. 44. — 48. S. 15. — 49. APA NF 8, S. 258 u. 260. — 50. S. 263 f. — 51. 1. Abt. Theoretischer, 2. Abt. Praktischer Teil, — 52. Interessant ist Lornsens positives Urteil über Pfizers Werk: s. Lornsens Briefe an Hegewisch, S. 18; K. Alnor, ZGfSchl-holstG, Bd. 54, S. 425 ff. — 53. Schnitzler, De l'unité, S. 93 f.; s. Klüpfel, Die deutschen Einheitsbestrebungen, S. 426; über die Ahnung der beiden Franzosen S.-M. Girardin und Edgar Quinet von einer nahen deutschen Einheit s. B. Bauer a. a. O. 1. Bd., S. 93 und Treitschke 4, S. 255 f.; vgl. Girardin, Notices politiques et littéraires sur l'Allemagne (Paris 1835), S. 19 ff.; Quinet, Ueber Deutschland und die Revolution (Stuttgart 1832), S. 19 f. — 55. APA, NF 10, S. 41, 47 f. --

56. Beiträge 1, S. 196. — 57. S. 193. — 58. s. o. S. 132 f. — 59. Beiträge 1, S. 267. — 60. S. 273. — 61. S. 278 f. — 62. S. 279. — 63. s. Schulz, Deutschlands Einheit, S. 256, 264 f. — 64. APA, NF 5, S. VI; vgl. W. Schulz in der Deutschen Tribüne Nr. 21, 23. Juli 1831. — 65. Vgl. E. Imm, Die nationale und freiheitliche Bewegung in Baden, S. 117, wo diese Behauptung bestätigt wird. — 66. s. o. S. 16 u. 132. — 67. v. d. Horst, Deutschland und die Reform, S. 26. — 68. Kritische Blätter der Börsenhalle Nr. 58, 8. Aug. 1831. — 69. wohl von Jordan inspiriert; Der Verfassungsfreund Nr. 35—41, 31. Aug.—21. Sept. 1831; s. Iseler, S. 84 ff., Petmecky a. a. O. S. 28 ff. — 70. Welcker, Die Vervollkommnung, S. 6 f., S. 14. — 71. Treitschke 4, S. 232. — 72. Deutsche Nationalzeitung Nr. 74, 16. Nov. 1831; C. F. Wurm in Kritische Blätter der Börsenhalle Nr. 74, 28. Nov. 1831. — 73. Offenes Sendschreiben, S. 25; Stimmen der Zeit, 2. Gabe, S. 78 f.; Die Biene Nr. 46, 13. Nov. 1831; v. Watzdorf in Das Vaterland Nr. 90, 9. Nov. 1831; nicht unbedingt zustimmend W. Tr. Krug, Porträt von Europa (Ges. Schr. 5. Bd., S. 204 A.). — 74. F. G. Welcker, Von ständischer Verfassung, S. 50; Schmittenner, Fest der Freunde, S. 9 f.; Bernhardi in Der Verfassungsfreund, 7. Dez. 1831. — 75. z. B. Weber in JGSt 1832, 1, S. 61; Becker in APA, NF 9, S. 101; auch Siebenpfeiffers Westbote Nr. 3, 3. Jan. 1832. — 76. F. G. Welcker, a. a. O. S. 50. — 77. Seeger, Vaterländische Briefe, S. 50. — 78. APA, NF 7, S. 7. — 79. S. 4 f. — 80. S. 8 f. — 81. S. 9 ff. — 82. S. 19 ff. — 83. ebd. S. 27. — 84. S. 26 f. — 85. S. 40. — 86. ebd. S. 266—333. — 87. S. 286—290. — 88. S. 292. — 89. ebd. S. 292 u. 294. — 90. S. 293. — 91. S. 256, 264 f. — 92. Vgl. die nicht ganz richtige Wiedergabe der Gedankengänge des Werkes durch Treitschke 4, S. 252: „eine fester geordnete Zentralgewalt“ verlangt Schulz nicht! — 93. APA, NF 9, S. 306—8; noch antipreußischer eine Äußerung des Stuttgarter Hochwächters, s. Treitschke 4, S. 243. — 94. s. Microcosmus, 3. Heft, S. 19. — 95. Schulz, Deutschlands Einheit, S. 223—25. — 96. Meinecke, a. a. O. S. 339. — 97. Pfizer, Briefwechsel, 2. Aufl., S. 214 f.; Neudruck, S. 164 f. — 98. ebd. S. 208—11. — 99. S. 163. — 100. s. über diesen Satz Meinecke, a. a. O. S. 344. — 101. Pfizer, Ueber das Ziel, S. 22. — 102. S. 19. — 103. Hannoversche Zeitung, Nr. 16, 19. Januar 1832. — 104. s. A. Springer, F. C. Dahlmann, 1. Bd., S. 370; Treitschke 4, S. 270. — 105. Hannoversche Zeitung Nr. 50, 28. Februar 1832. — 106. Rede eines Fürchtenden. — 107. Ranke, Ueber die Trennung und Einheit von Deutschland, HPZ 1, S. 341; aus dem liberalen Lager äußerten sich ebenso skeptisch Bülow in Das Vaterland Nr. 76, 21. 9. 1831 und Th. Mundt, Die Einheit Deutschlands. — 108. HPZ 1, S. 362. — 109. ebd. S. 364. — 110. S. 386. — 111. S. 387 f. — 112. S. 395. — 113. S. 367. — 114. s. o. S. 134 ff. — 115. Rheinbayern 4, S. 178. — 116. S. 182. — 117. S. 178; weitere Äußerungen Siebenpfeiffers im Westboten, 28. Febr. 1832; Deutschland, 2. Bd., S. 118. — 118. dem Herausgeber des Wächters am Rhein. — 119. Rheinbayern, 4. Bd., S. 217. — 120. Deutsche Tribüne Nr. 127, 6. Nov. 1831; s. B. Bauer, a. a. O. 2. Bd., S. 98 f. — 121. abgedr. ebd. S. 213—217.



- 122. Wirth, Die Rechte des deutschen Volkes, S. 117 f. — 123. S. 118.  
 — 124. über das Hambacher Fest s. u. a. J. Bühler, Das Hambacher Fest (1932), S. 134 ff., Anm. 1, 2, 60. — 125. Franz, Bayerische Verfassungskämpfe, S. 206. — 126. Wirth, Das Nationalfest, S. 48. — 127. S. 63 f.  
 — 128. ebd. S. 45 f. — 129. Ueber Deutschlands Gegenwart und Zukunft, Das konstitutionelle Deutschland, 10. Juni 1831; vgl. Treitschke 4, S. 223. —  
 130. s. Deutschland Nr. 13, 13. Jan. 1832. — 131. Treitschke 4, S. 222; s. B. Bauer, a. a. O. 1. Bd., S. 94. — 132. Wiltberger, a. a. O. S. 150. —  
 133. s. B. Bauer, a. a. O. 1. Bd., S. 75 f.; Franz, a. a. O. S. 173. — 134. Wiltberger, S. 165. — 135. Harring, Gedanken über Wahrheit, Liebe und Gerechtigkeit. — 136. ebd. S. 4 u. 9. — 137. s. o. S. 120. — 138. s. O. H. Müller, J. G. A. Wirth, S. 133; Wiltberger, S. 152. — 139. F. C. J. Müller, Ideen zum Entwurf, S. 72. — 140. z. B. F. C. J. Müller, W. Cornelius. —  
 141. s. Klüber, Fts. d. Quellensammlung z. d. öff. Recht des Deutschen Bundes, S. 33 f. — 142. 13 Beschlüsse der Bundesversammlung aus dem Jahre 1831—32, Preßmißbräuche betr. bei Klüber, ebd. S. 87—101. — 143. abgedr. bei Altmann, S. 180 f. — 144. Klüber, S. 65—70. — 145. Pfizer, Antrag in betreff der staatsrechtlichen Verhältnisse, S. 41 f.; über Pfizers erste Motion vom 13. Febr. 1833 s. Treitschke 4, S. 285. — 146. Meinecke, a. a. O. S. 346. — 147. Pfizer, Ueber das Ziel und die Aufgabe, S. 33. —  
 148. Meinecke, ebd. — 149. Ueber das bedeutendste Dokument zur deutschen Einheitsfrage zwischen den Bundesbeschlüssen von 1832 und dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV., die 1833 bzw. 1834 verfaßte, jedoch nicht veröffentlichte und daher in der obigen Darstellung nicht behandelte Denkschrift Friedrich von Gagerns „Vom Bundesstaat“ (abgedr. in H. v. Gagern, Das Leben des Genrals Friedrich von Gagern, 1. Bd., Leipzig 1856, S. 372—387) s. Brie, a. a. O. 1. Bd., S. 54 ff., Treitschke 4, S. 255 und Meinecke, a. a. O. S. 350 ff.

## Bibliographien und Darstellungen.

### Bibliographien.

- R. Bemmann**, Bibliographie der sächsischen Geschichte. 1. Bd. Leipzig und Berlin 1918—1921.
- R. v. Fischer-Benzon**, Katalog der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek. 4 Bände. Schleswig 1898—1929.
- C. G. Kayser**, Vollständiges Bücher-Lexicon, enthaltend alle von 1750 bis zu Ende des Jahres 1832 in Deutschland und in den angrenzenden Ländern gedruckten Bücher. 6 Theile. Leipzig 1834—36.
- V. Loewe**, Bibliographie der Hannoverschen und Braunschweigischen Geschichte. Posen 1908.
- s. auch J. Iseler, C. Jansen, P. Reinhardt, O. Wiltberger (s. u.).

### Urkundensammlungen.

- W. Altmann**, Ausgewählte Urkunden zur deutschen Verfassungsgeschichte seit 1806. 1. Teil. Berlin 1898.
- J. L. Klüber**, Quellensammlung zu dem öffentlichen Recht des Deutschen Bundes. 3. Aufl. Erlangen 1830. Forts. Erlangen 1833.
- K. H. L. Pölitx**, Die europäischen Verfassungen seit dem Jahre 1789 bis auf die neueste Zeit. 2. Aufl., 1. Bd. Leipzig 1832. 4. Bd. 1847.

### Darstellungen.

- K. Alnor**, Uwe Jens Lornsen. Eine historisch-politische Skizze. Zeitschr. d. Ges. f. Schleswig-Holsteinische Geschichte, 54. Bd. (1924), S. 410 ff.
- E. Baasch**, Geschichte Hamburgs 1814—1918. 1. Bd. Gotha u. Stuttgart 1924.
- (B. Bauer)**, Geschichte der constitutionellen und revolutionären Bewegungen im südlichen Deutschland in den Jahren 1831—1834. 3 Bände. Charlottenburg 1845.
- W. Bauer**, Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen. Tübingen 1914.
- A. Bergengrün**, David Hansemann. Berlin 1901.  
Allgemeine Deutsche Biographie.
- A. Brenneke**, Johann Carl Bertram Stüve. Ztschr. d. Hist. Vereins f. Niedersachsen, 85. Jhrg. (1920).

- S. Brie**, Der Bundesstaat. 1. Abt. Leipzig 1874.
- H. Christern**, Dahlmanns politische Entwicklung bis 1848. Leipzig 1921.
- J. Hansen**, Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830—1850. Bd. 1. Essen 1919.
- F. Hartung**, Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart. 3. Aufl. Leipzig u. Berlin 1928.
- P. Hassel**, Joseph Maria von Radowitz. 1. Bd. Berlin 1905.
- W. v. Hassell**, Geschichte des Königreichs Hannover. 1. Teil. Bremen 1898.
- E. Imm**, Die nationale und freiheitliche Bewegung in Baden während der Jahre 1830—35. Diss. Heidelberg 1909.
- J. Iseler**, Die Entwicklung eines öffentlichen politischen Lebens in Kurhessen in der Zeit von 1815—1848. Diss. Marburg 1913.
- C. Jansen**, Uwe Jens Lornsen. Ein Beitrag zur Geschichte der Wiedergeburt des Deutschen Volkes. Kiel 1872.
- C. v. Kaltenborn**, Geschichte der Deutschen Bundesverhältnisse und Einheitsbestrebungen von 1806 bis 1856. Berlin 1857.
- G. Kaufmann**, Geschichte Deutschlands im Neunzehnten Jahrhundert. Volksausgabe. Berlin 1912.
- K. Klüpfel**, Die deutschen Einheitsbestrebungen in ihrem geschichtlichen Zusammenhang dargestellt. Leipzig 1853.
- W. Klüver**, Franz Hermann Hegewisch. Ein Vertreter des älteren Liberalismus in Schleswig-Holstein. Nordelbingen, 4. Bd. 1925.
- Fr. Lammert**, Verfassungsgeschichte von Schwarzburg-Sondershausen. Bücherei der Kultur und Geschichte, Bd. 10. 1920.
- W. Lempfrid**, Die Anfänge des parteipolitischen Lebens und der politischen Presse in Bayern unter Ludwig I. 1825—31. Straßburger Beitr., 5. Bd. 1912.
- L. Maenner**, Ein Querkopf des vormärzlichen Liberalismus: Wilhelm Schulz (-Bodmer). Archiv f. hess. Gesch. u. Alt., NF. Bd. 13. 1922.
- E. v. Meier**, Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. 2 Bde. Leipzig 1898—99.
- Fr. Meinecke**, Weltbürgertum und Nationalstaat. 7. Aufl. München u. Berlin 1928.
- J. R. Mucke**, Die politischen Bewegungen in Deutschland von 1830 bis 1835 mit ihren politischen und staatsrechtlichen Folgen. 1. Bd. Leipzig 1875.
- O. H. Müller**, Johann Georg August Wirth und die Entwicklung des radikalen Liberalismus von 1830 bis 1848. (Masch.) Diss. Frankfurt 1926.
- C. Petersen**, Nikolaus Falck und die Entstehung des schleswig-holsteinischen Gedankens. Veröff. d. schleswig-holst. Univ. ges. Nr. 10. Jahrbuch 1926.
- P. Reinhardt**, Die Unruhen der Jahre 1830—1831 und Sachsens Uebergang zum Verfassungsstaat. Hist. Studien VIII. Halle 1916.
- L. Salomon**, Geschichte des Deutschen Zeitungswesens. 3. Bd. Oldenburg u. Leipzig 1906.
- A. Springer**, Friedrich Christoph Dahlmann. 1. Bd. Leipzig 1870.
- A. Stern**, Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815. 4. Bd. Stuttgart u. Berlin 1905.

- H. v. Treitschke**, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert. 4. Bd. Leipzig. Aufl. von 1928.
- C. Varrentrapp**, Ranks Historisch-politische Zeitschrift und das Berliner Politische Wochenblatt. Hist. Zeitschr. Bd. 99. 1907.
- C. Venturini**, Chronik des neunzehnten Jahrhunderts. NF., Bd. 5 u. 6. Leipzig 1832—1833.
- W. Weidemann**, Friedrich Murhard (1778—1853) und der Altliberalismus. Zeitschr. d. Ver. f. hess. Gesch. Bd. 55. 1926.
- W. Wieber**, Die politischen Ideen von Sylvester Jordan. Beitr. zur Parteigesch. Bd. 6. Tübingen 1913.
- K. Wild**, Karl Theodor Welcker, ein Vorkämpfer des älteren Liberalismus. Heidelberg 1913.
- O. Wiltberger**, Die deutschen politischen Flüchtlinge in Straßburg 1830—1849. Abh. zur mittl. u. neueren Gesch., Heft 17. 1910.

Zahlreiche weitere Literatur in den Anmerkungen.



## Quellen.<sup>1</sup>

### 1. Zeitungen.

1. Allgemeiner Anzeiger und Nationalzeitung der Deutschen. Red. J. F. Henricke. Gotha 1830—1832.
2. Hessische Blätter für Stadt und Land. Forts. u. d. T.: Der Verfassungsfreund. Eine Wochenschrift für Staats- und Volksleben. Red. F. Hahn.<sup>2</sup> Cassel 1831. Murhard-Bibl. Cassel.
3. Der Bote aus Westen.<sup>3</sup> Fts. u. d. T.: Westbote, ein allgemeines politisches und deutsches Volksblatt. Herausgeber Siebenpfeiffer.<sup>4</sup> Zweibrücken 1831—1832. LB Speyer.
4. Kieler Correspondenzblatt für die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg. Herausg. (Theodor) Olshausen.<sup>5</sup> Kiel 1830—1832.
5. Das konstitutionelle Deutschland. Fts. u. d. T.: Deutschland. Red. Th. von Haupt,<sup>6</sup> seit Juli 1831 W. Cornelius,<sup>7</sup> seit Nov. 1831 H. Harring.<sup>8</sup> Straßburg 1830—1832. UB Freiburg.
6. Der Freisinnige. Freiburger politische Blätter. Red. von Reichlin-Meldegg, seit Mai 1832 Fr. Wagner. Freiburg (nur) 1832.
7. Deutsche National-Zeitung aus Braunschweig und Hannover. Red. Dr. Hermes.<sup>9</sup> Braunschweig 1831—1832.
8. Sachsenzeitung. Ein Tageblatt zur Belehrung und Unterhaltung für die Bewohner Sachsens und der angrenzenden Länder. Herausg. C. H. F. Hartmann. Leipzig 1830—1832. LB Dresden.
9. Allgemeine Preußische Staats-Zeitung. Red. John. Berlin 1831—1832.

---

<sup>1</sup> Einzelne Zeitungsartikel sind im allgemeinen nicht aufgeführt; ein Bibliotheksnachweis ist bei allen den Schriften gegeben, die weder in der UB Göttingen noch in der SB Berlin vorhanden sind.

<sup>2</sup> Obergerichtsanwalt in Kassel.

<sup>3</sup> Febr. 1832 und Nr. 67 fehlten.

<sup>4</sup> ADB 34, S. 176.

<sup>5</sup> Rechtsanwalt in Kiel; ADB 24, S. 330.

<sup>6</sup> ADB 11, S. 71.

<sup>7</sup> stammte aus Stralsund; Treitschke 4, S. 223; Wiltberger a. a. O. S. 10.

<sup>8</sup> stammte aus Schleswig; ADB 10, S. 641; Wiltberger, S. 11 ff.

<sup>9</sup> bekannter Journalist; ADB 12, S. 199.

10. Deutsche Tribüne. Ein constitutionelles Tageblatt. Red. J. G. A. Wirth.<sup>10</sup> München 1831, Speyer 1832. SB München, LB Speyer.
11. Das Vaterland. Blätter für Proposition und Opposition. Red. W. Wachsmuth,<sup>11</sup> seit April 1831 Friedrich Bülow<sup>12</sup> und Julius Weiske.<sup>13</sup> Leipzig 1831—1832. UB Leipzig.
12. Allgemeine Zeitung. Red. C. J. Stegmann.<sup>14</sup> Augsburg 1831—1832.
13. Hanauer Zeitung. Hanau 1831—1832. UB Marburg.
14. Hannoversche Zeitung. Herausg. Dr. G. H. Pertz.<sup>15</sup> Hannover 1832.
15. Leipziger Zeitung. Red. D. Gretschel. Leipzig 1830—1832. LB Dresden.

## 2. Zeitschriften.

16. Allgemeine politische Annalen. Neueste Folge. Hg. von C. von Rotteck.<sup>1</sup> München, Stuttgart u. Tübingen 1830—1832.
17. Archiv für die neueste Gesetzgebung aller deutschen Staaten. Hg. von Alexander Müller.<sup>2</sup> Bd. 1—4 Mainz 1832. Bd. 5—6 Offenbach a. M. 1834.
18. Beiträge zur Erörterung vaterländischer Angelegenheiten. Gesammelt und hg. von Heinrich Karl Hofmann.<sup>3</sup> 1. Bd. Darmstadt 1831. LB Darmstadt.
19. Bellona, eine Zeitschrift für Wahrheit und Recht; herausgegeben von Peter von Kobbe.<sup>4</sup> 1. Heft Celle 1831.
20. Die Biene. Wöchentliche Mittheilungen für Sachsen und angrenzende Länder. Red. M. Richter. Zwickau 1831. LB Dresden.
21. Kritische Blätter der Börsen-Halle. Red. Christian Fr. Wurm.<sup>5</sup> Hamburg 1831. STB Hamburg.
22. Jahrbücher der Geschichte und Staatskunst. Hg. von Karl Heinrich Ludwig Pölit.<sup>6</sup> Leipzig 1830—1832.
23. Hannoversche Landesblätter. Beiträge zur Kenntniss der Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung des Königreichs Hannover. Herausg. Wedemeyer,<sup>7</sup> Hüpeden, Ubbelohde, seit Januar 1832 Th. Ubbelohde und H. Grote, seit Juli H. Grote. Hannover 1831—1834.

---

<sup>10</sup> ADB 43, S. 531.

<sup>11</sup> Professor der Geschichte in Leipzig; ADB 40, S. 423.

<sup>12</sup> Dozent der Philosophie in Leipzig; ADB 3, S. 513.

<sup>13</sup> Dozent der Rechte in Leipzig; ADB 41, S. 552.

<sup>14</sup> ADB 35, S. 564.

<sup>15</sup> Archivrat und Oberbibliothekar in Hannover; ADB 25, S. 406.

<sup>1</sup> Professor der Staatswissenschaften in Freiburg; ADB 29, S. 385.

<sup>2</sup> Sachsen-Weimarischer Regierungsrat.

<sup>3</sup> Hofgerichtsadvokat in Darmstadt.

<sup>4</sup> Bürgermeister zu Wunstorf; ADB 16, S. 344.

<sup>5</sup> Journalist; ADB 44, S. 326.

<sup>6</sup> Professor des Staatsrechts in Leipzig; ADB 26, S. 389.

<sup>7</sup> Hannoverscher Kriegsrat; ADB 41, S. 414.

24. Bremisches Magazin. In Verbindung mit Mehreren hg. von Ferdinand Donandt.<sup>8</sup> Bremen 1830—1834.
25. Microcosmus. Eine polemische Zeitschrift für Staatskunst und Staatsrechtswissenschaft. Für gebildete Leser aus allen Ständen, hg. von Dr. Heinrich Zoepfl.<sup>9</sup> 1. Bd. Heidelberg 1832.
26. Minerva. Ein Journal historischen und politischen Inhalts. Von Dr. Friedrich Alexander Bran.<sup>10</sup> Jena 1830—1832.
27. Rheinbayern, eine vergleichende Zeitschrift für Verfassung, Gesetzgebung, Justizpflege, gesammte Verwaltung und Volksleben des constitutionellen Inn- und Auslandes, zumal Frankreichs. Hg. von Dr. Siebenpfeiffer. Zweibrücken, Ritter. 1830—1831. Fts. u. d. T.: Deutschland. Zeitschrift für allgemeine Politik und deutsches Bürgerthum. Herausg. Siebenpfeiffer. 1. Bd. NF. Frankfurt a. M. (1832).
28. Der Verfassungsfreund. Ein Landtagsblatt für Deutschland. Hg. von Chr. E. Gr. v. Bentzel-Sternau.<sup>11</sup> Hanau 1831. 2 Bde. UB Marburg.
29. Der Verfassungsrath für Deutschlands konstitutionelle Bürger in der Stadt und auf dem Lande. 1. Jhrg. Nürnberg 1832.
30. Verhandlungen über die öffentlichen Angelegenheiten des Königreichs Hannover und des Herzogthums Braunschweig. In zwanglosen Heften hg. von S. P. Gans.<sup>12</sup> 2 Bde. Braunschweig 1831—1832.
31. Politisches Wochenblatt.<sup>13</sup> Herausg. C. E. Jarcke.<sup>14</sup> Berlin 1831—1832.
32. Politisches Wochenblatt für die freie Hansestadt Bremen, Herausg. Dr. J. H. W. Smidt.<sup>15</sup> Bremen 1832. StB Bremen.
33. Die neue Zeit von einem alten Constitutionellen (Herausg. Friedrich Seybold).<sup>16</sup> 12 Bde. 1830—1832.
34. Historisch-politische Zeitschrift;<sup>17</sup> hg. von Leopold Ranke.<sup>18</sup> 1. Bd. Hamburg 1832.

### 3. Allgemeines.

35. Friedrich Karl von Strombeck,<sup>1</sup> Was ist Rechtens, wenn die oberste Staatsgewalt dem Zwecke des Staatsverbandes entgegenhandelt? Braunschweig 1830.

---

<sup>8</sup> Senator in Bremen; ADB 5, S. 328.

<sup>9</sup> Privatdozent der Rechte in Heidelberg; ADB 45, S. 432.

<sup>10</sup> Schriftsteller und Verleger; ADB 3, S. 234.

<sup>11</sup> Staatsmann, Publizist und Dichter; ADB 2, S. 348.

<sup>12</sup> Advokat in Celle.

<sup>13</sup> war nur in einzelnen photomechanischen Abzügen zugänglich.

<sup>14</sup> ADB 13, S. 711.

<sup>15</sup> Bürgermeister von Bremen; ADB 34, S. 488.

<sup>16</sup> Journalist; ADB 34, S. 80.

<sup>17</sup> über Gründung, Mitarbeiter usw. s. Varrentrapp, HZ 99, S. 37 ff.

<sup>18</sup> Professor der Geschichte in Berlin; ADB 27, S. 242.

<sup>1</sup> Oberappellationsrat; ADB 36, S. 614.

36. dasselbe. Nebst einer Darstellung der Theorie des Herrn von Haller, hinsichtlich dieser Frage. 4., bedeutend vermehrte Auflage. Braunschweig 1832.
37. Blicke auf Deutschlands Lage seit dem Wiener Congress und auf die neuesten Volksbewegungen. Schleiz 1830.
38. K. H. J ü r g e n s,<sup>2</sup> Ueber die Nothwendigkeit durchgreifender Reformen bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands. Mit einleitenden Bemerkungen über die von Herrn v. Strombeck vor Kurzem abgehandelte Frage: Was ist Rechtens, wenn die oberste Staatsgewalt dem Staatszwecke entgegenhandelt? Braunschweig 1831. StB Braunschweig.
39. Friedrich M u r h a r d,<sup>3</sup> Die unbeschränkte Fürstenschaft. Politische Ansichten des neunzehnten Jahrhunderts. Kassel 1831.
40. Friedrich M u r h a r d, Die Volkssouveränität im Gegensatz der sogenannten Legitimität. Kassel 1832.
41. Friedrich M u r h a r d, Ueber Widerstand, Empörung und Zwangsübung der Staatsbürger gegen die bestehende Staatsgewalt, in sittlicher und rechtlicher Beziehung. Braunschweig 1832.
42. Friedrich M u r h a r d, Das Recht der Nationen zur Erstrebung zeitgemäßer, ihrem Kulturgrade angemessener Staatsverfassungen. Frankfurt a. M. 1832.
43. Friedrich M u r h a r d, Der Zweck des Staats. Eine propolitische Untersuchung im Lichte unsers Jahrhunderts. Göttingen 1832.
44. Friedrich M u r h a r d, Das königliche Veto. Eine wichtige Aufgabe in der Staatslehre der constitutionellen Monarchie. JGSt. 1832, I, S. 142—152.
45. Friedrich M u r h a r d, Untersuchungen über die Frage, ob das absolute Veto ein unumgänglich nothwendiges Prärogativ des constitutionellen Königthums sey. APA, NF. IX, S. 217—253.
46. Friedrich M u r h a r d, Das königliche Veto. Eine wichtige Aufgabe in der constitutionellen Monarchie. Kassel 1832.
47. Friedrich M u r h a r d, Die Initiative bei der Gesetzgebung. Beleuchtung der Frage: „Wer soll die Gesetze vorschlagen in der Staatsgesellschaft?“ Kassel 1833.
48. Karl Heinrich Ludwig P ö l i t z, Das constitutionelle Leben, nach seinen Formen und Bedingungen. Leipzig 1831.
49. Karl Heinrich Ludwig P ö l i t z, Die Emanzipation des dritten Standes. JGSt 1830, 2, S. 518—534.
50. Karl Heinrich Ludwig P ö l i t z, Die politischen Grundsätze der „Bewegung“ und der „Stabilität“, nach ihrem Verhältnisse zu den drei politischen Systemen der Revolution, der Reaktion und der Reformen. JGSt 1831, 1, S. 525—541.

---

<sup>2</sup> Evangelischer Pfarrer zu Negenborn bei Stadtoldendorf; ADB 14, S. 740.

<sup>3</sup> ADB 23, S. 62.



51. Karl Heinrich Ludwig Pö l i t z, Staatswissenschaftliche Vorlesungen für die gebildeten Stände in constitutionellen Staaten. 1. Bd. Leipzig 1831. UB Leipzig.
52. Karl Heinrich Ludwig Pö l i t z, Einige Andeutungen über die verschiedenen Schattirungen des constitutionellen Systems in der Wirklichkeit. JGSt 1831, 2, S. 506—533.
53. Karl V o l l g r a f f,<sup>4</sup> Ueber das Wesen und die Verbindlichkeit octroirter und pactirter Verfassungsurkunden. JGSt 1831, 1, S. 213—240.
54. Ludewig T h i l o,<sup>5</sup> Die Volkssouveränität in ihrer wahren Gestalt nebst einem Anhang: Ist Friedrich Murhard ein Kompilator? Breslau 1833.
55. Franz Baltisch (Pseud. für Franz Hermann H e g e w i s c h<sup>6</sup>), Politische Freiheit. Leipzig 1832.
56. Leopold R a n k e, Frankreich und Deutschland. HPZ 1, S. 77—93.
57. Leopold R a n k e, Ueber einige französische Flugschriften aus den letzten Monaten des Jahres 1831. HPZ 1, S. 114—174.
58. G. F. K r a u s e,<sup>7</sup> Betrachtungen über die Unruhen der Zeit und ihre Ursachen. Gotha u. Erfurt 1831.
59. (Carl Ernst J a r c k e<sup>8</sup>), Die französische Revolution von 1830 historisch und staatsrechtlich beleuchtet in ihren Ursachen, ihrem Verlauf und ihren wahrscheinlichen Folgen. Berlin 1831.
60. (Hermann G r o t e), Die Militair-Verfassung des teutschen Bundes, zunächst in ihrer Anwendung auf das Königreich Hannover. Mit Bemerkungen über die gegenwärtigen Verhältnisse und Erwartungen des Letzteren. Hannover 1831.
61. Karl Wilh. von L a n c i z o l l e,<sup>9</sup> Beiträge zur Politik und zum Staatsrecht. 1. Sammlung. A. u. d. T.: Ueber Ursachen, Charakter und Folgen der Julitage. Nebst einigen Aufsätzen verwandten Inhalts. Berlin 1831.
62. Karl V o l l g r a f f, Die Täuschungen des Repräsentatif-Systems, oder Beweis: daß dieses System nicht das geeignete, rechte und zeitgemäße Mittel ist, den Bedürfnissen unserer Zeit zu begegnen, mit Andeutung der geeigneten, rechten und zeitgemäßen Reformen. Marburg 1832.
63. (Carl Ernst J a r c k e), Die ständische Verfassung und die deutschen Constitutionen. Leipzig 1834.
64. Carl Ernst J a r c k e, Vermischte Schriften, 3 Bde. München 1839.

---

<sup>4</sup> Professor der Staatswissenschaften in Marburg; ADB 40, S. 248.

<sup>5</sup> Professor der Philosophie in Breslau.

<sup>6</sup> Praktischer Arzt und Justizrat in Kiel; ADB 11, S. 279.

<sup>7</sup> Preußischer Staatsrat a. D.

<sup>8</sup> s. Treitschke 4, S. 199; ADB 13, S. 711.

<sup>9</sup> Professor für Rechtsgeschichte in Berlin; ADB 17, S. 583.

4. Kurhessen.

65. (Karl Vollgraff),<sup>1</sup> Verfassungs-Entwurf, von Kurfürst Wilhelm dem Ersten von Hessen im Jahre 1816 seinem treuen Volke angeboten. Mit Vorwort und Vermerkungen begleitet. o. O. 1830. UB Marburg.
66. (Karl Vollgraff), Eine Stimme aus dem Jahre 1830 über das Kurhessische Verfassungswerk. o. O. (1830). A. u. d. T.: Was bedürfen, was wünschen und was erwarten demnach Kurhessens Bewohner von ihrem erhabenen Fürstenhause und dem auf den 16. October 1830 einberufenen engeren Landtage in Beziehung auf Verfassung und Verwaltung? Abt. 1 u. 2. Frankfurt a. M. 1830. UB Marburg.
67. B. W. Pfeiffer,<sup>2</sup> Einige Worte über den Entwurf einer Verfassungs-Urkunde für Kurhessen vom 7. October 1830. Kassel (1830).
68. Denkschrift der Bürgerschaft Cassels an die Volksabgeordnete. o. O. (1830). UB Marburg.
69. Siegmund Martin,<sup>3</sup> Desiderien, Wünsche und Bedürfnisse des Bauernstandes, welche auf dem gegenwärtigen Kurhessischen Landtage geltend zu machen sind. Kassel 1831.
70. (Heinrich Henkel<sup>4</sup>), Die Stadt Marburg an den Landtag in Cassel. o. O. 1830. UB Marburg.
71. L. F. Lange, Sechs Predigten, nach den am 6. September in Kassel stattgehabten Unruhen, mit Beziehung auf die neuesten Tagesbegebenheiten. 2. Aufl. Kassel 1831. UB Marburg.
72. L. Reuss, Die würdigsten Empfindungen, die ein hoffnungsvolles Staatsgesetz in der Brust jedes braven Hessen erwecken muß. Predigt am Feste der neuen Staatsverfassung. Hanau 1831. UB Marburg.
73. Siegmund Martin, Ueber die Verfassungs-Urkunde Kurhessens. Einige Worte an meine Mitbürger. Kassel 1831.
74. Kurhessens freudige Zukunft dem treuen Volke verbürgt in der am 5. Jänner 1831 erschienenen Landesverfassung. Zeitgemäße Bemerkungen eines Hanauer Bürger-Gardisten. Hanau 1831. UB Marburg.
75. Kurzgefaßter Inhalt der Kurhessischen Landesverfassung für den Bürger und Bauer, wie er es leicht verstehen kann. Hanau 1831. UB Marburg.
76. Nachträge zu den frühern, Kurhessens freudige Zukunft erwägenden, zeitgemäßen Bemerkungen eines Hanauer Bürger-Gardisten. Nebst desselben höflicher Antwort an einen groben Recensenten. Hanau 1831. UB Marburg.
77. Drei Worte zur kurhessischen Verfassungs-Urkunde vom 5. Januar 1831; allen Kurhessen und allen Katholiken der oberrheinischen Kirchen-

---

<sup>1</sup> Die Autorschaft Vollgraffs folgt aus wörtlichen Anklängen an „Eine Stimme“.

<sup>2</sup> Oberappellationsrat in Kassel; ADB 25, S. 633.

<sup>3</sup> Advokat zu Homberg.

<sup>4</sup> Obergerichtsprokurator in Marburg; s. Iseler, S. 62 A. 7; ADB 11, S. 757.

- provinz gewidmet von einem kurhessischen Staatsbürger zu Fulda (einem Laien). Würzburg 1831.
78. Der kurhessische Staat nach seinen inneren Verhältnissen und unter theilweiser Beziehung auf die Verfassungs-Urkunde vom 5. Januar 1831, frei und wohlmeinend beleuchtet, von einem Freunde der Wahrheit. Hildburghausen 1831.
  79. F. H a h n, Verteidigung des Geh. Kabinettsarchivar Müller mit einigen Hindeutungen auf die Veranlassung der Staatsreform in Kurhessen. Cassel 1831.
  80. Chr. E. Gr. v. Bentzel-Sternau, Blicke auf Kurhessens Verfassungs-Urkunde. Vf. 1, S. 61—83.
  81. Karl Heinrich Ludwig P ö l i t z, Geschichtlich-politische Andeutungen über die neue Verfassung des Churstaates Hessen vom 5. Januar 1831. JGSt 1831, 1, S. 241—261.
  82. (Karl V o l l g r a f f<sup>5</sup>), Die churhessische Magna-Charta vom 5. Januar 1831. Ein Beitrag zur Geschichte des Jahres 1830, und als erstes fertiges Probestück seiner Verfassungskunst von einem genannten Mitarbeiter der Jahrbücher. JGSt 1831, 1, S. 309—346.
  83. (Johannes) W e i t z e l,<sup>6</sup> Ueber die churhessische Verfassung von 1831. JGSt 1831, 1, S. 385—411.
  84. Justus Freimund (Pseudonym für Karl Theodor K i n d<sup>7</sup>), Kritische Bemerkungen über die churhessische Verfassungs-Urkunde vom 5ten Januar 1831. Nebst dem Abdrucke derselben und Betrachtungen über das Königreich Sachsen und den Entwurf der neuen Staatsverfassung. Leipzig 1831.
  85. (Heinrich Eberhard Gottlob) P a u l u s,<sup>8</sup> Denkwürdige Sätze aus der hessencasselischen Verfassungs-Urkunde vom 5. Januar 1831. Mit Bemerkungen. in: Sophronizon, 13. Jahrg. (1831), 2. Heft, S. 18—66.
  86. P a u l u s, Historische Erläuterungen über Bildung und Einführung des Hessen-Casselischen Verfassungswerks. ebd. S. 66—89.
  87. Fr. R e h m,<sup>9</sup> Geschichtlicher Rückblick auf die allgemeinen Grundlagen und die Hauptepochen in der Entstehung der constitutionellen Repräsentativ-Verfassungen der neueren europäischen Völker. Rede am Geburtsfest S. K. H. des Kurfürsten den 28. Juli 1831 im Hörsale der Universität gehalten. Marburg (1831). Murhard-Bibl. Kassel.
  88. (Siegmund) M a r t i n, Kritische Bemerkungen über das Staats-Grundgesetz Kurhessens. ANG 1, S. 45—84, 550—618.

---

<sup>5</sup> s. ADB 40, S. 249.

<sup>6</sup> Hofrat und Oberbibliothekar in Wiesbaden; ADB 41, S. 630; Hessische Biographien, 2. Bd. (1927), S. 301 ff.

<sup>7</sup> s. Heinsius, Allg. Bücherlexikon, 8. Bd., 2. Abt., S. 454; ADB 15, S. 744.

<sup>8</sup> Prof. der Theologie in Heidelberg; ADB 25, S. 287.

<sup>9</sup> Professor der Geschichte in Marburg; ADB 27, S. 600.

89. S. J o r d a n, Ueber die Grundsätze, von welchen bei der Abfassung der churhessischen Verfassungsurkunde ausgegangen ward. JGSt 1832, 1, S. 193—220.
90. (Friedrich Jakob S c h m i t t h e n n e r<sup>10</sup>), Fest der Freunde Hessischer Eintracht, begangen zu Gießen am 19. Februar 1832. Gießen 1832. UB Marburg.
91. B. W. P f e i f f e r, Geschichte der landständischen Verfassung in Kurhessen. Cassel 1834.
92. Friedrich M u r h a r d, Die kurhessische Verfassungsurkunde, erläutert und beleuchtet. 2 Bde. Cassel 1834.
93. S. J o r d a n, Cassel. in: Staatslexikon, hg. von Rotteck und Welcker, 3. Bd. (1836), S. 286—308.
94. Ferdinand G ö s s e l,<sup>11</sup> Geschichte der Kurhessischen Landtage von 1830—1835. Erster Band enthaltend den constituirenden Landtag von 1830—31. Cassel 1837.

#### 5. Sachsen.<sup>1</sup>

95. (Karl Theodor K i n d), Aphoristische Bemerkungen über Sachsen. Zerbst 1830. UB Halle.
96. (Wilhelm Graf von H o h e n t h a l), Blick auf Sachsen und seine ständische Verfassung im Jahre 1830. Leipzig 1831. UB Halle.
97. Ein Blick auf die gegenwärtige Gestaltung Sachsens, in Beziehung auf Staat, Kirche und Gesellschaft. Braunschweig 1831. UB Halle.
98. Was wünscht man im Königreich Sachsen und was ist zu wünschen? Ein freimüthiges und wohlgemeintes Wort von einem Vaterlandsfreunde, allen seinen Landesleuten und namentlich deren Vertretern zur Beherzigung vorgelegt. Merseburg 1830. UB Halle.
99. Karl von Steinbach (pseud. für Karl August von H a s e<sup>2</sup>), Sachsen und seine Hoffnungen. Eine politische Denkschrift der Septemberwochen 1830. Leipzig 1830. UB Halle.
100. Werner Conrad Ernst H e i m b a c h,<sup>3</sup> Beleuchtung der unter dem Titel: Sachsen und seine Hoffnungen erschienenen politischen Denkschrift von Karl von Steinbach, in Beziehung auf die Ereignisse in Leipzig. Leipzig 1830. UB Halle.
101. C. von S. (Salza von L i c h t e n a u), Ueber die künftige ständische Verfassung Sachsens. Eine Stimme zu dem bevorstehenden Landtage. Dresden 1830. UB Halle.

---

<sup>10</sup> s. K. Mihm, A. F. Z. Weidig. (Masch.-)Diss. Frankfurt 1925; Professor in Gießen; s. Justi, Grundlagen zu einer hessischen Gelehrten-geschichte (Marburg 1831), S. 590.

<sup>11</sup> ehemaliger Mitarbeiter an der Kasselschen Allgemeinen Zeitung.

<sup>1</sup> s. die Bibliographie bei Reinhardt.

<sup>2</sup> Professor der Theologie in Jena; ADB 50, S. 36.

<sup>3</sup> Stadtschreiber zu Leipzig.



102. Die Staatsverfassung des Großherzogthums Baden, als Vorbild der neuen Staatsverfassung für das Königreich Sachsen. Mit einer Einleitung und einem Nachtrage. Leipzig 1830. LB Dresden.
103. A. L. Mothes,<sup>4</sup> Ueber das Staatsgrundgesetz. Das Vaterland, Nr. 3—5, 8.—15. Jan. 1831. LB Dresden.
104. Heinrich v. Sch w e r d t n e r, Freimüthige Betrachtungen über die politischen Angelegenheiten Europa's, nebst Bemerkungen über einige in Sachsen verbreitete Ansichten. Meißen 1831. UB Halle.
105. (B l ü m n e r), Kurzer Abriß der bisherigen ständischen Verfassung im Königreiche Sachsen. Leipzig 1831. LB Dresden.
106. F. A. R ü d e r,<sup>5</sup> Drang nach einer bessern Verfassung und wohlthätiger Erweiterung der Nahrungsquellen in Sachsen mit Bemerkungen über Badens Verfassung und manche Andeutung für andere werdende Verfassungen. Leipzig 1831. LB Dresden.
107. Sammlung mehrer Schriften, welche die Bürgerschaft zuerst selbst, und nachher die erwählten sieben Vorsprecher der Bürger- und Einwohnerschaft der Stadt Dresden Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Friedrich August und bei der zu Wiederherstellung der Ruhe verordneten hohen Commission nach und nach überreicht haben. Dresden 1831. LB Dresden.
108. Sachsens künftige Landesvertretung auf Landtagen durch eine Kammer von einem Oberlausitzer. Dresden 1831. LB Dresden.
109. (Friedrich von B ü l a u und Julius W e i s k e<sup>6</sup>), Rechtliche und staatswissenschaftliche Mittheilungen mit besonderer Rücksicht auf das Königreich Sachsen. Leipzig 1831. LB Dresden.
110. (Friedrich Ludwig B r e u e r<sup>7</sup>), An die Stände des Königreichs Sachsen. Leipzig 1831. UB Halle.
111. Christoph Friedrich von A m m o n,<sup>8</sup> Predigt zur Eröffnung des von Ihrer Majestät, dem Könige Anton von Sachsen etc. und Ihrer königlichen Hoheit, dem Prinzen Mitregenten, Friedrich August, Herzog zu Sachsen etc. einberufenen Landtages am 1. März 1831 zu Dresden gehalten. Dresden 1831. LB Dresden.
112. Betrachtungen eines unbefangenen Patrioten über den für das Königreich Sachsen am 1sten März 1831 erschienenen Königlichen Entwurfs der Staatsverfassung. Dresden 1831. UB Halle.
113. Bemerkungen Dresdner Sachwalter über den Entwurf der Verfassungsurkunde und des Wahlgesetzes für das Königreich Sachsen. (Dresden 1831.) LB Dresden.

---

<sup>4</sup> Gerichtsdirektor in Leipzig.

<sup>5</sup> Kammerassessor in Leipzig; ADB 29, S. 455.

<sup>6</sup> s. Bülow, Darstellung der Verfassung, S. 42.

<sup>7</sup> Geheimer Kabinettsrat; ADB 3, S. 320.

<sup>8</sup> Oberhofprediger in Dresden; ADB 1, S. 405.

114. Die Königlich-Sächsische Ober-Lausitz nach ihren gegenwärtigen Landständischen und Untertanen-Verhältnissen, in Bezug auf eine Constitution des Königreiches Sachsen. Dresden 1831. UB Halle.
115. E. W., Prüfende Blicke auf die den sächsischen Ständen am ersten März 1831 vorgelegte Verfassungs-Urkunde. Aus der Sachsenzeitung besonders abgedruckt. Leipzig 1831. UB Halle.
116. F. A. R ü d e r, Einige Worte über den Entwurf der am 1. März 1831 den Landständen übergebenen sächsischen Verfassungsurkunde. Leipzig 1831. UB Halle.
117. Johann S p o r s c h i l,<sup>9</sup> Bemerkungen über den Entwurf der Verfassungsurkunde des Königreichs Sachsen. Leipzig 1831. UB Halle.
118. (Wilhelm Traugott) K r u g,<sup>10</sup> Ueber die Wiedergeburt des Königreichs Sachsen. 1. bis 4. Gabe. Leipzig 1831. UB Halle.
119. Chr. E. Gr. v. B e n t z e l - S t e r n a u, Sachsens Verfassungsentwurf. VF 1, S. 237—245.
120. Dasselbe, (Aus dem VI. Hefte des Verfassungsfreundes besonders abgedruckt). Hanau 1831. UB Halle.
121. Ueber die Repräsentation der evangelischen Geistlichkeit auf dem Königlich Sächsischen Landtage. Dresden (1831). UB Halle.
122. Der Lehrstand nach seiner Berechtigung zur Selbstvertretung und Mitberathung bei den allgemeinen Landesversammlungen. Leipzig 1831. UB Halle.
123. Carl Ernst R i c h t e r, Der Prediger und unsere Zeit. Ein Wort über Repräsentation der Geistlichkeit auf dem künftigen Landtage in Sachsen und die Stellung derselben zu Staat und Gemeinde überhaupt. Zwickau 1831. LB Dresden.
124. Können bei einer neuen allgemeinen Landtagsversammlung im Königreich Sachsen die Geistlichen einen Anspruch auf besondere Vertretung machen? Leipzig 1831. LB Dresden.
125. (Bernhard M o s s d o r f f<sup>11</sup>), Constitution, wie sie das sächsische Volk wünscht. o. O. (1831). UB Halle.
126. Politisches Gespräch über die Frage: welche Zeit ist es im Reiche Sachsen, zur Belehrung und Unterhaltung für jedermann. Halle 1831. LB Dresden.
127. Christoph Friedrich v o n A m m o n, Predigt am vierzehnten Dreieinigkeitsstage 1831 als dem Tage der feierlichen Entlassung der Stände und der Uebergabe der Verfassungsurkunde für das Königreich Sachsen bei dem evangelischen Hofgottesdienste gehalten. Dresden 1831. UB Halle.
128. Moritz Ferdinand S c h m a l t z,<sup>12</sup> Blicke des Glaubens auf das zu neuem

---

<sup>9</sup> Historischer Schriftsteller; ADB 35, S. 278.

<sup>10</sup> Professor der Philosophie in Leipzig; ADB 17, S. 220.

<sup>11</sup> Advokat in Dresden.

<sup>12</sup> Pastor in Dresden-Neustadt.

- Leben erwachte Vaterland. Predigt am Tage der feierlichen Uebergabe der Verfassungs-Urkunde für das Königreich Sachsen an die Stände des Landes, am 4ten Sept. 1831. Leipzig 1831. UB Halle.
129. C. A. Espe, Feierlichkeiten in der Residenzstadt Dresden bei der am 4ten September 1831 erfolgten Uebergabe der Verfassungsurkunde des Königreichs Sachsen. Dresden (1831). LB Dresden.
130. Faßliche Darstellung des Wahlgesetzes. Ein Hilfsbüchlein für Wähler und Wahlmänner in Städten und auf dem Lande im Königreiche Sachsen. Dresden (1831). UB Halle.
131. C. H. W., Sachsen am Jahresschlusse 1831. Das Vaterland Nr. 101—105, 17.—31. Dez. 1831.
132. (Friedrich August) Rüder, Kritische Bemerkungen zum sächsischen Verfassungsgesetz vom 4. September 1831. ANG 1, S. 147—192.
133. Geschichte der neuesten im Königreich Sachsen stattgefundenen Staatsumwälzung und das constitutionelle Princip im Königreich Sachsen. Den neuen Wahlmännern und Abgeordneten zur Ständerversammlung gewidmet. Altenburg 1832. UB Halle.
134. (Karl J. Friedrich von Roth<sup>13</sup>), Ueber die neuesten Veränderungen im Königreich Sachsen. HPZ 1, S. 415—437.
135. E. G. L..., Ueber die (auf?) nächstkommendem Landtage von den Ständen Sachsens vorzunehmenden Verhandlungen mit Berücksichtigung der vom Bundestage bekanntgemachten 6 Artikel und der darüber gegebenen beruhigenden Erklärung der Sächsischen Regierung. Leipzig 1832. LB Dresden.
136. Weshalb feiern wir das Fest der Uebergabe der Verfassungsurkunde? Beantwortet für den Bürger und Landmann von einem Volksfreunde. Leipzig 1832. LB Dresden.
137. Hermann Just, Geschichte der Sächsischen Verfassung. Nebst einer Würdigung des Inhalts der Verfassungs-Urkunde und einer Betrachtung über das, was zu ihrer Erfüllung theils schon geschehen ist, theils noch geschehen soll. Denkschrift zur Jahresfeier der Uebergabe der Sächsischen Verfassungs-Urkunde an die Landstände. Zittau 1832. UB Halle.
138. Christoph Friedrich von Ammon, Predigt zur Jahresfeier der von Seiner Majestät, dem Könige von Sachsen und Seiner königlichen Hoheit, dem Prinzen Mitregenten eingeführten Staatsverfassung. Bei dem evangelischen Hofgottesdienste am 4. Sep. 1832 gehalten. Dresden 1832. LB Dresden.
139. L. I. Rückert,<sup>14</sup> Rede am Verfassungsfeste den 4ten September 1832 gehalten im Gymnasium zu Zittau. Zittau 1832. LB Dresden.

<sup>13</sup> Ein Süddeutscher scheint Verfasser des Aufsatzes zu sein; s. S. 437 (vgl. auch Varrentrapp, HZ 99, S. 93 A.), und nicht Lindenau, wie man aus Varrentrapp ebd. S. 68 und S. 93 A. schließen könnte; von Roth, Präsident des Oberkonsistoriums in München; ADB 29, S. 317.

<sup>14</sup> Leopold Emanuel R. Subrektor in Zittau; ADB 53, S. 573.

140. (Karl Theodor Kind), Die erste konstitutionelle Ständeversammlung des Königreichs Sachsen, und was wird von ihr gehofft und erwartet? Aphoristische Gedanken eines Sachsen. Leipzig 1833.
141. Sachsens Umbildung seit dem Jahre 1830. Den constitutionellen Ständen des Königreichs Sachsen gewidmet. Leipzig 1833. UB Halle.
142. Friedrich Bülow, Darstellung der Verfassung und Verwaltung des Königreichs Sachsen. Aus staatsrechtlichem und politischem Gesichtspunkte. 1. Teil. Verfassung und Verfassungsrecht. Leipzig 1833. UB Halle.
143. Z. A. K. (Heinrich Anton von Zeschau<sup>15</sup>), Das Wirken der Staatsregierung und Stände des Königreichs Sachsen nachgewiesen aus den Ergebnissen des ersten constitutionellen Landtages, nach dem Eintritt der Verfassungs-Urkunde vom 4. September 1831. Leipzig 1834.

#### 6. Braunschweig.

144. Betrachtungen über den Aufstand der Braunschweiger und den gewünschten endlichen Regierungs-Antritt Sr. Durchlaucht des Herzogs Wilhelm von Braunschweig. Aus dem Standpunkte des Naturrechts, des positiven Staatsrechts und der Politik. Braunschweig 1830.
145. K. Steinacker,<sup>1</sup> Wünsche der Braunschweiger zur Beherzigung bei den bevorstehenden landschaftlichen Verhandlungen. Heft 1: Ueber Verbesserung der Volksvertretung. Braunschweig 1831. StB Braunschweig.
146. Gottfried Philipp von Bülow,<sup>2</sup> Zur Erläuterung der Landschaftsordnung des Herzogthums Braunschweig von 1820. Braunschweig 1831.
147. Friedrich Karl von Strombeck, Staatswissenschaftliche Mittheilungen, vorzüglich in Beziehung auf das Herzogthum Braunschweig. 2 Hefte. Braunschweig 1831.
148. A. de Dobbeler,<sup>3</sup> Ueber geschichtliche Entstehung, Character und zeitgemäße Fortbildung der landständischen Verfassung des Herzogthums Braunschweig und des Fürstenthums Blankenburg. Braunschweig 1831.
149. A. C. E. v. Grone,<sup>4</sup> Widerlegung der von Herrn K. Steinacker unter dem Titel: „Wünsche der Braunschweiger zur Beherzigung bei den bevorstehenden landschaftlichen Verhandlungen. 1. Heft. Ueber Verbesserung der Volksvertretung“, vor kurzem erschienenen Schrift. Wolfenbüttel 1831. StB Braunschweig.

---

<sup>15</sup> Sächsischer Finanzminister; ADB 45, S. 105.

<sup>1</sup> Advokat in Braunschweig; ADB 35, S. 677.

<sup>2</sup> Herzoglicher Kammerdirektor; ADB 3, S. 527.

<sup>3</sup> Advokat in Braunschweig.

<sup>4</sup> Ritterschaftliches Mitglied der Braunschweigischen Landschaft.



150. K. G. J ü r g e n s,<sup>5</sup> Bemerkungen, veranlaßt durch den, den Ständen des Herzogthums Braunschweig im October 1831 vorgelegten, Entwurf einer revidirten Landschafts-Ordnung. Braunschweig 1831. StB Braunschweig.
151. Karl Heinrich Ludwig P ö l i t z, Votum über den Entwurf der revidirten Landschaftsordnung des Herzogthums Braunschweig. Leipzig 1831. StB Braunschweig.
152. Ueber den Entwurf der Braunschweigischen revidirten Landschafts-Ordnung. Deutsche National-Zeitung Nr. 70—85, 11.—29. Nov. 1831.
153. Heinrich Z ö p f l, Allgemeine Betrachtungen über die neuesten Verfassungs-Arbeiten im Herzogthum Braunschweig und das Votum des Herrn Hofrath K. H. L. P ö l i t z über den neuen Entwurf der Landschafts-Ordnung. Microcosmus, 1. Heft, S. 1—12.
154. Heinrich Z ö p f l, Betrachtungen über ständische und repräsentative Verfassung mit einer oder zwei Kammern mit Berücksichtigung des revidirten Entwurfes der Braunschweigischen Landschafts-Ordnung. ebd. S. 12—26.
155. Heinrich Z ö p f l, Ueber Volksrepräsentation nach Interessen. Mit Rücksicht auf Tit. 1 Abschn. 2 des neuen Entwurfes der Braunschweigischen Landschafts-Ordnung. ebd. S. 27—40.

#### 7. Hannover.

156. (G. F. K ö n i g<sup>1</sup>), Anklage des Ministeriums Münster vor der öffentlichen Meinung. o. O. (1830).
157. (Just Philipp R o s e<sup>2</sup>), Actenmäßige Würdigung einer Schmähschrift, welche unter dem Titel: „Anklage des Ministeriums Münster vor der öffentlichen Meinung“ in dem Königreiche Hannover verbreitet worden ist. Hannover 1831.
158. S. P. G a n s, Ueber die Verarmung der Städter und des Landmanns und der Verfall der städtischen Gewerbe im nördlichen Deutschland, besonders im Königreiche Hannover. Versuch einer Darstellung der allgemeinen Hauptursachen dieser augenblicklichen Erscheinungen und der Mittel zur Abhülfe derselben. Braunschweig 1831.
159. Einige Bemerkungen, veranlaßt durch die in Hannover erschienene Broschüre: Actenmäßige Würdigung einer Schmähschrift, welche unter dem Titel: „Anklage des Ministeriums Münster vor der öffentlichen Meinung“ in dem Königreiche Hannover verbreitet worden ist. Braunschweig 1831.
160. Franz Georg Ferdinand S c h l ä g e r,<sup>3</sup> Bemerkungen über die Frage: Was wünschen wir? oder: Gedanken und Empfindungen in unserer

---

<sup>5</sup> oder K. H. Jürgens? s. ADB 14, S. 740.

<sup>1</sup> Advokat in Osterode.

<sup>2</sup> Geheimer Kabinettsrat; ADB 29, S. 181.

<sup>3</sup> Pastor in Hameln.

aufgeregten Zeit, zur Verständigung und Beruhigung seinen lieben Hannoveranern bescheiden mitgetheilt (aus den Gemeinnützigen Blättern, zunächst für das Königreich Hannover besonders abgedruckt). Hannover 1831.

161. Erklärung des Ministers Grafen von Münster über einige in der Schmähchrift „Anklage des Ministeriums Münster“ ihm persönlich gemachte Vorwürfe sowie über seinen Austritt aus dem Königlich-Hannöverschen Staatsdienst. Hannover 1831.
162. Ueber die Erklärung des Ministers Grafen von Münster gegen einige in der Schmähchrift Anklage des Ministeriums Münster ihm persönlich gemachte Vorwürfe, so wie über seinen Austritt aus dem Königlich-Hannöverschen Staatsdienst. Aus: Nürnberger Blätter. Literarische Zeitschrift aus und für Süddeutschland. Nr. 51—53, 29. April—4. Mai 1831. PrB Hannover.
163. Peter von K o b b e, Ministerium Münster. Bellona, 1. Heft, S. 45—61.
164. (Georg Wilhelm B o e h m e r<sup>4</sup>), Der Aufstand im Königreiche Hannover im Januar 1831, actenmäßig dargestellt mit besonderer Rücksicht auf seine Entstehungsursachen und Folgen. Leipzig 1831.
165. (Heinrich B ö s e<sup>5</sup>), Gedanken eines Hannoveraners am Ende des Jahres 1830 mit besonderer Rücksicht auf die Gegend von Bederkesa. Bremen 1831. PrB Hannover.
166. Erdwin v. d. H o r s t, Deutschland und die Reform, mit besonderer Beziehung auf Hannover. Braunschweig 1831.
167. Eduard W e i n l i g,<sup>6</sup> Was drückt das hannoversche Volk und wie könnte ihm vielleicht geholfen werden? Ein durch die revolutionären Attentate des letzten Jahres veranlaßter kritischer Versuch. Hamburg 1832.
168. G. N o l t e, Bemerkungen über die Repräsentativ-Verfassung im Königreiche Hannover. Lüneburg 1831.
169. Vorschläge zu einer Verfassungs-Urkunde für das Königreich Hannover. Rinteln 1831.
170. C. S t ü v e,<sup>7</sup> Ueber die gegenwärtige Lage des Königreichs Hannover. Ein Versuch Ansichten aufzuklären. Jena 1832.
171. \* 48 \*, Ueber das System der zwei Kammern, mit besonderer Rücksicht auf das Königreich Hannover. Verhandlungen über die öffentlichen Angelegenheiten des Königreichs Hannover, 1. Bd., S. 88—95.
172. C. M. B. B u c h,<sup>8</sup> Betrachtungen über die im Jahre 1819 im Königreiche Hannover angeordnete Allgemeine Ständeversammlung und über einige darin jetzt zu machende Anträge. Hannover 1831.

---

<sup>4</sup> der bekannte Vorkämpfer der französischen Revolution, seit 1816 Privatdozent der Rechte in Göttingen; ADB 3, S. 75.

<sup>5</sup> Hauptmann a. D., Landwirt in Bederkesa; ADB 3, S. 107.

<sup>6</sup> Stadt syndikus in Soltau.

<sup>7</sup> Schatzrat der Provinziallandschaft von Osnabrück; ADB 37, S. 84.

<sup>8</sup> Hofrat in Osnabrück.

173. \* 48 \*, Entwurf eines Staats-Grundgesetzes für das Königreich Hannover. Verhandlungen über die öffentlichen Angelegenheiten, 1. Bd., S. 145—157.
174. von B o d u n g e n,<sup>9</sup> Untersuchungen über den Entwurf eines Staats-Grundgesetzes für das Königreich Hannover, wie solcher von der Seite der Landesherrlichen Commissarien zur vorläufigen Berathung vorgelegt worden ist. Ergänzungsschrift zum ersten Bande der „Verhandlungen über die öffentlichen Angelegenheiten“. Braunschweig 1832.
175. Karl Heinrich Ludwig Pölitz, Beleuchtung des Entwurfes eines Staatsgrundgesetzes für das Königreich Hannover. Leipzig 1831.
176. (Daniel Heinrich Ludwig B e n i n g<sup>10</sup>), Bemerkungen, veranlaßt durch den der Commission zu vorläufiger Berathung vorgelegten Entwurf eines Staats-Grundgesetzes für das Königreich Hannover. Hannover 1832.
177. Gustav v. S t r u v e,<sup>11</sup> Commentar zu dem Entwurfe eines Staatsgrundgesetzes für das Königreich Hannover. 7 Hefte. Rinteln 1832.
178. \* 48 \*, Ist das System der zwei Kammern im Königreiche Hannover auf eine rechtsbeständige Weise entstanden? Verhandlungen über die öffentlichen Angelegenheiten, 2. Bd., S. 39—46.
179. G. F. K ö n i g, Ueber die politischen und bürgerlichen Reformen und den Entwurf eines Staatsgrundgesetzes für Hannover. Geschrieben im Staatsgefängnisse zu Celle. Leipzig 1832.
180. . . . . R, Versuch einer kurzen Geschichte der Landstände des Königreichs Hannover und des Herzogthums Braunschweig bis zum Jahre 1803. Hannover 1832.
181. Ueber die Rechte der Provinzial-Landschaften des Königreichs Hannover. Hannoversche Landesblätter, 1. Bd., 7. Januar 1832.
182. Das Project einer hannoverschen Pairs-Kammer. ebd. Nr. 44, 28. Januar 1832.
183. Die staatsrechtliche Bedeutung des hannoverschen Staats-Grundgesetzes-Entwurfs. ebd. II. Bd., Nr. 12, 11. Mai 1832.
184. G. N o l t e, Bemerkungen über die Rechte der Provinzial-Landschaften des Königreichs Hannover, bei der bevorstehenden Veränderung der Verfassung derselben. Lüneburg 1832.
185. Fr. von R e d e n, Die Provinzial-Landschaften des Königreichs Hannover. Aus einer Rede bei Berathung des sechsten Capitels des Staats-Grundgesetzes in erster Cammer gehalten. Hannover 1832.

---

<sup>9</sup> Bürgermeister von Münden.

<sup>10</sup> Amtsassessor in Bentheim; ADB 46, S. 359.

<sup>11</sup> Landgerichtsassessor in Jever; ADB 36, S. 681; der bekannte Führer in den badischen Volkserhebungen.

186. (August Wilhelm Rehberg<sup>12</sup>), Constitutionelle Phantasieen eines alten Steuermannes im Sturme des Jahres 1832.<sup>13</sup> Hamburg 1832.

8. Schleswig-Holstein.<sup>1</sup>

187. U. J. Lornsen,<sup>2</sup> Ueber das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein. Kiel 1830.
188. (Friedrich Henning Adolf von Rumohr<sup>3</sup>), Einige Worte über die Schrift des Kanzeleiraths Lornsen: Ueber das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein. Schleswig 1830.
189. (Wilhelm Hartwig Beseler<sup>4</sup>), Beleuchtung der Broschüre, betitelt: Einige Worte über die Schrift des Herrn Kanzleiraths Lornsen, über das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein. Leipzig 1830.
190. Bemerkungen zu der Schrift des Herrn Kanzleiraths Lornsen über das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein. Schleswig 1830.
191. Rumohr, Noch einige Worte veranlaßt durch die Schrift des Kanzeleiraths Lornsen, über das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein. Schleswig 1830.
192. U. Freiherr von Brockdorff,<sup>5</sup> Betrachtungen veranlaßt durch die Schrift des Herrn Kanzleiraths Lornsen über das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein. Schleswig 1830.
193. (Karl Friedrich Hermann) Klenze,<sup>6</sup> Ueber das Verfassungswerk von Schleswig-Holstein, eine Beleuchtung der Schrift des Herrn Kanzleiraths und Landvogts U. J. Lornsen über denselben Gegenstand. Altona 1830.
194. U. Freiherr von Brockdorff, Beleuchtung der Schrift des Herrn Syndikus Klenze zu Uetersen: Ueber das Verfassungswerk von Schleswig-Holstein. Schleswig 1830.
195. Wilhelm Thieß,<sup>7</sup> Arznei wider das Revolutions-Fieber. Oder: das Elend des Landes, das in Empörung steht, gegen seinen König. Der gesegnete Zustand unsers Vaterlandes. Die Pflicht, die uns obliegt gegen unsern König. Eine Predigt. Schleswig 1830.

---

<sup>12</sup> Geheimer Kabinettsrat a. D., seit 1830 in Göttingen wohnhaft; ADB 27, S. 571.

<sup>13</sup> Aufsätze aus der Hannoverschen Zeitung.

<sup>1</sup> die Reihenfolge nach Ratjen, Zusammenstellung der Gesetze, S. 43 ff.; Neues Staatsbürgerliches Magazin 1, S. 389 ff.; Jansen, a. a. O., S. 253 ff.

<sup>2</sup> Landvogt auf der Insel Sylt; ADB 19, S. 200.

<sup>3</sup> Landrat; Lübker u. Schröder, Lexikon der Schleswig-Holsteinischen Schriftsteller (Altona 1829), S. 487.

<sup>4</sup> s. Brock, Die Vorgeschichte der Schleswig-Holsteinischen Erhebung, S. 45; Advokat und Notar in Schleswig; ADB 46, S. 473.

<sup>5</sup> Landrat a. D.

<sup>6</sup> Syndikus in Uetersen; Alberti, Lexikon ... (Kiel 1867), 1. Abt., S. 458.

<sup>7</sup> Pastor auf Arnis; Alberti a. a. O. 2. Abt., S. 461.



196. J. C. Biernatzky,<sup>8</sup> Die Pflichten des Bürgers in einer unruhigen Zeit. Predigt. Friedrichstadt 1830. UB Kiel.
197. (Hans Lorenz Andreas Vent<sup>9</sup>), Worte der Beruhigung und Ermunterung an das Volk. Veranlaßt durch die gegenwärtigen Gerüchte und Umtriebe. Schleswig 1830.
198. (Andreas Wilhelm) Cramer,<sup>10</sup> Ein Wort an Freunde und Bekannte, und die es sonst lesen mögen. (Kiel) 1830. LB Kiel.
199. (Friedrich Boie<sup>11</sup>), Betrachtungen, erweckt durch die Schrift des Etatsraths Cramer: „Ein Wort an Freunde und Bekannte, und die es sonst lesen mögen“. Kiel 1830.
200. T. F. Wiese<sup>12</sup> und A. Dreyer,<sup>13</sup> Vorträge in der Versammlung des Magistrats und der deputirten Bürgerschaft der Stadt Kiel am 26. November 1830 über die an dieselben gerichtete Bitte einer Anzahl Kieler Einwohner um Einreichung einer Petition. Als Manuscript gedruckt. (Kiel 1830.)
201. (Georg Nikolaus Wülfke<sup>14</sup>), Zur Würdigung des Strebens nach einer Verfassung in Schleswig-Holstein. o. O. 1830.
202. (August Daniel Freiherr von) Binzer,<sup>15</sup> Ein Wort zur Vertheidigung in Betreff der schleswig-holsteinischen Petitions-Angelegenheit. Kiel 1830. LB Kiel.
203. C. F. von Schmidt-Phiseldek,<sup>16</sup> Ueber die neuerlichen Aufregungen in den Herzogthümern Schleswig und Holstein. Copenhagen 1830.
204. Jac. Chr. Lindberg, Ueber die Krankheit des Staates und Canzellei-rath Lornsens Heilmittel. Kopenhagen 1830.
205. A. Binzer, Die letzte Schrift des Herrn Conferenzzraths und Ritters von Schmidt-Phiseldek „Ueber die neuerlichen Aufregungen in den Herzogthümern Schleswig und Holstein. Kopenhagen 1830“ satzweise geprüft. Braunschweig 1831.
206. (Andreas Ludwig Jakob Michelsen<sup>17</sup>), Sendschreiben an Herrn Dr. C. F. von Schmidt-Phiseldek, Conferenzzrath usw. betreffend das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein. Hamburg 1831.

---

<sup>8</sup> Pastor in Friedrichstadt; Lübker u. Schröder a. a. O. S. 47.

<sup>9</sup> s. Alberti a. a. O. 2. Abt., S. 504; Pastor in Hademarschen; ADB 39, S. 606.

<sup>10</sup> Oberbibliothekar in Kiel; ADB 4, S. 546.

<sup>11</sup> Alberti, 1. Abt., S. 69; Justiziarus.

<sup>12</sup> Bürgermeister von Kiel; Alberti, 2. Abt., S. 565.

<sup>13</sup> Stadtsyndikus von Kiel.

<sup>14</sup> Landschaftsarzt auf Sylt; Alberti, 2. Abt., S. 595.

<sup>15</sup> Dichter und Journalist; ADB 2, S. 653.

<sup>16</sup> Konferenzzrat; ADB 32, S. 23.

<sup>17</sup> s. Katalog der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, S. 544; Professor der Geschichte in Kiel; ADB 21, S. 695.

207. J. C. L a u s e n (pseud. für Johannes Christian L a n g e<sup>18</sup>), Beleuchtung der irrigen Ansichten einiger Holsteiner über das sogenannte schleswig-holsteinische Verfassungswerk. Kopenhagen 1830, mit der Beilage: Unparteiische, auf Tatsachen gegründete, Widerlegung des „Sendschreibens eines (sog.) Schleswigholsteiners an d. Herrn Conferenzzrath Dr. v. Schmidt-Phiseldek“, wie auch der Schrift: „Zur Würdigung des Strebens nach Verfassung in Schleswig und Holstein“. LB Kiel.
208. J. B r e m e r,<sup>19</sup> Ueber den Verfall und die Wiederherstellung der landständischen Freiheit in Schleswig-Holstein. Braunschweig 1831.
209. C. v o n W i m p f e n,<sup>20</sup> Ueber die staatsrechtlichen Verhältnisse der Herzogthümer Schleswig und Holstein. Kiel 1831.
210. N. F a l c k,<sup>21</sup> Handbuch des Schleswig-Holsteinischen Privatrechts. 2. Bd. Altona 1831.
211. (Ferdinand Johannes) W i t v o n D ö r r i n g,<sup>22</sup> Was uns Noth thut! Ein ehrerbietiges und freies Wort, seinem Fürsten und seinen Landsleuten gewidmet. Hamburg 1831.
212. Nik. Fred. Sev. G r u n d t v i g s Politische Betrachtungen mit einem Blick auf Dänemark und Holstein. Deutsch herausgegeben von C. Harmsen. Kopenhagen 1831.
213. (C. N. D a v i d<sup>23</sup>), Politische Betrachtungen, veranlaßt durch die über das Verfassungswerk erschienenen Streitschriften. (aus der Dänischen Monatsschrift für Literatur, Bd. V, Heft 2). Kopenhagen 1831. LB Kiel.
214. (A. L. J. M i c h e l s e n<sup>24</sup>), Ueber das bevorstehende Provisorium von Rathständen in Schleswig-Holstein. Hamburg 1831.
215. J. R. (Johann Georg R i s t<sup>25</sup>), Ein Wort zu den Landsleuten in Holstein und Schleswig. Schleswig 1831.
216. A. L. J. M i c h e l s e n, Ueber die vormalige Landesvertretung in Schleswig-Holstein, mit besonderer Rücksicht auf Aemter und Landschaften. Eine historisch-publicistische Erörterung. Hamburg 1831.
217. Adresse an den König, von den Schleswig-Holsteinischen Prälaten, der Ritterschaft und den übrigen Gutsbesitzern, und Eingabe an die Schleswig-Holstein-Lauenburgische Canzelei, beschlossen am 7ten April 1831. Braunschweig 1831. UB Kiel.

---

<sup>18</sup> s. Katalog der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, S. 1331.

<sup>19</sup> Advokat in Flensburg; Alberti, 1. Abt., S. 82.

<sup>20</sup> Amtssekretär in Hadersleben; Alberti, 2. Abt., S. 574.

<sup>21</sup> Professor der Rechte in Kiel; ADB 6, S. 539.

<sup>22</sup> Abenteurer, „Marodeur der Politik“: s. ADB 43, S. 550.

<sup>23</sup> Professor in Kopenhagen; Jansen, a. a. O. S. 277.

<sup>24</sup> s. Jansen, S. 277.

<sup>25</sup> Konferenzrat in Altona; ADB 28, S. 651.

218. C. G. N. David und A. F. v. Tscherning,<sup>26</sup> Ueber das Wesen und die Geschichte der Preußischen Landstände. Aus dem Dänischen übersetzt. Mit einem Vorwort hg. von Dr. N. Falck. Schleswig 1831.
219. (Henning Ratjen<sup>27</sup>), Zusammenstellung der für Preußen und die Herzogthümer Schleswig und Holstein erlassenen allgemeinen Gesetze wegen Anordnung von Provinzialständen mit Bemerkungen. Leipzig 1831.
220. C. Heiberg,<sup>28</sup> Das Recht zur Theilnahme an dem Verfassungswerk in Schleswig-Holstein. Eine geschichtliche und staatsrechtliche Erörterung. Schleswig 1831.
221. Bemerkungen zu dem allgemeinen Gesetze wegen Anordnung von Provinzialständen in den Herzogthümern Schleswig und Holstein. Kieler Correspondenzblatt Nr. 56—60, 13.—27. Juli 1831.
222. Sammlung der wichtigsten Actenstücke, die gemeinsamen Angelegenheiten des Corps der Schleswig-Holsteinischen Prälaten und Ritterschaft und der übrigen Gutsbesitzer betreffend. Neue Folge, von November 1830 bis Julius 1831. Kiel (1831). UB Kiel.
223. Die künftige Verfassung Schleswig-Holsteins zu Dänemark und zum Deutschen Bundestage. Minerva 1832, 2. Bd., S. 226—261.
224. Ansprache an die erfahrenen Männer aus Schleswig-Holstein am 27. April 1832 in Kopenhagen versammelt. Hamburg 1832.
225. (Otto) Graf von Blome, Ueber den Organismus der Staatsverwaltung, insbesondere über die Trennung der richterlichen und administrativen Gewalt. Hamburg 1832.
226. Klenze, Versuch über die Bedeutung der Provinzialstände, mit besonderer Beziehung auf den dänischen Staat. I. Von den preußischen Provinzialständen. Altona 1832. UB Kiel.
227. Ueber die bevorstehende Wahlordnung. Neues Staatsbürgerliches Magazin, 1. Bd., S. 701—722.
228. Ueber das Wesen und den Werth berathender Provinzialstände in Dänemark. Abhandlungen und Aufsätze des Herrn Grafen von Holstein und des Herrn Professor David. Aus dem Dänischen übersetzt. Herausg. mit einer Vorrede von Dr. N. Falck. Schleswig 1833.
229. Adam Graf von Moltke,<sup>29</sup> Einiges über die Verfassung Schleswig-Holsteins und die Ritterschaft als eine in fortwährender Wirksamkeit bestehende Landstandschaft. Lübeck 1833.
230. Klenze, Ueber die Staatseinheit des Dänischen Staats. Eine staatswissenschaftliche Skizze aus dem Gesichtspunkte des historischen

---

<sup>26</sup> Artilleriekapitän.

<sup>27</sup> Alberti, 2. Abt., S. 234; Unterbibliothekar und Professor in Kiel; ADB 27, S. 364.

<sup>28</sup> Advokat in Schleswig; ADB 25, S. 703.

<sup>29</sup> Dichter u. Publizist; ADB 22, S. 156.

Rechts der stillen Jubilar-Feier des 14ten April 1784 gewidmet. Altona 1834.

231. Graf M. von M o l t k e,<sup>30</sup> Das Wahlgesetz und die Cammer mit Rücksicht auf die Herzogthümer Schleswig und Holstein. Hamburg 1834.
232. (Franz Hermann H e g e w i s c h), Für Holstein, nicht gegen Dänemark.<sup>31</sup> Leipzig 1835.
233. C. Immanuel (pseud. für D i r c k i n g - H o l m f e l d<sup>32</sup>), Beleuchtung der Schrift, für Holstein, nicht gegen Dänemark und der Grundsätze, welche bei deren Vereinigung festzuhalten sind. Itzehoe 1835.
234. H. Albinger (pseud. für Heinrich Christian D ü h r s s e n<sup>33</sup>), Für Holstein gegen Immanuel. Leipzig 1835.
235. Christian P a u l s e n,<sup>34</sup> Für Dänemark und für Holstein. Altona 1836.
236. (Herzog Christian von Augustenburg<sup>35</sup>), Die Erbfolge in Schleswig-Holstein. Eine historische Beleuchtung der Behauptungen des Herrn Professors Paulsen in der Schrift desselben: Für Dänemark und für Holstein. Altona 1836. Halle 1837. UB Kiel.
237. Uwe L o r n s e n, Die Unions-Verfassung Dänemarks und Schleswig-holsteins; eine geschichtlich-staatsrechtliche und politische Erörterung. Nach des Verfassers Tode hg. von Dr. Georg Beseler. Jena 1841.

#### 9. Norddeutsche Kleinstaaten.

238. (Carl Friedrich S c h ö n e<sup>1</sup>), Die Rechte und Forderungen der freien Hamburger, wie sich die öffentliche Stimme bei Gelegenheit der gegenwärtigen Unruhen deutlich darüber ausgesprochen. Hamburg 1830. StB Hamburg.
239. (Amandus Augustus A b e n d r o t h<sup>2</sup>), Beleuchtung der Flug-Schrift: Rechte und Forderungen der freien Hamburger. Nebst einigen kurzen Bemerkungen über das was uns Noth und nützlich ist. Hamburg 1830. StB Hamburg.

---

<sup>30</sup> Dänischer Kammerherr; Alberti, 2. Abt., S. 75.

<sup>31</sup> s. Klüver, Hegewisch, Nordelbingen 4, S. 416 f., 440 ff.; Jansen, a. a. O. S. 423; Treitschke, 4. Bd., S. 170.

<sup>32</sup> s. Lornsens Briefe an Hegewisch, S. 263 A.; Alberti, 2. Abt., S. 211 vermutet, wohl mit Unrecht, in dem Verfasser den Kasseler Journalisten Feldmann.

<sup>33</sup> s. Bibl.-Ex.; Arzt zu Malsdorf; Lübker und Schröder a. a. O. S. 128.

<sup>34</sup> Professor der Rechte in Kiel; Alberti, 2. Abt., S. 163.

<sup>35</sup> s. Treitschke 4, S. 174; ADB 4, S. 205.

<sup>1</sup> H. Schröder, Lexikon der hamburgischen Schriftsteller, 6. Bd. (1873), S. 636; Literat; wurde wegen dieser Schrift mit Stadtverweisung bestraft.

<sup>2</sup> wurde 1831 Bürgermeister in Hamburg; ADB 1, S. 19.



240. Johann Heinrich B a r t e l s,<sup>3</sup> Wer hat in Hamburg Recht und Macht und wer ist qualifiziert und berechtigt an der höchsten Staats-Gewalt dadurch theilzunehmen, daß er Sitz und Stimme in den bürgerlichen Conventen hat? In Gemäßheit des 1sten Theils des Reglements der Rath- und Bürger-Convente beantwortet von einem Hamburger Bürger. Zweite vermehrte Auflage. Hamburg 1832.
241. Einige Bemerkungen über das in der hamburgischen Bürgerschaft beobachtete Verfahren (Eingesandt). Neue Zeitung und Hamburgische Adreß-Comptoir-Nachrichten Nr. 86, 10. April 1833. StB Hamburg.
242. (Johann Heinrich B a r t e l s<sup>3</sup>), Beleuchtung der Bemerkungen über das in der hamburgischen Bürgerschaft beobachtete Verfahren, welche im 65sten Jahrgange der Neuen Zeitung, Nr. 86, vom 10. April 1833, eingerückt worden. Hamburg 1833. StB Hamburg.
243. (Johann Heinrich B a r t e l s<sup>3</sup>), Einige Abhandlungen über Gegenstände der Hamburgischen Verfassung von dem Verfasser der dem Abdruck der Hamburgischen Grundgesetze hinzugefügten erläuternden Uebersicht. Hamburg 1835.
244. Ferdinand D o n a n d t, Etwas über landständische Vertretung der Bewohner unsers Gebiets. Bremisches Magazin, S. 11—15, 33—81.
245. Friedr. Leop. V o g e t,<sup>4</sup> Ueber staatsbürgerliche Anforderungen unserer Zeit insbesondere an das neue Verfassungswerk für den Bremischen Freistaat. Bremen 1831. StB Bremen.
246. Ferdinand D o n a n d t, Bemerkungen zu der Schrift des Herrn Dr. Fr. C. Voget: „Ueber staatsbürgerliche Anforderungen unserer Zeit, insbesondere an das neue Verfassungswerk für den Bremischen Freistaat“. Bremisches Magazin, S. 185—194.
247. J. H. C., Ein Paar Phantasien als Beitrag zur Beantwortung der Frage welches Heil hat unser Freistaat von einer neuen Constitution zu erwarten? (Eingesandt). Politisches Wochenblatt für Bremen, Nr. 52—53, 23. u. 30. Dez. 1832.
248. Johannes R ö s i n g,<sup>5</sup> Constitutionelle Verhandlungen zwischen Rath und Bürgerschaft der freien Stadt Bremen und Hinblick auf die am 8. Febr. 1831 erwählte und beedigte Verfassungsdeputation. Bremen (Braunschweig) 1834. StB Bremen.
249. Constitutionshoffnungen im Fürstentum Lübeck. Minerva 1831, 4. Bd., S. 119—127.
250. Karl Heinrich Ludwig P ö l i t z, Die Anfänge des constitutionellen Lebens im Großherzogthume Oldenburg. JGSt 1832, 1, S. 289—320.
251. D ü b e r g,<sup>6</sup> Meklenburgs Landesnoth. Bemerkungen über Ständewesen

---

<sup>3</sup> s. Schröder a. a. O. 1. Bd., S. 143; Bürgermeister in Hamburg; ADB 2, S. 86.

<sup>4</sup> Sachführer bei den Bremischen Gerichten.

<sup>5</sup> Kaufmann in Bremen.

<sup>6</sup> Advokat in Wismar.

- und Gemeindeordnung, nebst einem Anhang über den Rechtszustand in Meklenburg. Braunschweig 1831.
252. Chr. E. Gr. von Bentzel-Sternau, Schwarzburg-Sondershausens parva charta und magna miseria. VF. 2, S. 124—136.
253. Vorstellungen der Stadtverordneten Arnstadts an den Hrn. Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen. Ebd. S. 159—171.
254. Weitere Aktenstücke zu Sondershausens Parva und Magna. Ebd., S. 313 bis 319.
255. Dasselbe (Besonderer Abdruck aus Bentzel-Sternau's Verfassungsfreund, Heft VII des zweiten Bandes). Hanau, König 1831. Museum Arnstadt.
256. Zweite unterthänigste Vorstellung der Schwarzburg-Sonderhaussischen Oberherrschaft und der Stadt Greussen an Seine Durchlaucht den regierenden Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen. Hanau (1831). Museum Arnstadt.
257. Karl Heinrich Ludwig Pö l i t z, Andeutungen über den staatsrechtlichen und politischen Charakter des Grundgesetzes für das Herzogtum Sachsen-Altenburg vom 29. April 1831; mit vergleichender Rücksicht auf die Verfassungen von Schwarzburg-Sondershausen, Churhessen, Hannover und Braunschweig. Leipzig 1831.
258. Die Oeffentlichkeit der Verhandlungen des Landtages. Erfordert sie die Oeffentlichkeit der Sitzungen? Erfurt 1831. LB Weimar.
259. H a s e,<sup>7</sup> Für die Petition an den Landtag zu Weimar, die unbeschränkte Pressfreiheit, mit Vorbehalt eines freisinnigen Pressgesetzes auf den Grund eines Geschworenengerichts und die Oeffentlichkeit der Landtagssitzungen betreffend; gegen die Schrift: „die Oeffentlichkeit der Verhandlungen des Landtags. Erfordert sie die Oeffentlichkeit der Sitzungen?“ Jena 1831. LB Weimar.
260. Offenes Sendschreiben zur Vertheidigung der Petition um Pressfreiheit und Oeffentlichkeit der Landtagssitzungen im Großherzogthume Sachsen-Weimar-Eisenach. An den Verfasser der Schrift: „Die Oeffentlichkeit der Verhandlungen des Landtages. Erfordert sie die Oeffentlichkeit der Sitzungen?“ Leipzig 1831.
261. Ueber den bevorstehenden Landtag in Weimar.<sup>8</sup> Der Verfassungsrath, 1. Jhrg., S. 273—288.
262. (M a g d e b u r g<sup>9</sup>), Nachricht an die Einwohner des Herzogthums Nassau über die am 2ten Mai 1831 geschehene Vertagung der diesjährigen Ständerversammlung. Wiesbaden 1831.
263. Chr. E. Gr. v. Bentzel-Sternau, Die nassauischen Landstände. Vf 1, S. 189—192.

---

<sup>7</sup> Hofadvokat zu Weimar.

<sup>8</sup> Verfasser ein weimarischer Beamter.

<sup>9</sup> s. Vortrag des Ausschusses der Herrenbank, S. 50; Ministerialrat.

264. Chr. E. Gr. v. Bentzel-Sternau, Weitere Blicke auf die nassauischen Landstände. ebd. S. 310—321.
265. Nassau. Rheinbayern, 5. Bd., S. 58—69.
266. Der Haus- und Staatsminister von Nassau mit sich selbst in Fehde. Vf 2, S. 136—148.
267. Dasselbe (Besonderer Abdruck aus Bentzel-Sternaus Verfassungsfreund, Heft III des zweiten Bandes). Hanau 1831.
268. Der Domänen-Streit im Herzogthume Nassau, aus seinen Quellen erläutert und nach Rechtsgrundsätzen gewürdigt. Frankfurt a. M. 1831.
269. (Siebenpfeiffer), Auch etwas über die Politik und die Grundsätze des Nassauischen Ministeriums. Deutschland, 1. Bd., S. 69—78.
270. I . . . . n (Johannes Weitzel<sup>10</sup>), Sitzung der Landstände des Herzogthums Nassau. APA, NF 8, S. 158—202.
271. Ueber die Vermehrung der ersten Kammer der nassauischen Landstände. Ein Privatgutachten, allen denkenden Staatsbürgern Nassau's zur aufmerksamen Prüfung vorgelegt. Zweibrücken 1832, StB Wiesbaden.
272. Vortrag des von der Herrenbank der Herzoglich Nassauischen Ständeversammlung bestellten Ausschusses zur Prüfung der von den Landesdeputirten Herrn Eberhard sen. und Herrn Baldus in der Kammer der Landesdeputirten vorgebrachten und von dieser angenommenen Anklage-Punkte gegen Se. Excellenz den dirigirenden Herrn Staatsminister Freiherr von Marschall, abgelegt in ihrer Sitzung vom 3. Januar 1832. Wiesbaden (1832).
273. Betrachtungen über die Anklage höherer Staatsbeamter (mit Rücksicht auf die Verhandlungen der nassauischen Landstände über die Anklage des Staatsministers Freiherr von Marschall durch die Deputirtenkammer, und die Anklage-frei-Erklärung desselben durch die Herrenbank). Microcosmus, 2. Heft, S. 1—77.
274. Moritz Lieber, Blick auf die jüngste Session der Landesdeputirten zur Ständeversammlung des Herzogthums Nassau. Frankfurt a. M. 1832.
275. Friedr. Traug. Friedemann,<sup>11</sup> Die Verfassung und Verwaltung des Herzogthums Nassau. Aus urkundlichen Quellen zusammengestellt. Beiträge zur Kenntniß des Herzogthums Nassau. Ersten Bandes erstes Heft. Weilburg 1833.

---

<sup>10</sup> seine Verfasserschaft ergibt sich aus wörtlichen Anklängen an seine „Briefe vom Rhein“ (1834).

<sup>11</sup> Gymnasialdirektor in Weilburg.

(über Nassau s. außerdem zahlreiche Aufsätze in dem Verfassungsrath, Rheinbayern und der Hanauer Zeitung).

10. Preußen.<sup>1</sup>

276. (Theodor Frey) (Cunow<sup>2</sup>), Preußen, in seiner gegenwärtigen Stellung im Innern und nach Außen. Ein kurzer Ueberblick. Dresden und Leipzig 1831.
277. (von Miltitz<sup>3</sup>), Einiges und Mehreres, das Uns nahe geht. Ein Beitrag zur Verständnißlehre der Dialektik französischer Tagesblätter. Berlin 1831.
278. J. J. Süß,<sup>4</sup> Preußen in der Vorzeit und Gegenwart, oder was hat Preußen gethan und was wird und muß es thun? Barmen 1831.
279. M Sk (Moritz Seebeck<sup>5</sup>), Gesinnung eines Preußischen Landwehrmannes. Ausgesprochen in drei Briefen. Berlin und Elbing 1831.
280. Stimme aus Preußen. Leipzig 1831.
281. C. L. W. Aldefeld, Preußen und die Revolutionen. Zeitgemäße Worte an meine Mitbürger. Aachen 1831. UB Bonn.
282. G. F. Krause, Versuch einer ständischen Verfassung für ein aus vielen Provinzen zusammengesetztes großes Reich, nebst einen Anhang über die preußische Städte-Ordnung und ein Versuch zu einer ländlichen Communal-Ordnung. Gotha und Erfurt 1831. UB Halle.
283. Preußen oder Andeutungen über die politische Richtung welche Preußen nothwendig nehmen muß. Von einem Preußen. Nürnberg 1831. UB Greifswald.
284. Bernhard Freiherr von Fürth,<sup>6</sup> Worte zur Beherzigung an Deutschlands Edle Fürsten und Völker. Aachen 1831. UB Bonn.
285. Th. Janke,<sup>7</sup> Preußen 1807 und jetzt, oder Was ist in Preußen seit dem Jahre 1807 ausgeführt, um den gesellschaftlichen Stand zu verbessern und zu erheben? Eine kurze, den Freunden des preußischen Vaterlandes geweihte, Abhandlung. Berlin 1831.
286. Einige Fragen an die Staatsverbesserer aller Zungen und Auflösung der vorgekommenen Frage: haben Wir Preußen eine Verfassung? Halle 1831. UB Halle.
287. K. W. K., Wo ist man liberal, in Frankreich oder in Preußen? Berlin 1831.
288. Der Preußischen Landwehr Glaubensbekenntniß. Verfaßt von einem Wehrmann. Weißensee 1831.
289. Vaterlands-Katechismus. Allen redlichen und getreuen Preußen darge-

---

<sup>1</sup> Die zahlreichen Geburtstagsreden und Festschriften sind nicht mit berücksichtigt.

<sup>2</sup> s. Kayser, Allgemeines Bücherlexikon unter Th. Frey.

<sup>3</sup> s. Exempl. der SB Berlin; Dietrich von M.? Bis 1830 Divisionskommandeur in Liegnitz; ADB 21, S. 759.

<sup>4</sup> Pfarrer in Barmen.

<sup>5</sup> s. G. Richter, Moritz Seebeck (Jena 1886), S. 15 A.

<sup>6</sup> Amtsgerichtsrat in Aachen; ADB 8, S. 251.

<sup>7</sup> Regierungsrat.



- boten vom Verfasser des „Glaubensbekenntnisses der Preußischen Landwehr“. Weißensee 1831.
290. Wie ist es? Was ist Noth? Zwei ernste Fragen an das Vaterland. Beantwortet von dem Verfasser des „Glaubensbekenntnisses der Preußischen Landwehr“, Weißensee 1831.
  291. F. C. Johannes Müller,<sup>8</sup> Die Politik Preußens seit Friedrich des Großen Tode. Altenburg 1832.
  292. K...Z...w (Karl G u t z k o w<sup>9</sup>), Ueber die historischen Bedingungen einer preußischen Verfassung. APA, NF 10, S. 56—66.
  293. Alexander Müller, Ueberblick über Preußens Provinzialstände und die deßfalls bestehenden allgemeinen und besonderen gesetzlichen Bestimmungen nebst einigen Winken. ANG, 1. Bd., S. 228—260.
  294. Eduard G a n s,<sup>10</sup> Ueber Provinzialgesetze. Beiträge zur Revision der Preußischen Gesetzgebung (Berlin 1830/32), S. 357—376.
  295. Aphorismen mit Bezug auf die Revision der Preußischen Gesetzgebung. Von einem Mitgliede eines preußischen Oberlandesgerichts. Cöslin 1832.
  296. Der treue preußische Unterthan oder aufrichtige Wünsche in Beziehung auf Liebe für König, Volk und Vaterland von einem, seinen König und sein Vaterland wahrhaft liebenden Preußen. Glogau 1832.
  297. (Fr. A. Benedikt<sup>11</sup>), Königthum und Freiheit. Ein Wort an die preußischen Provinzial-Landstände. Ilmenau 1832.
  298. Friedrich Schöne,<sup>12</sup> Preußens Stellung zur Gegenwart und Zukunft. Denkschrift am Schlusse des Jahres 1832. Berlin (1832).
  299. Wehnert,<sup>13</sup> Ueber den Geist der Preußischen Staatsorganisation und Staatsdienerschaft. Potsdam 1833.
  300. (Carl Bernhard Köni<sup>g</sup><sup>14</sup>?), Ueber politische Gespräche in unserer bewegten Zeit. Eine Andeutung. Quedlinburg 1833.
  301. Sander (pseud. für Friedrich Stei<sup>n</sup>ma<sup>n</sup><sup>15</sup>), Fliegende Blätter aus Rheinpreußen und Westfalen. Erste Sammlung. Münster und Hamm 1833.
  302. Werner Freiherr von Haxthausen,<sup>16</sup> Ueber die Grundlagen unserer Verfassung. Manuscript. o. O. 1833.
  303. Auch eine Stimme aus Preußen über die jetzige Zeit, Verfassungswesen, Landstände und Polnische Angelegenheiten. Berlin 1833.

---

<sup>8</sup> stammte aus Berlin; s. Wiltberger a. a. O. S. 22 f.

<sup>9</sup> ADB 10, S. 227.

<sup>10</sup> Professor der Rechte in Berlin; ADB 8, S. 361.

<sup>11</sup> Gerichtsamtman in Wittenberg.

<sup>12</sup> Gymnasiallehrer in Wittenberg; ADB 32, S. 285.

<sup>13</sup> Regierungsrat.

<sup>14</sup> Realkatalog der SB Berlin.

<sup>15</sup> s. ADB 35, S. 745; Sekretär am Oberlandesgericht in Münster.

<sup>16</sup> ADB 11, S. 121; vgl. bes. S. 122.

304. (David Hanse mann<sup>17</sup>), Preußen und Frankreich staatsrechtlich und politisch, unter vorzüglicher Berücksichtigung der Rheinprovinz. Von einem Rheinpreußen. Leipzig 1833.
305. David Hanse mann, Dasselbe. 2. Auflage. Leipzig 1834.
306. (Peter) Kaufmann,<sup>18</sup> Würdigung der Schrift, Preußen und Frankreich. Bonn 1834.
307. Der Preußen Hort. Danzig 1834.
308. W. Mannstädt, Freiheit und Gleichheit! Eine Stimme aus dem Preußischen Volke im Jahre 1833. Merseburg und Halle 1834.
309. (M. Cuno w),<sup>19</sup> Preußen den constitutionellen Staaten Deutschlands gegenüber, oder: Bedarf Preußen einer Constitution? Von einem Neu-Preußen. Breslau 1835. UB Breslau.
310. (Ludewig Thilo), Was ist Verfassung? Zur Würdigung der Schrift eines Neu-Preußen: „Bedarf Preußen einer Constitution?“ aus dem Gesichtspunkte der Staatswissenschaft von einem Alt-Preußen. Breslau 1835. UB Breslau.
311. A. G. S. v. Schlieben,<sup>20</sup> Preußenworte zur Verständigung über einige Lebensfragen der inneren Politik. Magdeburg 1835. UB Halle.

#### 11. Stimmen zur deutschen Frage.

312. (Ernst Münch<sup>1</sup>), Deutschlands Vergangenheit und Zukunft, die Gefahren, welche ihm drohen und die Mittel, denselben zu begegnen; ein Wort der Zeit, des Friedens und der Einigung an die Regierungen und die Nation. (Aus E. Münchs Aletheia, Heft X, bes. abgedruckt.) Haag 1830. StB Braunschweig.
313. Was haben die deutschen Bundes-Staaten gegenwärtig zu thun? Stuttgart 1831. LB Stuttgart.
314. C. v. Rotteck,<sup>2</sup> Vorwort zu APA NF 5, S. I—VI.
315. (Wilhelm) Reinhard,<sup>3</sup> Ueber jetzige Zeit und Deutschlands zeitgemäße Politik. Karlsruhe 1831. LB Karlsruhe.
316. Ernst Münch, Deutschlands Vergangenheit und Zukunft. 2. Send-schreiben des Herausgebers. Aletheia, Jahrgang 1831, 2. Heft, S. 85—115.
317. Ernst Münch, Deutschlands Vergangenheit und Zukunft, die Gefahren, welche ihm drohen und die Mittel, denselben zu begegnen. Ein Wort

---

<sup>17</sup> Wollhändler in Aachen; ADB 10, S. 529.

<sup>18</sup> Professor der Staatswissenschaften in Bonn; ADB 15, S. 478.

<sup>19</sup> s. E. Neumann, Geschichte der konstitutionellen Theorie (Diss. Berlin 1931), Literaturverzeichnis.

<sup>20</sup> Mitglied der Brandenburgischen Provinzialstände.

<sup>1</sup> Staatsbibliothekar im Haag; ADB 22, S. 714.

<sup>2</sup> Professor der Staatswissenschaften in Freiburg; ADB 29, S. 385.

<sup>3</sup> Staatsrat in Karlsruhe.

- der Zeit ,des Friedens und der Einigung an die Regierungen und an die Nationen. 2. verbesserte und vermehrte Ausgabe. Haag 1831.
318. P. A. P f i z e r,<sup>4</sup> Briefwechsel zweier Deutschen. Stuttgart und Tübingen 1831.
319. Deutschland, Was es ist, und was es werden muß; mit besonderer Rücksicht auf Preußen und Bayern. Eine Schrift, die man nicht verbieten wird, wenn man sie ganz gelesen und ihre Absicht erkannt. Zweibrücken 1831.
320. Ernst M ü n c h, Historische Rückblicke, Politische Zeitstimmen und patriotische Ermahnungen. An die Teutschen. 1. Heft. Braunschweig 1831.
321. Karl Eduard R o s e n, Deutschlands Zukunft. Eine politische Flugschrift. Altenburg 1831. UB Leipzig.
322. Der erste Mai. Straßburg 1831. UB Bonn.
323. Theodor F r e y (C u n o w<sup>5</sup>), Deutschland's Einheit; oder: Worin kann und soll sie bestehen? Allen deutschen Patrioten gewidmet. Dresden und Leipzig 1831. LB Dresden.
324. Heinrich Karl H o f m a n n, Die Sache des Volkes. Beiträge zur Erörterung vaterländischer Angelegenheiten, 1. Bd., S. 36—45.
325. Heinrich Karl H o f m a n n, Die gemeinschaftliche Sache aller Stände. Ebd., S. 129—189.
326. Heinrich Karl H o f m a n n, Der neue Rhein-Bund. Ebd., S. 190—197.
327. B. W., Deutschlands moralisches und politisches Interesse. Ebd. S. 109—128, S. 225—290.
328. W. S c h u l z - (Bodmer<sup>6</sup>), Das Eine, was Deutschland Noth thut. APA NF 7, S. 1—44.
329. J. Fr. R e u s s,<sup>7</sup> Wünsche für Deutschland. APA, NF 7, S. 159—166.
330. Aufruf an die teutsche Nation, teutsche Fürsten und Stände.<sup>8</sup> Rothenburg o. d. T. 1831.
331. Deutschland, Ein konstitutionelles Königreich. Die Biene, Nr. 32 u. 35, 7. u. 28. 8. 1831.
332. 2 (Karl B e r n h a r d i<sup>9</sup>), Deutschland. Deutscher Bundestag. Die deutsche Bundesacte und der deutsche Bund. Der deutsche Bund seit 1815. Der deutsche Bundestag wie er seyn soll und seyn wird. Wer soll den ersten Schritt thun, um Deutschland zu schaffen aus seinem Nichts? Der Verfassungsfreund, Nr. 35—41, 31. 8.—21. 9. 1831.

<sup>4</sup> Assessor in Tübingen; ADB 25, S. 668.

<sup>5</sup> s. o. Nr. 276.

<sup>6</sup> bis 1821 hessischer Offizier; ADB 32, S. 752; Hessische Biographien, 1. Bd. (1918), S. 404 ff.

<sup>7</sup> Ephorus in Blaubeuren.

<sup>8</sup> Verfasser wohl ein Bayer.

<sup>9</sup> Bibliothekar in Kassel; ADB 2, S. 460.

333. Friedrich Bü lau, Die Einheit Deutschlands. Das Vaterland, Nr. 76, 21. 9. 1831.
334. Siebenpfeiffer, Deutschland und der Krieg. Rheinbayern, 3. Bd., S. 22—64.
335. (Siebenpfeiffer), Deutschland und Frankreich. Rheinbayern, 4. Bd., S. 129—183.
336. Franz Strohmeyer,<sup>10</sup> Ueber Handel und Mauthen in Süd-Deutschland. Ein Beitrag zur Würdigung der Handelsverhältnisse süddeutscher Staaten. Rheinbayern, 4. Bd., S. 197—224.
337. (Georg Herold<sup>11</sup>), Der Wiederhall deutscher Volksstimme in Grüßen an das deutsche Vaterland. Straßburg 1831.
338. (J. G. A. Wirth), Deutschlands Wiedergeburt. Deutsche Tribüne. Nr. 126—127, 5.—6. Nov. 1831.
339. C. Th. Welcker,<sup>12</sup> Die Vervollkommnung der organischen Entwicklung des deutschen Bundes zur bestmöglichen Förderung deutscher Nationaleinheit und staatsbürgerlicher Freiheit. Als Motionsbegründung vorgetragen in der 2. Kammer der Badischen Ständeversammlung. Karlsruhe 1831. UB Halle.
340. Stimmen der Zeit für bürgerliche und kirchliche Freiheit, gegen Absolutismus und Demagogismus in Staat und Kirche. Mit bes. Beziehung auf Deutschland. 2. Gabe. Neustadt a. d. O. 1832. LB Weimar.
341. Otto Friedrich Heinrich von W a t z d o r f, Ueber den Antrag des Abgeordneten Herrn Welker in Bezug auf den teutschen Bund. Das Vaterland, Nr. 90, 9. 11. 1831.
342. (Karl Heinrich Her mes ?), Die Reform des deutschen Bundes. Deutsche National-Zeitung, Nr. 74, 16. 11. 1831.
343. Deutschland ein Königreich. Die Biene, Nr. 47, 20. 11. 1831.
344. . . . . g,<sup>13</sup> An den Herausgeber des Briefwechsels Zweier Deutschen. 2. Abschnitt enthaltend den praktischen Teil. APA, NF 8, S. 250—266.
345. F. G. Welcker,<sup>14</sup> Von ständischer Verfassung und über Deutschlands Zukunft. Karlsruhe 1831.
346. P. A. Pfiz er, Briefwechsel zweier Deutschen. Zweite verbesserte und vermehrte Auflage. Stuttgart und Tübingen 1832. UB Tübingen.
347. von We b e r,<sup>15</sup> Ueber den politischen Liberalismus und Ultraliberalismus. JGSt. 1832, 1, S. 51—68.
348. Deutschlands Einheit. Deutschland Nr. 10, 3. Januar 1832.

---

<sup>10</sup> Herausgeber des „Wächters am Rhein“.

<sup>11</sup> stammte aus Frankfurt a. M.; siehe Wiltberger a. a. O. S. 20.

<sup>12</sup> Professor der Rechtswissenschaft in Freiburg; ADB 41, S. 660.

<sup>13</sup> unterzeichnet Thaddäus Inngatschon.

<sup>14</sup> Professor der Philologie in Bonn; ADB 41, S. 653.

<sup>15</sup> Direktor zu Tübingen.



349. (Friedrich Christoph Dahlmann<sup>16</sup>), Rede eines Fürchtenden. Hanoversche Zeitung, Nr. 16, 19. 1. 1832.
350. (Friedrich Christoph Dahlmann), Gegen den Fürchtenden. Ebd. Nr. 50, 28. 2. 1832.
351. Einer oder Neun und Dreißig? Neue Zeitschwingen (Hanau), 7. bis 21. 2. 1832, Nr. 16—22. StB Frankfurt.
352. Ernst Münch, Denkwürdigkeiten. 1. Heft Uebersicht der publicistisch-literarischen Wirksamkeit des Verfassers im Allgemeinen. Auch u. d. T.: Abgenöthigtes Wort der Zeit wider Anschuldigungen des Partheigeistes; an das teutsche Publikum. Stuttgart 1832.
353. C. von Rotteck, Das Jahr 1831. APA, NF 9, S. 277—310.
354. (C. von Rotteck), Deutschland im Jahre 1831. (Bruchstück des in der öffentlichen Sitzung der historischen Gesellschaft dahier vorgebrachten Ueberblicks der Jahresgeschichte von 1831.) Der Freisinnige, Nr. 14, 14. 3. 1832.
355. Leopold Ranke, Ueber die Trennung und Einheit von Deutschland. HPZ, 1. Bd., S. 340—388.
356. (Siebenpfeiffer?), An's deutsche Volk. Westbote, Nr. 61—63, 68; 1.—3., 11. März 1832.
357. Harro Harring, Gedanken über Wahrheit, Liebe und Gerechtigkeit. Entwurf zu einer Volksvertretung und zur Bildung eines Volkes, nach demokratischen Grundsätzen. Straßburg 1832.
358. H. K. Hofmann, Ueber Begründung und Entwicklung des öffentlichen Rechts in Deutschland. APA, NF 10, S. 3—55.
359. Was ist des Teutschen Vaterland? Geschichtlich beleuchtet von einem Laien in der Geschichte. Nürnberg 1832.
360. Einige Bemerkungen über eine neue Schrift aus Württemberg. Leipzig 1832.
361. (Johann Heinrich Schnitzler<sup>17</sup>), De l'unité Germanique ou de la régénération de l'Allemagne. Par un Cosmopolite. Strasbourg 1832.
362. August Schäfer, Blicke auf Europas gegenwärtige Lage. Die neue Zeit, 11. Bd., S. 206—323.
363. J. G. A. Wirth, Das Nationalfest der Deutschen zu Hambach. Unter Mitwirkung eines Redaktions-Ausschusses geschrieben. 2 Hefte. Neustadt a. H. 1832.
364. Wilhelm Schulz, Deutschlands Einheit durch Nationalrepräsentation. Stuttgart 1832. LB Stuttgart.
365. J. G. A. Wirth, Die politische Reform Deutschlands. Noch ein dringendes Wort an die deutschen Volksfreunde. Straßburg 1832.
366. Karl August Friedrich Seeger, Vaterländische Briefe. Stuttgart 1832. LB Stuttgart.
367. F. C. Johannes Müller, Ideen zum Entwurf einer Verfassungsurkunde für Deutschland. Straßburg 1832.

---

<sup>16</sup> Professor für Politik und Geschichte in Göttingen; ADB 4, S. 693.

<sup>17</sup> Statistiker, seit 1828 in Paris; ADB 32, S. 175.

368. P. A. P f i z e r, Gedanken über das Ziel und die Aufgabe des Deutschen Liberalismus. Tübingen 1832.
369. P. A. P f i z e r, Ueber das staatsrechtliche Verhältnis Württembergs zum deutschen Bunde. Ein Beitrag zur Würdigung der neuesten Bundesbeschlüsse. Straßburg 1832.
370. Heinrich Z ö p f l, Die Einheit Deutschlands. Publicistisch-kriminalistische Andeutungen. Microcosmus, 3. Heft, S. 17—44.
371. Heinrich Z ö p f l, Betrachtungen über die politische Stellung der kleineren deutschen Staaten in Bezug auf Souveränität und jura singulorum. Ebd. S. 44—74.
372. Heinrich Z ö p f l, Gedanken über die Schrift: Das staatsrechtliche Verhältniss Württembergs zum deutschen Bunde. Mit der Ansicht des Herausgebers des Microcosmus über die Bundesbeschlüsse vom 28. Juli 1832. Ebd., 4. Heft, S. 70—76.
373. Joseph S c h r a m,<sup>18</sup> Die Einheit des deutschen Vaterlandes. Zugleich eine Jubeldenschrift auf Kant, den Weltweisen. Bonn 1832. UB Bonn.
374. Deutsche Volksstimmen über die neuesten Bundestags-Beschlüsse vom 28. Juni 1832. 1. Heft. (Marburg) 1832.
375. Gutachten der unterzeichneten Advokaten an dem Großh. Bad. Appellationsgerichte zu Freiburg über die Frankfurter Bundestags-Beschlüsse vom 28. Juni 1832, mit der Ueberschrift: „Maasregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im deutschen Bunde“. Freiburg 1832.
376. Freiherr von W a n g e n h e i m,<sup>19</sup> Bemerkungen zu dem K. K. Oesterreichischen Präsidialvortrage über die Maßregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im deutschen Bunde, und über diese Maßregeln selbst. Anhang zu: Die Wahl des Freiherrn von Wangenheim ... zum Abgeordneten in die Württembergische Ständeversammlung. Tübingen 1832
377. Dasselbe. ANG, 3. Bd., S. 1—59.
378. (Johann Gustav Moritz H e c k s c h e r<sup>20</sup>), Staatsrechtliches Gutachten über die Beschlüsse der deutschen Bundesversammlung vom 28. Juni 1832. Hanau 1832.
379. Beleuchtung der wesentlichsten, gegen den Bundesbeschluß vom 28. Juni 1832 erhobenen Einwendungen, unter dem Gesichtspunkte der inneren und äußeren Beziehungen des deutschen Bundes. Berlin 1832.
380. Ernst O r t l e p p,<sup>21</sup> Gedanken über die neuesten Frankfurter Bundesbeschlüsse. Leipzig 1832. UB Leipzig.

---

<sup>18</sup> Bibliothekar in Bonn.

<sup>19</sup> Württembergischer Minister a. D.; ADB 49, S. 153.

<sup>20</sup> s. Schröder, Lexikon der hamburgischen Schriftsteller, 3. Bd., S. 139; Advokat in Hamburg; ADB 11, S. 215.

<sup>21</sup> Politischer Dichter; ADB 24, S. 447

381. (Oswaldsohn v. d. Schley) (pseud.?), Die Bundestagsbeschlüsse vom 28. Junius 1832 und die deutschen Demagogen. Ein politischer Traktat für den Bürger und Landmann. Merseburg 1832.
382. F. A. Rüder, Bescheidene Bemerkungen über die Bundestagsbeschlüsse vom 28. Juni, 5. und 19. Juli 1832 und deren mögliche Folgen. Altenburg 1832. Landtagsbücherei Stuttgart.
383. Georg Friedrich Kolb,<sup>22</sup> Die Rechte der teutschen Völker, den Ansprüchen des teutschen Bundes gegenüber. Dritte Auflage. Speyer 1832.
384. Theodor Mundt,<sup>23</sup> Die Einheit Deutschlands in politischer und ideeller Entwicklung. Blätter für literarische Unterhaltung Nr. 275—278, 310—313, 1.—4. Okt., 5.—7. Nov. 1832.
385. Dasselbe. Leipzig 1832.
386. (Alexander Müller?), Denkschrift an die deutschen Bundesfürsten constitutioneller Staaten. ANG, 3. Bd., S. 499—513.
387. Der teutsche Bund und die teutschen Stände. Aus dem „Vaterland, Blätter für deutsches Volks- und Staatsleben, redigirt von Friedrich Bülau und Julius Weiske“. Leipzig 1833.
388. Theodor Kind, Von der Stellung so-wohl der konstitutionellen Bundesregierungen als der Ständeversammlungen Deutschlands, zu dem deutschen Bunde und zu Deutschlands Einheit. Leipzig 1833. UB Bonn.
389. Deutschlands Gegensätze. Von einem Süddeutschen. Besonderer Abdruck aus dem dritten Theil des „Prometheus“. Aarau 1833.
390. W. Schulz, Was darf das deutsche Volk von seinen Landständen erwarten? Frankfurt a. M. 1833. StB Frankfurt.
391. Paul Pfizer, Motivirter Antrag, betr. die Beschlüsse des Bundestags vom 28. Juni 1832, entwickelt in der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Württemberg am 13. Februar 1833. Amtliche Ausgabe. Stuttgart 1833.
392. Paul Pfizer, Antrag in Betreff der staatsrechtlichen Verhältnisse Württembergs zum deutschen Bunde. Entwickelt in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Württemberg vom 27. Juni 1833. Stuttgart 1833. LB Stuttgart.
393. J. G. A. Wirth, Die Rechte des Deutschen Volkes. Eine Vertheidigungsrede vor den Assisen zu Landau. Nancy 1833.
394. J. Jacoby,<sup>24</sup> Politisches Büchlein für Deutsche. Altenburg 1833.
395. P. A. Pfizer, Ueber die Entwicklung des öffentlichen Rechts in Deutschland durch die Verfassung des Bundes. Stuttgart 1835.

---

<sup>22</sup> Herausgeber der Neuen Speyerer Zeitung.

<sup>23</sup> Dichter und Journalist; ADB 23, S. 10.

<sup>24</sup> der 1840 bekannt gewordene Johann Jacoby, Arzt in Königsberg? ADB 13, S. 620.

### Abkürzungen.

ADB = Allgemeine Deutsche Biographie.

Altmann = W. Altmann, Ausgewählte Urkunden zur deutschen Verfassungsgeschichte seit 1806. 1. Teil.

ANG = Archiv für die neueste Gesetzgebung aller deutschen Staaten.

APA = Allgemeine politische Annalen.

HPZ = Historisch-politische Zeitschrift.

Iseler = J. Iseler, Die Entwicklung eines öffentlichen politischen Lebens in Kurhessen.

JGSt = Jahrbücher der Geschichte und Staatskunst.

Pölit 1 bzw. 4 = K. H. L. Pölit, Die europäischen Verfassungen seit dem Jahre 1789. 1. bzw. 4. Bd.

Reinhardt = P. Reinhardt, Die sächsischen Unruhen der Jahre 1830—1831.

Treitschke 4 = H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte, 4. Bd.

Vf = Der Verfassungsfreund. Ein Landtagsblatt für Deutschland.

---

LB = Landesbibliothek.

PrB = Provinzialbibliothek.

SB = Staatsbibliothek.

StB = Stadtbibliothek.

UB = Universitätsbibliothek.



## Register.

(enthält die Verfassernamen und die Titel der anonym erschienenen Schriften; die Ziffern bezeichnen die Nummer im Quellenverzeichnis; dort kurze biographische Hinweise jeweils bei der ersten Erwähnung eines Autors).

- A. Abendroth 239  
Einige Abhandlungen 243  
Kurzer Abriß 105  
Adresse an den König 217  
Weitere Aktentstücke 255  
H. Albinger (pseud.) 234  
C. L. W. Aldefeld 281  
C. F. v. Ammon 111, 127, 138  
Anklage 156  
Allg. pol. Annalen 16 u. ö., 344  
Ansprache 224  
Allg. Anzeiger 1  
Aphorismen 295  
Archiv für die neueste Gesetz-  
gebung 17 u. ö.  
Aufruf 330  
Der Aufstand 164  
Chr. v. Augustenburg 236  
  
F. Baltisch (pseud.) 55  
J. H. Bartels 240, 242, 243  
Beiträge zur Erörterung 18, 324  
—327  
Beleuchtung der Bemerkungen 242  
Beleuchtung der Brochure 189  
Beleuchtung der Einwendungen 379  
Beleuchtung der Flugschrift 239  
Bellona 19, 163  
Aphoristische Bemerkungen 95  
Einige Bemerkungen über eine  
Schrift 360  
  
Einige Bemerkungen, veranlaßt 159  
Bemerkungen Dresdener Sachwalter  
113  
Bemerkungen zu der Schrift 190  
Bemerkungen, veranlaßt 176  
F. A. Benedikt 297  
D. H. L. Bening 176  
C. E. v. Bentzel-Sternau 28, 80,  
119, 120, 252, 263, 264  
K. Bernhardi 332  
W. H. Beseler 189  
Betrachtungen über den Aufstand  
144  
Betrachtungen, erweckt 199  
Betrachtungen eines Patrioten 112  
Politische Betrachtungen 212  
Die Biene 20, 313, 343  
J. C. Biernatzky 196  
A. D. v. Binzer 202, 205  
Hessische Blätter 2  
Kritische Blätter 21  
Nürnberger Blätter 162  
Blätter für literarische Unterhaltung  
384  
Ein Blick auf die Gestaltung 97  
Blick auf Sachsen 96  
Blicke auf Deutschlands Lage 37  
Prüfende Blicke 115  
O. v. Blome 215  
Blümner 105  
v. Bodungen 174

- G. W. Boehmer 164  
 Fr. Boie 199  
 H. Böse 165  
 Der Bote aus Westen 3  
 F. A. Bran 26  
 J. Bremer 208  
 F. L. Breuer 110  
 U. v. Brockdorff 192, 194  
 C. M. B. Buch 172  
 F. v. Bülow 11, 109, 142, 333  
 G. P. v. Bülow 146  
 Der deutsche Bund 387  
 Die Bundestagsbeschlüsse 381
- Constitution 125  
 W. Cornelius 5  
 Kieler Correspondenzblatt 4, 221  
 A. W. Cramer 198  
 Cunow 276, 323  
 M. Cunow 309
- F. C. Dahlmann 349, 350  
 Faßliche Darstellung 130  
 C. N. David 213, 218  
 Denkschrift der Bürgerschaft 68  
 Deutschland (Zeitung) 5, 348  
 Deutschland (Zeitschrift) 27, 269  
 Deutschland, was es ist 319  
 Das konstitutionelle Deutschland 5  
 C. Dircking-Holmfeld 233  
 A. de Dobbeler 148  
 Der Domänenstreit 268  
 F. Donandt 24, 244, 246  
 A. Dreyer 200  
 Düberg 251  
 H. C. Dührssen 234
- Einiges und Mehreres 277  
 Die Erbfolge 236  
 Ueber die Erklärung 162  
 C. A. Espe 129
- N. Falck 210, 218, 228  
 Fest der Freunde 90  
 Einige Fragen 286
- J. Freimund (pseud.) 84  
 Der Freisinnige 6, 354  
 Th. Frey 276, 323  
 Fr. T. Friedemann 275  
 B. v. Fürth 284
- E. Gans 294  
 S. P. Gans 30, 158  
 Gedanken 165  
 Deutschlands Gegensätze 389  
 Können die Geistlichen 124  
 Geschichte der Staatsumwälzung  
 133  
 Gesinnung eines Landwehrmannes  
 279  
 Politisches Gespräch 126  
 Glaubensbekenntniß 288  
 F. Gössel 94  
 A. C. E. v. Grone 149  
 H. Grote 23, 60  
 N. F. S. Grundtvig 212  
 Gutachten der Advokaten 375  
 Staatsrechtliches Gutachten 378  
 K. Gutzkow 292
- F. Hahn 79  
 D. Hanseemann 304, 305  
 H. Harring 5, 357  
 Hase 259  
 C. A. v. Hase 99  
 Th. v. Haupt 5  
 Der Hausminister 267  
 W. v. Haxthausen 302  
 J. G. M. Heckscher 378  
 F. H. Hegewisch 55, 232  
 C. Heiberg 220  
 W. C. E. Heimbach 100  
 H. Henkel 70  
 J. F. Hennicke 1  
 K. H. Hermes 7, 342  
 C. Herold 337  
 H. K. Hofmann 18, 324—326, 358  
 W. v. Hohenthal 96  
 Für Holstein 232  
 E. v. d. Horst 166

Der Preußen Hort 307  
Hüpeden 23

C. Immanuel (pseud.) 233  
Kurzgefaßter Inhalt 75  
Deutschlands Interesse 327  
J. Jacoby 394  
Jahrbücher 22 u. ö.  
Th. Janke 285  
C. E. Jarcke 31, 59, 63, 64  
S. Jordan 89, 93  
K. G. Jürgens 150  
K. H. Jürgens 38  
H. Just 137

P. Kaufmann 306  
K. Th. Kind 95, 140, 388  
K. F. H. Klenze 193, 226, 230  
P. v. Kobbe 19, 163  
C. B. König 300  
G. F. König 156, 179  
Königthum und Freiheit 297  
F. G. Kolb 383  
G. F. Krause 58, 282  
W. T. Krug 118  
K. W. v. Lancizolle 61  
Hannoversche Landesblätter 23,  
181—183  
Sachsens Landesvertretung 108  
J. C. Lange 207  
L. F. Lange 71  
J. C. Lausen (pseud.) 207  
Der Lehrstand 122  
M. Lieber 274  
J. C. Lindberg 204  
U. J. Lornsen 187, 237

Bremisches Magazin 24, 244, 246  
Neues staatsbürgerliches Magazin  
227  
Magdeburg 262  
Die churhessische Magna Charta 82  
Der erste Mai 322  
W. Mannstädt 308  
S. Martin 69, 73, 88

A. L. J. Michelsen 206, 214, 216  
Microcosmus 25, 273 u. ö.  
Die Militärverfassung 60  
v. Miltitz 277  
Minerva 26, 223, 249  
Rechtliche Mittheilungen 109  
A. v. Moltke 229  
M. v. Moltke 231  
B. Moßdorff 125  
A. L. Mothes 103  
A. Müller 17, 293, 386  
F. C. J. Müller 291, 367  
E. Münch 312, 316, 317, 320, 352  
Graf Münster 161  
Th. Mundt 384, 385  
Fr. Murhard 39—47, 92

Nachricht an die Einwohner 262  
Nachträge 76  
Deutsche Nationalzeitung 7, 152,  
342  
G. Nolte 168, 184

Die K. S. Oberlausitz 114  
Die Oeffentlichkeit 258  
Th. Olshausen 4

C. Paulsen 235  
H. E. G. Paulus 85, 86  
G. H. Pertz 14  
B. W. Pfeiffer 67, 91  
P. A. Pfizer 318, 346, 368, 369, 391,  
392, 395  
Constitutionelle Phantasien 186  
K. H. L. Pölitz 22, 48—52, 81, 151,  
175, 250, 257  
Preußen oder Andeutungen 283  
Preußen den konstitutionellen  
Staaten gegenüber 309  
Preußen in seiner gegenwärtigen  
Stellung 276  
Ueber das Provisorium 214

L. Ranke 34, 56, 57, 355  
H. Ratjen 219

Die Rechte und Forderungen 238  
F. v. Reden 185  
A. W. Rehberg 186  
F. Rehm 87  
W. Reinhard 315  
Ueber die Repräsentation 121  
J. F. Reuß 329  
L. Reuß 72  
Die französische Revolution 59  
Rheinbayern 27, 265, 334, 335, 336  
C. E. Richter 20, 123  
J. G. Rist 215  
J. P. Rose 157  
K. E. Rosen 321  
J. Rösing 248  
K. J. F. v. Roth 134  
C. v. Rotteck 16, 314, 353, 354  
L. I. Rückert 139  
F. A. Rüder 106, 116, 132, 382  
F. H. A. v. Rumohr 188, 191  
  
Sachsenzeitung 8  
Salza von Lichtenau 101  
Sammlung mehrerer Schriften 107  
Sammlung der wichtigsten Akten-  
stücke 222  
Sander (pseud.) 301  
A. Schäfer 362  
F. G. F. Schläger 160  
O. v. d. Schley (pseud.) 381  
A. S. G. v. Schlieben 311  
M. F. Schmaltz 128  
C. F. v. Schmidt-Phiseldek 203  
F. J. Schmitthenner 90  
J. H. Schnitzler 361  
C. F. Schöne 238  
Fr. Schöne 298  
J. Schram 373  
W. Schulz 328, 364, 390  
H. v. Schwerdtner 104  
M. Seebeck 279  
K. A. F. Seeger 366  
Sendschreiben 206  
Offenes Sendschreiben 260  
F. Seybold 33

P. J. Siebenpfeiffer 27, 269, 334,  
335, 356  
J. H. W. Smidt 32  
Sophronizon 85, 86  
J. Sporschil 117  
Der kurhessische Staat 78  
Staatslexikon 93  
Die Staatsverfassung 102  
Allg. preuß. Staatszeitung 9  
Die Stadt Marburg 70  
An die Stände 110  
Die erste Ständerversammlung 140  
C. J. Stegmann 12  
K. Steinacker 145  
C. v. Steinbach (pseud.) 99  
Fr. Steinmann 301  
Eine Stimme aus dem Jahre 66  
Stimme aus Preußen 280  
Auch eine Stimme 303  
Stimmen der Zeit 340  
F. Strohmeyer 336  
C. v. Strombeck 35, 36, 147  
G. v. Struve 177  
C. B. Stüve 170  
J. J. Süß 278  
  
W. Thieß 195  
L. Thilo 54, 310  
Deutsche Tribüne 10, 338  
  
Th. Ubbelohde 23  
Sachsens Umbildung 141  
De l'unité 361  
Der treue preußische Unterthan 296  
  
Das Vaterland 11, 103, 131, 333,  
341  
Vaterlandskatechismus 289  
H. L. A. Vent 197  
Ueber die künftige Verfassung 101  
Die ständische Verfassung 63  
Verfassungsentwurf 65  
Der Verfassungsfreund (Zeitung)  
2, 332



Der Verfassungsfreund (Zeitschrift)  
28 u. ö.

Der Verfassungsrath 29, 261

Verhandlungen über die Angelegen-  
heiten 30, 171, 173, 174, 178

Ueber die Verhandlungen 135

Ueber die Vermehrung 271

Versuch 180

F. L. Voget 246

Deutsche Volksstimmen 374

K. Vollgraff 53, 62, 65, 66, 82

Vorschläge 169

Zweite Vorstellung 256

Vortrag des Ausschusses 272

W. Wachsmuth 11

Frh. v. Wangenheim 376, 377

Was bedürfen 66

Was haben die Bundesstaaten 313

Was ist des Teutschen Vaterland  
359

Was ist Verfassung 310

Was wünscht man 98

O. v. Watzdorf 341

v. Weber 347

Wedemeyer 23

Wehnert 299

E. Weinlig 167

J. Weiske 11, 109

J. Weitzel 83, 276

C. Th. Welcker 339

F. G. Welcker 345

Weshalb feiern wir 136

Der Westbote 3, 356

Wie ist es 290

Wiederhall 337

T. F. Wiese 200

C. v. Wimpfen 209

Das Wirken 143

J. G. A. Wirth 10, 338, 363, 365,  
393

J. F. Wit v. Döring 211

Wo ist man liberal 287

Politisches Wochenblatt (Berlin) 31

Politisches Wochenblatt (Bremen)  
32, 247

Ein Wort zu den Landsleuten 215

Worte der Beruhigung 197

Drei Worte 77

Einige Worte 188

G. N. Wulfke 201

Aktenmäßige Würdigung 157

Zur Würdigung 201

C. F. Wurm 21

Die neue Zeit 33, 362

Historisch-politische Zeitschrift 34  
u. ö.

Neue Zeitschwingen 351

Allg. Zeitung 12

Hanauer Zeitung 13

Hannoversche Zeitung 14, 349, 350

Leipziger Zeitung 15

Neue Zeitung 241

H. A. v. Zeschau 143

H. Zöpfl 25, 153—155, 370—372

Kurhessens Zukunft 74

Zusammenstellung 219





